

Referat für Jugend, Familie und Soziales

Jahresbericht 2008



Impressum

Herausgeber:

Stadt Nürnberg, Referat für Jugend, Familie und Soziales
Hauptmarkt 18
90403 Nürnberg

Texte:

Stadt Nürnberg, Referat für Jugend, Familie und Soziales; Stab Familie; Amt für Kinder, Jugendliche und Familien – Jugendamt; Amt für Existenzsicherung und soziale Integration – Sozialamt; Amt für Senioren und Generationenfragen – Seniorenamt; NürnbergStift; Noris-Arbeit gGmbH (NOA); ARGE Nürnberg; Werkstatt für Behinderte der Stadt Nürnberg gGmbH (WfB).

Redaktion:

Elisabeth Ries, Referat für Jugend, Familie und Soziales.

Statistisches Material:

Stadt Nürnberg, Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth;
Jugendamt, Sozialamt, ARGE Nürnberg, Bundesagentur für Arbeit.

Fotos:

Stadt Nürnberg, Presseamt, Stab Familie, Jugendamt, Sozialamt, Seniorenamt,
NürnbergStift, NOA, ARGE Nürnberg, WfB; Hartmut Knipp.

Layout und Satz:

HKD - Grafik & Werbung (H. Knipp Design)

Druck:

Werkstatt für Behinderte der Stadt Nürnberg gGmbH,
Dorfäckerstraße 37, 90427 Nürnberg

Reiner Pröbß: Referent für Jugend, Familie und Soziales
Moderne Sozialpolitik für eine solidarische Stadtgesellschaft..... 3

Die strategischen Leitlinien im Orientierungsrahmen für eine nachhaltige Jugend-, Familien-, Bildungs- und Sozialpolitik..... 11

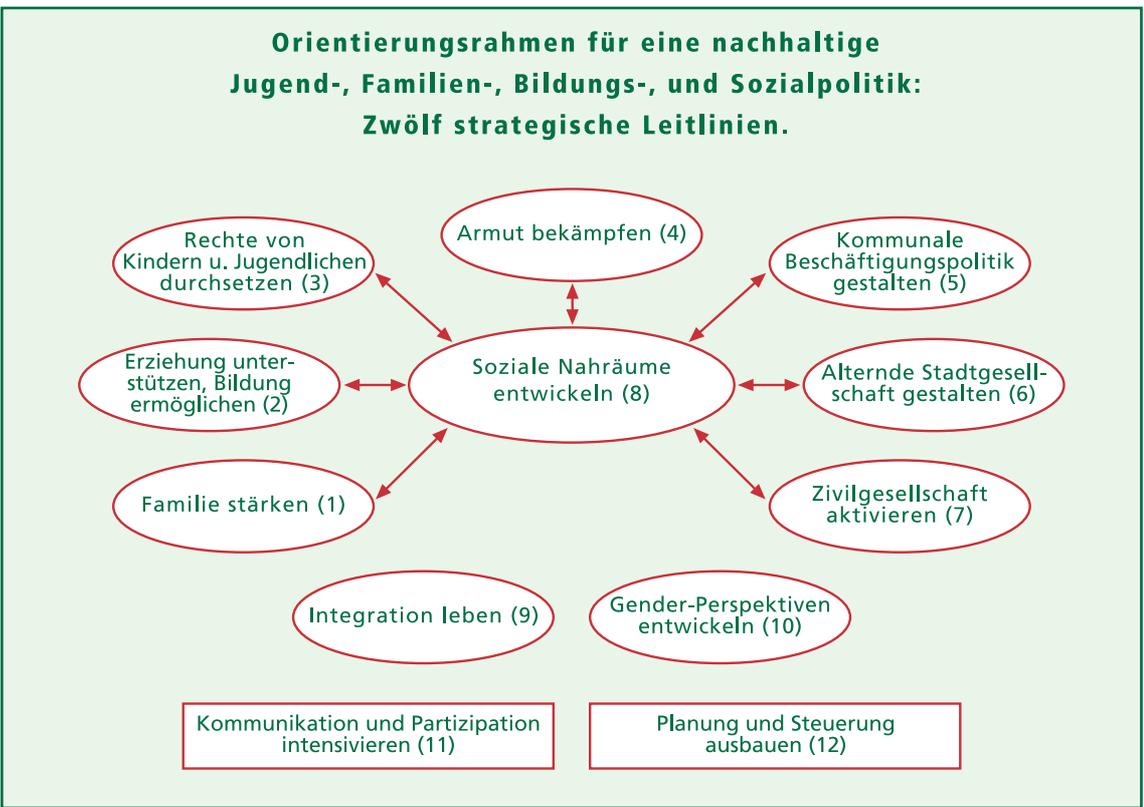
- 1. Familien stärken
- 2. Erziehung unterstützen, Bildung ermöglichen – „Früher beginnen“ 11
- 3. Rechte von Kindern und Jugendlichen durchsetzen 24
- 4. Armut bekämpfen und verhindern 34
- 5. Kommunale Beschäftigungspolitik gestalten 42
- 6. Eine alternde Stadtgesellschaft gestalten 51
- 7. Zivilgesellschaft aktivieren 58
- 8. Soziale Nahräume entwickeln 64
- 9. Integration leben 71
- 10. Gender-Perspektiven entwickeln 74
- 11. Kommunikation und Partizipation intensivieren 78
- 12. Planung und Steuerung ausbauen 83

Strukturen und Organisationseinheiten im Geschäftsbereich des Referats für Jugend, Familie und Soziales 87

- 1. Referat und Stab Familie 88
- 2. Ausschüsse (Jugendhilfe-, Sozial- und Werkausschuss)..... 90
- 3. Amt für Kinder, Jugendliche und Familien – Jugendamt 91
- 4. Amt für Existenzsicherung und soziale Integration – Sozialamt..... 95
- 5. Amt für Senioren und Generationenfragen – Seniorenamt..... 98
- 6. NürnbergStift..... 100
- 7. Noris-Arbeit gGmbH (NOA) 103
- 8. ARGE Nürnberg 106
- 9. Werkstatt für Behinderte der Stadt Nürnberg gGmbH (wfb) 108

Anhang:

Liste der Ausschussthemen 2008 111





Reiner Pröbß,
Referent für Jugend, Familie und Soziales

Moderne Sozialpolitik für eine solidarische Stadtgesellschaft

Vor einem Jahr haben wir, der Geschäftsbereich Jugend, Familie und Soziales, für 2007 den ersten umfassenden Jahresbericht vorgelegt. Die Resonanz war überwältigend, und wir konnten die Nachfrage nach Exemplaren nicht befriedigen. Erstmals war es gelungen, entlang der zwölf Leitlinien (siehe Grafik auf Seite 2) des „Orientierungsrahmens für eine nachhaltige Jugend-, Familien-, Bildungs- und Sozialpolitik“ die Ausgangssituation, Strategien und Handlungsansätze, die Vielfalt und die Komplexität der Aufgabenstellungen im Geschäftsbereich exemplarisch abzubilden. Die zahlreichen positiven Rückmeldungen und Anregungen haben wir aufgenommen und soweit möglich für den nun vorliegenden Jahresbericht 2008 berücksichtigt.

Dessen Erstellung fällt in eine Zeit, in der apokalyptische Spekulationen über die Auswirkungen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise einem unsicheren, ängstlichen Blick nach vorne gewichen sind. Max Frisch hat einmal gesagt, eine Krise könne ein produktiver Zustand sein, wenn es gelinge, ihr den Beigeschmack der Katastrophe zu nehmen. Dies fällt auch hier in Nürnberg angesichts wegbrechender Einnahmen und widersprüchlicher Zukunftsszenarien nicht leicht, doch dürfen wir weder in resignierte Lähmung verfallen noch hektisch und planlos mit den Instrumenten kommunaler Politik und Verwaltung herumfuchteln. Wie klug und produktiv wir die Krise zu gestalten in der Lage waren, wird sich erst im Nachhinein herausstellen. Unklug und unproduktiv wäre es jedenfalls, unter kurzfristigem Druck die strategischen Orientierungen und Impulse der letzten Jahre aufzugeben und Zukunftsinvestitionen zu streichen. Im Gegenteil müssen wir erst recht Kurs halten, denn eine Reduktion von kommunaler Jugend-, Familien-, Bildungs- und Sozialpolitik auf gesetzliche Aufgaben im engsten Sinne, die Auszahlung von Leistungen und die Bereitstellung von unabdingbarer Infrastruktur, verbaut mittelfristig die Chance sozialer Inklusion. Ich bin sehr dankbar, dass derart kurzsichtige Reflexe in der Nürnberger Stadtpolitik und -verwaltung derzeit kaum Anhänger finden.

Die großen Herausforderungen lassen sich knapp mit drei großen „A“s umreißen:

- die Bedingungen des **Aufwachsens** verbessern,
- **Armut** bekämpfen und verhindern und
- die **Alternde** Stadtgesellschaft gestalten.

In diesen drei Feldern – mit einer Vielzahl einzelner Handlungsbereiche und Aufgaben – liegt die Zukunft unserer solidarischen Stadtgesellschaft.

Doppelte Aufgabenstellung von Sozialpolitik und sozialer Arbeit

Die Qualität des Sozialstaats misst sich nicht daran, wie hoch die Regelsätze sind, sondern wie er „soziale Inklusion“ ermöglicht. Sozialpolitik wird noch immer zu sehr auf Geldeinkommen und Güterausstattung verkürzt. Das ist angesichts der skandalösen Verteilungsgungerechtigkeit und des immer weiteren Auseinanderdriftens der Einkommensschere verständlich, verstellt aber vielfach den Blick darauf, wie es um die „instrumentellen Freiheiten“ (früher stand dafür der Begriff „Emanzipati-

on“) bestellt ist: d.h. die Transparenz und der Zugang zu „sozialen Chancen“ (wie Gesundheit, Wohnen und vor allem Bildung), „ökonomischen Chancen“ (insbesondere Zugänge zum Arbeitsmarkt und dessen Qualität, sozialer Schutz und Sicherheit), „ökologischen“ und „politischen Chancen“. Der Wirtschaftswissenschaftler und Nobelpreisträger Amartya Sen spricht in seinem Capability-Ansatz hier sehr anschaulich von „Verwirklichungschancen“, die Menschen in unterschiedlicher Weise offen stehen.

Die doppelte sozialstaatliche Aufgabe ist es, Existenzsicherung zu gewährleisten und soziale Integration zu ermöglichen (deshalb nennen wir das frühere Sozialamt „Amt für Existenzsicherung und soziale Integration“) – also einerseits materielle Sicherung durch (i.d.R. monetäre) Sozialtransfers bzw. die Bereitstellung von Infrastruktur zur Betreuung und Pflege und andererseits die Aktivierung des Einzelnen, um ihn oder sie in die Lage zu versetzen, das Leben eigenverantwortlich zu meistern. Kurz gesagt: fördern und fordern! Dahinter steht das Konzept eines vorbeugenden und aktivierenden Sozialstaats, der sich gleichermaßen abgrenzt von einem die Menschen bevormundenden oder gar lähmenden „Fürsorgestaat“ einerseits und einem auf regulierendes sozialstaatliches Handeln weitgehend verzichtenden „Nachtwächterstaat“ andererseits, der Menschen in Notlagen achselzuckend auf individuelle Mildtätigkeit verweist. Dieses grundsätzliche sozialstaatliche Verständnis sollte sich auch in der praktischen Ausgestaltung sozialer Arbeit wiederfinden. Dies ist aber höchstens in Ansätzen der Fall: Nach wie vor dominiert vielfach das Prinzip der Fürsorge.

Dabei sind die Grundzüge des aktivierenden Konzepts nicht neu. Alice Salomon, die Gründerin der ersten Berliner Frauenschule für Soziale Arbeit, beschrieb bereits 1926 in ihrem Lehrbuch „Soziale Diagnose“ die doppelte Aufgabe der Fachkräfte Sozialer Arbeit (damals Fürsorgerinnen genannt): Einerseits sollten sie Notleidenden und Hilfesuchenden materielle und ideelle Unterstützung geben und an andere unterstützungsfähige Personen verweisen. Zum anderen aber sei es ihre Aufgabe, die Haltung des Klienten zu beeinflussen, auf seinen Willen einzuwirken, seine Einstellung zu verändern. Das oberste Ziel Sozialer Arbeit, wie es sich nahezu in allen Lehrbüchern findet, ist immer auch und vor allem „Hilfe zur Selbsthilfe“.

Kommunale Sozialpolitik als „good governance“

Diese Tradition des sozialstaatlichen Selbstverständnisses trifft sich in vieler Hinsicht mit neuen Konzepten guten Regierungshandelns. „Good governance“ bezeichnet ein Regierungs- und Verwaltungsverständnis, das eine Gesamtsteuerung der gesellschaftlichen Entwicklungen unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft, d.h. der gesellschaftlichen Akteure, umfasst und das Konzept des aktivierenden Staates insofern weiterentwickelt. In ihrem Weißbuch „Europäisches Regieren“ hat die EU-Kommission als Grundsätze für „good governance“ – zunächst für die Organe der EU, aber durchaus übertragbar auf andere Ebenen – aufgelistet:

- **Offenheit:** Organe legen ihr Handeln offen und schaffen so Vertrauen.
- **Partizipation:** Akteure und Betroffene werden einbezogen.
- **Verantwortlichkeit:** Klare Rollenverteilung und damit klar zuschreibbare Verantwortung der Politik- und Verwaltungsebenen.
- **Effektivität:** Wirksamkeit des Handelns, gemessen an nachvollziehbaren Zielen.
- **Kohärenz:** Schlüssige Abstimmung der Politikansätze anstatt sektoraler Politiken, dies erfordert politische Entscheidungsbereitschaft.

Modernes Verwaltungshandeln gewinnt eine neue Qualität, wenn diese Grundsätze Berücksichtigung finden. Dabei ist es auch für politisches Handeln und Verwaltungspraxis vor Ort nicht einfach,

die unterschiedlichen Ebenen und Perspektiven in ihren Bezügen, Abhängigkeiten und Widersprüchen zu erkennen und zu gestalten. Allein für die Gestaltung von kommunaler Sozialpolitik sind drei räumlich unterscheidbare Ebenen – erstens der Sozialraum (Stadtteil, Quartier, Einrichtung), zweitens die kommunalen und regionalen Bedingungen und drittens die (bundes-, landes- und europa-)rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen – zu berücksichtigen. Die gebietsbezogene (territoriale) Betrachtungsweise muss mit Zielgruppenperspektiven (z.B. Migrantinnen/ Migranten, arme Kinder, ältere Menschen) und thematischen Zielsetzungen (z.B. Teilhabe ermöglichen, Bildungschancen, Gesund älter werden) in Einklang gebracht werden, und die Planungen müssen auf unterschiedlichen Ebenen kohärent ineinandergreifen. Die Erreichbarkeit von Zielen wird letztendlich auch bestimmt von der Frage der Zuständigkeiten, von Geld und weiteren Ressourcen – das sind im Wesentlichen Fragen der (Gestaltungs-)Macht – sowie von Solidarität (bürgerschaftliches Engagement, Selbstverantwortung).

Governance heißt also, einen mehrdimensionalen Aushandlungs- und Verständigungsprozess zu moderieren und zu ermöglichen, der diese unterschiedlichen Facetten zur Entscheidungsfindung berücksichtigt. Das bedeutet aber auch, dass ein zentralistisches „Durchregieren“ nicht nur faktisch unmöglich ist, sondern bereits der Anspruch darauf die Grundlagen moderner Politik verkennt. Good governance auf der kommunalen Ebene heißt vielmehr: zuhören, nachfragen, aktivieren, Interessen formulieren und abwägen, verhandeln und Ressourcen gerecht und nach nachvollziehbaren Kriterien aufteilen.

Die Sozialpolitik in Deutschland, insbesondere die Jugendhilfe, bringt mit ihrem gesetzlich normierten Verständnis des partnerschaftlichen Zusammenwirkens von öffentlicher und freier Jugend- und Sozialhilfe auf allen politischen Ebenen – ein Verständnis, das sozialgeschichtlich europaweit einzigartig ist und das Pluralität als Grundannahme setzt – beste Voraussetzungen mit, um diese Herausforderungen der Aushandlung und Steuerung im Dialog mit den Betroffenen zu meistern.

Vernetzung und Verkettung

Eine solche „Stadtpolitik im Dialog“ – wie Oberbürgermeister Dr. Maly dieses Politik- und Verwaltungsverständnis nennt – darf aber nicht auf die klassischen Institutionen Sozialer Arbeit begrenzt bleiben, sondern muss Verwaltungsressorts, Initiativen und Interessenvertretungen sowie die gesamte Zivilgesellschaft mit einbeziehen.

Auch in der Kommunalverwaltung hat sich ein stark arbeitsteiliges Zuständigkeitssystem herausgebildet – mit klassischen Ressortzuständigkeiten und klaren Hierarchien (Geschäftsbereiche, Ämter, Abteilungen), das der Lebenswirklichkeit von Menschen und den unterschiedlichen biografischen Verläufen nicht gerecht wird. Der Mensch ist eben immer Mensch mit all seinen Stärken und Schwächen, Rollen und Bedürfnissen und lässt sich nicht segmentieren als Nachfrager unterschiedlicher Dienstleistungen. Der Bürgerin oder dem Bürger ist es zudem meist egal, wer welche Leistung erbringt. In der Jugendhilfe gibt es deshalb seit Jahren einen intensiven fachlichen Diskurs, wie diese „Versäulung“ (also die strikte Trennung der verschiedenen Handlungsfelder und Aufgabenbereiche) im Sinne der „Einheit der Jugendhilfe“ überwunden werden kann, weil Gegenstand der Arbeit immer der junge Mensch als Subjekt ist.

Dieses Verständnis müssen wir noch viel konsequenter umsetzen und leben und auch auf andere Handlungsbereiche übertragen, gerade dort, wo wir es immer mit Menschen zu tun haben. Es ist inzwischen allgemein anerkannt, dass ein enger Zusammenhang zwischen Armut und sozialer Ungleichheit, Bildung, kultureller Teilhabe und Gesundheit, sozialer Integration und gesellschaftlicher Partizipation besteht. Mit dem „Orientierungsrahmen für eine nachhaltige Jugend-, Familien-,

Bildungs- und Sozialpolitik“ und seinen Leitlinien haben wir im Referat für Jugend, Familie und Soziales deshalb auf konzeptioneller und strategischer Ebene den engen Zuständigkeitsblick aufgebrochen und bearbeiten die Handlungsfelder zunehmend gebündelt.

In der konkreten Ausgestaltung einer hierarchisch aufgebauten Verwaltung ist es natürlich schwer, diesen Anspruch gegen langjährige Traditionen im Alltagshandeln inhaltlich und organisatorisch durchzusetzen und durchzuhalten. Wir stellen aber fest, dass uns dies nicht nur in unserem Verantwortungsbereich zunehmend besser gelingt, sondern wir merken auch, dass die Einsicht in die Notwendigkeiten und die Bereitschaft zum gemeinsamen Handeln über die Grenzen der Ressorts hinweg stetig wächst. Ein Beispiel ist die übergreifende Koordination der Bildung im kommunalen Bildungsbüro beim Oberbürgermeister. Sehr ermutigende und positive Erfahrungen machen wir in der Zusammenarbeit mit anderen Ressorts der Stadtverwaltung beispielsweise auch bei der Umsetzung des Arbeitsprogramms gegen Kinderarmut, etwa bei den Themen Teilhabe an Kultur, Sport oder Gesundheit.

Das heißt nicht (und widerspräche auch allen Ansprüchen an Professionalität und Fachlichkeit), dass nun alle alles machen. Aber angesichts der spürbaren Grenzen enger Zuständigkeitsregelungen innerhalb der Ressorts und Politikebenen müssen Kooperation und Vernetzung viel stärker zum Organisations- und Handlungsprinzip moderner Verwaltung werden – die inhaltlichen Zusammenhänge werden durch die verschiedenen Lebenslagen und biographischen Verläufe vorstrukturiert, und wir dürfen uns dem nicht verschließen, sondern müssen aktiv auf die Bedürfnisse und Lebenssituationen eingehen.

Noch mehr als bisher müssen wir dabei auch diejenigen hören und beteiligen, um deren Interessen es geht, für die aber die herkömmlichen, formalisierten und gewissermaßen ritualisierten Beteiligungsformen (wie Beiräte, Bürgerinitiativen, Vereine, Bürgerversammlungen) nicht das geeignete Ausdrucksmittel sind. Im fachlichen Diskurs der Sozialen Arbeit ist dies längst erkannt: Wirksame Hilfe, Unterstützung und Aktivierung gelingt dort – und nur dort –, wo die Betroffenen zu Co-Produzenten werden, wo Menschen als Expertinnen und Experten in eigener Sache ernst genommen werden und sich selbst ernst nehmen können.

„Good governance“ und die Praxis?

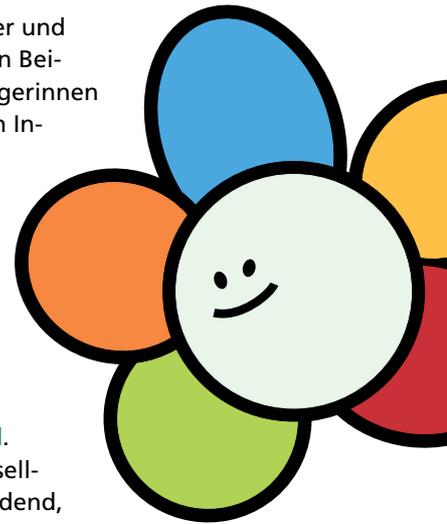
Ein solches Verständnis zu entwickeln ist kompliziert und unterscheidet sich vom „alten Verständnis“ mit klar definierten Zuständigkeiten, hierarchischen Strukturen und ohne relevante Beteiligungsmöglichkeiten. Angesichts der vielfältigen, Ressourcen fordernden Herausforderungen wie z.B. der quantitative und qualitative Ausbau der Kindertageseinrichtungen, die Weiterentwicklung des Allgemeinen Sozialdiensts, die Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule, die Gestaltung kommunaler Beschäftigungsförderung in Zeiten der Krise, die Entwicklung von Instrumenten gegen die Armut oder die Orientierung auf eine alternde Stadtgesellschaft, ist es nicht immer einfach, Geduld und Einsicht für solche Arbeitsansätze und Prozesse zu finden, die nicht direkt und sofort wirken, sondern mittelbar unter Mitwirkung der Zivilgesellschaft Bedingungen und ein Klima schaffen, in dem Menschen aktiv werden und soziale Inklusion erfahren.

Am Beispiel einiger Ansätze soll deutlich werden, wo wir uns gemeinsam mit vielen anderen auf den Weg gemacht haben, diese Prozesse anzustoßen – wohl wissend, dass wir erst am Anfang sind:

- Das **bürgerschaftliche Engagement** als entscheidende Ressource zur Entwicklung einer solidarischen Stadtgesellschaft steht in enger Beziehung zu allen Handlungsfeldern der Jugend-, Familien-, Bildungs- und Sozialpolitik. Wir wollen Engagement ermutigen und unterstützen, indem wir „Möglichkeitenstrukturen“ bereitstellen. Als eigenständige Leitlinie im Orientie-

rungsrahmen, mit der verstärkten Bearbeitung des Feldes im Referat sowie der systematischen Zusammenarbeit mit dem Zentrum Aktiver Bürger als „Regie- und Entwicklungsstelle für bürgerschaftliches Engagement“ und vielen weiteren Partnern erhalten Bürgerzeit, Bürgergeld und Bürgerwissen die ihnen angemessene Wertschätzung und praktische Unterstützung. Deutlicher als bei anderen Themen werden hier die Grenzen der Steuerung: Engagement sucht sich eigene Wege, Formen und Anlässe, ist mehr als sozialstaatliches Programm oder kommunale Planung. Das begrüßen und unterstützen wir.

- Das Nürnberger „**Bündnis für Familie**“ ist nicht nur bundesweiter Exportschlager und Vorbild für gut 500 lokale Bündnisse in ganz Deutschland, sondern vor allem ein Beispiel für die vielfältige Zusammenarbeit von Institutionen, Organisationen, Bürgerinnen und Bürgern. Vom Lenkungsausschuss, in dem alle relevanten gesellschaftlichen Institutionen vertreten sind, über Runde Tische, am denen konkrete Projekte bearbeitet werden, bis zu kurzfristigen Kooperationen sind viele Arbeitsformen möglich. Es geht weniger um Zuständigkeiten von Verwaltungsabteilungen und Institutionen als um themenbezogene Zusammenarbeit und konkrete Ergebnisse. Das Bündnis für Familie und die in seinem Rahmen initiierten Kampagnen (Kampagne Erziehung, Kinderstadt Nürnberg) haben spürbar zu einer Verbesserung der Zusammenarbeit geführt und einen wichtigen Beitrag für ein kinder- und familienfreundlicheres Klima in Nürnberg geleistet.
- Kommunale Sozialpolitik muss da ansetzen, wo die Menschen sind: Im **Stadtteil**. Soziale Ungleichheiten und räumliche Segregation führen zur Spaltung der Gesellschaft und bedrohen die Teilhabemöglichkeiten vieler. Schon heute ist entscheidend, in welchen Stadtteilen junge Menschen aufwachsen, Menschen leben und alt werden. Kindertagesstätten, Familienzentren, Schulen, Kinder- und Jugendhäuser, Kultur- und Sozialeinrichtungen sind dort Kristallisationsorte. Deshalb müssen diese Einrichtungen konzeptionell und durch entsprechende Ausstattung in die Lage versetzt werden, den Menschen Unterstützung und Ermutigung entsprechend ihrem Bedarf zu geben. Darüber hinaus muss das gesamte Lebensumfeld in den Blick genommen werden, d.h. nachbarschaftliche Unterstützungssysteme müssen geschaffen oder revitalisiert (wie z.B. mit den Seniorennetzwerken), Selbsthilfepotentiale gefördert (wie z.B. Ansätze der Armutsprävention und im Netzwerk gegen Armut) und die Kooperation und Zusammenarbeit der verschiedenen Institutionen, Dienste, Vereine, Verbände und Initiativen sowie einzelner Bürgerinnen und Bürger muss ermöglicht werden, wie es die Stadtteilkoordination erfolgreich anbahnt. All dies erfordert „Kümmerer“ und Strukturen – der Ressourceneinsatz dafür amortisiert sich schon nach wenigen Jahren um das Vielfache. Dies alles geht aber nicht ohne eine **stadtteilbezogene soziale Stadtentwicklungspolitik**, der es nicht in erster Linie um Mauern, Straßen und Flächen gehen darf, sondern in deren Zentrum die Menschen in ihrer kulturellen Vielfalt und ihren sozialen Beziehungen stehen und zu mitwirkenden Akteuren werden. Auch daran arbeiten wir in vielen Zusammenhängen und mit Partnern innerhalb und außerhalb der Stadtverwaltung.
- Während wir in Nürnberg differenzierte **Partizipationsstrukturen** für Kinder haben, finden Jugendliche kaum altersgemäße Strukturen, sich in politische und gesellschaftliche Prozesse einzubringen. Überhaupt gibt es eine Tendenz, Jugendliche in der Öffentlichkeit eher „als Problem“ wahrzunehmen – Alkohol- und der Konsum sonstiger Suchtmittel, Gewaltbereitschaft, lärmende Aneignung öffentlicher Räume, Bildungsnotstand und Ausbildungsnot sind die Farben, mit denen das Bild heutiger Jugend vielfach gemalt wird. Es ist deshalb kein Zufall, dass bundesweit die Aufwendungen für Jugendarbeit um rund ein Viertel zurückgegangen sind. Es ist gut und auch angesichts des Bildungsauftrags der Jugendarbeit wichtig, dass wir in Nürnberg hier nicht den Rotstift ansetzen. Was aber fehlt, sind Orte und Strukturen zur



Mitgestaltung des Lebens und der Politik in der Stadt. Deshalb werden wir eine jugendgemäße Form der Mitwirkung umsetzen, die zugleich auch einen Beitrag zur Demokratieerziehung und gesellschaftlichen Aktivierung der jungen Nürnbergerinnen und Nürnberger leistet.

- Effektivität als Grundsatz von „good governance“ heißt vor allem in diejenigen zu investieren, die das Verwaltungshandeln tragen: die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Eine **systematische Personalentwicklung** und eine intensive Fortbildungsarbeit ist aber nicht nur aufgrund des skizzierten Verständnisses modernen Verwaltungshandelns von Nöten, sondern auch, weil neue Mitarbeiter/-innen gewonnen, eingearbeitet und gefördert werden müssen. Gerade in den sozialen, erzieherischen und pflegerischen Berufen ist ein massiver Fachkräftemangel zu befürchten. Deshalb brauchen wir heute Initiativen, um morgen die Aufgaben gut zu bewältigen.
- Effektivität als Kriterium für „good governance“ heißt aber auch, Verwaltung so zu strukturieren, dass Fach- und Ressourcenverantwortung nicht als Gegensätze begriffen und in unterschiedlichen Zuständigkeiten organisiert werden, sondern dass sie einheitliche Grundlage einer strategisch gestalteten Stadtpolitik sind, die primär von Aufgabenstellungen und nicht von Zuständigkeiten her denkt. Wir brauchen eine neue Qualitätsstufe der **Verwaltungsreform**. Dazu bedarf es eines ausdifferenzierten, sozialräumlichen Sozial- und Bildungsmonitorings sowie einer Optimierung und Rationalisierung von Abläufen mit entsprechenden Organisationsstrukturen, einem Fachcontrolling, z.B. Wirkung von Maßnahmen und Instrumenten, und einem transparenten Finanzcontrolling. Dieses für die verschiedenen Bereiche – Ämter, Referate und Gesamtstadt – zu entwickeln, wird eine der wichtigsten Aufgaben der nächsten Jahre sein.

Moderne kommunale Sozialpolitik und modernes Verwaltungshandeln für eine solidarische Stadtgesellschaft heißt, sich mit Mut und Weitsicht den Anforderungen einer zukünftigen Gesellschaft zu stellen. Es erfordert ein neues Verhältnis von Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft. Das wird nicht immer bequem sein. Der Erfolg von Sozialpolitik und von Politik insgesamt – nicht nur auf der kommunalen, sondern auf allen Ebenen – kann in seinen Wirkungen nicht kurzfristig beurteilt werden, sondern muss in den Auswirkungen auf zukünftige Generationen gemessen und bewertet werden. Dieser Weg vom Hoheits- und Fürsorgestaat zur aktiven, solidarischen Stadtgesellschaft der Bürgerinnen und Bürger ist keineswegs leicht. Ich bin aber überzeugt, er ist richtig und lohnt jede Mühe.

Allen innerhalb und außerhalb der Stadtverwaltung, die mit mir und meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in diesem vielfältigen, multidimensionalen Spannungsfeld zusammenarbeiten, mit uns gemeinsam Entwicklungen ausprobieren und um Lösungen ringen, danke ich herzlich für die gute Zusammenarbeit. Ich kann Ihnen versprechen, dass wir Ihnen auch in Zukunft zwar nicht immer bequeme, wohl aber engagierte, ehrliche und zielorientierte Partner im Dialog und im Handeln sein werden.



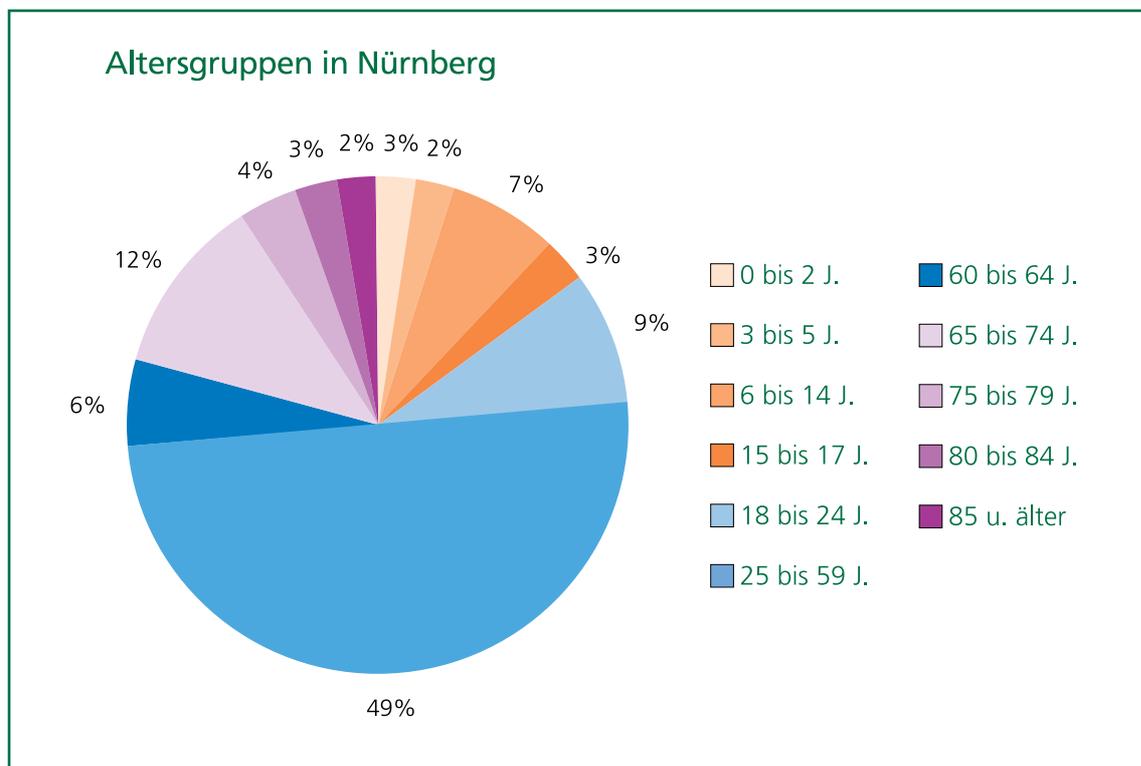
Reiner Pröbß,
Referent für Jugend, Familie und Soziales

Grundlegende Daten zur Nürnberger Bevölkerung

Bevölkerung in der Hauptwohnung							
Alter	gesamt	Deutsche ohne MigH*		Deutsche mit MigH*		Ausländer	
		absolut	Anteil an der Altersgruppe	absolut	Anteil an der Altersgruppe	absolut	Anteil an der Altersgruppe
jeden Alters	495.459	337.107	68%	72.086	15%	88.266	17%
0 - 2	12.694	5.889	46%	5.830	46%	975	8%
3 - 5	12.120	5.695	47%	5.093	42%	1.332	11%
6 - 14	36.361	20.227	56%	9.320	26%	6.814	19%
15 - 17	13.097	7.651	58%	2.536	19%	2.910	22%
18 - 24	42.256	27.020	64%	6.887	16%	8.349	20%
25 - 59	248.065	163.066	66%	32.152	13%	52.847	21%
60 - 64	27.832	20.337	73%	2.230	8%	5.265	19%
65 - 74	57.928	47.439	82%	4.629	8%	5.860	10%
75 - 79	18.578	15.797	85%	1.680	9%	1.101	6%
80 - 84	14.538	12.910	89%	1.073	7%	555	4%
85 u. älter	11.990	11.076	92%	656	5%	258	2%

Quelle: Einwohnerregister 31.12.2008 © Stadt Nürnberg, Amt für Stadtforschung und Statistik, 2008.

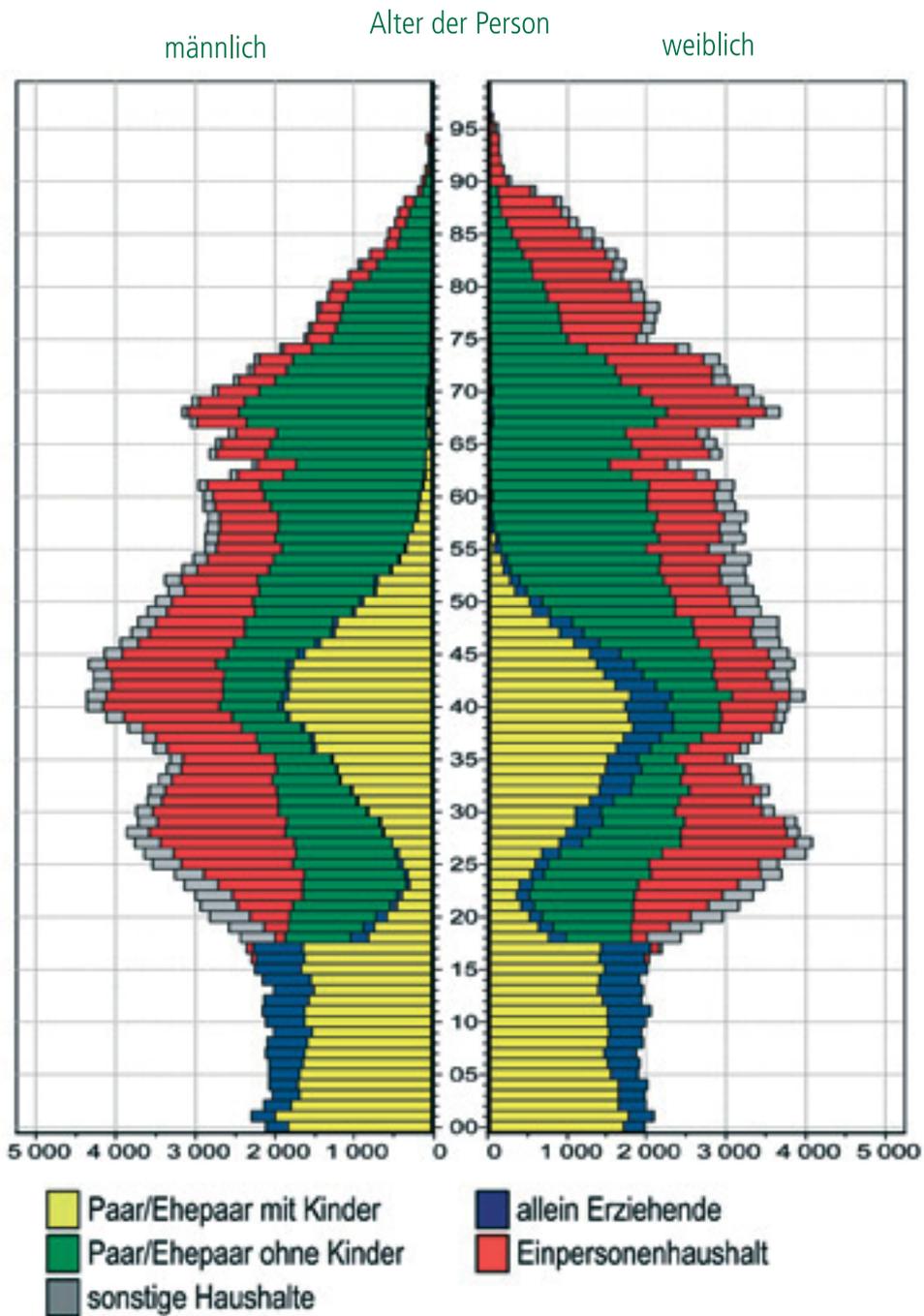
Hinweis: Die „wohnberechtigte Bevölkerung“ in Nürnberg betrug am 31.12.2008 503.263 Personen. Für statistische Auswertungen wird jedoch die etwas kleinere Zahl der „Bevölkerung in der Hauptwohnung“ verwendet.



Quelle: Einwohnerregister 31.12.2008 © Stadt Nürnberg, Amt für Stadtforschung und Statistik, Haushaltegenerierung 2008.

*Migrationshintergrund

Bevölkerung Nürnbergs nach Alter, Geschlecht
und Zugehörigkeit zum Haushaltstyp 2008



491.650 Personen in 260.250 Haushalten

Quelle: Einwohnerregister 31.12.2008 © Stadt Nürnberg, Amt für Stadtforschung und Statistik,
Haushaltgenerierung 2008.

1. Familie stärken 2. Erziehung unterstützen, Bildung ermöglichen – „Früher beginnen“¹

Die Voraussetzungen für ein gelungenes, sozial integriertes Leben in Gesundheit, Wohlstand, mit guter Bildung, beruflichen und persönlichen Perspektiven werden von Anfang an gelegt. Früh entscheidet sich, welchen jungen Menschen viele Wege offen stehen und welchen viele Chancen verbaut oder zumindest erschwert werden. Die Qualität der Bedingungen des Aufwachsens und die gerechte Verteilung von Chancen sind wichtige Indikatoren für den Zustand einer Gesellschaft und für ihre Zukunftsfähigkeit.



„Gerechtes Aufwachsen ermöglichen!“ ist deshalb oberste Verpflichtung. Dabei geht es auch um materielle Verteilungsgerechtigkeit – dass in unseren Städten fast jedes dritte Kind arm oder von Armut bedroht ist, erfordert eine grundlegende Überprüfung der familienpolitischen Leistungen, der Infrastruktur und der Beschäftigungspolitik. Vor allem aber geht es um Unterstützung und Förderung von Anfang an, um Entwicklungschancen für alle entsprechend ihrer Potenziale und den gerechten Zugang zu Bildung. Lebensbiographisch gedacht, geht es um Begleitung und Förderung von der Geburt an, in der Familie, in den Kindertageseinrichtungen, vor und neben der Schule, in der Kinder- und Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit bis zur Vermittlung und zum erfolgreichen Abschluss einer Ausbildung und den Eintritt ins Berufsleben, wenn nötig auch darüber hinaus.

Dazu müssen alle beitragen: Staat, Kommunen, Bildungsinstitutionen, Verbände, die Wirtschaft und die Zivilgesellschaft. Nur wenn wir das Aufwachsen nicht als Privatsache der Eltern, sondern als öffentliche Aufgabe begreifen und die gemeinsame Verantwortung auch aktiv wahrnehmen, kann ein gerechteres Aufwachsen gelingen. Im Geschäftsbereich Jugend, Familie und Soziales nehmen wir diese Aufgabe sehr ernst und arbeiten über die Verwaltungsgrenzen hinweg intensiv gemeinsam daran, die Bedingungen des Aufwachsens und Lebens für die Nürnberger Kinder, Jugendlichen und ihre Familien positiv zu gestalten.

In Nürnberg leben derzeit etwa 74.300 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren in rund 46.800 Haushalten mit einem oder beiden Elternteilen. Darunter sind rund 11.700 Alleinerziehenden-Haushalte. Das heißt: Nur in knapp 18 Prozent der Nürnberger Haushalte leben Kinder und Jugendliche.

Quantitativer Ausbau der Kindertagesbetreuung in Nürnberg

Die Bildung, Betreuung und Erziehung von Kindern ist ein Kernelement der kommunalen Bildungs- und Familienpolitik. Entscheidende Weichen für den quantitativen Ausbau insbesondere der frühkindlichen Bildung und Förderung wurden auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene im Jahr 2007 gestellt. Für Nürnberg hatte der Jugendhilfeausschuss dieser Entwicklung bereits im Sommer

¹ Im Fokus der Leitlinie 1 steht die Familie, im Fokus der Leitlinie 2 das einzelne Kind. In der Planung und operativen Umsetzung konkreter Maßnahmen ist jedoch eine Trennung zwischen den Zielgruppen Familie und Kind vielfach nicht sinnvoll. Daher werden die Ziele und Maßnahmen zu beiden Leitlinien gemeinsam dargestellt. Die Verbesserung der Bedingungen des Aufwachsens in Nürnberg wird auch in anderen thematischen Zusammenhängen angestrebt, vgl. zum Beispiel Leitlinie 4, 7, 8 oder 9.

2007 Rechnung getragen und einstimmig folgende Mindestbedarfsziele bei der Bedarfsplanung bis zum Jahr **2010** beschlossen:

- bei der Betreuung von Kindern unter 3 Jahren zunächst 15 Prozent,
- bei Kindergärten 100 Prozent von 3 ½ Jahrgängen im Vorschulalter und
- bei Horten gesamtstädtisch 27 Prozent, mit lokalen Schwerpunkten.

Bis zum Jahr **2013** sind folgende Versorgungsziele zu realisieren:

- bei der Betreuung von Kindern unter 3 Jahren 35 Prozent in Krippen oder Tagespflege,
- bei Kindergärten 100 Prozent von 3 ½ Jahrgängen im Vorschulalter und
- bei Horten gesamtstädtisch 40 Prozent, mit lokalen Schwerpunktsetzungen.

Anzahl der Kinder	2004	2007	2010	2013	2020
Unter Dreijährige	12.700	12.500	12.400	12.400	12.500
Kindergartenkinder	14.850	14.800	14.400	14.700	14.100
GrundschulKinder	15.150	16.300	16.300	16.100	16.000

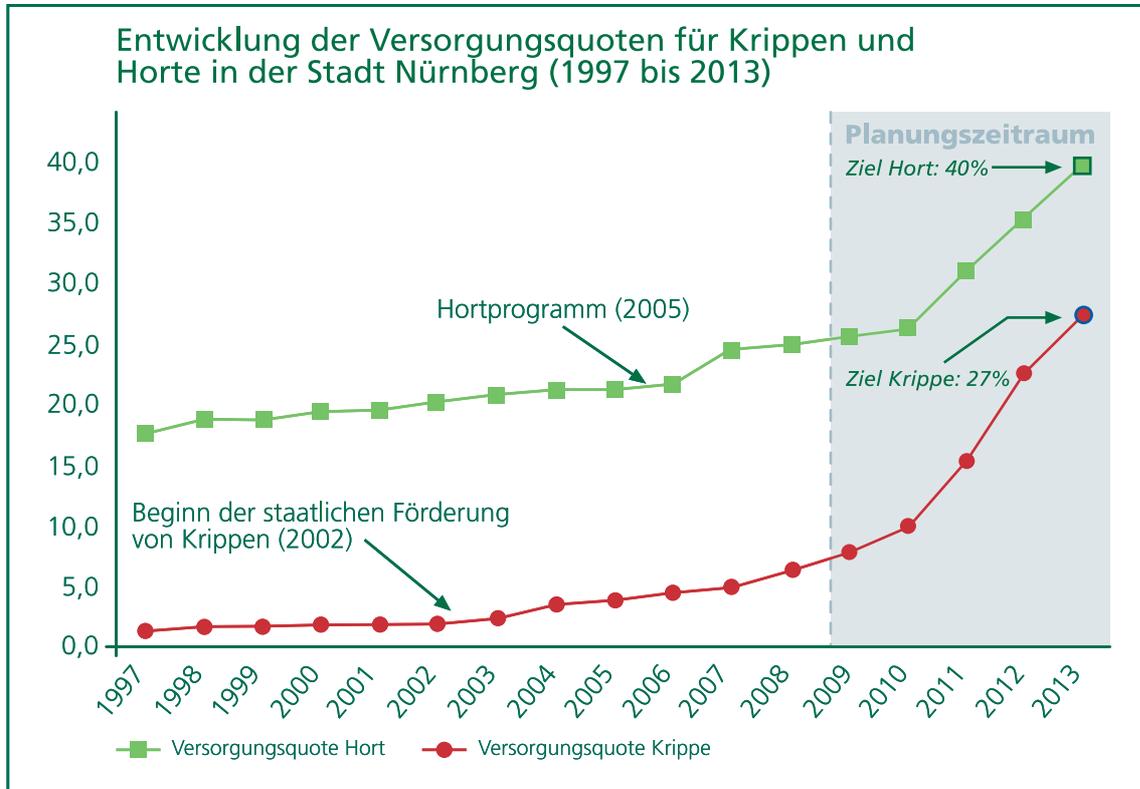
Quelle: Jahre 2004 – 2010: Berechnung Jugendamt
Jahre 2013, 2020 Bevölkerungsprognose 2005, Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth.

Die Umsetzung dieser ehrgeizigen Ziele mit hohem Tempo anzugehen war ein Schwerpunkt der kommunalen Familienpolitik im Jahr 2008. Die Anzahl der Kinder bleibt gemäß der Bevölkerungsprognose des Statistischen Amtes weitgehend konstant. Dementsprechend sind, um die Bedarfsziele zu erreichen, 2013 in Nürnberg 4.300 Plätze für unter Dreijährige (Krippen und Tagespflege), rund 14.500 Kindergarten- und 6.400 Hortplätze erforderlich.

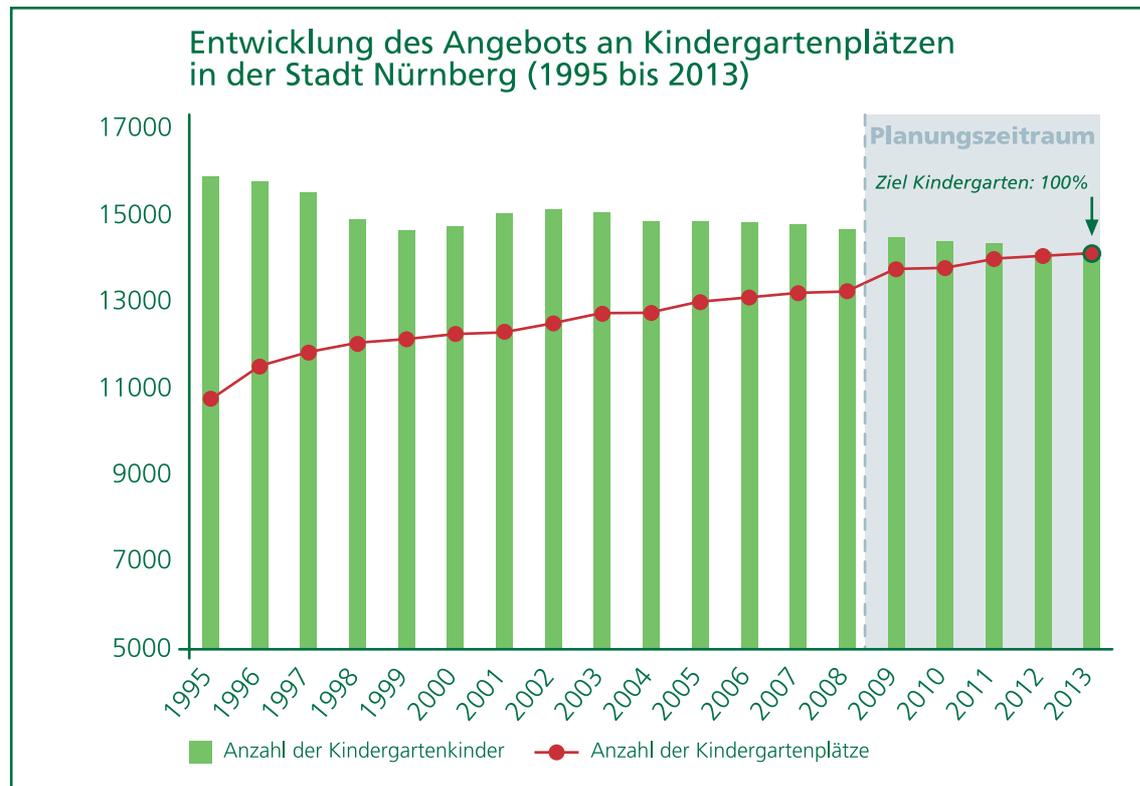
Bis zum Jahr 2002 spielte die Betreuung in Krippen fast keine Rolle. Erst mit der Einführung der staatlichen Förderung analog der Hort- und Kindergartenversorgung entwickelte sich die Krippe zu einer bezahlbaren Alternative der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung. Die Zuwächse in den Jahren 2002 bis 2008 lagen bei 609 Plätzen, damit konnte bis 2008 ein Versorgungsgrad von 6,7 % der Kinder mit Krippenplätzen erreicht werden.

Der Ausbau der Hortversorgung für Grundschüler verlief seit Mitte der 90er Jahre relativ gleichmäßig, bis zum Jahr 2005 wurden aber meist nur 50 bis 100 Plätze pro Jahr geschaffen. Erst mit der Auflage des Hortnotprogramms hat das Schaffen von Hortplätzen deutlich an Dynamik gewonnen. Im Zeitraum 2005 – 2008 entstanden rund 967 zusätzliche Plätze.





Quelle: Stadt Nürnberg, Jugendamt.



Quelle: Stadt Nürnberg, Jugendamt.



Die Zahl der Kindergartenplätze stieg seit Ende der 80er Jahre kontinuierlich, mit einer deutlichen Steigerung 1996, um den inzwischen im Kinder- und Jugendhilfegesetz (SGB VIII) festgeschriebenen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz zu erfüllen. Der Ausbau soll 2013 abgeschlossen sein.



Um die ehrgeizigen Ausbauziele speziell bei den Krippen und Horten zu erreichen, wurde im Jugendamt ein „Dienstleistungszentrum Kindertageseinrichtungen 2013 (DLZ Kita 2013)“ aufgebaut, das bis zum Jahr 2013 Standorte und Objekte ermittelt und neue Krippen und Horte realisieren soll. Neben dem Jugendamt sind in dieser Projektgruppe das Hochbauamt, das Liegenschaftsamt und das Amt für Wirtschaft vertreten und werden dabei durch das Finanzreferat, die Bauordnungsbehörde und das Stadtplanungsamt unterstützt. Das DLZ Kita 2013 hat im September 2008 seine Arbeit aufgenommen und in einem ersten Schritt zusammen mit dem Hochbauamt stadtplanerische Vorbehaltsflächen auf geeignete Liegenschaften geprüft. Außerdem wurde begonnen, bei allen vorhandenen Einrichtungen zu prüfen, ob Möglichkeiten zum Ausbau oder zur Erweiterung bestehen.

In Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftsreferat werden gezielt Unternehmen angesprochen, um geeignete Objekte zu finden. Dies wird durch eine gezielte Öffentlichkeitskampagne unterstützt, die Investoren, Makler, Projektentwickler, freie Träger und Multiplikatoren ermuntert, Immobilien und Grundstücke zu melden und sie – wenn geeignet – als Kindertageseinrichtung zu nutzen. Ein Faltblatt als erste breit gestreute Werbemaßnahme wurde im Herbst 2008 entwickelt und verbreitet. Parallel wurde mit Unterstützung durch das Amt für Wirtschaft ein Marketingkonzept erstellt, die Internet-Seite www.kita2013.nuernberg.de freigeschaltet und eine Hotline eingerichtet. Außerdem wurden im Dezember 50 Investoren angeschrieben.

Der Ausbau ging 2008 deutlich voran. Ende 2008 gab es in Nürnberg rund 1500 Plätze für unter Dreijährige, 13.370 Kindergarten- und 4.111 Hortplätze. Über Anmietungen konnten kurzfristig realisierbare Ergebnisse erzielt werden. Für Vermieter ist es offensichtlich attraktiv, ein langfristiges Mietverhältnis, z.B. für eine Krippe, einzugehen. Beim Bau neuer Einrichtungen vergeht hingegen mehr Zeit zwischen Standortfindung und Eröffnung.

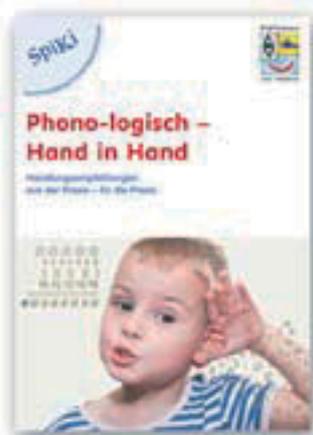
Im Mittelfristigen Investitionsplan bis 2012 wurden nicht nur rund 34,4 Mio. Euro zusätzlich für konkret geplante Objekte eingestellt, sondern auch die Pauschale für Zuschüsse an freie Träger zur Kindertagesbetreuung von 14,5 Mio. Euro auf 33,7 Mio. Euro erhöht. Dank des hohen Engagements der Kommunalpolitik und der Finanzverwaltung ist damit der nächste Schritt zur Finanzierung des quantitativen Ausbauprogramms gesichert.

Qualitative Weiterentwicklung der Kindertagesbetreuung in Nürnberg

„Die Kinder unserer Stadt haben ein Recht darauf, den fachlichen Erkenntnissen gemäß gefördert, gebildet und betreut zu werden“: Diese Formulierung aus der Vorlage für den Jugendhilfeausschuss vom 27.09.2007 beschreibt den hohen Anspruch des qualitativen Ausbaus der Kindertagesbetreuung in Nürnberg. Für 2008 wurden für die Sicherung der Bildungs- und Erziehungsqualität und für Qualitätsverbesserungen 1,6 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

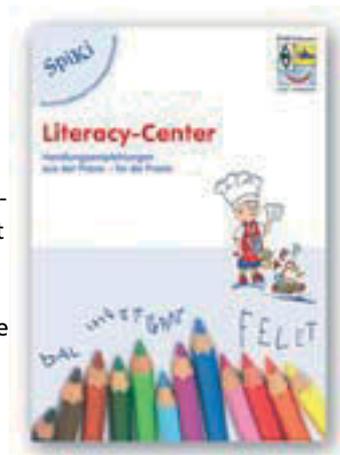
Ziele mit oberster Priorität sind bedarfsgerechte Öffnungszeiten, flexiblere Aufnahmemöglichkeiten, Verbesserungen des Anstellungsschlüssels in ausgewählten Einrichtungen, mehr Einsatz von männlichen Fachkräften und Personal mit Migrationshintergrund, abgestimmte Fortbildungsangebote zu den gesetzlich vorgegebenen

Beobachtungsverfahren und die flächendeckende Implementierung des Bildungs- und Erziehungsplans (BEP). In der Arbeitsgemeinschaft nach § 78 SGB VIII werden die freien Träger zukünftig an der Jugendhilfeplanung beteiligt, zur Sicherstellung der Qualität und der Festlegung von gemeinsamen Standards in allen Nürnberger Kindertageseinrichtungen. Die Träger wurden über die Geschäftsordnung informiert und haben ihre stimmberechtigten Mitglieder ausgewählt. Konzepte zur Gesundheitsförderung werden über die Fachstelle BEP gemeinsam mit den Einrichtungen vor Ort entwickelt und umgesetzt. An ausgewählten Standorten wird besonders intensiv im Kindergarten mit der Grundschule kooperiert. Die Vernetzung mit der Stadtteilarbeit geschieht in Arbeitskreisen und gemeinsamen Projekten. Über Fortbildungen werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den Kindertageseinrichtungen bei der Integration von Freiwilligen und Ehrenamtlichen unterstützt. Den so genannten „Lückekindern“, Kindern der 5. bis 7. Klasse, bietet das Konzept „Schülertreff“ eine altersadäquate Betreuung.



Förderung zusätzlicher Fachkräfte

Horte und Kindergärten in freier Trägerschaft erhielten, wenn sie ausschließlich besser ausgebildete pädagogische Fachkräfte einsetzen, eine Förderung von 4.000 Euro pro Gruppe als Ausgleich für ihre höheren Personalkosten. Dabei wurden die Einrichtungen berücksichtigt, die einen besonders hohen Anteil an Kindern mit Migrationshintergrund haben, in denen bei besonders vielen Kindern der Beitrag durch die wirtschaftliche Jugendhilfe übernommen wird und die sich in Stadtteilen mit besonderem sozialen Entwicklungsbedarf befinden. In den städtischen Horten werden bereits jetzt ausschließlich pädagogische Fachkräfte eingesetzt. Durch die Verbesserung des Qualifikationsschlüssels wird eine höhere Qualität der Pädagogik ermöglicht, im Bezug auf die Arbeit mit den Kindern, den Eltern und auch zur Kooperation und Vernetzung mit Fachdiensten und im Stadtteil.



Verbesserung des Anstellungsschlüssels

Das Bayerische Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz BayKiBiG (Ausführungsverordnung) sieht einen Mindestanstellungsschlüssel von 1: 11,5 vor. Empfohlen wird sogar ein Verhältnis von zehn

Buchungszeitstunden für jeweils 1 Arbeitsstunde des pädagogischen Personals. Die Stadt Nürnberg ermöglicht durch die Förderung zusätzlichen Personals in ausgewählten Einrichtungen der freien Träger und des Jugendamts eine Umsetzung dieser Empfehlung. Bisher konnte bereits in fünf Familienzentren und in 14 Kindertageseinrichtungen als „Orte für Familien“ der empfohlene Anstellungsverhältnis von 1:10 umgesetzt werden.

Klingeling – das Musikprojekt

Ein schönes Beispiel zur Verbindung von kultureller Bildung und früher Förderung ist das Musikprojekt Klingeling. Langzeitarbeitslose Profimusiker bieten Kindern aus sozial benachteiligten Familien in städtischen Kindergärten und Horten musikalische Früherziehung oder Musikunterricht an. Ob gemeinsames Trommeln, lebhaft getanzte Klanggeschichten, der Bau von Didgeridoos oder Klavierunterricht, die Palette ist groß, genau wie die Begeisterung der Kinder. Dieses Angebot entstand in Kooperation des Jugendamts und der Musikwerkstatt der Noris-Arbeit gGmbH (NOA) mit ARGE Nürnberg und Kulturzentrum Z-Bau. Die Instrumente konnten durch eine großzügige Spende von Yoko Schöller angeschafft werden. Das Projekt wird durch die Fachstelle BEP des Jugendamts konzeptionell begleitet.



Familienzentren

Aus den Praxismodellen „Kindertageseinrichtungen als Orte für Familien“ entstanden im Laufe des vergangenen Jahres fünf Familienzentren in Nürnberg, auf der Grundlage der Konzeption „Kindertageseinrichtungen als Familienzentren“:

Das sind das AWO Familienzentrum, Philipp-Körber-Weg 2, das Familienzentrum Kinderhaus e.V., Sperberstr. 82, das Familienzentrum Bleiweiß, Vordere Bleiweißstraße 2, das Familienzentrum Reutersbrunnenstraße 40, und das Familienzentrum Imbuschstraße 70/72.

Mit niedrigschwelligen Angeboten werden Kinder und Familien in einem Familienzentrum in ihren unterschiedlichen Lebenslagen unterstützt und gefördert. Die Angebote finden regelmäßig und verlässlich statt. Kernbereiche des sozialpädagogischen Handelns sind die drei Leistungsbereiche Bildung, Betreuung und Erziehung von Kindern, Integration von familienrelevanten Angeboten sowie Kooperation und lokale Vernetzung

„Integration von familienrelevanten Angeboten“ bedeutet aktive Einbindung und Beteiligung der Eltern, aber auch die Möglichkeit für generationsübergreifende Begegnungen und Angebote für die ganze Familie, Beratung und Unterstützung der Familien bei der Alltagsorganisation,

Elternbildung durch Gesprächskreise, Kurse und Förderprogramme und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch bedarfsgerechte Öffnungszeiten und individuelle Betreuungsangebote. In lokaler Vernetzung kooperieren die Familienzentren systematisch und regelmäßig mit Stadtteil-einrichtungen und integrieren Angebote der Jugendhilfe und Fachdienste. Ideen und Aktionen von Eltern und ehrenamtlich Tätigen sind ausdrücklich willkommen und werden gemeinsam mit dem Team des Familienzentrums geplant und umgesetzt. Familien können ihr Familienzentrum auch für selbstorganisierte Angebote und Projekte nutzen.

Für die besondere konzeptionelle Ausrichtung erhalten die Familienzentren zusätzliche städtische Sach- und Personalmittel. Den Trägern wird die finanzielle Möglichkeit eingeräumt, die Einrichtungsleitung vom Gruppendienst freizustellen und eine zusätzliche Fachkraft einzusetzen. Hinzu kommen Sach- und Honorarmittel von ca. 15.000 Euro pro Jahr und ein zusätzlicher Fortbildungset für Coachingprozesse und Konzeptionsentwicklung. Zur Qualitätssicherung werden die Entwicklungsprozesse der Familienzentren durch die beiden Nürnberger Fachhochschulen für Sozialpädagogik evaluiert.

www.familienzentren.nuernberg.de

Zum Beispiel: das Familienzentrum Imbuschstraße

Das städtische Familienzentrum Imbuschstraße beherbergt unter seinem Dach Kinderkrippe (30 Plätze), Kindergarten (80 Plätze), Kinderhort (85 Plätze), Schülertreff mit 25 Plätzen für Hauptschülerinnen und -schüler im Alter von 10 bis ca. 14 Jahren und die Familienselbsthilfeinitiativen Treff-Fa.

Immer mehr Eltern benötigen Unterstützung und Beratung, um ihren Familienalltag zu bewältigen. Das Familienzentrum bietet Raum, Ressourcen und Potentiale, sich zu einer Anlaufstelle für Familien und ihre Kinder im Stadtteil zu entwickeln. Hier können Beratung und Information wohnortnah stattfinden, professionelle, semiprofessionelle und ehrenamtliche Angebote gebündelt und weiter vermittelt werden. Die Vernetzung und Kooperation mit anderen Institutionen und Einrichtungen in Langwasser werden ausgebaut und vertieft.



Bildung, Betreuung und Erziehung von Kindern: Der Fokus der pädagogischen Arbeit liegt beim einzelnen Kind, mit seinen Stärken und Ressourcen. Kinder sollen sich selbst kennen lernen und ihre Lebenswelt entdecken und begreifen, im Sinne des lebensweltorientierten Ansatzes.

Integration von familienrelevanten Angeboten: Kindertageseinrichtungen sind Orte der Begegnung für Familien. Insbesondere im Kindergarten werden fast alle Familien mit Vorschulkindern erreicht. Der Austausch mit anderen Eltern ist gewünscht und möglich. Elternbereiche laden zum Verweilen und Kommunizieren ein. An Infowänden sind Materialien zu den unterschiedlichsten Themen ausgelegt. Informationen über familienspezifische Angebote von Institutionen und sozialen Diensten in Langwasser werden speziell beworben.

Zusätzliche Angebote für Familien im Familienzentrum: Veranstaltungen zur Elternbildung, Hospitation in der jeweiligen Einrichtung, allgemeine persönliche Beratung und Herstellen von Kontakten zu Fachdienststellen, Aktionstage, Angebote für 2- bis 3-jährige Kinder, Miniclub, Second-hand-Shop, Frühstück am Mittwoch, Kaffee und Kuchen am Donnerstagnachmittag und Nutzung von Räumen für Familienfeste. Da den Familienzentren ein zusätzliches Budget für die Arbeit mit Familien zur Verfügung steht, können die Veranstaltungen im Haus sehr preiswert oder kostenlos



angeboten oder Ausflüge familienfreundlich bezuschusst werden. Familien mit Migrationshintergrund oder von Armut betroffene Familien haben oft wenig Möglichkeiten der Teilhabe an kulturellen Veranstaltungen. Gemeinsam geht es besser! Neben den verschiedenen Festen, die gemeinsam gefeiert werden, gibt es vielfältige Möglichkeiten die Freizeit miteinander sinnvoll zu gestalten. Beispiele: Gemeinsame Ausflüge, Wanderungen, Bibliotheksbesuche, Theater-, Konzert- oder Museumsbesuche, Stadtteilerkundungen oder Eltern-Kind-Aktionen in der Kita (Spielnachmittag, Eltern-Kind-Chor, Vater-Kind-Aktionen...).

Unterstützung der Familien in Fragen der Alltagsorganisation: Die Bemühungen haben immer Hilfe zur Selbsthilfe als Ziel. Die Vermittlung von Kontakten, der Aufbau von Nachbarschafts- und Elternnetzwerken wird im Familienzentrum angeregt und unterstützt. Konkret: Eltern-Kind-Kochkurse in Zusammenarbeit mit dem Zentrum aktiver Bürger und Spielend lernen im Stadtteil. Die Lebensmittel wurden von der Tafel gespendet. Die Eltern und Kinder haben gelernt mit preiswerten Zutaten gute und gesunde Mahlzeiten zu kochen. Der Kochkurs wird öffentlich ausgeschrieben.

Kooperation mit anderen Institutionen: Zusammenarbeit mit benachbarten Einrichtungen und Institutionen im Sinne der Familien ist selbstverständlich und alltäglich. In speziellen Arbeitskreisen werden grundsätzliche Themen erörtert, neue Kontakte vermittelt oder gemeinsame Projekte entwickelt. Konkret: Eine Kinderärztin vom Kinder- und jugendärztlichen Dienst des Gesundheitsamtes kommt monatlich zur Sprechstunde, offen für alle Familien in Langwasser Süd-Ost.

Förderung des bürgerschaftlichen Engagements: Ehrenamtliche geben ihre Stärken und Erfahrungen weiter, bereichern die Arbeit und erleben selbst Freude und Erfolg. Die Kinder erleben andere Erwachsene, nicht nur Erzieherinnen und Erzieher. Beispiele: Lesefreunde, Töpfern, Schreiben, Gärtnern und Erlebnispaziergänge sind Aktivitäten, bei denen Ehrenamtliche ihr Können und Erfahrung einbringen.

Kindertageseinrichtungen als „Orte für Familien“

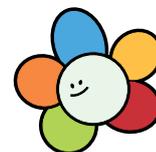
Als eine Art Vorstufe zum Familienzentrum werden in den Kindertageseinrichtungen als „Orte für Familien“ Strategien für die Arbeit mit den Familien entwickelt, abhängig von den individuellen Ressourcen und dem spezifischen Bedarf im Stadtteil. Die „Orte für Familien“ erfüllen ihren Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsauftrag und sind darüber hinaus ein Begegnungsort für Familien im Stadtteil. Intern öffnen sich die Kindertageseinrichtungen für variabelere Buchungszeiten, Altersmischungen und durch die offene Gruppenarbeit. Durch Angebote für Kinder, Eltern und Familien aus dem Wohnumfeld sowie die Vernetzung mit anderen Angeboten und Institutionen im Stadtteil vollzieht sich die Öffnung auch nach außen. In Nürnberg dürfen sich bisher 15 Kindertageseinrichtungen als „Orte für Familien“ bezeichnen. Davon sind sechs Einrichtungen in kommunaler und neun in freier Trägerschaft.



Bündnis für Familie: Klima und Unterstützung für Familien

Das Nürnberger Bündnis für Familie trug auch im achten Jahr seines Bestehens – bei deutlich reduzierter Personalausstattung des Stabs Familie – mit Projekten, öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten und Netzwerkarbeit zur Verbesserung des Klimas für Familien und zur konkreten Unterstützung von Familien im Alltag bei.

Ein wichtiges Themenfeld ist nach wie vor die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Als starkes Netzwerk erwies sich auch 2008 die Initiative „Familienbewusste Personalpolitik in der Metropolregion“. Über 200 kleine, mittelständische und große Unternehmen haben sich innerhalb der Metropolregion dieser vom Bündnis für Familie Nürnberg, der IHK Nürnberg für Mittelfranken und der Agentur für Nürnberg ins Leben gerufenen Initiative angeschlossen. Sie stehen im regelmäßigen Erfahrungsaustausch, beraten in Arbeitsgruppen Themen wie Sozialberatung, „elder care“, Ferienbetreuung und multiplizieren ihre Erfahrungen und good practice über eine Datenbank. 2008 fanden vier Veranstaltungen des Erfahrungsaustausches und der fachlichen Weiterentwicklung bei Unternehmen in der Region statt.



Das Symposium „Die Sandwichgeneration im Spannungsfeld von Familie und Beruf – Herausforderungen für Wirtschaft und Gesellschaft“ mit der Hauptrednerin Prof. Jutta Allmendinger (2. v. l.), Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin und von 2003 bis 2007 Leiterin des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in Nürnberg, stellte im Juni 2008 einen Höhepunkt dar. Thema der Veranstaltung in der IHK Akademie Nürnberg war die so genannte „Sandwich-Generation“ – Männer und Frauen in der Mitte des Lebens, denen von Wirtschaft und Gesellschaft immer mehr abverlangt wird: Topleistungen im Beruf, das Heranziehen von Kindern und deren gute Ausbildung, die Sorge für die Älteren und Pflegebedürftigen, wobei sie zugleich die Hauptsteuerlast tragen

und sich um die eigene Daseins- und Altersvorsorge kümmern müssen. Expertinnen und Experten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik diskutierten mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern über notwendige Veränderungen und Möglichkeiten der Unterstützung für die Sandwich-Generation.

Kampagne „Kinder- und Familienstadt Nürnberg“

Basierend auf den Leitlinien „Kinder- und Familienstadt Nürnberg“ startete im Oktober 2007 die Kampagne „Kinder- und Familienstadt Nürnberg“. Mit der Sparda-Bank Nürnberg als Hauptsponsor wurden 2008 zwei Kampagnenthemen in die Öffentlichkeit gebracht.

Unter dem Motto „Auf gute Nachbarschaft!“ warb das Bündnis für Familie im Sommer 2008 um mehr Verständnis für Kinder in der Nachbarschaft und dafür, dass dadurch das Zusammenleben von Alt und Jung leichter, fröhlicher, reicher wird. Dafür wurden im Austausch mit der WBG Nürnberg Gruppe „Spielregeln“ für ein gutes Miteinander in der Nachbarschaft mit Kindern entwickelt. Diese sind als Hausordnung grafisch gestaltet und können in den Häusern an Informationstafeln aufgehängt werden. Nähere Informationen bietet das Faltblatt „Auf gute Nachbarschaft!“. Beide sind kostenlos im BürgerInformationsZentrum, in den Geschäftsstellen der WBG Nürnberg Gruppe, in den Filialen der Sparda-Bank Nürnberg und beim Bündnis für Familie erhältlich. Zahlreiche Wohnbaugesellschaften und Immobilienverwaltungen in Nürnberg haben im Jahr 2008 über 8.000 Exemplare angefordert.



Am 16. September 2008 wurden in Nürnberg 4.589 ABC-Schützen eingeschult. Gemeinsam mit der Sparda-Bank, der Verkehrspolizei, der kommunalen Verkehrsüberwachung, dem Verkehrsplanungsamt, dem Staatlichen Schulamt in Nürnberg sowie dem Amt für Volks- und Förderschulen hat das Bündnis für Familie eine im Wortsinn „dufte“ Aktion entwickelt. So verteilten Polizei und Kommunale Verkehrsüberwachung zusammen mit Strafbzetteln das Logo des Bündnisses für Familie als Duftblume für das Auto – mit zehn Tipps an die Autofahrer, wie sie zur Sicherheit der Kinder auf dem Schulweg beitragen können. Auch alle Eltern der ABC-Schützen erhielten diese Blumen. An die Fußgängerampeln um die Nürnberger Grundschulen klebten die Hausmeister der Grundschulen pfiffig gestaltete Hinweise, die Erwachsene an ihre Vorbildfunktion erinnern sollten.



Für mehr Rücksicht auf Kinder im Straßenverkehr werben Lt. Polizeidirektor Gerhard Schlögl, Sparda-Vorstand Stefan Schindler, Referent Reiner Pröb und Wolfgang Schmid (v.r.).

famos. Das Nürnberger Familienmagazin

Sein erstes Erscheinungsjahr brachte 2008 famos. Das Nürnberger Familienmagazin² erfolgreich hinter sich. Vier Ausgaben widmeten sich den Titelthemen „Du bist aber gut erzogen“, „Beweg' Dich!“, „Lust statt Frust: Wie Lernen mehr Freude macht“ und „Feste feiern“ und beleuchteten in Reportagen, Umfragen, Rätseln, Karikaturen, Bildern, Expertenrat, Veranstaltungs- und Freizeittipps und vielem mehr das Zusammenleben der Generationen in Nürnberg. famos wird als Initiative im Bündnis für Familie vom Herausgeberverein und der Redaktion erstellt und erscheint vierteljährlich in einer Auflage von 100.000 als Beilage der Nürnberger Tageszeitungen und als kostenloses Magazin zum Mitnehmen an vielen Anlaufstellen für Familien. famos wird großzügig unterstützt durch die Sponsoren Sparkasse Nürnberg und N-ERGIE AG sowie durch den Lions Club Nürnberg.



Zum ersten Geburtstag lud das famos-Team am 16. November 2008 zum großen famos Familienfest mit dem Motto „Abenteuer im Buchstabenland“ in die Villa Leon ein, und mehrere Hundert Kinder, Eltern, Großeltern und Interessierte feierten mit. Die Künstler Oliver Tissot und Geraldino und die Spielmobile des Jugendamts sorgten für Unterhaltung, die Druckwerkstatt des

Kindermuseums, ein Bücher-Quiz des Tessloff-Verlags, Vorlesefreunde, gebackene Buchstaben und Informationsangebote für Eltern rund ums Lesenlernen lieferten Beiträge zum Festmotto. Beiträge der Sponsoren rundeten das rundum gelungene Festprogramm ab.

myFavorite FAMILY: Ratgeber für Eltern in Nürnberg und Fürth

Junge Eltern haben viele Fragen: zur Entwicklung des Babys, zu Gesundheit, Ernährung, Erziehung, zu Freizeit und Finanzen. Gemeinsam mit dem CityVerlag wurde der Ratgeber myFavorite FAMILY entwickelt, der alle Nürnberger Familien regelmäßig mit aktuellen Informationen und Adressen versorgt. Für die Redaktion ist in erster Linie der Stab Familie zuständig. Grafik, Druck und Vertrieb obliegen dem CityVerlag. Anders als bei vielen Branchenführern mit Anzeigen und Adressen, aber wenig konkreten Tipps und Informationen überwiegen in myFavorite FAMILY die redaktionellen Texte, die in erster Linie vom Stab Familie und Mitarbeiter/-innen städtischer Ämter verfasst wurden.



² Internetauftritt von famos unter www.famos-nuernberg.de

myFavorite FAMILY erschien erstmals im Juni 2008 und wird jährlich überarbeitet. Der Ratgeber wird in einer Auflage von 60.000 Stück in Nürnberg und Fürth unter anderem in Kindertagesstätten kostenlos an Eltern überreicht.

Familienkarte Nürnberg

Die Familienkarte Nürnberg wurde im April 2008 zum zweiten Mal kostenlos an alle Nürnberger Haushalte gesandt, in denen mindestens ein Kind unter 18 Jahren lebt. Die für zwei Jahre gültige Familienkarte ersetzte die 2006 erstmals ausgestellte Karte und ist mit dem Namen eines Elternteils personalisiert. Die Namen des anderen Elternteils und des Kindes oder der Kinder sind auf der Rückseite handschriftlich zu ergänzen, damit die Karte unter den Familienmitgliedern übertragbar ist. Neu hinzugezogene Familien und Eltern von neu geborenen Kindern bekommen die Familienkarte im BürgerInformationsZentrum im Rathaus.

Bei Vorlage der Familienkarte erhalten Familien Vergünstigungen oder Vorteile bei Einrichtungen der Stadt Nürnberg (z.B. Bäder, Museen und Tiergarten), bei Unternehmen des Einzelhandels und der Gastronomie, bei Handwerk, Bildung, Kultur, Sport und gemeinnützigen Vereinen. Die Karte kann (Stand Ende 2008) bei rund 170 Partnern eingesetzt werden, die an dem Aufkleber „Familienkarte Nürnberg – wir machen mit!“ erkennbar sind. Die aktuelle Partnerübersicht wird vierteljährlich in „famos. Das Nürnberger Familienmagazin“ veröffentlicht.

Unter www.familienkarte-nuernberg.de finden die Nutzerinnen und Nutzer neben der stets aktuellen Partnerübersicht auch einmalige Angebote wie etwa Vergünstigungen im Zirkus oder bei Messen.

Vereine und Verbände sind wichtige Partner für Familien und sind deshalb aufgerufen sich an der Familienkarte zu beteiligen. Besonders wichtig für die Förderung der Familien ist die Partnerschaft mit der Wirtschaft in der Region. Deshalb werden zu den vielen bereits engagierten Unternehmen aus Handel und Industrie, Gewerbe und Gastronomie weitere Partner gesucht, die Familien eine besondere Dienstleistung, einen Rabatt oder ein Spezialangebot anbieten.



Neue Wege zur Erziehungspartnerschaft: Die familienfreundliche Schule

Die dreijährige Modellphase im Projekt „Neue Wege zur Erziehungspartnerschaft: Die familienfreundliche Schule“ konnte 2007 mit einer äußerst positiven Bilanz abgeschlossen werden. Die Projektinhalte werden seither im Bündnis für Familie weiter umgesetzt. Auch weiterhin gilt das Ziel einer engen Vernetzung von Schule, Eltern und weiterer Partner, wie der Jugendhilfe, um Bildungsgerechtigkeit für alle Kinder zu ermöglichen. 2008 konnte Bewährtes etabliert und Neues auf den Weg gebracht werden. Etabliert hat sich u.a. die Idee, Schulen als Bildungseinrichtungen auch für Eltern („Treffpunkt Bildung“) zu öffnen. Insbesondere wurden Themen zu Erziehung, Medienkompetenz und Lernen lernen angeboten. Neu war etwa der Schwerpunkt: „Gesundheit: Ernährung und Bewegung“. Aufgrund des häufig schlechten Gesundheitszustandes von Schülern und der Tatsache, dass viele Kinder ohne Frühstück in die Schule kommen und die häusliche Verpflegung oft



mangelhaft ist, ebenso sportliche Aktivitäten wenig ausgeübt werden, konzipierten viele Schulen jeweils passende Angebote, um auch hier Eltern aktiv einzubeziehen. Um eine nachhaltige Veränderung bei den Familien anzuregen, wurden diese Maßnahmen in Vernetzung mit anderen Einrichtungen im Stadtteil geplant.

Die Stärke der „Familienfreundlichen Schule“ liegt darin, dass die beteiligten Schulen ihre Schwerpunkte selbst wählen und bei der Konzipierung und Umsetzung individuell auf ihre Schule zugeschnittene Unterstützungen erhalten. Dies führt einmal zu einer Vielzahl von unterschiedlichen Maßnahmen, und gleichzeitig verbreiten sich gelungene Pilotprojekte durch den geförderten Ideenaustausch am Runden Tisch, der weiterhin in Kooperation mit dem Staatlichen Schulamt viermal jährlich stattfindet.



Die stetige wachsende Zahl der Projektschulen zeigt, dass „Familienfreundlichkeit“ für immer mehr Schulen ein wichtiges Thema ist. Bis Juli 2008 beteiligten sich insgesamt 23 Schulen (14 Grundschulen, eine Grund- und Hauptschule, sieben Hauptschulen und ein Förderzentrum). Fünf weitere Schulen kamen im September 2008 hinzu.

Am Ende des Schuljahres 2007/08 fand eine Ehrung der 23 teilnehmenden Schulen statt. Die Projektschulen präsentierten in Form eines Marktplatzes ihre guten Ideen und Anregungen für die Praxis. Eine weitere Möglichkeit, sich über erfolgreiche Beispiele und Projekte zu informieren, ist eine Datenbank auf der Homepage des Staatlichen Schulamtes (www.schulamt.info) und des Bündnisses für Familie (www.bff-nbg.de/ideenfundus).

„Die familienfreundliche Schule“ hat sich in Nürnberg gut in die Schul- und Jugendhilfelandchaft eingefügt und bewährt. Die vielfältigen Maßnahmen, die in den Projektschulen konzipiert und etabliert sind, zeigen, dass ein Aufbruch zu einem qualitativen Mehr an Zusammenarbeit zwischen Schule, Elternhaus und weiteren Partnern gelungen ist. Weitere Informationen unter: www.bff-nbg.de

Familienbildung und Kampagne Erziehung

Ziel ist weiterhin die Förderung der Erziehungskompetenz der Eltern und aller, die mit Kindern leben. Der jährlich im Frühjahr stattfindende Nürnberger Familienbildungstag, der mit zehn Kooperationspartnern der Familienbildung durchgeführt wird, stand 2008 unter dem Thema „Gefühle zeigen, stark sein: Typisch weiblich – typisch männlich?“. Die Elternbriefe des Arbeitskreises Neue Erziehung e.V., die mit zwei Ansichtsexemplaren dem Willkommenspaket zur Geburt eines Kindes beiliegen, können seit Januar 2007 von Eltern kostenlos bis zum dritten Lebensjahr angefordert werden. Insgesamt haben im Jahr 2008 578 Eltern das Angebot genutzt, davon 3 in türkischer Sprache; das ist eine leichte Steigerung gegenüber dem Vorjahr.

Fortbildungen zu fünf verschiedenen Themen zur Elternarbeit, für Multiplikatoren im Bereich der Kindertagesbetreuung, werden weiterhin von allen Trägern in Nürnberg für die Qualifizierung ihrer Mitarbeiter gebucht. Ebenso werden die Elternabende zu 14 verschiedenen Themen weiterhin von den Einrichtungen als Ergänzung ihrer Elternarbeit genutzt.



Erziehungs- und Familienberatung

An sechs Standorten wird in Nürnberg derzeit Erziehungs- und Familienberatung durch vier Träger angeboten. Die Erziehungsberatung (EB) des Jugendamts ist an drei Standorten tätig, sie betreute 2008 über 2.020 Klienten und schloss 1.570 Beratungen ab.

Als zunehmend wichtiges Aufgabenfeld hat sich, neben anderen familiären und Erziehungsproblemen, der Netzwerkarbeit zum Beispiel mit dem ASD, den Kindertageseinrichtungen und Schulen und der Online-Beratung die Arbeit mit hochstrittigen, getrennt lebenden Eltern entwickelt. Noch 1985 wurde Trennungs- und Scheidungsberatung bei der EB der Stadt Nürnberg nicht einmal dokumentiert. Mit steigender Nachfrage und Einführung spezieller Angebote der Trennungs- und Scheidungsberatung wurde dies nachgeholt. Die entsprechenden Zahlen stiegen von 8% der bearbeiteten Fälle (1989) auf 30% (2008). 1.133 (56 %) der minderjährigen Klienten lebten 2008 bei nur einem oder keinem leiblichen Elternteil.

Als neue Symptomatik in der Beratungsarbeit kristallisiert sich „Hochstrittigkeit im Trennungsvorlauf“ heraus. Die Qualität der Auseinandersetzungen hat sich im Lauf der letzten Jahre verändert und im Konfliktstil verschärft. Anfang des Jahrzehnts fanden bundesweit rund 25.000 Prozesse zum Umgangsrecht statt, 2005 waren es bereits ca. 36.000. In 5 bis 10 Prozent der Elterntrennungen werden Kinder zumindest phasenweise eskalierten Erwachsenenkonflikten ausgesetzt – mit vielen Risiken für ihre psychische und auch physische Gesundheit. Fachkräfte beobachten zunehmend, dass elterliche Auseinandersetzungen nach Scheidung und Trennung extrem eskalieren, bis hin zu Rache Wünschen, Verdächtigungen und Gewaltausübung. Leidtragende sind die Kinder, denn die Liebe des Kindes zum anderen Elternteil wird bei derart schweren Auseinandersetzungen durch bewusste oder unbewusste Einflussnahme unterminiert und zerstört.



Die Fachkraft der Erziehungsberatung steht in solchen Fällen zwischen den Parteien. Sie soll vielfach die Kinder einbeziehen, den Kontakt mit ASD, Rechtsanwälten und Familiengericht suchen und unterliegt den Versuchen der streitenden Parteien, sie auf eine Seite zu ziehen. Erfolgsquoten sinken trotz des meist überdimensionalen Aufwandes weit unter die in der EB gewohnten, Abbrüche häufen sich, die Zahl der Besprechungen und der Gesprächspartner steigt rapide. Für die Erziehungsberatung der Stadt Nürnberg ergibt sich dadurch ein erhöhter Arbeitsaufwand und Schulungsbedarf, zumal eskalierende Trennungssituationen auch unter juristischen Aspekten als Hinweis auf ein deutlich erhöhtes Risiko einer Kindeswohlgefährdung oder sogar als vollendete Kindeswohlgefährdung anzusehen ist. Fachkräfte in Erziehungsberatungsstellen sind nach Einführung des § 8a SGB VIII mit besonderem Nachdruck aufgefordert, die vorgesehene Risikoabklärung durchzuführen und, falls möglich, erfolgversprechende Angebote an die Eltern heranzutragen.



3. Rechte von Kindern und Jugendlichen durchsetzen

Auf Grundlage der UN-Kinderrechtskonvention und des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (SGB VIII) setzen wir Rechte junger Menschen auf Förderung ihrer Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit durch. Bei allen Angeboten, die Kinder und Jugendliche betreffen, steht ihr Wohl im Mittelpunkt. Dafür müssen ihre Bedürfnisse ernst genommen werden, sie müssen Gelegenheiten haben, sich Gehör zu verschaffen, und ihr Recht auf Beteiligung wahrnehmen können. Kinder und Jugendliche vor Missbrauch und Vernachlässigung zu schützen ist eine besonders dringliche Aufgabe. Sie finden bei uns Beistand und können bei Konflikten mit Erwachsenen mit unserer Unterstützung rechnen. Fünf zentrale Ansätze lassen sich dabei hervorheben:

- Kinder werden stärker beteiligt.
- Jugendliche werden stärker beteiligt.
- Lebensbedingungen junger Menschen werden verbessert.
- Junge Menschen werden in ihrer Entwicklung gefördert.
- Junge Menschen werden vor Gefährdungen geschützt.



Kinder werden stärker beteiligt

Positive Lebensbedingungen für Kinder können nur mit ihrer Beteiligung realisiert werden. Der Auftrag an die Jugendhilfe zur Beteiligung von Kindern (und Jugendlichen) leitet sich aus § 8 SGB VIII ab: „Kinder und Jugendliche sind entsprechend ihrem Entwicklungsstand an allen sie betreffenden Entscheidungen der öffentlichen Jugendhilfe zu beteiligen.“ In Nürnberg gibt es neben der Beteiligung von Kindern in allen Einrichtungen und bei allen Angeboten der Jugendhilfe zwei systematisch, regelmäßig und stadtweit angewandte Beteiligungsformen: Kinderversammlungen und Nutzerbeteiligungen bei der Spielflächenplanung.

Kinderversammlungen finden im zweijährigen Rhythmus in allen Stadtteilen Nürnbergs statt und bieten eine Plattform für Kinder, um ihre Wünsche, Interessen und Bedürfnisse zu artikulieren und auf Entscheidungsprozesse Einfluss zu nehmen, die ihre Lebenswelt betreffen. 2008 fanden sechs Kinderversammlungen statt, an denen 550 Kinder im Alter von 6 bis 14 Jahren und 160 Erwachsene (Kommunalpolitiker, Experten der städtischen Dienststellen) teilnahmen.

Auch 2008 konnten ca. 40 % der Anträge und Wünsche aus Kinderversammlungen realisiert werden, weitere 20 % der Anträge sind noch in der Bearbeitung und können zumindest zu Teilerfolgen führen.

Nutzerbeteiligungen: Bei jeder Planung, jeder Sanierung, jeder Erweiterung und jeder Neuanlage von Spiel- und Aktionsflächen für Kinder (und Jugendliche) werden die Nutzer aus dem Einzugsgebiet beteiligt. 2008 führte das Jugendamt 21 Nutzerbeteiligungen mit insgesamt 640 Teilnehmerinnen und Teilnehmern durch, außerdem sieben schulinterne Nutzerbeteiligungen mit ca. 2.000 Schülerinnen und Schülern. Stadtteilübergreifend haben 2008 Mitglieder der Nürnberger Skaterszene in mehreren Workshops an einem Modell für eine künftige Skateanlage mitgearbeitet.

Straße der Kinderrechte: Bereits 2007 wurde der erste Bauabschnitt umgesetzt. Die beteiligten Kinder wählten für die Gestaltung der Straße mit einzelnen Stationen u.a. das Recht auf freie Meinungsäußerung, das Recht auf Beteiligung, das Recht auf Gesundheit und eine intakte Umwelt, das Recht auf Intimität und Privatsphäre sowie das Recht auf Spiel, Freizeit und Erholung. 2008 wurde die von den Kindern gewünschte Station mit einer Familienskulptur zum Recht auf elterliche Fürsorge und auf gewaltfreie Erziehung fertiggestellt. Falls noch weitere Sponsorengelder akquiriert werden können, soll die Straße der Kinderrechte 2009 um ein bis zwei Stationen erweitert werden.



Jugendliche werden stärker beteiligt

Die Offene Kinder- und Jugendarbeit der Stadt Nürnberg schafft die Voraussetzung der Teilhabe vieler junger Menschen, insbesondere von Jugendlichen und jungen Erwachsenen an Freizeit-, Bildungs-, Qualifizierungs- und Kulturangeboten. „Viele Angebote für Viele“ ist die Maxime, um den unterschiedlichen Bedürfnissen der Zielgruppen nachzukommen. Dafür betreibt das Jugendamt 15 Kinder- und Jugendhäuser, neun Jugendtreffs in den Stadtteilen, die City-Streetwork und die Streetworkprojekte in Schniegling, am Vogelherd und in Gostenhof-Ost. Dazu kommen mit den beiden Spielmobilen und dem Team Mobile Jugendarbeit weitere Angebotsformen.

Die Nutzungszahlen der Angebote der kommunalen Offenen Kinder- und Jugendarbeit 2008:



Einrichtungen	Anzahl	Besucher/Nutzer
Kinder- und Jugendhäuser	16	217.098
Jugendtreffs/Streetworkprojekte	13	105.257
Team Mobile Jugendarbeit	1	9.307
Spielmobile	2	26.561
Gesamt	33	358.223





Die Offene Kinder- und Jugendarbeit will für Kinder und Jugendliche in ihrer Freizeit eine verbindliche, niedragschwellige Anlaufstelle für ihre Bedürfnisse und Interessen zu sein. Deshalb ist die kontinuierliche Alltagsarbeit, geprägt von den Prinzipien Partizipation, Offenheit und Freiwilligkeit, mit verlässlichen Angebotszeiten und einer interkulturellen Besucher(innen)struktur die Basis. Kinder- und Jugendarbeit bietet vielfältige Aktivitäten mit Familien, Schulen, im Übergangsmangement zur beruflichen Eingliederung (z.B. „Ausbildung direkt“), widmet sich aber auch der sozialen und kulturellen Inklusion, zum Beispiel mit Projekten zur Gesundheitsförderung, und einer interkulturellen Besucher/-innenstruktur. Dieser Arbeitsansatz ist ein Erfolgsbaustein bei der Durchsetzung von Rechten junger Menschen. Deshalb baut die Stadt Nürnberg diesen auch weiter aus. Neue Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit entstehen in nächster Zeit mit dem Kinder- und Jugendhaus Gartenstadt, dem Jugendtreff ADAM in der Südstadt, dem Kinder- und Jugendhaus Pastorius-Siedlung und auf dem ehem. sog. „Mammutgelände“ in Schoppershof (die letzten beiden im Auftrag der Stadt Nürnberg in Kooperation mit der Bayerischen Sportjugend Nürnberg bzw. der Evangelischen Jugend Nürnberg).

Exemplarische Schwerpunkte lagen in 2008...

... im Bereich der Kinder- und Jugendkultur. Die mittelalterliche Stadt der Kinder im Cramer-Klett-Park in den Pfingstferien mit ca. 5.000 Kindern, das „Kinderdancefestival“ in der Arena des Cinecittà und die anschließende Gala sind Leuchttürme der Kinderkultur, die direkt aus der praktischen Arbeit der Einrichtungen entstehen. Der „Kinderfotopreis“ unter Federführung des Medienzentrums „Parabol“ zeigt neue Ausdrucksmöglichkeiten von Kindern. Das Tanzfestival „Dance-Deluxe“ zog wegen der großen Nachfrage in den „Hirsch“ um und wurde mit über 1.000 Besucher/-innen ein voller Erfolg. Das Tanzprojekt „United“ fand mit der Uraufführung im Cinecittà (ca. 400 Besucher/-innen) seinen erfolgreichen Abschluss. Das „Mittelfränkische Jugendfilmfestival“ besuchten 2008 über 1.000 Jugendliche. Das unverzichtbare „Klüpfel Open-Air“ entwickelte sich zu einem echten Joint Venture zwischen der Offenen Jugendarbeit (kommunal und freie Träger) und der Musikzentrale und erreichte ca. 1.200 Jugendliche. Die kontinuierlichen Konzertangebote der Kinder- und Jugendhäuser „Klüpfel“, „Red Box“ und „Fünfeckturm“ und ganz neu des „Geiza“ erreichten ca. 2.000 Jugendliche. Das HipHop-Musical „Alkorapical“ wurde von Jugendlichen für Jugendliche produziert. Sie setzen sich darin in ihrer eigenen Musik-, Text- und Bildsprache mit der Alkoholproblematik bei Jugendlichen auseinander.

... im Sport. Sportangebote sind unabhängig vom jugendkulturellen Zeitgeist zentrale Bestandteile der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Viele Angebote sind in die Alltagsarbeit eingebunden. Eine Höhepunktveranstaltung war der StreetsoccerCup 2008: Fußball spielt in der aktiven Sportausübung eine wesentliche Rolle, besonders bei Kindern und Jugendlichen. Streetsoccer ist eine Möglichkeit, Fußball mitten in die Stadt zu holen, präsentiert auf öffentlichen Plätzen und Straßen. Das Fußballturnier richtet sich an alle Kinder und Jugendlichen in Nürnberg zwischen 8 und 17 Jahren. Am „3. Nürnberger StreetsoccerCup 2008“ waren mehr als 1.000 aktive Teilnehmerinnen und Teilnehmer beteiligt, sowie in etwa 5.000 Personen als Zuschauerinnen und Zuschauer (Eltern, Familie, Freunde, Laufpublikum). Es spielen immer zwei Teams mit je drei Spielerinnen/Spielern, sowie zwei Ersatzspielerinnen/Ersatzspielern gegeneinander unter der Leitung von Schiedsrichterinnen und Schiedsrichtern nach einem festgelegten Spielplan. Beim „Nürnberger StreetsoccerCup“ zählt neben den Punkten und Toren auch die Fairness. Der „Mitternachtssport“ konnte 2008 ausgeweitet werden. Durch die Erweiterung der Hallenkapazität wird die Möglichkeit gegeben, an den Spielterminen in der näheren Umgebung teilzunehmen. Die pädagogische und sportliche Betreuung der Sportangebote wird von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vor Ort aus den umliegenden Einrichtungen zusammen mit Ehrenamtlichen oder Honorarkräften aus dem Sportbereich gewährleistet.





Lebensbedingungen junger Menschen werden verbessert

Von weitreichender Bedeutung war die Verabschiedung des Jugendhilfeplans „Spielen in der Stadt“ der Stadt Nürnberg im Februar 2008, der sozialwissenschaftlich und pädagogisch fundiert die Bedürfnisse und Interessen der Kinder und Jugendlichen berücksichtigt. Die Planungen basieren auch auf den Ergebnissen der Kinderversammlungen und Beteiligungsverfahren der letzten Jahre. Der städtebauliche Richtwert für den Spielflächenbedarf pro Einwohner wurde auf 3,4 qm erhöht und als verbindliche und geschäftsbereichsübergreifende Planungsgrundlage für alle Nürnberger Stadtentwicklungsprozesse beschlossen.

Gemeinsam haben Gartenbauamt und Jugendamt alle öffentlichen, unbetreuten Spielplätze in Nürnberg analysiert. Anhand der „Planungs- und Qualitätskriterien für die Bewertung von Spielplätzen in Nürnberg“, sowie der „Leitlinien für die Integration von Kindern mit Einschränkungen auf Spielplätzen“ und der DIN 18034 wurden die Spielplätze einheitlich namentlich erfasst, Standort, Spielfläche und Größe genau bestimmt, nach Altersausrichtung typisiert, ihrer räumlichen Funktion zugeordnet und in der Qualität bewertet. Alle Ergebnisse wurden systematisch in die Bestandsanalyse integriert. Die Nürnberger Spielplatzsituation hat sich seit der Erstellung des Rahmenplans von 1989 deutlich verbessert. Damals verfügte Nürnberg über 143 öffentliche Spielplätze mit einer Gesamtfläche von knapp 570.000 qm. Nach der damals gültigen Bedarfsberechnung (2 qm je Einwohner) herrschte ein Defizit an öffentlichen Spielflächen von ca. 663.000 qm. Inzwischen betreibt die Stadt Nürnberg fast 280 öffentliche Spielplätze und hat die Spielplatzfläche um ca. 234.000 qm auf etwa 804.000 qm erhöhen können. Der Flächenfehlbedarf liegt aufgrund des erhöhten Planungswertes aber weiterhin gesamtstädtisch bei ca. 960.000 qm. In 50 von 57 Planungsbereichen besteht ein Defizit zwischen 600 und 90.000 qm, wobei vier Planungsbereiche mit über 50.000 qm Spielflächendefizit besonderen Nachholbedarf aufweisen: Galgenhof/ Hasenbuck, St. Johannis/ Vogelherd, Glockenhof/Gleißhammer und Gärten h.d. Veste/ Maxfeld. Nur in sieben Planungsbereichen wird der Richtwert erreicht oder übertroffen. Vorrangig in den Planungsbereichen mit den größten Spielflächendefiziten und den ungünstigsten Sozialraumdaten müssen neue Standorte gesucht und für den Spielplatzausbau gesichert werden.

Die Idee, Schulhöfe für das Spielen freizugeben, wird in Nürnberg schon seit über 50 Jahren verfolgt. Aktuell gibt es 45 Spielhöfe. Voraussetzung für die Umwandlung eines Schulhofes in einen Spielhof ist ein Kontrakt zwischen der Schulverwaltung, der einzelnen Schule, dem Jugendamt und dem Gartenbauamt.

Ein weiteres unverzichtbares Angebot für Kinder und Jugendliche stellen die pädagogisch betreuten Spielplätze zur Verfügung. Das Spielangebot ist im Laufe der Jahre kontinuierlich ergänzt worden. Da vielen Kindern die notwendige Unterstützung im Elternhaus fehlt, werden Mittagessen,



Hausaufgabenhilfe und Nachmittagsbetreuung angeboten. Die Anzahl der betreuten Aktivspielplätze hat sich von fünf im Jahr 1989 auf heute zwölf erhöht. Sie werden mit großem ehrenamtlichen Engagement der Vereinsvorstände geleitet, das pädagogische Personal ist überwiegend beim Jugendamt angestellt und an die Trägervereine abgeordnet.

Nürnberger Forum der Kinder- und Jugendarbeit 2008: Spielen in der Stadt

Die Fachtagung „Nürnberger Forum der Kinder- und Jugendarbeit“ bearbeitet einmal jährlich aktuelle Themen der Kinder- und Jugendarbeit, wobei besonderer Wert auf die Verknüpfung von Theorie und Praxis gelegt wird, und hat sich zu einer renommierten und bundesweit beachteten Tagungsreihe etabliert. Zum Thema „Spielen in der Stadt: Spielleitplanung – Instrumente und Strategien für eine kinderfreundliche Stadt“ fand die Tagung vom 24. bis 26. September 2008 in den Räumen der Fakultät Sozialwissenschaften der Georg-Simon-Ohm-Hochschule in Nürnberg statt. Die Fachtagung gab Gelegenheit, Notwendigkeit und Bedeutung einer systematischen und zielgerichteten Spielraumplanung kritisch zu diskutieren, Beispiele aus der Praxis zu präsentieren und den Stand der Nürnberger Entwicklung in diesem Bereich vorzustellen. Daneben gab es auch ein großes Jubiläum zu würdigen: Seit 30 Jahren sind in Nürnberg Spielmobile mit ihren pädagogischen Mitarbeiter/-innen im Einsatz – ein besonders schöner Anlass für einen Rückblick.

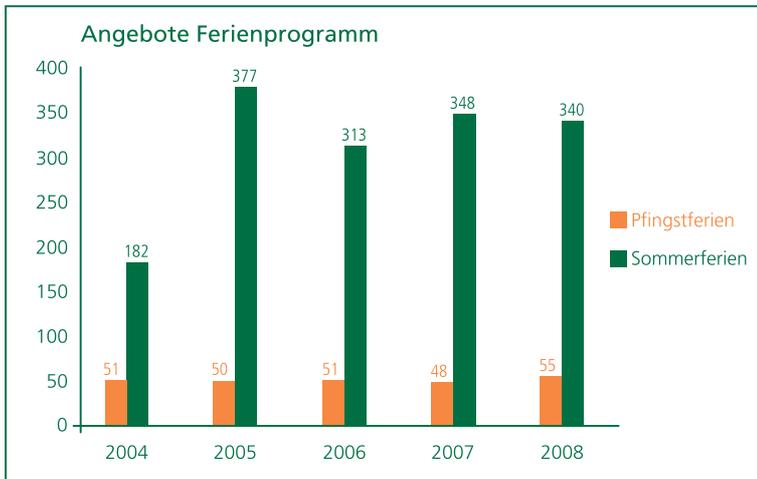
Junge Menschen werden in ihrer Entwicklung gefördert

Pfingst- und Sommerferienprogramm

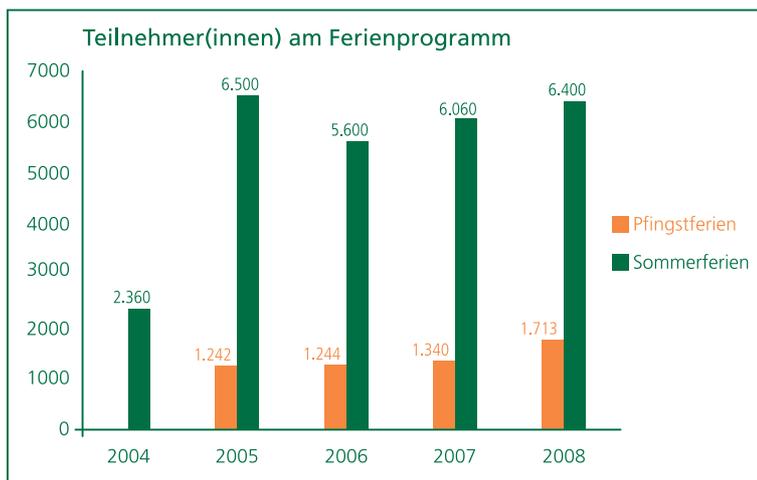
Die Ferienprogramme bieten Kindern von sechs bis sechzehn Jahren aus allen sozialen Schichten die Möglichkeit, innerhalb des Stadtgebietes interessante und spannende Ferien zu erleben. Hierfür standen 2008 in den Sommerferien etwa 340 Einzelveranstaltungen und Projekte mit 6.400 Teilnehmerplätzen, in den Pfingstferien etwa 55 Veranstaltungen mit 1.700 Teilnehmerplätzen zur Verfügung. Das Programm umfasst Sportangebote, Ausflüge, Spielaktionen, Kreatives und Künstlerisches sowie kindgerechte Kurse etwa zu den Themen Umwelt, Natur und Technik. Altersgerechte Gestaltung, sinnvolle Gruppengrößen, gut geschultes Fachpersonal und an den aktuellen Entwicklungen orientierte pädagogische Inhalte sind tragende Bestandteile. Die Gestaltung des Angebotes erfolgt in Kooperation mit Vereinen, Organisationen, anderen Ämtern und Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit. Die Veranstaltungsorte sind mit öffentlichen Verkehrsmitteln gut erreichbar, die Kurse können – auch dank ehrenamtlicher Leistungen bei den Anbietern – sehr kostengünstig angeboten werden (45% der Angebote unter fünf Euro!). Die Veranstaltungen dauern von zwei Stunden über Halbtages- und Ganztagesangebote bis zu vier Wochen ganztägiger Ferienbetreuung, einschließlich Verköstigung.



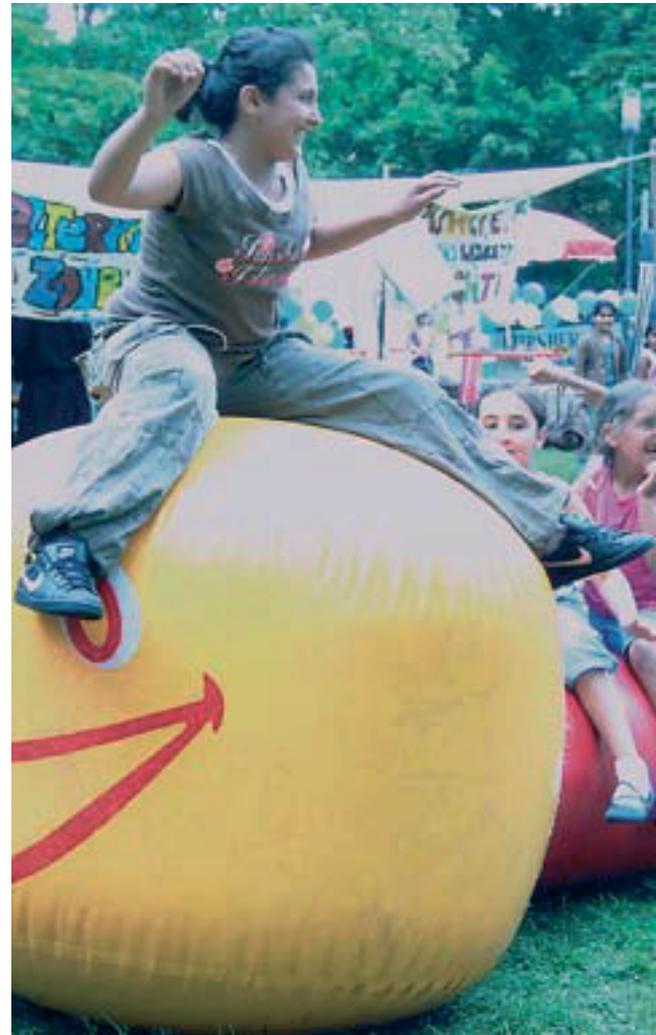
Seit 30 Jahren sind Nürnbergs Spielmobile unverzichtbarer Bestandteil der Kinder- und Jugendarbeit.



Quelle: Stadt Nürnberg, Jugendamt.



Quelle: Stadt Nürnberg, Jugendamt.



Seit 2007 unterstützt die Sparkasse das Pfingst- und Sommerferienprogramm finanziell und bei der Öffentlichkeitsarbeit. Mit der Familienkarte gibt es auf bis zu zwei Kurse je einen Euro Ermäßigung. Kinder mit Nürnberg-Pass zahlen ab einem Einzelpreis von 10 Euro nur die Hälfte. 2008 gab bei Vorlage des Nürnberg-Passes für 50 ausgewählte Kursangebote sogar 75 Prozent Ermäßigung.

Winter in Nürnberg

„Winter in Nürnberg“ ist eine Broschüre in Zusammenarbeit mit der Sparkasse, die Menschen ab vier Jahren einen Überblick über Winteraktivitäten von November bis März gewährt. Kurze Tage und nasskaltes Wetter schränken Erlebnis-, Bewegungs- und Erfahrungsmöglichkeiten der Kinder stark ein. Vermehrt werden hier auch Angebote für Familien bzw. für Kinder mit erwachsenen Begleitpersonen entwickelt.

Kulturelle Bildung

Das Aufgabenfeld Kulturelle Bildung/ Kinderkultur ist als Kernaufgabe öffentlicher Jugendhilfe definiert und wird in §11 SGB VIII als Schwerpunkt der Kinder- und Jugendarbeit benannt. In Nürnberger Kindertageseinrichtungen findet kulturelle Bildungsarbeit im Rahmen der Umsetzung des Bayerischen Bildungs- und Erziehungsplans statt. In der Offenen Kinder- und Jugendarbeit gehören z.B. Kreativ- und Kunstwerkstätten, handwerkliche und mediengestalterische Gruppenangebote, Tanzveranstaltungen und -Wettbewerbe, Theaterworkshops, Zirkus-Kurse und Musikförderung zum Standardprogramm der Einrichtungen.

Neben dem Jugendamt und den freien Trägern sind in Nürnberg vor allem das Amt für Kultur und Freizeit und andere Kulturdienststellen aktiv. Seit 2004 arbeiten sie im Nürnberger Netzwerk Kinderkultur zusammen. Der Jugendhilfe- und Kulturausschuss erteilte am 3. Juli 2008 den Auftrag zur verstärkten Weiterarbeit und zur dauerhaften Weiterführung des erfolgreichen Modellprojekts KinderKulturForum UFO. UFO bietet ganzjährig Kultur, Spiel und Bildung für Kinder von 4 bis 12 Jahren an (www.ufo-nuernberg.de). Als operativer Baustein konnte auch im Frühjahr 2008 das Spielwochenende „Nürnberg spielt!“ mit ca. 10.000 Besuchern wieder mit großer Resonanz veranstaltet werden. „Nürnberg spielt!“ lud mit einer Vielzahl von Kooperationspartnern auf 10 Spielzentren über die ganze Stadt verteilt zum „Spielen in der Stadt“ ein. Als einer der ältesten Bausteine feierte die Nürnberger Kindertheaterwoche als gemeinsame Veranstaltungsreihe von Kreisjugendring Nürnberg-Stadt, Evangelischer Jugend Nürnberg, Amt für Kultur und Freizeit und Jugendamt im Herbst 2008 ihr 25. Jubiläum. Ein weiterer Höhepunkt ist alljährlich kurz vor Beginn der Sommerferien der „Sommernachtstraum“ der Aktivspielplätze, der Spielmobile und des Kinderhauses Nürnberg mit vielen Kulturbeiträgen von Kindern für Kinder.



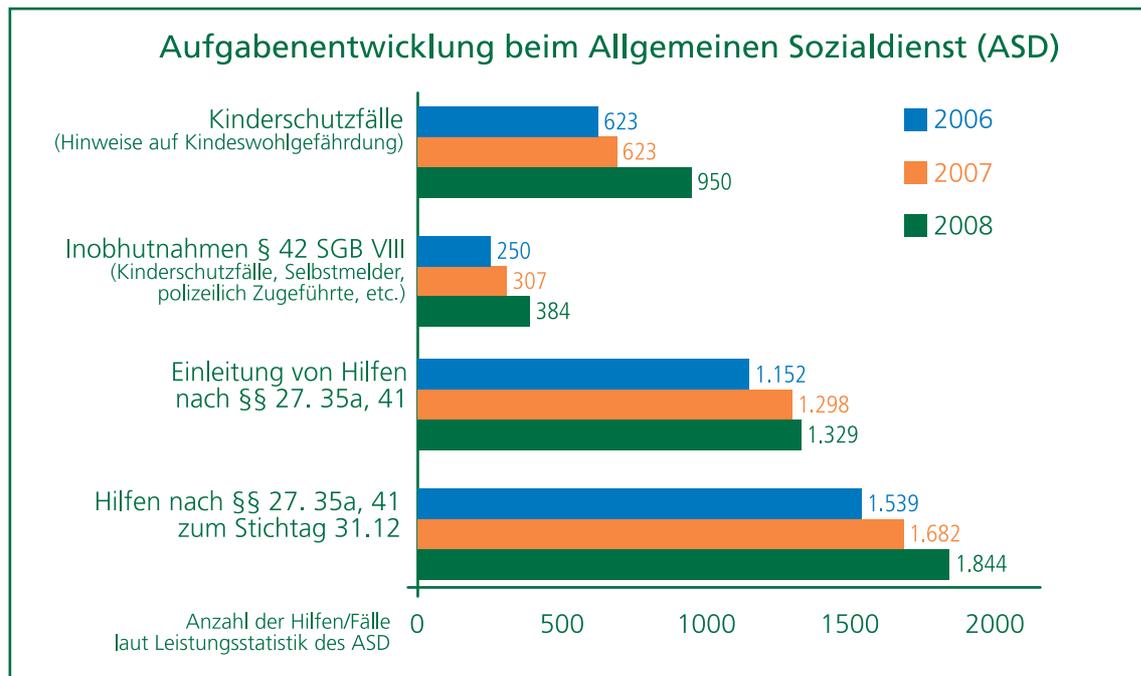
Junge Menschen werden vor Gefährdungen geschützt

Schutz vor Gefährdungen des Kindeswohls

Die Fachkräfte des Allgemeinen Sozialdienstes (ASD) unterstützen Eltern bei ihrem Erziehungsauftrag. Sie bieten Beratung bei familiären, erzieherischen und wirtschaftlichen Problemen an, wirken bei Verfahren am Familiengericht zu Umgangsrecht und elterlicher Sorge sowie bei Jugendstrafverfahren mit und leiten bei Bedarf ein Hilfeplanverfahren für die Gewährung Erzieherischer Hilfen ein. Besonderer Auftrag der Fachkräfte ist der Schutz von Kindern bei Gefährdung und ihre Inobhutnahme, wenn akute Gefahr besteht.

In den letzten Jahren sind in Deutschland zahlreiche spektakuläre Fälle von Kindesvernachlässigungen, Misshandlungen und Tötungen bekannt geworden. Insgesamt werden pro Jahr bundesweit ca. 2.000 Fälle, darunter 100 mit Todesfolge, erfasst, wobei insbesondere Neugeborene und Kleinkinder betroffen sind. Nach empirischen Untersuchungen geht man davon aus, dass drei bis fünf Prozent der Kinder einer besonderen Gefährdung ausgesetzt sind und dass 15 bis 20 Prozent der Familien einen erhöhten Unterstützungs-, Hilfe- und Förderbedarf haben. Säuglinge und Kleinkinder sowie deren Eltern sollen daher in besonderem Maß Unterstützung erhalten, damit durch frühzeitiges Erkennen und Handeln riskanten Entwicklungen entgegengewirkt werden kann.

Die Fallzahlen steigen auch in Nürnberg stark an. Dies ist unter anderem auf eine erhöhte Sensibilität in der Bevölkerung zurückzuführen, wodurch das Jugendamt mehr Hinweise auf Familien mit Unterstützungsbedarf erhält und diesen nachgeht. Daher konnte das Jugendamt 2008 erreichen, dass ab 2009 beim ASD zusätzliche Fachkräfte eingesetzt werden.



Quelle: Stadt Nürnberg, Jugendamt

Um den Schutz für Kinder zu verbessern, hat der Jugendhilfeausschuss bereits 2006 die Entwicklung eines sozialen Frühwarnsystems als Kooperationsprojekt zwischen Jugend- und Gesundheitshilfe beschlossen. Seit Januar 2008 ist je eine Person beim Gesundheits- und beim Jugendamt mit einem Projektteam beauftragt, ein Gesamtkonzept zur Verbesserung des Schutzes von Neugeborenen und Kleinkindern in Nürnberg unter Einbeziehung verschiedener Gremien und der freien Träger zu erarbeiten. Am 23. Oktober 2008 wurde in einer gemeinsamen Sitzung des Jugendhilfe- und Gesundheitsausschusses das vorgelegte Konzept „Soziales Frühwarnsystem und Frühe Hilfen“ beschlossen und die Verwaltung mit der schrittweisen Umsetzung beauftragt. Zentrale Ziele des Konzeptes sind die Verbesserung einer „Kultur des Hinsehens“ durch Sensibilisierung der Öffentlichkeit und Information der verschiedenen Institutionen zum Thema Kinderschutz verbessern, frühzeitiges Erkennen von Problemlagen, vereinfachte Zugänge zu den bestehenden Angeboten und der Aufbau eines differenzierten Hilfeangebots, um individuelles und zielgenaues Handeln für die betroffenen Familien zu ermöglichen.



Bereits 2008 begannen die Vorbereitungen zur Einrichtung einer Koordinierenden Kinderschutzstelle mit interdisziplinärem Team und einer Telefon-Hotline beim Jugendamt als zentraler, rund um die Uhr besetzter telefonischer Zugang für alle Bürgerinnen und Bürger sowie Fachkräfte bei erzieherischen und gesundheitsbezogenen Fragen und bei Mitteilungen zu Kindeswohlgefährdungen. In Planung sind auch zusätzliche „frühe Hilfen“, z.B. Finanzierung von zusätzlichen Hebammenleistungen beim Einsatz in besonders belasteten Familien, enge und verbindliche Kooperation mit den Nürnberger Geburtskliniken, Bereitstellung eines „Teachingprogramms“ für alle Eltern ab der Schwangerschaft und eine Kampagne „Zukunft für Kinder“ zum Thema Kinderschutz. Die Umsetzungsphase ist bis mindestens 2010 vorgesehen, anschließend sollen evaluierte und bewährte Maßnahmen in Regelstrukturen übergehen.

Arbeitsschwerpunkt Jugendmedienschutz



Medien wie Fernsehen, Internet, Mobilfunk, Spielekonsolen und weitere elektronische Geräte haben einen starken Einfluss auf Kinder und Jugendliche; dies zeigt u.a. die repräsentative JIM-Studie zur Mediennutzung von Kindern und Jugendlichen. Deshalb ist es unverzichtbar, Kinder und Jugendliche bei einem verantwortungsvollen Umgang zu fördern. Der ständige Wandel in Medienangebot und -nutzung ruft Unsicherheiten bei Eltern, Lehrenden und pädagogischen Fachkräften hervor und fordert den Jugendmedienschutz immer wieder auf, neue Gefährdungspotentiale für Kinder und Jugendliche rechtzeitig zu erkennen und sie zu schützen.

Die Aufgaben und Arbeitsschwerpunkte des Jugendmedienschutzes beim Jugendamt leiten sich aus gesetzlichen Bestimmungen ab. Sie umfassen Recherche (u.a. Sichtung, Bewertung), Information (v.a. Weitergabe von Materialien), Beratung (insbesondere bei Anfragen von Gewerbetreibenden), Schulung von Fachkräften und Multiplikatoren, Indizierungsanträge und Kontrollen (auch von Gewerbetreibenden). Kooperationspartner sind v.a. die Polizei, das Rechtsamt und das Ordnungsamt. Die Einrichtungen der Jugendhilfe, Schulen und Multiplikatoren werden laufend über die gesetzlichen Vorschriften informiert. Von Eltern und pädagogischen Einrichtungen erhält der Jugendmedienschutz Hinweise auf kritisch zu beobachtende Medieninhalte und reicht diese Informationen gegebenenfalls an die Aufsichtsbehörden weiter. Mit dem Pädagogischen Institut der Stadt Nürnberg wurde im Februar 2008 eine Fortbildung für Lehrkräfte konzipiert und durchgeführt. Kontrollen der etwa achtzig Nürnberger Internetcafés führten auch 2008 Jugend- und Ordnungsamt gemeinsam durch. Schwerpunkte waren Jugendschutzfilter und Computerspiele. Ende 2008 erfüllten nahezu alle Internetcafés die Auflagen, die sich auf die Empfehlungen der „Obersten Landesjugendbehörde“ beziehen.





Nachdem sich die Anfragen in Bezug auf exzessive Computernutzung durch Kinder und Jugendliche häuften, hat das Jugendamt Anfang 2008 die Informationsbroschüre „Jugendliche und Computersucht“ erstellt: Diese beschreibt das Phänomen „Computer(spiel)sucht“, enthält eine Checkliste zur Einschätzung der eigenen PC-Nutzung, gibt Kindern und Jugendlichen Tipps für maßvolles Spielverhalten, erläutert die gesetzliche Alterskennzeichnung für Computerspiele, enthält Informationen und Empfehlungen für Eltern und Pädagogen zum Umgang mit dem Medienkonsum junger Menschen und zur altersgerechten Mediennutzung.

Da der Umgang mit Computer, Internet und Videokonsole zum Alltag von Kindern und Jugendlichen gehört, ist die Auseinandersetzung mit diesen Medien auch eine wichtige Komponente im Angebotsspektrum der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, mit dem Ziel, die Medienkompetenz von jungen Menschen zu fördern. Das setzt entsprechend qualifiziertes Personal voraus. Inhaltlich geht es vorwiegend darum, die Aktivitäten mit den „Neuen Medien“ und im Netz richtig einschätzen zu können.

Im Zeitalter des „Web 2.0“ ist die aktive (Mit)Gestaltung von Internetseiten – von der Präsentation eigener Partybilder in „youtube“ oder „SchülerVZ“ bis hin zur bereitwilligen Weitergabe der eigenen Adresse im Chat – sehr leicht möglich. Damit gewinnt die Sensibilisierung der Kinder und Jugendlichen für den Schutz der eigenen Privatsphäre zunehmend an Bedeutung.



4. Armut bekämpfen und verhindern

Armut ist ein relativer Begriff. Legt man die Haushaltserhebung 2007 des Statistischen Amtes bezüglich des Haushaltseinkommens zugrunde (Befragung mit Selbsteinschätzung), dann wären rund ein Viertel der Nürnberger Bevölkerung aufgrund des angegebenen Einkommens arm oder leben im armutsnahen Bereich. Setzt man den Bezug von Sozialtransfers und vorgelagerter Systeme wie Wohngeld und Kinderzuschlag als Armutsgrenze an, dann wäre es ca. jeder neunte Nürnberger. Das Armutsrisiko von Kindern und ihren Familien ist überdurchschnittlich hoch. Fast jedes vierte Kind lebt von Sozialtransfers, fast jedes dritte in Armut oder in Armutsnähe. Mehr als die Hälfte der Alleinerziehenden, weit überwiegend Frauen, ist von Armut betroffen. Verschuldung wird vom Ausnahmestadium zum Dauerzustand und mündet immer häufiger in Überschuldung. Insbesondere die kontinuierlich und rapide steigenden Energiekosten überfordern Geringverdiener und Hilfeempfänger. Menschen mit Migrationshintergrund sind in allen biografischen Phasen signifikant benachteiligt. Die genannten Entwicklungen lassen zudem eine wachsende Armut im Alter in naher Zukunft wahrscheinlicher werden.

Einkommensarmut und Transferleistungsbezug

Die Beschreibung von Armut muss zweigleisig erfolgen. Ganzheitlich und qualitativ orientiert sie sich vor allem an Lebenslagen, zum Zweck der Quantifizierung und Vergleichbarkeit von Armut wird das verfügbare Einkommen ins Verhältnis zum Bevölkerungsdurchschnitt gesetzt (relative Armut). Mit Armut in diesem Sinne wird ein Haushalt bezeichnet, der nur 50 Prozent des Einkommensdurchschnitts erreicht, 40 Prozent werden als strenge Armut bezeichnet, ein Einkommen von 60 des Durchschnitts markiert die Armutsnähe.

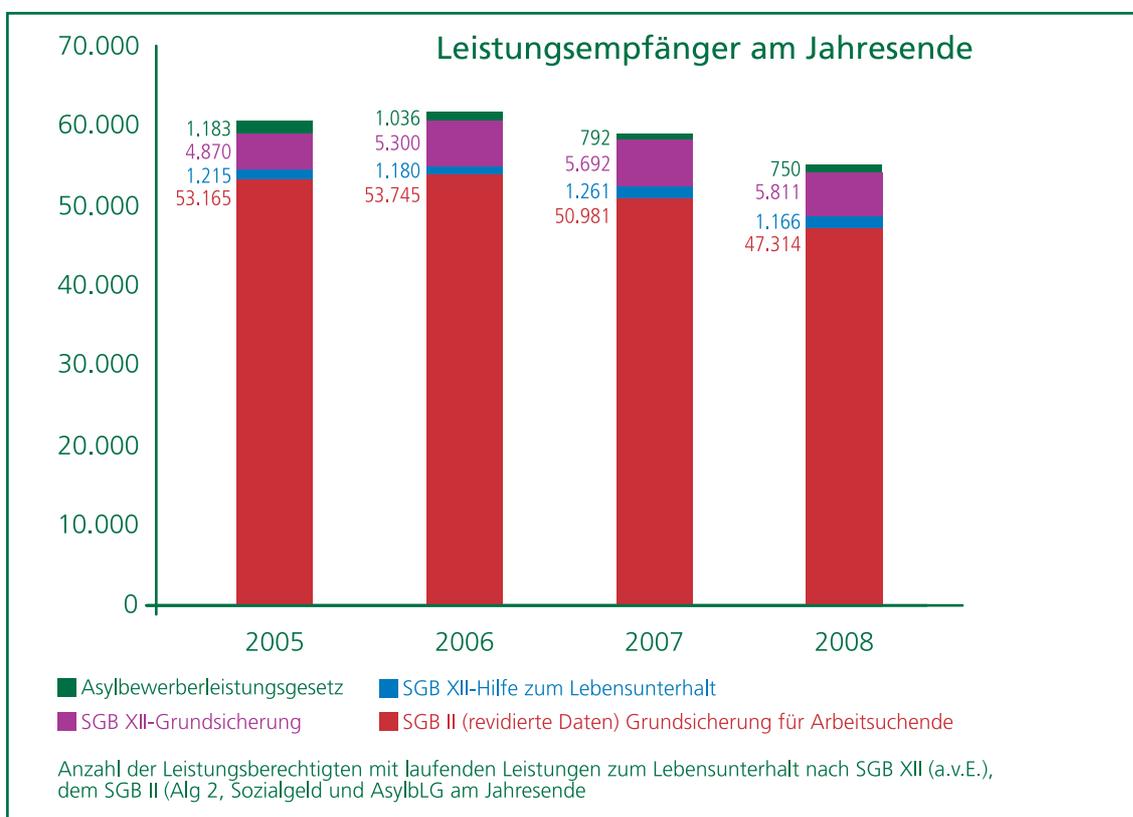
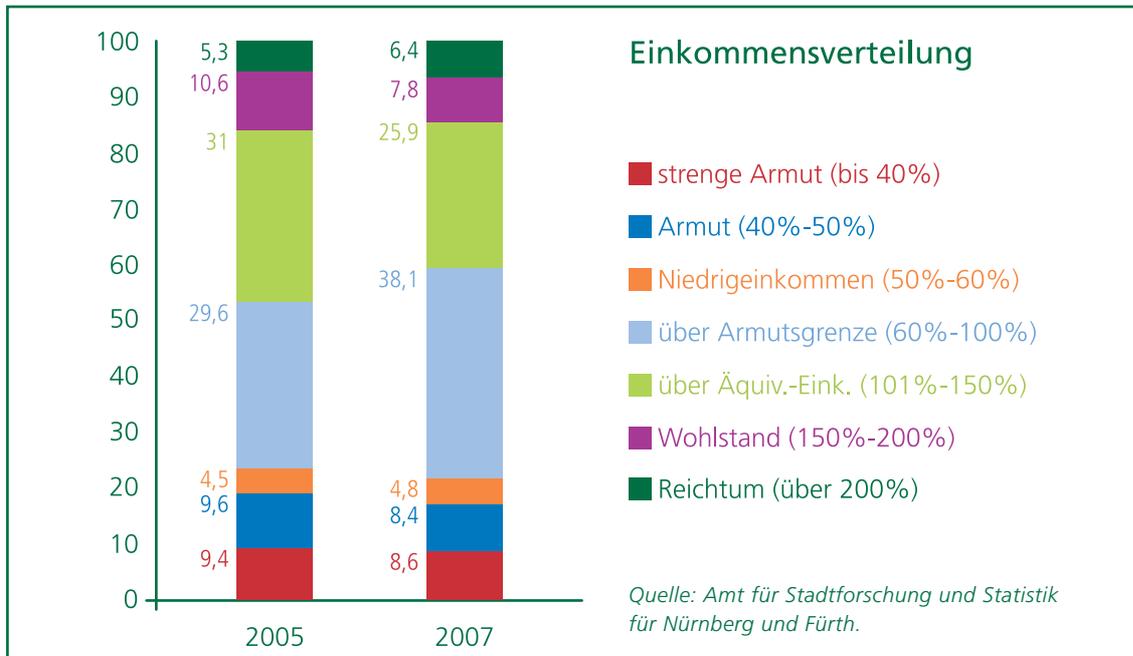
Nach der Haushaltserhebung 2007 ergeben sich in Nürnberg auf der Basis von Äquivalenzeinkommen – diese werden entsprechend dem Bedarf errechnet, der sich aufgrund unterschiedlicher Fixkosten für die Lebenshaltung je nach Haushaltzusammensetzung ergibt (nach OECD, neue Skala, arithmetischer Mittelwert) – folgende Einkommensschwellen.

Einkommensschwellen	Haushaltstyp			
	1 Person	2 Personen	2 Erw., 1 Kind	1 Erw., 1 Kind
2007				
Neue OECD-Skala	Faktor 1	Faktor 1,5	Faktor 1,8	Faktor 1,3
Äquiv.-Einkommen in €	1.419	2.128	2.554	1.884
strenge Armut (40%)	567	851	1024	738
Armut (50%)	709	1.064	1.277	922
Niedrigeinkommen (60%)	851	1.277	1.532	1.107
Reichtum (200%)	2.837	4.256	5.107	3.689

Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth, Wohnungs- und Haushaltserhebung: Leben in Nürnberg 2007

Das Amt für Stadtforschung und Statistik befragt Nürnberger Haushalte regelmäßig zu ihrem Einkommen (Vermögenswerte werden nicht berücksichtigt). Den Selbstauskünften zufolge lebten 2007 in Nürnberg 8,6 % der Bevölkerung in strenger Armut, weitere 8,4 % in Armut – erzielen also zwischen 40 und 50 % des Durchschnittseinkommens – und 4,8 % mit Niedrigeinkommen in Armutsnähe. Insgesamt sind also knapp 22 % der Nürnberger Gesamtbevölkerung von Armut betroffen oder bedroht. Hingegen gelten 6,4 % der Nürnberger als reich, da ihr Einkommen über 200 % des

Äquivalenzeinkommens beträgt. Im Vergleich zu 2005 ist demnach die Einkommensarmut in Nürnberg leicht zurückgegangen. Gestiegen ist hingegen der Anteil derjenigen Nürnberger (von 29,6 % auf 38,1 %), die mit einem Einkommen zwischen 60 bis 100 % des Durchschnitts auskommen müssen.

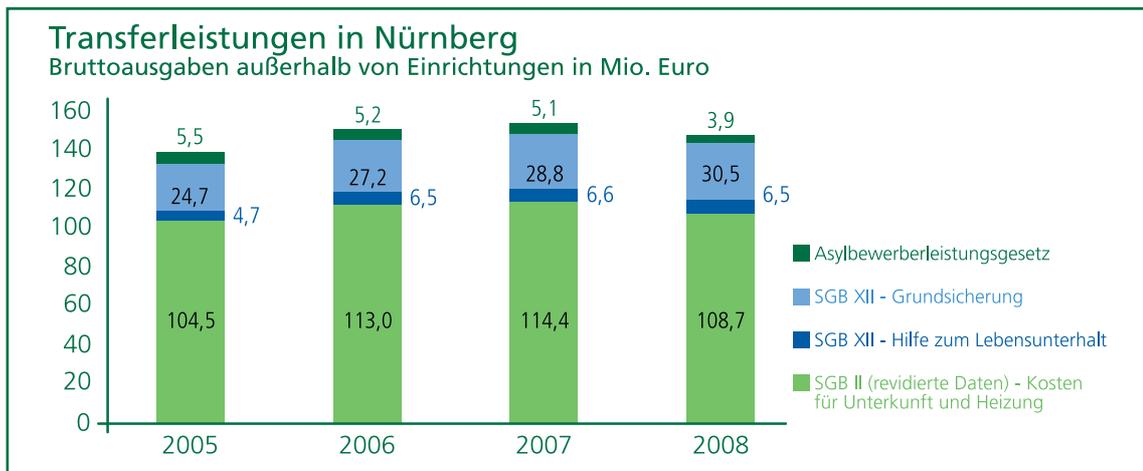


Quelle: Stadt Nürnberg, Amt für Existenzsicherung und soziale Integration

Zurückgegangen ist in Nürnberg zwischen 2005 und 2008 auch die Zahl der Transferleistungsempfänger. Die Transfereinkommen aufgrund der Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II: Arbeitslosengeld 2 und Sozialgeld) bzw. die Sozialhilfe/ Hilfe zum Lebensunterhalt (Kap. 3, SGB XII) und die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (Kap. 4, SGB XII) stellen die wesentlichen Systeme der Existenzsicherung dar.

Ende 2008 waren insgesamt 55.041 Personen unterstützungsbedürftig. Dies sind 3.685 Personen oder 6,3 Prozent weniger als im Vorjahr. Hauptursache für den Rückgang der Leistungsempfänger ist die Entspannung am Arbeitsmarkt, die dadurch erfolgreichere Integration von Hilfebedürftigen in Beschäftigung und der entsprechende Rückgang von Leistungsberechtigten nach SGB II (Grundsicherung für Arbeitsuchende); diese positive Entwicklung ging allerdings an den Alleinerziehenden im Leistungsbezug fast völlig vorbei. Fast 24 Prozent der SGB II-Bezieher sind so genannte Ergänzter, das heißt sie erhalten Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende, obwohl sie – teilweise in Vollzeit – erwerbstätig sind, da das Einkommen für den Lebensunterhalt nicht ausreicht, zum Beispiel aufgrund kleiner Beschäftigungsumfänge und teilweise sehr niedriger Löhne.

Weiterhin kontinuierlich im Anstieg begriffen ist die Zahl der Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung: Sie stieg von 4.870 Personen im Dezember 2005 auf 5.811 im Dezember 2008, ein Zuwachs von etwa 20 Prozent. Angesichts unsteter Erwerbsbiographien und entsprechend niedriger Altersrenten ist von weiter steigenden Zahlen auszugehen.



Quelle: Stadt Nürnberg, Amt für Existenzsicherung und soziale Integration

Für Transferleistungen der Grundsicherung verausgabte die Stadt Nürnberg im Jahr 2008 rund 150 Mio. Euro (2007 rund 155 Mio. Euro).

Armutsbekämpfung und Armutsprävention

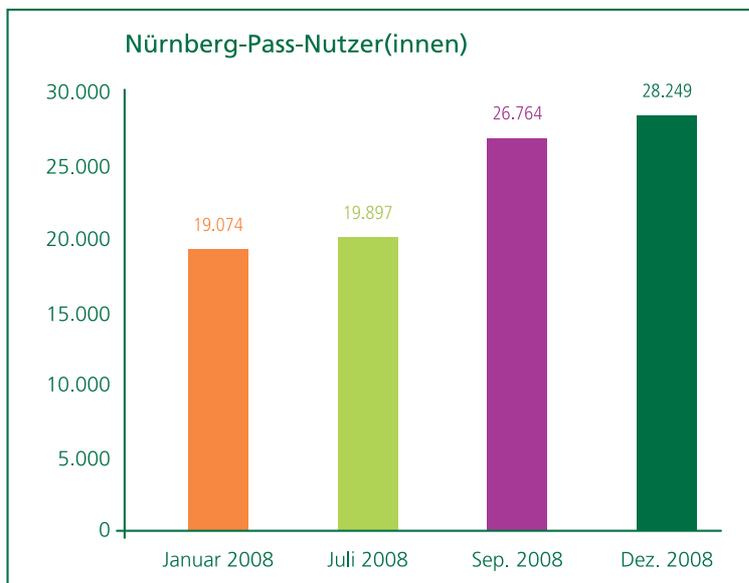
Im Zuge der Neuorganisation des Sozialamtes 2007 wurde auch der Bereich Armutsprävention neu geschaffen und der Stab Armutsprävention etabliert. Seine Aufgabe besteht darin, vorhandene Instrumente auszubauen, neue Handlungsfelder und Hilfeeinstrumente zu entwickeln, der Armutsprävention neue Ressourcen zu erschließen, Aktionspartnerschaften einzugehen und Netzwerke zu knüpfen.

Der Nürnberg-Pass: Das zentrale Instrument der Armutsprävention

Der Nürnberg-Pass ist niedrigschwelliges, unbürokratisches Mittel zum Nachweis der Bedürftigkeit und ermöglicht den Zugang zu Hilfen und kostenfreien oder ermäßigten Leistungen.

Im vergangenen Jahr wurden sowohl die Anspruchsgrundlage des Nürnberg-Passes als auch der Leistungsumfang erweitert. Insbesondere für Kinder und Jugendliche wurden neue Leistungen in den Katalog des Nürnberg-Passes aufgenommen, wie der Zuschuss zum Mittagessen in Kindertagesstätten und Schulen mit Mittagsbetreuung, die Aktion „Schultüte“, ausgewählte Angebote des Ferienprogramms des Jugendamtes oder die Rücken- Bewegungsangebote des Gesundheitsamtes (RüBe-Turnen).

Durch Ausbau dieser Leistungen und Erweiterung der Anspruchsgrundlage konnte die Nutzerzahl im Jahr 2008 um ca. 30 % gesteigert werden. Am Ende des Jahres 2008 besaßen 28.249 Personen den Nürnberg-Pass. Bei den drei- bis fünfjährigen Kindern stieg die Zahl Ende 2008 auf über 2.600, bei den sechs- bis zehnjährigen auf rund 3.700 Nutzer(innen).



Quelle: Stadt Nürnberg, Amt für Existenzsicherung und soziale Integration

Und der Pass wird auch eingesetzt, d.h. die Angebote werden angenommen. Positiv war insbesondere die Resonanz im Bereich Kinder- und Familienangebote. So konnten beispielsweise die Anteile der Nürnberg-Pass-Kinder bei einzelnen Ferienangeboten und beim RüBe-Turnen z.T. um mehr als 50 % gesteigert werden.

Angebote wie eine Sondervorstellung des Kindermuseums und die Fortführung des „Sternchenmarktes für Engelchen“ durch den Lions-Club „Lug-ins-Land“ (mehr als 2.000 Teilnehmer) ermöglichten Kindern mit Nürnberg-Pass be-

sondere Erlebnisse. Solche Sonderaktionen erhöhen den Bekanntheitsgrad und die Attraktivität des Nürnberg-Passes bei den Familien, die dann auch für Angebote der Bildung und Erziehung angesprochen werden können.

Die EnergieSchuldenPrävention: Großer Bekanntheitsgrad, hohe Nachfrage, positive Ergebnisse

Seit Januar 2008 bietet das Sozialamt Hilfeempfängern und Geringverdienern kostenfreie Energieberatungen an. Die Beratungen erstrecken sich über drei bis sechs Monate und werden von qualifizierten Fachkräften durchgeführt, die speziell auf die besonderen Anforderungen der Zielgruppe vorbereitet wurden.



Durch den engen Kontakt zu Menschen in prekären Lebenslagen findet das Angebot eine sehr gute Resonanz. Mehr als 320 Haushalte wurden bis Dezember 2008 betreut. Das erste Zwischenergebnis der wissenschaftlichen Begleitung weist ein durchschnittliches Einsparpotenzial in Höhe von 300 Euro pro Jahr und Haushalt auf.

Aufgrund des mittlerweile hohen Bekanntheitsgrads verweisen immer mehr Soziale Dienste Ratsuchende an das Projekt, so dass Wartezeiten unumgänglich geworden sind. Das zunächst auf drei Jahre angelegte Projekt wird unterstützt durch die N-ERGIE, das Programm „Soziale Stadt“, das Umweltreferat, durch Wohnungsgesellschaften und durch die Aktion „Freude für Alle“ der Nürnberger Nachrichten.

Auch bundesweit findet das Projekt große Beachtung. So forderten etwa 20 Kommunen, unter anderem Hannover, Münster, Göttingen, Bremerhaven und Duisburg, Informationsmaterialien an und holten telefonisch weitere Auskünfte ein.



Die ESP-Berater.

Armutskonferenz und Netz gegen die Armut

Die Ergebnisse der 1. Nürnberger Armutskonferenz im November 2007 sind unter dem Titel „Armut in der Großstadt – Analysen, Argumente und Ansätze der Armutsprävention in Nürnberg“ erschienen. Der in dem Buch enthaltene Blick auf die Vielfalt der „Wege in die Armut“ macht auch deutlich, dass kein einzelner Dienst und keine Institution alleine Armutsprävention und Armutsbekämpfung leisten kann. Daher war es neben der Entwicklung erster Maßnahmen zur Armutsprävention vorrangiges Ziel, ein breites Netz gegen die Armut in der Stadt zu knüpfen. Bei dieser Aufgabe wurde besonders die Kreisarbeitsgemeinschaft der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege zum engen Partner. Die für die Armutskonferenz geschaffene gemeinsame Arbeitsgruppe aller Träger und zusätzlicher Initiativen ist seit der Konferenz als „Netz gegen die Armut“ aktiv.

Eigene Maßnahmen dieses Netzwerks, das sich einen Jahresarbeitsplan gegeben hat, waren beispielsweise die Sammlung und Verteilung von neuen und gebrauchten Schulmitteln für Geringverdiener-Haushalte. Obwohl das Spendenaufkommen sowohl bei der Nürnberger Tafel als auch beim





Bayerischen Roten Kreuz für einige hundert Kinder reichte, konnte der nachgefragte Bedarf nicht gedeckt werden. Diese von der ARGE Nürnberg angestoßene „Schulmittelaktion“ soll weitergeführt und ausgebaut werden, ergänzend zu den 100 Euro pro Schulkind, die für 2009 den bedürftigen Haushalten durch den Bundesgesetzgeber in Aussicht gestellt wurden. Dieser Schulmittelzuschuss des Bundes wird die „Aktion Schultüte“ ablösen, die im Schuljahr 2008/2009 zum zweiten Mal aufgelegt wurde. 4.552 Schulkinder mit Nürnberg-Pass erhielten über ihre Schule 40 Euro Zuschuss für an der Schule entstehende Kosten. Die Aktion wurde durch private Spendenmittel und durch Stiftungsmittel der Stadt finanziert.

Mit ständig wachsender Nachfrage sieht sich auch die Nürnberger Tafel konfrontiert. Die Zahl der „Kunden“ bei den Ausgabestellen der Tafel hat sich von Januar bis Dezember 2008 um 1.575 Personen erhöht. Wöchentlich wurden ca. 6.000 Kundinnen und Kunden bedient. Eine neue Tafelausgabestelle in der Rollnerstraße wurde eröffnet und weitere Ausgabestellen werden gesucht. Das Sozialamt unterstützt die Tafel durch Beratung und Kostenzuschüsse.

Sprachförderung und Alphabetisierung – Bildungsgutscheine

In Nürnberg leben laut Schätzungen von Experten circa 25.000 Menschen, die nur unzureichend lesen, schreiben oder rechnen können, so genannte funktionale Analphabeten. Armut und Bildung sind eng verknüpft. Deshalb testete der Bereich Armutsprävention des Sozialamtes in Kooperation mit dem Fachbereich Sozial-integrative Bildung des Bildungszentrums den Einsatz von Bildungsgutscheinen für Menschen mit Alphabetisierungsbedarf. Die Gutscheine, deren Abgabe über Soziale Dienste erfolgte, ermöglichten zusammen mit dem Nürnberg-Pass den kostenlosen Besuch von Alpha-Kursen. Die immer noch zögerliche Nachfrage hat sicher auch damit zu tun, dass von den Betroffenen aus Scham oft mehr dafür getan wird, diese Situation zu verbergen, als sie zu verändern. Im Jahr 2009 soll die Basis verbreitert werden, auf der mögliche Zielgruppen direkt für diese Bildungsangebote interessiert und motiviert werden können. Gut besucht waren dagegen zwei dezentrale Konversationskurse für russische Migranten.

Weichenstellung für die kommenden Jahre: Arbeitsprogramm gegen Kinderarmut in Nürnberg „Armen Kindern Zukunft geben!“

In Nürnberg lebten Ende 2008 rund 13.000 Kinder von Transferleistungen, hinzu kommen diejenigen, deren Eltern auf Wohngeld oder Familienzuschlag angewiesen sind oder Geringverdiener sind, sodass geschätzt etwa jedes dritte bis vierte Kind in Armut oder Armutsnähe aufwächst. Kinderarmut bedeutet aber nicht nur materielle Knappheit, sondern oft auch fehlende Bildungschancen, schlechte Berufsperspektiven, schlechterer Gesundheitszustand, weniger kulturelle Teilhabe, weniger Bewegung, weniger soziale Kontakte und Netzwerke. Aus einer Kindheit in Armut kann lebenslange Benachteiligung entstehen. Viele Untersuchungen, Beobachtungen und Erfahrungen zeigen, dass die Kinderarmut in Deutschland in den letzten Jahren zugenommen hat. Das Gemeinwesen und – als die den Menschen nächste politische Ebene – besonders die Kommunen stehen in der Verantwortung, armen Kindern Teilhabe zu ermöglichen und ihnen Zukunft zu geben.

Zu ihrer Unterstützung wird schon vieles getan, aber nicht immer wissen die Akteure voneinander oder bauen die Projekte und Maßnahmen flächendeckend und systematisch aufeinander auf. Dies ist aber erforderlich, um die vorhandenen Mit-





tel möglichst wirkungsvoll einzusetzen, Parallelstrukturen zu vermeiden und neue Ressourcen, die z.B. in Form von ehrenamtlichem Engagement, Spenden-, Stiftungs- oder Sponsoringmitteln zur Verfügung gestellt werden, ohne Zeit- und Reibungsverluste gezielt einzusetzen. Das Referat für Jugend, Familie und Soziales mit den Dienststellen Sozialamt und Jugendamt sowie dem Stab Familie sieht es daher als seine fachliche Aufgabe und Verantwortlichkeit an, in einem „Arbeitsprogramm gegen Kinderarmut in Nürnberg“ die für zukunftsorientierte Armutsprävention wichtigsten Handlungsfelder und die entsprechenden Bedarfe darzustellen, vorhandene Ansätze zu skizzieren und zu bündeln und den aus Sicht der kommunalen Jugend-, Familien- und Sozialpolitik bestehenden Handlungsbedarf zu umreißen.

Stichworte dieses vollständig im Internet verfügbaren Arbeitsprogramms³ sind:

- Jedes Kind ist herzlich willkommen.
- Vernünftige Mahlzeiten für jedes Kind.
- Gesundheitsförderung und schulische Teilhabe von Anfang an.
- Starke Eltern für alle Kinder.
- Jedem Kind eine helfende Hand, ein Ferienerlebnis und Zugang zu Sportangeboten.
- Kultur für alle Kinder.
- Mehr wissen, besser handeln.

Unterschiedliche Zuständigkeiten sind innerhalb der Stadtverwaltung und darüber hinaus tangiert: Viele müssen zusammenarbeiten, um die Auswirkungen der Kinderarmut in Nürnberg einzudämmen. Das Referat für Jugend, Familie und Soziales betrachtet sich in diesem Prozess als Impulsgeber, Moderator und einen unter vielen Akteuren, die kooperieren müssen, um das Ziel zu erreichen. Der Erfolg des Arbeitsprogramms gegen Kinderarmut wird daher ein Gradmesser sein für die Qualität der Stadtverwaltung insgesamt und darüber hinaus auch für die Solidarität mit den Schwächeren in unserer Stadtgesellschaft.

Das Arbeitsprogramm Kinderarmut wurde am 11. Dezember 2008 im Jugendhilfeausschuss vorgestellt und fand breite Zustimmung. Auch die Resonanz der Öffentlichkeit war sehr gut und die Bereitschaft zur aktiven und/ oder finanziellen Unterstützung wurde von vielen Seiten geäußert. Bis zur 2. Nürnberger Armutskonferenz Anfang 2010 zum Schwerpunktthema Kinderarmut sollen die Handlungsfelder des Arbeitsprogramms sukzessive bearbeitet, die vorhandenen Ansätze systematisiert, in ihrer Wirksamkeit beurteilt und weiterentwickelt werden und in Abstimmung mit allen wichtigen Akteuren ein Maßnahmenpaket geschnürt und mit seiner Umsetzung begonnen werden.

³Siehe www.soziales.nuernberg.de



Mittagessenzuschüsse für Kinder in Tageseinrichtungen

Ein wichtiges Element des Arbeitsprogramms konnte bereits 2008 umgesetzt werden:

Ein warmes Mittagessen ist nicht für alle Nürnberger Kinder eine Selbstverständlichkeit. In den letzten Jahren berichteten zunehmend Mitarbeiterinnen der Kindertageseinrichtungen, dass Eltern ihre Kinder vom gemeinsamen Mittagessen abmeldeten, da die Kosten für sie zu hoch waren. Damit ist den Kindern auch die Teilhabe am gemeinsamen Mittagstisch verwehrt, Motivation, Konzentration und Bildungschancen leiden darunter.

Seit April 2008 erhalten Kinder mit Nürnberg-Pass einen Zuschuss der Stadt Nürnberg in Höhe von bis zu 1,50 Euro für das Essen in der Einrichtung (Krippe, Kindergarten, Hort, Mittagsbetreuung, schulische Ganztagesangebote, Nachmittagsbetreuung und Schülertreffs), wenn dieses nicht mehr

als 2,50 Euro kostet, sodass die Eltern nur einen Euro pro Tag zuzahlen müssen. Die Finanzierung wird derzeit durch den städtischen Haushalt und aus Stiftungsmitteln getragen, auch wenn die Stadt Nürnberg der Überzeugung ist, dass es sich bei den Kosten des Mittagessens um einen durch das SGB II zu deckenden Bedarf und damit um eine Bundesleistung handelt. Die Einrichtungen rechnen den Zuschuss direkt mit dem Jugendamt ab. Diese Leistung hat zu einer deutlichen Antragssteigerung beim Nürnberg-Pass geführt. Bis zum August 2008 wurde für rund 5.000 Kinder ein Nürnberg-Pass ausgestellt. Ende des Jahres waren es schon etwa 6.300. Durchschnittlich nehmen pro Monat 1.439 Kinder am Essen teil. Es wird jedoch eine weitere deutliche Steigerung der Inanspruchnahme erwartet. Aus den Kindertageseinrichtungen wird berichtet, dass wieder Kinder teilnehmen, die vom Essen abgemeldet waren, die Rückmeldungen von Trägern und Eltern sind positiv.



5. Kommunale Beschäftigungspolitik gestalten



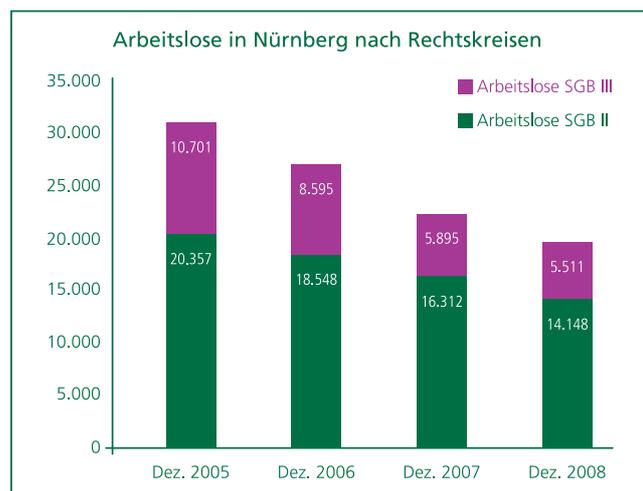
Soziale Integration durch Teilhabe am Arbeitsmarkt gehört zu den Grunderfordernissen einer solidarischen Stadtgesellschaft. Das Handlungsfeld „Kommunale Beschäftigungspolitik gestalten“ subsumiert dabei städtische Aktivitäten zur Qualifizierung und beruflichen Integration arbeitsloser Menschen entlang der vier Ziele

- Ausbildungs- und Beschäftigungsfähigkeit herstellen
- Ausbildung ermöglichen
- Beschäftigung ermöglichen
- Beschäftigung unterstützen.

Das vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (SGB II) – in Kraft getreten am 01.01.2005 – , das eine Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe für Arbeitsuchende beinhaltet, brachte für die kommunale Beschäftigungspolitik erhebliche Veränderungen. Während die Kommune vor 2005 beschäftigungspolitisch (nur) für arbeitsfähige Sozialhilfeempfänger (§ 18ff, BSHG) zuständig war und für junge Menschen im Rahmen der Jugendhilfe sozialpädagogische Hilfen zur Förderung ihrer schulischen und beruflichen Ausbildung, Eingliederung in die Arbeitswelt und sozialen Integration gewährte (§ 13 SGB VIII), betreut sie jetzt zusammen mit der Arbeitsagentur in einer Arbeitsgemeinschaft (ARGE) alle erwerbsfähigen Hilfebedürftigen nach dem SGB II. Dies waren im Jahresdurchschnitt 2008 in Nürnberg rund 36.000 Personen. Die Aufgaben nach § 13 SGB VIII bleiben bestehen.

Beschäftigungssituation in Nürnberg

Die Stadt Nürnberg weist mit rund 503.000 Einwohnern ein Bruttoinlandsprodukt von 21,6 Mrd. Euro auf. Nürnberg entwickelte sich in den letzten Jahrzehnten wirtschaftlich zu einer Dienstleistungsmetropole. In diesem Wirtschaftssektor sind von insgesamt 363.400 Erwerbstätigen fast 80 Prozent tätig⁴. Bei der Qualifikationsstruktur seiner Beschäftigten verfügt Nürnberg mit 13,1 Prozent über einen überdurchschnittlich hohen Anteil an Beschäftigten ohne Berufsausbildung (10,9 Prozent im Bundesdurchschnitt). 59 Prozent der Beschäftigten verfügen über eine Berufsausbildung, 10,9 Prozent über einen Hochschulabschluss.



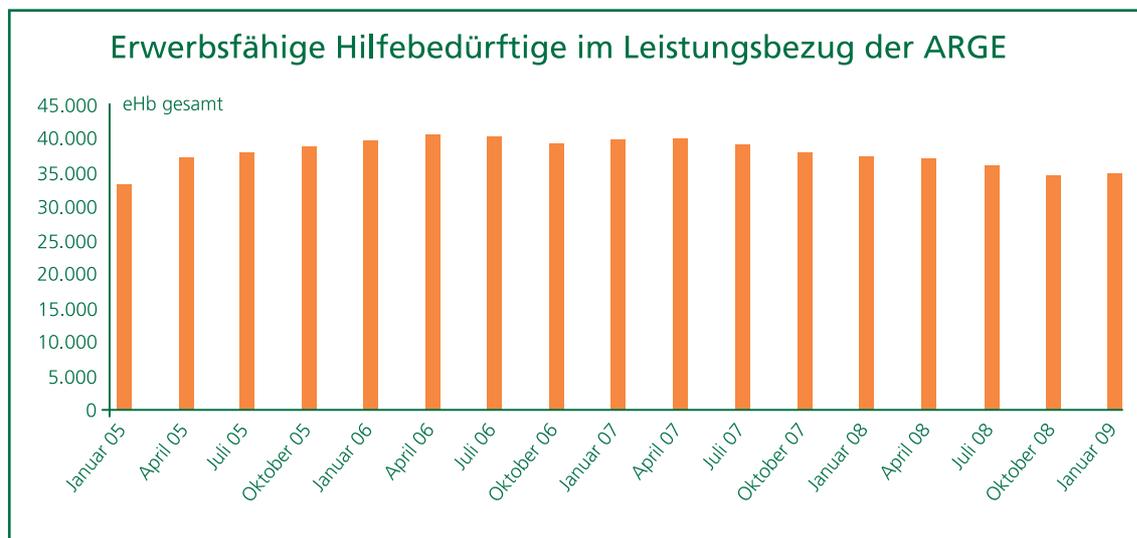
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Die Arbeitslosenquote betrug im Dezember 2008 8,7 % aller abhängigen zivilen Erwerbspersonen (Dezember 2007: 9,9 %). Im Jahresdurchschnitt 2008 lag die Quote bei 9,2 % aller abhängigen zivilen Erwerbspersonen (2007: 11,1 %).

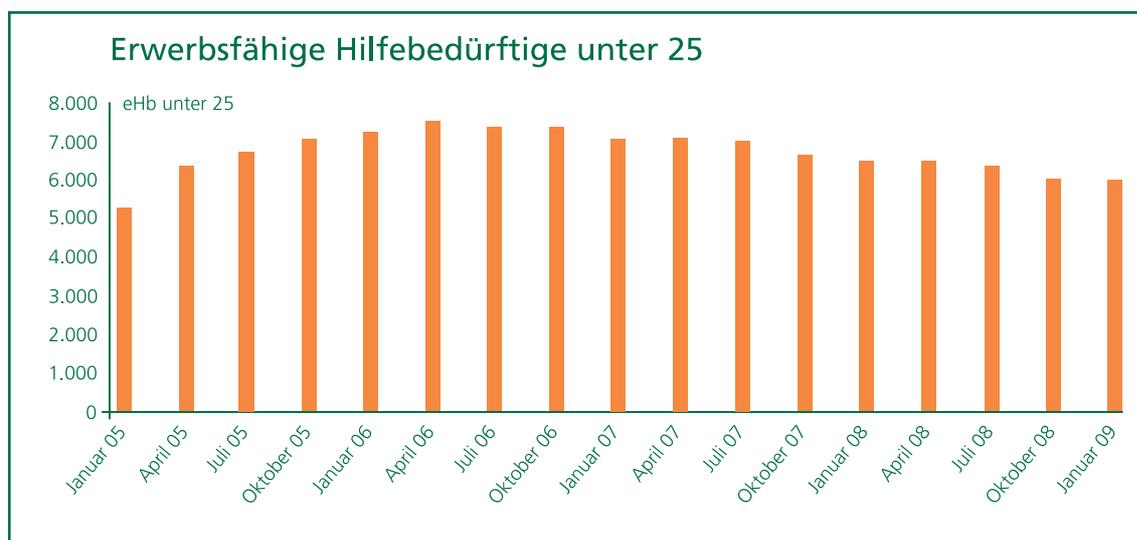
72 % der Arbeitslosen sind dem Rechtskreis des SGB II (Hartz IV) zugeordnet und damit überwiegend seit mehr als einem Jahr ohne Arbeit. Insgesamt befanden sich im Dezember 2008 47.314

⁴Vergleichszahlen Einwohner: 2008, weitere Daten 2006.

Personen im Leistungsbereich des SGB II (im Jahresdurchschnitt 2008: 49.602). 33.922 von ihnen wurden als erwerbsfähig eingestuft (im Jahresdurchschnitt 2008 35.572). Die Zahl der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen unter 25 lag im Schnitt bei 6.269 Personen.



Quelle: Bundesagentur für Arbeit; eigene Darstellung.



Quelle: Bundesagentur für Arbeit; eigene Darstellung.

Ausbildungs- und Beschäftigungsfähigkeit herstellen (Qualifizierung)

Voraussetzung für die erfolgreiche Aufnahme einer Beschäftigung oder einer Ausbildung sind Grundqualifikationen und -kompetenzen. Wo diese nicht vorhanden sind, ist es erste Aufgabe der Beschäftigungspolitik, Arbeitsuchende beim Erwerb der Grundvoraussetzungen zu unterstützen.

Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt hat sich in seinen Qualifikationsanforderungen stark verändert. In nur zwei Jahrzehnten verringerte sich der Anteil von Arbeitsplätzen unterhalb der Facharbeiterebene von über 40% auf unter 30%. Durch den Strukturwandel gingen in Stadt und Region



Nürnberg sehr viele Arbeitsplätze verloren, die für un- und angelernte Arbeitskräfte geeignet waren, beispielsweise in so bekannten früheren Großbetrieben wie Grundig oder AEG.

Die neu entstandenen Arbeitsstellen im Dienstleistungssektor erfordern andere Qualifikationen und Kompetenzen und setzen in der Regel höhere Schulabschlüsse voraus. Auch der Niedriglohnbereich ist oftmals kein Niedrigqualifikationsbereich, denn selbst für schlechter bezahlte Tätigkeiten werden höhere Kompetenzen zumindest in Schlüsselqualifikationen wie Zuverlässigkeit, Pünktlichkeit oder Höflichkeit erwartet. Qualifizierung ist somit im weiteren Sinne erforderlich und schließt – neben fachlichen Kompetenzen – auch Faktoren wie Belastbarkeit, physische und psychische Gesundheit sowie Sozialkompetenz mit ein.

Die arbeitsuchenden Grundsicherungsempfänger in Nürnberg verfügen hingegen im Durchschnitt über wenig Bildung und geringe Qualifikation. So besitzen 73 Prozent der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen der ARGE Nürnberg keine Berufsausbildung, 27 Prozent keinen Berufsabschluss. Bei den unter 25-jährigen jungen Menschen in der ARGE hat ein Sechstel keinen Schulabschluss. Dieser ist jedoch die Minimalvoraussetzung, um die Chance auf ein Ausbildungsverhältnis zu wahren. Auch stehen ganze Berufsbereiche denjenigen mit Abschluss einer Förderschule (10 % der ARGE-Kundinnen und -Kunden unter 25 Jahre) und einfachem Hauptschulabschluss (30 %) in der Realität kaum offen.

Die **ARGE Nürnberg** bietet daher für alle bildungsfernen Grundsicherungsempfänger ein Maßnahmenportfolio zur Stabilisierung und Qualifizierung an. Dieses zielt auf die Schwerpunkte:

- Schlüsselqualifikationen (Erwartungen an Arbeitnehmer),
- Teilqualifikationen im Lager- und Transportwesen, in der Kreislauf- und Abfallwirtschaft, im Reinigungsgewerbe, in der Callcenterbranche und der Marktforschung,
- Anpassungsqualifizierung, z.B. Maschinen- und Anlagenführer oder Gerätezusammensetzer.

Zusätzlich ist in den Arbeitsgelegenheiten ein hoher Qualifizierungsanteil enthalten. Die ARGE Nürnberg verwendet etwa die Hälfte ihres Eingliederungsbudgets 2008 von über 44 Mio. Euro für Qualifizierungsmaßnahmen.

Junge Menschen zur Ausbildungsfähigkeit zu begleiten, ist ein besonderer Schwerpunkt der Nürnberger Beschäftigungspolitik, denn es gilt ein Abrutschen in „Maßnahmenkarrieren“ zu verhindern und Misserfolgen und Demotivation frühzeitig entgegenzuwirken. Kompensatorische, also nachträgliche Qualifizierungs- und Bildungsmaßnahmen erweisen sich erfahrungsgemäß als weniger effektiv, als wenn sich die Jugendlichen die Grundlagen der Ausbildungsfähigkeit bereits während der Schulzeit aneignen. Dies wird durch verschiedene Maßnahmen, beispielsweise in Trägerschaft der städtischen Beschäftigungsgesellschaft Noris-Arbeit (NOA), unterstützt.

Das Programm „Qualibegleitende Hilfen und Ausbildungsplatzoffensive – Quapo“ der NOA setzt bei Hauptschülerinnen und -schülern an. Es geht auf eine Initiative des Ausländerbeirats von 2003 zurück und richtet sich an Schülerinnen und Schüler an Hauptschulen, bei denen ab dem Zwischenzeugnis der 8. Klasse abzusehen ist, dass ein Schulabschluss nur mit gezielter Förderung erreicht werden kann. Schwerpunkt ist die Förderung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund – mit einem derzeitigen Anteil von drei Vierteln. Seit 2003 waren es 450 Jugendliche. Im Schuljahr 2007/2008 wurden insgesamt 76 Jugendliche betreut. Von diesen Jugendlichen ver-



ließen 26 das Projekt vorzeitig, die meisten aber erst, nachdem sie einen Ausbildungsplatz oder die Zusage einer Berufsfachschule hatten. Von den 50 Jugendlichen, die die Maßnahme im Juli 2008 beendeten, haben alle den Hauptschulabschluss bestanden, 43 Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben den Qualifizierenden Hauptschulabschluss erworben. Seit Februar 2008 stehen, verteilt auf drei Standorte, pro Schuljahr (Kurs) 215 Plätze zur Verfügung, 19 Hauptschulen beteiligen sich.



Das NOA-Projekt „Scouts“ startete im März 2008 als Modellprojekt an der Hauptschule Bismarckstraße. Es greift eine sich abzeichnende berufliche Perspektivlosigkeit von Schülern auf und steuert noch während der Schulzeit gegen. Dies geschieht durch individuelle Förderangebote und Unterrichtsmodule zur beruflichen Orientierung in klassenbezogenen Kleingruppen. Für die Schülerinnen und Schüler der 7. und 8. Jahrgangsklassen wird ein Kompetenzfeststellungsverfahren angeboten. 15 bis 20 Schülerinnen und Schüler befinden sich darüber hinaus in einer Intensivbetreuung. „Kurze Wege“ innerhalb der Schule dienen der Intensivierung der Arbeit mit den Schülern und dem direkten Austausch mit den Lehrkräften.

Im Herbst 2008 wurde mit den Schülern der 8. Jahrgangsstufe einer Nürnberger Hauptschule ein Kompetenzfeststellungsverfahren durchgeführt. Zusätzlich erhalten alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Projekt „Kompetenzagentur“ das Angebot, daran teilzunehmen. Unter Einbeziehung der NOA-Werkstätten, -Büros und -Verkaufsräume führten speziell geschulte NOA-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter das Verfahren durch. Die Jugendlichen wurden in den qualifizierten und bundesweit anerkannten Verfahren START („Stärken ausprobieren, Ressourcen testen“; Berufsfindung) und hamet2 (Feststellung handwerklich-motorischer Fähigkeiten und sozialer Kompetenzen) getestet und entdeckten dabei eigene Kompetenzen und Fähigkeiten.



Die Kompetenzagentur wendet sich an junge Menschen am Übergang von der Schule in den Beruf, die zu den bestehenden Hilfsangeboten keinen Zugang gefunden haben. In enger Zusammenarbeit mit Streetworkern und Sozialarbeitern in Jugendeinrichtungen im Stadtteil werden Kontakte geknüpft. Wenn eine Vertrauensbasis gefunden wurde, gilt es, die jungen Menschen zu „halten“ und zu „stärken“. Intensiv wird jeder Einzelne informiert, beraten und begleitet. Es werden gemeinsam persönliche und berufliche Perspektiven entwickelt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kompetenzagentur verstehen sich als „Lotsen“ für berufliche und soziale Integration und verfügen über einen „langen Atem“, das heißt, die jungen Menschen können sich immer wieder an sie wenden. Im Kalenderjahr 2008 nahmen 527 junge Menschen die Angebote der Kompetenzagentur in Anspruch. Davon hatten 343 Jugendliche (65%) einen Migrationshintergrund, 65% waren männlich, 35% weiblich. Der Großteil der Jugendlichen (32%) wurde durch Streetworker oder Einrichtungen der offenen Jugendarbeit auf die Kompetenzagentur aufmerksam.

Kompetenzagentur und Quapo werden aus städtischen Mitteln gefördert. Zusätzlich wird die Kompetenzagentur durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFS-FJ) und den Europäischen Sozialfonds (ESF) finanziert, QUAPO durch den Ausländerbeirat der Stadt Nürnberg.



Die Jugendsozialarbeit an Schulen als Aufgabe der Jugendhilfe hat zum Ziel, benachteiligte junge Menschen zu fördern und zu unterstützen; diese Zieldimension ist Gegenstand der Leitlinie 3. Neben persönlichen, sozialen, schulischen und familiären Problemen können Schwierigkeiten bei der beruflichen Integration Gegenstand der Beratung sein. Jugendsozialarbeit als Scharnier zwischen den Angeboten der Schule und der Jugendhilfe kann junge Menschen in Maßnahmen der beruflichen Orientierung und des Übergangsmagements vermitteln. Die durch ein Programm des Bayerischen Arbeits- und Sozialministeriums geförderte Jugendsozialarbeit an Schulen wurde 2008 von 10 Einsatzschulen auf 22 Schulen (18 Hauptschulen, 3 Sonderpädagogische Förderzentren, 1 Berufliche Schule) ausgebaut. Darüber hinaus sind 27 sozialpädagogische Fachkräfte des bisherigen Schulsozialpädagogischen Dienstes der Stadt Nürnberg an Schulen im Einsatz, die seit August 2008 ebenfalls dem Jugendamt zugeordnet sind.

Zielgruppe der Jugendwerkstatt der NOA im Auftrag der ARGE Nürnberg sind junge Erwachsene unter 25 Jahren im Arbeitslosengeld II-Bezug, die nicht arbeits- oder ausbildungsfähig sind, schwerpunktmäßig junge Migrantinnen und Migranten. Die Jugendwerkstatt bietet Beschäftigung und Qualifizierung in einem vielfältigen Spektrum, um die individuellen Interessenslagen sowie ggf. vorhandene gesundheitliche Einschränkungen weitestgehend zu berücksichtigen. Im Maßnahmenjahr 2007/2008 umfasste das Angebot die Einsatzbereiche Elektro-, Sanitär-, Metall-, Bau-, Maler-, Schreinerwerkstatt; Hauswirtschaft / Hausservice; Großküche / Kantine; Laden (Verkauf); Garten- und Landschaftsbau; Büro für technisches Zeichnen; Foto- und Medienlabor; Büro / Verwaltung. Ziele sind die Herstellung von Beschäftigungsfähigkeit, berufliche Orientierung und soziale Integration. In der Jugendwerkstatt werden die Grundlagen für eine Vermittlung in den Arbeitsmarkt, eine Ausbildung oder eine Aufbauqualifizierung (z.B. das Nachholen des Schulabschlusses) oder der Einstieg ins Berufsleben gezielt gefördert. Zwischen Juli 2007 und September 2008 sind 361 Personen in die Maßnahme eingetreten, 46 von ihnen traten in die Folgemaßnahme über. Von den 315 Personen, die die Maßnahme beendet haben, wurden 42 Prozent in Ausbildung, Arbeit und Weiterqualifizierungen vermittelt. Seit dem 15.09.08 führt die NOA die Jugendwerkstatt auf der Grundlage der Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung mit 105 Plätzen weiter.

Ausbildung ermöglichen

Nach wie vor ist der wirksamste Schutz vor Arbeitslosigkeit ein Berufsabschluss. Deswegen steht dieses Ziel im besonderen Fokus der Nürnberger Beschäftigungspolitik. Dem Übergangsmangement zwischen allgemeinbildender Schule und beruflicher Ausbildung dient die Initiative SCHLAU (SCHule – Lernerfolg – AUsbildung) der Stadt Nürnberg (Geschäftsbereich Schule und Jugendamt). Im Schuljahr 2007/2008 erreichte das kostenlose Beratungs- und Unterstützungsangebot 470 Schülerinnen und Schüler aus fünfundzwanzig Hauptschulen und wurde damit vom Modellprojekt zum flächendeckenden Beratungsdienst. Für 57 Prozent der Jugendlichen gelang die Vermittlung in eine Ausbildung (Dualer Ausbildungsplatz oder Berufsfachschule).





Wichtigste Institution der Vermittlung in Ausbildung ist das Dienstleistungszentrum U 25 der ARGE Nürnberg, das eine Vielzahl an Beratungseinrichtungen für Jugendliche im Rechtskreis des SGB II unter seinem Dach vereint. Im Jahr 2008 konnten 700 Ausbildungsverhältnisse, davon zwei Drittel betrieblich, überwiegend von jüngeren Grundsicherungsempfängern begonnen werden; dies sind über 100 mehr als im Vorjahr. Etwa ein Drittel dieser Ausbildungsverhältnisse wurde gefördert. Seit Frühjahr 2008 kann die ARGE Nürnberg nur noch benachteiligte Jugendliche mit Verbundausbildung und Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen unterstützen. Die bewährten Förderungen „+ 100“ und „Aktiv in Ausbildung“ mussten dem Bundesprogramm „Ausbildungsbonus“ weichen, das bisher eine wesentlich geringere Wirkung erzielt. Für junge Menschen, die keine komplette Ausbildung absolvieren können, wurden zertifizierte Teilqualifizierungen angeboten, und für junge Mütter, die keine Ausbildungsverhältnisse in Vollzeit aufnehmen können, wurden Teilzeitausbildungen geschaffen.

Auch im Jahr 2008 hatte die gute wirtschaftliche Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt keine positiven Effekte für Altbewerber sowie für benachteiligte Jugendliche und junge Erwachsene: Das Angebot an betrieblichen Ausbildungsstellen erreichte diese Zielgruppe kaum.

Die NOA organisiert und koordiniert in der eigenen Verwaltung und den eigenen Werkstätten in Kooperation mit Dienststellen der Stadt Nürnberg zusätzliche Ausbildungsplätze als Verbundausbildung. Bereits im Herbst 2006 wurden auf Initiative der Stadt und der ARGE Nürnberg in Kooperation mit der NOA 24 zusätzliche Ausbildungsplätze geschaffen werden, im Herbst 2007 weitere 40 und ab dem 1. Februar 2009 erneut 40 zusätzliche Ausbildungsplätze, finanziert durch die Stadt Nürnberg und die ARGE Nürnberg. Die NOA bietet Ausbildungen in kaufmännischen (vier Fachrichtungen) und gewerblichen (20 Fachrichtungen) Berufen, in Berufen im Gastgewerbe (fünf Fachrichtungen) sowie in medizinischen Assistenzberufen (Fachrichtung Arzthelfer/in) an. Im Dezember 2008 waren 86 Jugendliche in einem Ausbildungsverhältnis.

Beschäftigung ermöglichen

Beschäftigungslosigkeit ist für arbeitssuchende Menschen in der Grundsicherung das größte Problem, da Tagesstruktur und Sinnhaftigkeit fehlen, was sich in vieler Hinsicht negativ auswirkt, ganz besonders auf die Gesundheit. Insofern geht es bei Beschäftigung nicht nur um Erwerbstätigkeit, sondern insgesamt um soziale Integration in die Gemeinschaft.

Der Ausstieg aus der Hilfebedürftigkeit kann am ehesten durch die Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung erreicht werden. Für das Jahr 2008 hatte sich die ARGE Nürnberg zum Ziel gesetzt, 24 Prozent ihrer generell für eine Beschäftigung aktivierbaren Kunden in ein sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis zu bringen (Integration). Mit 9.000 Arbeitsaufnahmen bei 37.300 zu betreuenden Kundinnen und Kunden im Jahresverlauf ist dieses Ziel knapp erreicht worden.

Die Qualität der Integration misst sich daran, ob das Einkommen auskömmlich ist, also keine Ergänzung durch Grundsicherung erfordert, und ob das Arbeitsverhältnis nachhaltig, also auf Dauer angelegt ist. Knapp 44 Prozent der Arbeitsaufnahmen von ARGE-Kundinnen und -Kunden bestehen auch noch nach sechs Monaten. 55 Prozent der Arbeitsaufnahmen waren von Anfang an befrei-





stet. Über die Hälfte derer, die eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung aufnehmen, bleiben im Hilfebezug der ARGE; das heißt, sie erhalten ergänzend Leistungen der ARGE. Dies liegt bei einem Viertel daran, dass sie keine Arbeit in Vollzeit aufnehmen. Bei mehr als einem Drittel ist der Lohn als Leiharbeiter eher gering. Im Jahresdurchschnitt 2008 bedurften monatlich 4.200 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ergänzend der Grundsicherung. Hinzu kommen 790 Selbständige, von denen über zwei Drittel weniger als 400 Euro anrechenbare Einkünfte erzielen. Außerdem sind noch 4.430 Geringverdiener auf ergänzende Grundsicherung angewiesen.

Den Ausstieg aus der Grundsicherung – überwiegend durch Arbeitsaufnahme – schafften Ausländer im Jahr 2008 wesentlich häufiger als Deutsche, Männer deutlich öfter als Frauen und Ältere ab 50 Jahre nur in geringem Umfang. Durch den Pakt 50 für Nürnberg und Fürth konnten bei den Älteren 134 Integrationen realisiert werden. Insgesamt sind 36,5 Prozent aller Integrationen gefördert, d.h. vor und/oder nach der Integration wurden Zuschüsse gewährt, in einem Drittel der Fälle Eingliederungszuschüsse.

Der öffentlich geförderte Arbeitsmarkt, für manche Hilfebedürftige der einzige Weg aus der Arbeitslosigkeit, wird in Nürnberg durch die NOA im Auftrag der Agentur für Arbeit, der ARGE und der Stadt Nürnberg organisiert. 2008 haben insgesamt 3.300 Grundsicherungsempfänger eine so genannte Arbeitsgelegenheit aufgenommen. Zusätzlich wurden 75 Arbeitsgelegenheiten in der Entgeltvariante und 450 Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen realisiert. Die ARGE Nürnberg verwendet hierfür mehr als ein Drittel ihres Eingliederungsbudgets.

Ein Schwerpunkt im Bereich der öffentlich geförderten Beschäftigung sind die Arbeitsgelegenheiten (AGH). Die zum Teil gering qualifizierten Beschäftigten arbeiten in NOA-eigenen Projekten, in Einrichtungen und Eigenbetrieben der Stadt Nürnberg sowie in über 200 Einsatzstellen der freien Wohlfahrtspflege. 2008 befanden sich im Monatsdurchschnitt über 1.400 Personen in dieser Form der öffentlichen Beschäftigung. Angebote für bestimmte Zielgruppen, zum Beispiel Alleinerziehende, konnten ausgebaut werden. In Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) waren im Monatsdurchschnitt rund 225 Personen beschäftigt.

Die Beschäftigungsprojekte der NOA bieten Serviceleistungen für Bürgerinnen und Bürger in den Bereichen Soziales, Sicherheit, Ordnung und Umweltschutz. Ein Projektbeispiel ist die Musikwerkstatt in Kooperation mit dem Kulturzentrum Z-Bau, initiiert durch die ARGE Nürnberg. 50 arbeitssuchende Profi-Musikerinnen und -Musiker wurden in der musikalischen Früherziehung in Kindergärten und -horten eingesetzt, erteilten Instrumentalunterricht für Kinder und gaben Konzerte. So konnten 2008 über 200 Einsätze in der frühkindlichen Musikerziehung und im Instrumentalunterricht, 248 Auftritte in Nürnberger Altenheimen und 85 weitere Konzerte z.B. für die Bewohnerinnen und Bewohner des Dianablocks gegeben werden.



Die Arbeitsgelegenheit von sechs Monaten als Brücke in den ersten Arbeitsmarkt wird für arbeitsmarktferne ARGE-Kunden mit Stabilisierungsbedarf ergänzt durch längerfristige Maßnahmen (Bürgerservice). Um die Arbeitsmarktfähigkeit bei diesem Personenkreis zu erreichen, ist in der Regel ein längerer Zeitraum erforderlich. Die Beschäftigungsmöglichkeit „JobPerspektive“ (§ 16e SGB II neu, früher: § 16a SGB II) wurde 2008 in Projekten und Werkstätten der NOA sowie bei Dienststellen und Eigenbetrieben der Stadt Nürnberg eingeführt und wird mit einem Zuschuss der Stadt Nürnberg auch freien Trägern angeboten. Sie umfasst tariflich entlohnte Arbeitsverhältnisse mit einem Beschäftigungszuschuss in Höhe von 75 Prozent der Personalkosten. Mangels Nachfrage konnten 2008 nur knapp über 80 Beschäftigungsmöglichkeiten der „JobPerspektive“ gefördert werden, obwohl 350 geplant waren. Für besonders beeinträchtigte Kunden mit multiplen Problemlagen und geringem Leistungsvermögen wird offenbar der Zuschuss als nicht ausreichend betrachtet.



Nach Angaben der ARGE Nürnberg erhalten bis zu 1.500 Menschen Grundsicherung, die die notwendigen Kompetenzen auch für öffentlich geförderte Beschäftigungsverhältnisse nicht aufbringen und deren Vermittlungshemmnisse als unkorrigierbar eingeschätzt werden, die also aller Voraussicht nach nicht in Beschäftigung integriert werden können.

Beschäftigung unterstützen

Damit die Integration der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen in Beschäftigung gelingt und Arbeitslosigkeit vermieden werden kann, ist vielfach Unterstützung nötig. Das SGB II erkennt dies als Aufgabe der Beschäftigungsförderung an und sieht insbesondere die Betreuung minderjähriger Kinder, die Schuldnerberatung, die psychosoziale Betreuung und die Suchtberatung vor. Stadt Nürnberg, ARGE und Freie Träger bzw. Wohlfahrtsverbände erbringen diese Leistungen auf der Basis von Kooperationserklärungen.

Um eine Berufstätigkeit aufzunehmen, benötigen Eltern, ganz besonders Alleinerziehende, gute und verlässliche Kinderbetreuung. Diese Angebote müssen sich an die moderne Arbeitswelt mit ihren oftmals flexiblen Arbeitszeiten anpassen. Als zentrale Anlaufstelle zur Vermittlung von Kinderbetreuung für Arbeitssuchende fungiert im Auftrag der ARGE die Agentur Familie & Beruf des Kinderhaus e.V. Sie betreute 2008 565 ARGE-Kundinnen und -Kunden. 508 Beratungen fanden explizit zum Thema Kinderbetreuung statt, 57 Beratungen zu anderen Themen. Die Agentur Familie & Beruf vermittelt in enger Kooperation mit der ARGE Nürnberg und den Tageseinrichtungen Kinderbetreuungsplätze. Die Betreuungsaufwendungen werden vom Jugendamt der Stadt Nürnberg getragen. Diese belaufen sich für den Rechtskreis des SGB II im Jahr 2008 auf ca. 5,6 Mio. Euro.

Oft erschwert eine Ver- oder Überschuldung die nachhaltige Integration in Arbeit. Das Institut für soziale und kulturelle Arbeit (ISKA) berät in Vereinbarung mit der ARGE Nürnberg überschuldete Personen im Rechtskreis des SGB II. Die Basisberatung findet zeitnah in den Außenstellen der ARGE statt, notwendige vertiefende Beratungen in den Räumlichkeiten der ISKA. Die Gesamtaufwendungen der Stadt Nürnberg für die Schuldnerberatung im SGB II beliefen sich im Kalenderjahr 2008 auf ca. 407.000 Euro.

Psychosoziale Belastungsfaktoren können die Arbeitsaufnahme und die soziale Integration in die Gemeinschaft erheblich erschweren und erfordern intensive Beratung und Betreuung. Solche



Faktoren können etwa erzieherische Bedarfe in Familien, akute Krisen, Obdachlosigkeit oder drohende Obdachlosigkeit sein. Die psychosoziale Betreuung im SGB II wird vom Sozialpädagogischen Fachdienst des Sozialamtes für Haushalte ohne Kinder und Jugendliche und vom Allgemeinen Sozialdienst des Jugendamtes für Haushalte mit Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen bis 21 durchgeführt. Im Jahr 2008 wurden durch die Stadt Nürnberg psychosoziale Betreuungsleistungen nach SGB II im Umfang von 7,75 Planstellen durchgeführt. Die Personalkosten belaufen sich auf rund 500.000 Euro.

Sucht ist gekennzeichnet durch psychische und/oder physische Abhängigkeit, die sich unter anderem in Dosissteigerung, körperlicher Toleranzentwicklung, Kontrollverlust und Entzugssymptomen äußert. Abhängigkeit durch übermäßigen Suchtmittelgebrauch mit den einhergehenden psychosozialen Problemen bildet ein schwerwiegendes Hindernis für die Integration in den Arbeitsmarkt. Eine berufliche Eingliederung setzt deshalb eine erfolgreiche Entwöhnungstherapie voraus. Die Suchtberatungsstellen PSB Caritas Nürnberg, Suchthilfezentrum der Stadtmission, mudra e.V. und Lilith e.V. arbeiten auf der Basis einer Kooperationserklärung eng mit der ARGE Nürnberg zusammen. Die Kosten der Suchtberatung werden vom Bezirk Mittelfranken getragen.

Zukünftige Organisation der Grundsicherung für Arbeitsuchende

Das Bundesverfassungsgericht hat am 20.12.2007 die im § 44b SGB II festgelegte Zusammenarbeit der Bundesagentur für Arbeit und der Kommunen in ARGE n als mit dem Grundgesetz unvereinbar erklärt. Es wurde eine Übergangszeit bis zum 31.12.2010 gewährt, in der die Arbeit in den ARGE n fortgesetzt werden kann und innerhalb derer eine gesetzliche Neuregelung erfolgen muss. Die Zuweisung von Aufgaben direkt durch den Bund an die Kommunen und die Finanzierungsregelung sind laut Bundesverfassungsgericht hingegen verfassungsgemäß.

Die vorrangigen Aufgaben der kommunalen Beschäftigungspolitik entlang der oben genannten Ziele standen daher im Jahr 2008 im Zeichen einer intensiven Debatte um die Organisation des SGB II auf allen politischen Ebenen, die sehr zeitaufwändig war. Vorgeschlagen wurden getrennte Trägerchaften bei der Aufgabenwahrnehmung, ein „Kooperatives Jobcenter“ oder „Zentren für Arbeit und Grundsicherung“, denen eine Grundgesetzänderung zugunsten der ARGE-Organisation vorangehen müsste.

Das Referat für Jugend, Familie und Soziales lehnte von Beginn an sowohl getrennte Trägerchaften als auch das „Kooperative Jobcenter“ unter anderem deswegen ab, weil die damit implizierte getrennte Aufgabenbearbeitung für die leistungsberechtigten Bürgerinnen und Bürger zur längeren Bearbeitungsdauer der Anträge und zu höherem Abstimmungsbedarf führt. Auch berücksichtigten viele der diskutierten Modelle das kommunale Interesse an einer aktiven Rolle in der Arbeitsmarkt- und Integrationspolitik des SGB II und Kontrolle der kommunalen Finanzmittel nicht adäquat. Die von der Nürnberger Sozialpolitik favorisierte Lösung einer Grundgesetzänderung zugunsten der ARGE n kristallisierte sich gegen Ende 2008 als durchsetzbar heraus, scheiterte jedoch im Frühjahr 2009 auf der Bundesebene. Damit ist die Organisationsform der Grundsicherung für Arbeitsuchende und der Arbeitsmarktintegration Langzeitarbeitsloser nach Ende 2010 völlig unklar. Dies erschwert die Arbeit in der ARGE und bei den Kooperationspartnern erheblich.

6. Eine alternde Stadtgesellschaft gestalten



Ziele der Nürnberger Seniorenpolitik

Über 25 Prozent der Nürnberger Bürger sind älter als 60 Jahre. Dies heißt zwar nicht, dass alle Älteren irgendwann Unterstützung, Hilfe oder Pflege benötigen. Es bedeutet aber, dass sich auch Nürnberg auf eine weiterhin wachsende Zahl älterer Menschen einstellen muss, unter denen wiederum die Zahl der Hochaltrigen (75 Jahre und älter) ebenfalls ansteigen und im Jahr 2020 bei knapp 53 Prozent der über 60-Jährigen liegen wird. Diese Entwicklung hat den Nürnberger Stadtrat bereits 2003 bewogen, zwei zentrale Ziele der Nürnberger Seniorenpolitik festzulegen:

(1) Kommunale Seniorenpolitik muss es älter werdenden Menschen ermöglichen, lange und bei guter psychischer und körperlicher Gesundheit zu Hause zu leben und dabei am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Sie muss zur Prävention von Risikolagen beitragen, die soziale Integration unterstützen, Kompetenzen erhalten und Partizipation ermöglichen.

(2) Kommunale Seniorenpolitik muss für diejenigen, die nicht alleine zurechtkommen, ein ausreichendes, abgestuftes Netz helfender Infrastruktur bereit stellen – von der Beratung über die Förderung und Unterstützung von Selbsthilfee-

aktivitäten bis hin zur adäquaten pflegerischen Versorgung – und dafür Sorge tragen, dass diese Angebote dem Einzelnen leicht zugänglich sind.

Daraus ergeben sich zwei grundlegende Handlungsrichtungen für die Gestaltung einer alternden Stadtgesellschaft:

Prävention, Unterstützung und Teilhabe

Diejenigen Älteren, die zuhause leben, sollen Angebote vorfinden, die

- präventiv wirken oder
- Unterstützung bieten, damit ein möglichst langer Verbleib in der eigenen Wohnung möglich ist,
- Anregungen zur Lebensgestaltung bieten, sinnstiftend wirken,
- ehrenamtliches oder politisches Engagement ermöglichen und
- soziale Integration sichern.

Infrastrukturverantwortung der Stadt Nürnberg

Diejenigen Älteren, die Hilfen benötigen, müssen diese

- in guter Qualität und
- übersichtlich und leicht zugänglich vorfinden.

Zur Gestaltung einer alternden Stadtgesellschaft in diesen beiden Zieldimensionen trugen 2008 eine Vielzahl von Projekten und Entwicklungen bei, die beispielhaft dargestellt werden.



Zieldimension Prävention, Unterstützung und Teilhabe



Broschüre „Einfach älter werden“

Als politische Standortbestimmung Nürnbergs zur alternden Stadtgesellschaft versteht sich die Broschüre „Einfach älter werden“, die unter Federführung des Seniorenamtes entstand. Aus dem Blickwinkel unterschiedlicher Politikressorts zeigt sie, wie und in welchem Ausmaß es in Nürnberg bisher gelungen ist, den demographischen Veränderungen gerecht zu werden. Die Broschüre ist kein Rechenschaftsbericht in der üblichen Form, denn die Beiträge reflektieren zum einen die „Außensicht“ Nürnberger Journalistinnen und Journalisten; zum zweiten stellt sie eine gut lesbare Zusammenschau unterschiedlicher Positionen, Konzepte und Maßnahmen zur konkreten Gestaltung der alternden Nürnberger Stadtgesellschaft dar. Die einzelnen Kapitel repräsentieren die Sozialpolitik, die vielfältige Trägerlandschaft der Altenhilfe als Partner der Kommunalpolitik, die Stadtplanung, die Wirtschaftspolitik, die Kulturarbeit sowie Sport und Gesundheit; auch die Rolle des Stadt seniorenrates als Interessensvertretung der älteren Bürger wird beleuchtet. Abgerundet wird die Broschüre durch eine Würdigung Nürnbergs als wichtigen Standort der Altersforschung, durch einen Blick auf die Geschichte der Altenhilfe in Nürnberg sowie durch Porträts von Nürnbergerinnen und Nürnbergern, die die vielen „Gesichter des Alters“ repräsentieren.

Mit dieser Standortbestimmung bewarb sich die Stadt beim Wettbewerb „Kommunale Seniorenpolitik“ des Bayerischen Sozialministeriums. Für dieses – durch die Broschüre leicht zugänglich dargestellte – seniorenpolitische Konzept wurde Nürnberg mit einem zweiten Preis ausgezeichnet.

Tagung „Alter und Kultur“

Kultur kennt keine Altersgrenzen. Doch ist die Balance wichtig, durch Kultur einerseits neue, herausfordernde Impulse zu vermitteln und gleichzeitig die Gewohnheiten und biographischen Erfahrungen der älteren Generation nicht außer Acht zu lassen. Die Tagung „Alter und Kultur“ widmete sich vom 10. bis 11. April 2008 diesem Thema. Das Themenspektrum reichte von selbstorganisierten Kulturinitiativen und -angeboten oder Aspekten einer „neuen Alterskultur“ über Kulturarbeit mit älteren Migrantinnen und Migranten, Kultur im Pflegeheim, neurobiologischen Forschungsergebnissen zum Musizieren im Alter bis hin zur kulturellen Arbeit mit demenziell erkrankten oder sterbenden Menschen im Hospiz. Dabei wurde erkennbar, wie vielfältig die Facetten des Kulturbegriffs in der Seniorenarbeit sind. Mit dem Computerclub Nürnberg 50plus, dem gemeinsamen Projekt „Bildung mobil“ von Bildungszentrum und Seniorenamt oder Beispielen aus der Kulturarbeit in den Einrichtungen des NürnbergStift waren auch Nürnberger Organisationen beteiligt. Ausgerichtet wurde die Tagung vom Verband der bayerischen Bezirke mit Unterstützung des Seniorenamtes.



Sonderheft „Gesundheit und Wellness“ des Seniorenmagazins sechs+sechzig

Das Seniorenmagazin „sechs+sechzig – Magazin für selbstbewusste ältere Menschen“ erscheint regelmäßig vierteljährlich und liegt den Nürnberger Nachrichten und der Nürnberger Zeitung bei. In unregelmäßigen Abständen widmet sich das Magazin zusätzlich mit einem Sonderheft einem Schwerpunktthema. Im Jahr 2008 war dies „Gesundheit und Wellness“. Fachlich beraten wird das Magazin, das von Nürnberger Journalistinnen und Journalisten produziert und herausgegeben wird, vom Seniorenamt. So wirkt das Seniorenamt unterstützend dabei mit, Gestaltungsmöglichkeiten für ein gesundes Alter mit hoher Lebensqualität zu vermitteln. www.sechs-und-sechzig.de

„Nürnberger Seniorentage“ werden zur iN VIVA

Nachdem die jährlich stattfindenden „Seniorentage“ in der Meistersingerhalle zuletzt von mehr als 10.000 Menschen besucht wurden und auch die Zahl der Aussteller stetig gewachsen war, wurde eine grundsätzliche Neuausrichtung dieser Veranstaltung notwendig. So entstand 2008 mit der NürnbergMesse eine neue Konzeption, bei der die NürnbergMesse als Veranstalter die Verbraucherausstellung organisiert, während das Seniorenamt als ideeller Träger für das Vortrags- und Aktionsprogramm verantwortlich zeichnet. Die weitaus größere Kapazität an modernen Ausstellungshallen und barrierefrei erreichbaren Konferenzräumen erlaubt eine vergrößerte Dimension. So kann, stärker als bisher, die gesamte Metropolregion Nürnberg einbezogen werden. Mit dem neuen Namen iN VIVA, erstmals am 20. und 21. März 2009, soll zudem das positive Lebensgefühl der Generation ab 50 vermittelt werden: Mitten im Leben stehend, aber auch interessiert und bereit, vorausschauend die eigene Zukunft zu gestalten. www.inviva.de



Stadtseniorenrat

Der Stadtseniorenrat, die 2007 neu gewählte Vertretung der Nürnberger Seniorinnen und Senioren, widmete seine Arbeit 2008 besonders drei Schwerpunkten.

Den Bericht der Nürnberger Heimaufsicht zu Mängeln in Pflegeheimen nahm er zum Anlass, sich ein differenziertes Bild von den Pflegeeinrichtungen zu machen. Mitglieder des Stadtseniorenrates besuchen seit Herbst 2008 die Heime und führen an Hand eines eigens entwickelten Leitfadens Gespräche mit Heim- oder Pflegedienstleitungen sowie mit dem Heimbeirat oder Heimfürsprechern. Die ersten Erfahrungen zeigen, dass

die Heime dieser Initiative sehr offen gegenüber stehen.

Da die Wege auf größeren Friedhöfen oft lang und für eingeschränkt mobile, ältere Menschen beschwerlich sind, hat sich der Stadtseniorenrat erfolgreich dafür eingesetzt, dass Elektromobile für den West-, den Süd- und den Reichelsdorfer Friedhof angeschafft wurden.

Der Stadt seniorenrat beteiligte sich zudem nicht nur aktiv an der Namensfindung für die „Bewegungsparks für alle Generationen“ (ursprünglicher Arbeitstitel „Seniorenspielplätze“), sondern auch an Planung und Ideenentwicklung für zwei neue Anlagen, die 2009 entstehen.

www.stadtseniorenrat.nuernberg.de.



Seniorentreffs und Projektarbeit

Ihr zwanzigstes Jubiläum feierte die Seniorenbegegnungsstätte Heilig-Geist. 1988 wurde im Herzen der Altstadt ein Ort für Seniorinnen und Senioren geschaffen, an dem sie gemeinsame Interessen verfolgen, neue Fähigkeiten entwickeln, soziale Kontakte pflegen und mit einem reichhaltigen Angebot an Kursen, Veranstaltungen und Gruppen aktiv für die körperliche, geistige und seelische Gesundheit werden können. Der Seniorentreff wurde zu einer Kultur-, Freizeit- und Bildungseinrichtung, die die Teilhabe älterer Menschen am gesellschaftlichen Leben fördert und ihre Selbständigkeit und die sinnerfüllte Gestaltung des Älterwerdens unterstützt. Mit dem Einzug des selbstverwalteten Computer Centrums für Senioren CCN 50plus wurde dies noch erweitert. Anlässlich des 20-jährigen Bestehens der Seniorenbegegnungsstätte wurde vom 19. bis 22. Juni 2008 mit Sommerkonzert, Kabarett am Nachmittag, buntem Jubiläumsfest und Jazz-Frühschoppen des CCN 50plus ausgiebig gefeiert.

In der Projektarbeit werden neue Konzepte der Seniorenarbeit entwickelt und erprobt, die gesellschaftliche Veränderungen aufgreifen. Darüber hinaus geht es auch um die Vernetzung mit anderen Bereichen, z.B. die Erstellung einer Broschüre über Sportangebote für Senioren gemeinsam mit dem SportService und dem Bayerischen Landessportverband, das Projekt „Bildung mobil“ gemeinsam mit dem Bildungszentrum oder „Klassik im Kino“ gemeinsam mit dem Filmhaus Nürnberg.

Seniorennetzwerke



In Seniorennetzwerken arbeiten die Träger und Einrichtungen der Seniorenarbeit sowie ehrenamtliche Initiativen innerhalb eines Wohnquartiers zusammen, um ihre Ressourcen zu bündeln, bestehende Angebote abzustimmen und gemeinsam neue Angebote zu entwickeln. Damit soll die Teilhabe und soziale Integration allein lebender alter Menschen unterstützt, die Erhaltung ihrer Gesundheit und Selbständigkeit gefördert und ihre Selbsthilfekräfte gestärkt werden.

Die Modellverantwortung für die Seniorennetzwerke übernimmt das Seniorenamt jeweils mit weiteren Organisationen: in der Südstadt gemeinsam mit der Noris-Arbeit NOA gGmbH, in St. Johannis gemeinsam mit der Joseph-Stiftung Bamberg, der Caritas Sozialstation und Tagespflege Nürnberg Nord e.V. sowie dem Caritasverband Nürnberg e.V., in der Gartenstadt gemeinsam mit der Arbeiterwohlfahrt KV Nürnberg und in St. Leonhard / Schweinau gemeinsam mit dem Mehrgenerationenhaus / Zentrum Aktiver Bürger und SOS Nürnberg. Für den Aufbau von Seniorennetzwerken in weiteren Stadtteilen wurden 2008 vorbereitende Gespräche zwischen Seniorenamt und Trägern der Seniorenarbeit geführt. Das Seniorennetzwerk St. Johannis wurde 2008 in das Förderprogramm „Innovative Altenhilfestrukturen“ des Bayerischen Sozialministeriums aufgenommen und wird damit für den Zeitraum von drei Jahren mit rund 108.000 Euro gefördert.



„engagiert für ältere Menschen“

Mit dem stadtweiten häuslichen Besuchsdienst für allein lebende alte Menschen bietet das Seniorenamt ein Handlungsfeld für freiwilliges bürgerschaftliches Engagement. Rund 80 ehrenamtliche Helferinnen und Helfer sind hier tätig oder helfen im Hol- und Bringdienst, damit nicht mehr so mobile, alte und hochbetagte Menschen an regelmäßigen, stadtteilbezogen organisierten sozialen Treffpunkten außerhalb ihrer Wohnung teilnehmen und Kontakte pflegen können. Ehrenamtliche Betätigungsmöglichkeiten bestehen auch in den Seniorennetzwerken. So ist beispielsweise mit den Seniorenpaten in Zusammenarbeit des Zentrums Aktiver Bürger (ZAB-Süd) mit dem Seniorenamt, der NOA und dem Seniorennetzwerk

Südstadt ein neues Angebot entstanden. Die geschulten Seniorenpaten begleiten alte, allein lebende Menschen in ihrem Alltag und helfen ihnen, wenn diese mehr Unterstützung durch hauptamtliche Hilfen und Dienstleistungen suchen. Um noch mehr Ehrenamtliche zu gewinnen, werden diese und andere Möglichkeiten für ehrenamtliches Engagement in der Broschüre „miteinander – engagiert für alte Menschen“ vorgestellt.

Zieldimension Infrastruktur

Pflegestützpunkt

Das am 1. Juli 2008 in Kraft getretene Pflege-Weiterentwicklungsgesetz sieht die Einrichtung von Pflegestützpunkten in Landkreisen und Kommunen vor. Das Bundesgesundheitsministerium vergab deshalb für jedes Bundesland einen Pilotstützpunkt, an dem exemplarisch die Arbeit der Stützpunkte erprobt werden soll, um daraus für die flächendeckende Einführung zu lernen. Der bayerische Pilotstützpunkt wurde nach Nürnberg vergeben und Ende Mai 2008 von Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt im Südstadtforum eröffnet. Aufgabe der Stützpunkte ist es, zu Fragen der pflegerischen Versorgung fachkundig und zentral zu beraten, Hilfen und Unterstützung zu koordinieren bzw. Hilfestellung bei deren Inanspruchnahme zu geben und pflegerische und soziale Betreuungsangebote aufeinander abgestimmt zu vernetzen.



Zum zehnjährigen Bestehen von ZAPf im Mai 2008 gratuliert Sozialreferent Reiner Pröb.

Zentrale Anlaufstelle Pflege (ZAPf)

Mit der 1998 gegründeten ZAPf hat Nürnberg für diese Art der qualifizierten Beratung aus einer Hand eine Vorreiterrolle inne und wird – abhängig von der Rahmengesetzgebung des Landes Bayern – diese Erfahrung in die Umsetzung des Stützpunkt-konzeptes einbringen. 2008 endete das vom Seniorenamt getragene „Evaluationsprojekt ZAPf“, in dem geprüft wurde, ob und wie die Beratung angenommen wird und ob sich die kosten- und einrichtungsträgerübergreifende Finanzierung von ZAPf für die Finanziers – neben den Einrichtungsträgern und der Stadt Nürnberg sind das die AOK Bayern, das Bayerische Sozialministerium, der Bezirk Mittelfranken, das Klinikum Nürnberg, das Pra-



xisnetz Nürnberg Süd und das Theresienkrankenhaus – rechnet: Beides wurde bestätigt. Die Rückmeldungen waren überaus positiv, was sich auch in einem Anstieg der Anfragen von rund 12 Prozent gegenüber dem Vorjahr ausdrückt: 2008 wurden rund 3.000 Beratungen durchgeführt. www.za-pflege.de

„ENDlich LEBEN“

Der trägerübergreifende, von Gesundheits- und Seniorenamt gemeinsam geleitete Arbeitskreis „Hospiz und Sterben“ trat im Juli 2008 erstmals mit einer Veranstaltungsreihe an die Öffentlichkeit, die auf großes Interesse stieß: Mehr als 1.400 Besucher kamen zu 26 Veranstaltungen, die unterschiedliche Aspekte des Lebensendes aufgriffen, wie etwa „Die letzten Tage“, „Todesdiagnose und Behandlungsmarathon“, „Bestattungsvorsorge“, „Trauerandacht“, „Riten der Religionen“, „Erbe und Testament“, „Patientenverfügung“ oder „Suizid“. Eine kurze schriftliche Besucherbefragung erbrachte bei einem Rücklauf von 60 % (also weit mehr als 800 Fragebögen), dass die jeweils besuchte Veranstaltung „sehr gut“ (54 %) bzw. „gut“ (37 %) gefallen hat und gepaart war mit dem Wunsch, das Thema erneut aufzugreifen.

www.endlich-leben.homepage.t-online.de

Weiterentwicklung der Angebote des NürnbergStift

Das NürnbergStift hat 2008 erstmals einen detaillierten Qualitätsbericht veröffentlicht, der seine Einrichtungen mit den jeweiligen Leistungsangeboten darstellt, auf langfristige Ziele, aber auch auf die Personalentwicklung und die Ergebnisse externer Prüfungen eingeht. Der Bericht ist im Internet unter www.nuernbergstift.de öffentlich zugänglich.

Das Thema „Demenz“ war – wie in den Jahren zuvor – ein Schwerpunktthema des NürnbergStift. Um die Situation der Bewohnerinnen und Bewohner mit Demenz zu verbessern, wurde hierzu ein umfangreiches Rahmenkonzept entwickelt und mit der Umsetzung begonnen. Personell und fachlich erweiterte das NürnbergStift hier seine Kompetenz: 2008 konnten 19 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Weiterbildung zur Gerontopsychiatrischen Fachkraft erfolgreich abschließen. Weitere Schwerpunkte in der pflegerischen Arbeit des NürnbergStift waren die Erarbeitung eines Hygieneleitfadens und die Implementierung nationaler Expertenstandards. So wurde im Jahr 2008 der Expertenstandard „Schmerz“ entwickelt und im Probelauf erfolgreich getestet. Die vollständige Einführung dieses Standards erfolgt im Lauf des Jahres 2009.



Da eine gute Qualität in Betreuung und Pflege nur mit qualifizierten und kompetenten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erreicht werden kann, wurde in den Pflegeeinrichtungen des NürnbergStift – über die gesetzlich geforderte Quote von 50 Prozent hinaus – erneut ein Fachkraftanteil von knapp 60 Prozent vorgehalten. Die Versorgungsstrukturen der Zukunft erfordern eine Integration von behandlungspflegerischen, grundpflegerischen und sozialpflegerischen Kompetenzen, weil die Komplexität von Pflegesituationen und damit die fachlichen Anforderungen an das Personal ständig steigen. Aus diesem Grund haben sich das Klinikum Nürnberg und das NürnbergStift ent-

schlossen, in einer Kooperation eine generalistische Ausbildung in den Pflegeberufen Gesundheits- und Krankenpflege, Kindergesundheits- und -krankenpflege sowie Altenpflege durchzuführen. 2008 hat der erste Jahrgang diese generalistische Ausbildung abgeschlossen.



Im Jahr 2008 wurde den Bewohnerinnen und Bewohnern des NürnbergStift wieder ein breites Spektrum an Veranstaltungen der kulturellen Betreuung angeboten. Diese reichten von der Gestaltung jahreszeitorientierter Feste bis hin zu verschiedensten Ausflügen und gemeinsamen Besuchen von Veranstaltungen auch außerhalb des NürnbergStift. Ein wichtiger Beitrag zur Qualität des Wohnens und Lebens in den Pflegeeinrichtungen ist das Engagement im ehrenamtlichen Besuchsdienst. Dafür konnten neue Ehrenamtliche gewonnen und die Begleitung und Betreuung der Bewohnerinnen und Bewohner ausgebaut werden. Zur besseren Vernetzung zwischen Ehrenamtlichen und Pflegekräften fanden gemeinsame Fortbildungen statt. Die ärztliche Betreuung bildet einen wesentlichen Faktor in der Pflege- und Lebensqualität der Pflegeeinrichtung. Zusätzlich zu den jeweiligen Heimärzten vor Ort wirkt sich die Beteiligung an den Pflegenetzen Nord bzw. Süd-Ost der AOK qualitätssteigernd aus.

Der Neubau eines Pflege- und Therapiezentrums im Pflegezentrum Sebastianspital ist 2008 in Betrieb gegangen. Der Pflegebereich wurde nach den neuesten Erkenntnissen der Pflegewissenschaft konzipiert und bietet nun auf drei Geschossen Platz für 90 Bewohnerinnen und Bewohner. Aufgrund der Attraktivität des Hauses war das Gebäude von Anfang an voll belegt. Abgerundet wird der Neubau durch eine attraktive Außenanlage mit einem Gehparcours und eine direkt angrenzende Parkanlage. Die geriatrische Rehabilitationseinrichtung zog in das Erdgeschoss ein. Die Platzzahl wurde entsprechend der Nachfrage von 28 auf 30 ausgeweitet. Es stehen nun modern ausgestattete Zimmer mit jeweils eigener Nasszelle und Fernseher zur Verfügung. In dem multifunktionalen Pflege- und Therapiezentrum werden unter geriatrischer ärztlicher Leitung Therapien insbesondere für Patienten mit Frakturen, Herz-Kreislauf- und neurologischen Erkrankungen angeboten.



Das NürnbergStift hat sich auch zur Aufgabe gemacht, die zum Teil veraltete Gebäudesubstanz zu modernisieren bzw. zu ersetzen. Im Juni 2008 wurde mit der Modernisierung und Sanierung des so genannten Sparkassenhauses im Pflegezentrum Sebastianspital begonnen. Mit einem Investitionsvolumen von ca. 6 Mio Euro wird das Gebäude auf den Stand heutiger Technik (z.B. Einbau von Nasszellen und energiesparende Maßnahmen) gebracht. Zum Jahreswechsel 2009/2010 ist die Fertigstellung geplant. Es stehen dann komfortable Ein- und Zweibettzimmer mit Blick auf den Wöhrder See zur Verfügung. Zudem werden erstmals farbpsychologische Grundsätze, aber auch Anforderungen von Blinden und Sehbehinderten konzeptionell berücksichtigt. Ebenfalls 2008 wurden erste Überlegungen für die zukünftige Ausrichtung des August-Meier-Heims angestellt.

7. Zivilgesellschaft aktivieren – Verantwortung aller einfordern

Die Situation: Bürgerschaftliches Engagement in Nürnberg

Seit Jahrhunderten gestalten die Nürnberger Bürgerinnen und Bürger ihre Stadt selbst: Als Ehrenamtliche in Vereinen und Verbänden, in Kammern, Kirchen und Schulen, bei Sozialprojekten, in Wohlfahrtsverbänden oder im Rettungswesen, im ehrenamtlichen Stadtrat oder in den Bürgervereinen, sie geben Geld in Stiftungen und Fördervereinen oder sind Mäzene für einzelne Anliegen. Bürgerwissen, Bürgerzeit und Bürgergeld gestalten Nürnberg!



Seitdem die deutsche Gesellschaft einerseits von lang anhaltendem Frieden und Wohlstand profitiert, zum anderen aber die Schere zwischen arm und reich, zwischen hohem Bildungsstand und geringen Chancen auf dem Arbeitsmarkt immer weiter auseinander klafft, fragen sich viele Menschen, was sie mit ihren persönlichen Mitteln (Wissen, Zeit und Geld) für das Gemeinwohl leisten können. Für sie ist das bürgerschaftliche Engagement eine Möglichkeit, Gutes zu tun und ihrem Leben zusätzlich zu Beruf und Familie einen Sinn zu geben. Und: Es kann Spaß machen, man erweitert sein Wissen und kann gestaltend tätig sein.

Die für Nürnberg vorliegenden Zahlen – aus der Wohnungs- und Haushaltserhebung des Statistischen Amtes der Stadt Nürnberg 2006 – zeigen, dass rund 22 Prozent der Nürnberger ehrenamtlich aktiv sind – gegenüber dem Jahr 2000 eine annähernd gleichbleibende Quote (damals 22,3%). In absoluten Zahlen würde dies bedeuten, dass sich rund 92.000 Nürnberger Bürgerinnen und Bürger bürgerschaftlich engagieren. Die Gruppe der Nürnbergerinnen und Nürnberger, die noch nicht ehrenamtlich aktiv sind, sich dies aber durchaus vorstellen können, waren die eigentliche Überraschung der Befragung: Zu den bereits Engagierten 22 Prozent weitere 45 Prozent der Befragten würden dies! Es gibt also eine potentielle Zielgruppe von rund 180.000 Bürgerinnen und Bürgern, die für bürgerschaftliches Engagement gewonnen werden könnten. Ende 2008 wurde vom Prognos-Institut der deutschlandweite **Engagementatlas**⁵ vorgestellt, der für Nürnberg einen – für große Großstädte – sehr guten Anteil von „30-40% engagierter Bürger“ notierte.

Die Aufstellung: Programmatik des Sozialreferats

Der Orientierungsrahmen für eine nachhaltige Jugend-, Familien-, Bildungs- und Sozialpolitik in Nürnberg hat seit Ende 2005 auch das Querschnittsthema „Bürgerschaftliches Engagement“ als Selbstverpflichtung formuliert – mit dem Auftrag der jährlichen Aktualisierung und Weiterentwicklung in den Handlungsfeldern:

1. Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement verbessern
2. Strukturen des bürgerschaftlichen Engagements verbessern
3. Entwicklung und Förderung neuer Formen des bürgerschaftlichen Engagements in den Arbeitsbereichen des Sozialreferats
4. Weiterentwicklung von „Corporate Citizenship“

Bei der Berichterstattung im Sozialausschuss des Nürnberger Stadtrats im Oktober 2008 wurde hervorgehoben, dass das „bürgerschaftliche Engagement ... ganz stark von „Möglichkeitsstrukturen“

⁵Prognos AG/Generali Deutschland (Hg.). Engagementatlas 09: Daten, Hintergründe, Volkswirtschaftlicher Nutzen. Berlin 2008. Die Zahlen der Studie sind mit Vorsicht zu genießen, weil zwar deutschlandweit 44.000 Menschen befragt wurden, die Zahl in den einzelnen Kommunen und Landkreisen jedoch relativ gering war.

geprägt [wird]: Strukturen, organisatorischen Maßnahmen und Projekten, die es den Bürgerinnen und Bürgern vereinfachen und ermöglichen, ihre Bereitschaft zu Bürgerschaftlichem Engagement und Freiwilligenarbeit in die Tat umzusetzen. Daher können gerade kommunale Initiativen einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Ehrenamtskultur und damit zur Erhöhung der Zahl der ehrenamtlichen Aktiven in der Stadt leisten.“ Im Referat für Jugend, Familie und Soziales und für einzelne Handlungsfelder der Dienststellen spielt das Querschnittsthema „Bürgerschaftliches Engagement“ traditionell eine große, in jüngerer Zeit noch einmal stark zunehmende Rolle.

Die Aktivitäten: Weiterentwicklung und Innovation

Im Jahr 2008 standen folgende Aufgabenstellungen im Mittelpunkt:

Als organisatorische Grundlage ist seit Mai 2008 ein Steuerungskreis Bürgerschaftliches Engagement beim Referat V unter Beteiligung der Dienststellen eingerichtet, der Ziele definiert, die Zielerreichung kontrolliert und Maßnahmen und Strategien in einem Gesamtkonzept systematisch weiterentwickelt. Als Aufgabenstellung formuliert ist auch die Prüfung verbesserter gesamtstädtischer Koordination im Themenbereich Bürgerschaftliches Engagement, wozu im Herbst 2008 ein „Netzwerk Engagementförderung“ als Austauschforum mit den Wohlfahrtsverbänden in Nürnberg begründet wurde.



Zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Bürgerschaftliches Engagement soll unter anderem eine wertschätzende Anerkennungskultur durch Veranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit ausgebaut werden. Dies geschah im Jahr 2008 insbesondere durch die erstmalige Beteiligung Nürnbergs an der bundesweiten „Woche des Bürgerschaftlichen Engagements“ in der zweiten Septemberhälfte. Innerhalb von 10 Tagen wurden Veranstaltungen zu verschiedenen Themen durchgeführt: Gewinnung neuer Ehrenamtlicher, Danksagungen für bereits bewiesenes Engagement, Vorstellung neuer Initiativen, Plattformen gelebten Engagements in (Förder-)Vereinen, Beispiele von „Corporate Volunteering“, Informationen über die Rolle von Stiftungen in der Stadt. In der Woche

des Bürgerschaftlichen Engagements soll lokales Bürgerschaftliches Engagement verdichtet dargestellt und für die Öffentlichkeit aufbereitet werden, wobei auch die Themen- und Formenvielfalt sichtbar wird. Die Bilanz für 2008 fällt positiv aus, weil zusätzliche Aufmerksamkeit für einzelne Ehrenamtsprojekte hergestellt werden konnte und das Thema „Bürgerschaftliches Engagement“ von den Medien allgemein sehr positiv aufgegriffen wurde. Im Jahr 2009 soll die Beteiligung an der „Woche des Bürgerschaftlichen Engagements“ vertieft fortgesetzt werden.

Neben dem „Tag des Ehrenamts“ im Dezember ist ein Empfang für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Freiwilligen Sozialen Jahr in Zusammenarbeit mit dem Internationalen Bund in Nürnberg bereits Tradition: Der Freiwilligendienst ist für die Jugendlichen eine wichtige Brücke zwischen Schule und Beruf. Die Jugendlichen erhalten in den unterschiedlichen Einsatzstellen Einblicke in die Lebens- und Arbeitswelten. Am Empfang nahmen rund 250 Jugendliche teil.



Eine weitere strukturelle Aufgabe ist die fachliche Unterstützung und Weiterbildung durch die Entwicklung von Qualitätsstandards und durch Fortbildungsmaßnahmen. Gemeinsam mit verschiedenen Trägern innerhalb und außerhalb des Referats für Jugend, Familie und Soziales wurde 2008 ein Fortbildungskonzept – schwerpunktmäßig in Hinblick auf die Weiterbildung hauptamtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Umgang mit Freiwilligen – diskutiert. Die ersten sechs Fortbildungsveranstaltungen finden 2009 statt. Auch wurden die Qualitätsstandards der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen (BAGFA) publiziert und auf eigene Projekte angewendet.

Neue Ehrenamtsprojekte müssen einerseits neue „Möglichkeitsstrukturen“ für potentiell Engagement-Willige schaffen und andererseits die notwendige professionell-hauptamtliche Betreuung gewährleisten, ohne die ein kontinuierlich-nachhaltiges Engagement im Sozialbereich nicht funktioniert. In mehreren Bereichen konnten öffentliche und private Mittel gewonnen werden, um vorhandene Projekte zu sichern.

Auch bei der Verbesserung von Strukturen des Bürgerschaftlichen Engagements konnten Erfolge erzielt werden. Bereits im Laufe des Jahres 2007 wurde ein ausdifferenziertes Kooperationskonzept für die Zusammenarbeit von Stadt und „Zentrum Aktiver Bürger“ als Entwicklungs- und Regiestelle für Bürgerschaftliches Engagement entwickelt, das in die intensivierte Abstimmung seit 2008 eingegangen ist. Das Zentrum Aktiver Bürger (Träger: Institut für soziale und kulturelle Arbeit / ISKA gGmbH) ist nicht nur zentraler Handlungsträger für Bürgerschaftliches Engagement in Nürnberg, sondern auch ein Zuschussempfänger des Referats für Jugend, Familie und Soziales für die Arbeitsfelder „Familienpatenschaften“, „Betreuter Umgang“, „Große für Kleine“ und Zentralaufgaben. Das ZAB beantragt und erhält als freier Träger auch diverse Förderungen aus Landes-, Bundes- und Stiftungsprogrammen.

Neue Gruppen von Freiwilligen konnten auch 2008 gewonnen werden. Nicht nur in den Vereinen und Verbänden, sondern auch bei Ehrenamtsprojekten zu sozialen Themenstellungen ist die Welt ständig in Bewegung. Neue, zusätzliche Initiativen entstanden im Jahr 2008 u.a. bei einer Ausweitung der „Schülercoaches“ (Cadolzheimer Modell) für Hauptschüler ab der 7. Klasse (Ausweitung von zwei auf sechs Nürnberger Schulen) und mit einer Gruppe von Ehrenamtlichen, die in Vorbereitung auf den SpardaKinder-Klima-Gipfel die Umwelterziehung für Kindergarten- und Hort-Kinder begleiten. Geprüft werden neue Aktivitäten u.a. in den Handlungsfeldern „Frühe Hilfen“ (Ausweitung der vorhandenen Familienpatenschaften), die Fortsetzung und Ausweitung lokalen Freiwilligenmanagements in Kooperation mit der Stadtteilkoordination und im Bereich des „Bürgerschaftlichen Engagements für Grundschulen“ (Bildungspatenschaften existieren, organisiert vom ZAB, z.B. in mehreren Südstadtschulen).



Bei sozialen Maßnahmen und Projekten in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf im organisatorischen Rahmen der Stadtteilkoordination⁶ im Referat für Jugend, Familie und Soziales spielt auch das Bürgerschaftliche Engagement eine wichtige Rolle. Sehr positive Erfahrungen wurden mit den Projekten „ZAB Langwasser“ und „ZAB Süd“ gesammelt, neue Initiativen entwickeln sich in stadtteilorientierten Seniorennetzwerken und z.B. im Mehrgenerationenhaus

⁶ vgl. auch Leitlinie 8

Schweinau. Derzeit wird aufbauend auf den Erfahrungen des „ZAB lokal Langwasser“ (wo allerdings die Ressourcen reduziert werden müssen) das Angebot eines „Lokalen Freiwilligenmanagements“ entwickelt, das künftig in Stadtteilen mit Stadtteilkoordination eingesetzt werden soll.

Mit dem „BürgerNetz“ wurde im September Datenbank präsentiert, die eine Anlaufstation für potentielle Ehrenamtliche im Internet herstellt: Dort werden mit einem Modul der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen Projekte beschrieben, die nach Mitwirkenden suchen. Die Datenbank wird sukzessive weiter ausgebaut, um an ehrenamtlicher Tätigkeit interessierten Bürgern eine möglichst gute Informationsbasis zu bieten, denn nach bundesweiten Umfragen ist gute Information die meistgenannte Voraussetzung, um aktiv zu werden. www.soziales.nuernberg.de.

Mit der „Bürgerstiftung Nürnberg“, der rein ehrenamtlich getragenen, 2001 gegründeten Gemeinschaftsstiftung, wird als unabhängigem Partner kontinuierlich zusammengearbeitet; u.a. beim 6. Nürnberger Stiftungstag am 22. September 2008.



Neue Formen des Bürgerschaftlichen Engagements wurden in Projekten wie „Lesefreude“ (Jugendamt, Bereich Kindertageseinrichtungen), Besuchsdienst für Senioren (Seniorenamt), Besuchsdienste in Altersheimen (NürnbergStift) und in vom Jugendamt in Zusammenarbeit mit ZAB durchgeführten Ehrenamtsprojekten zu den Themen „Begleiteter Umgang“, „Familienpatenschaften“ und „Große für Kleine“ weiter entwickelt und gefördert. Im Seniorenamt werden in den quartierbezogenen Seniorennetzwerken in verschiedenen Stadtteilen neue Formen von Ehrenamtsprojekten getestet, so u.a. in der Südstadt im Rahmen des Bundesmodellprojekts „Aktiv im Alter“. Gezielt wird die Zusammenarbeit mit den „WM-Botschaftern“ des Jahres 2006 gesucht, die auch nach der Fußball-Weltmeisterschaft aktiv geblieben sind und auch in der „Woche des Bürgerschaftlichen Engagements“ gewürdigt wurden.

Der Aufgabenbereich „Corporate Citizenship“ spricht Unternehmen in ihrem Engagement für die Zivilgesellschaft an. Mit dem vom Zentrum Aktiver Bürger im April 2008 erstmals sehr erfolgreich durchgeführten Projekt „Marktplatz“ ist eine intensiv (von Ehrenamtlichen) vorbereitete und attraktiv durchgeführte Plattform für den Kontakt zwischen gemeinnützigen Projekten und Unternehmen geschaffen worden. Auch beim Kongress „kinder.stiften.zukunft“ der Bertelsmann Stiftung im Dezember 2008 kam ein ähnliches Format für die Metropolregion zum Einsatz.

Im Rahmen der „Woche des Bürgerschaftlichen Engagements“ fand auch ein kleiner Dank-Empfang für die Charity und Social Clubs in Nürnberg statt, die sich, wie zum Beispiel die Lions, vielfach unterstützend für soziale Anliegen einsetzen.

Das Arbeitsprogramm gegen Kinderarmut „Armen Kindern Chancen geben“⁷ des Referats für Jugend, Familie und Soziales vom Dezember 2008 hat sich bereits in den ersten Wochen als wichtige Positionierung und vielversprechendes Instrument zur Gewinnung von privaten Drittmitteln für soziale Anliegen erwiesen.

Für das „Corporate Volunteering“, also den sozialen Arbeitseinsatz von Unternehmensmitarbeiterinnen und -mitarbeitern, bietet das Zentrum Aktiver Bürger mit seinem Arbeitsschwerpunkt „Türen öffnen“ vielfältige Möglichkeiten, wie Unternehmen und deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor Ort, z.B. bei „Caring Days“ aktiv werden können. Auch das Referat für Jugend, Familie und Soziales berät interessierte Unternehmen. Angesichts der (überregionalen) Aufmerksamkeit, die das Thema der „Unternehmen als gute Bürger“ genießt, ist damit zu rechnen, dass diese Form des Unternehmensengagements in den nächsten Jahren stark zunehmen wird.

⁷ vgl. auch Leitlinie 4



Die Perspektive: Gesamtkonzept umsetzen

Bei der Berichterstattung im Sozialausschuss des Nürnberger Stadtrats am 2. Oktober 2008 wurden folgende Akzentsetzungen zur Gesamtentwicklung des Themenfelds „Bürgerschaftliches Engagement und ‚Corporate Citizenship‘“ benannt:

„Fokus Soziale Arbeit“: Im Mittelpunkt der Weiterentwicklung Bürgerschaftlichen Engagements in Nürnberg steht für das Referat für Jugend, Familie und Soziales die Orientierung an den konkreten sozialen und gesellschaftlichen Problemstellungen unserer Stadt. Sowohl bei der Sicherung vorhandener wie beim Aufbau neuer Ehrenamtsprojekte steht der Bezug zu den drei „A“s (Aufwachsen, Armut, Alter) und den diesbezüglichen Leitlinien im Orientierungsrahmen im Vordergrund. Es ist sehr erfreulich festzustellen, dass sowohl Ehrenamtliche als auch Geldgeber sich zunehmend für die Bearbeitung und Behebung sozialer Probleme engagieren. Dieses Engagement gilt es durch die Schaffung angemessener „Möglichkeitsstrukturen“ aufzugreifen.

Die „Kultur des Bürgerschaftlichen Engagements“: Zu fördern sind alle Maßnahmen, die (nicht nur in Nürnberg) die Wertschätzung und Anerkennung sowie den Ausbau bürgerschaftlichen Engagements unterstützen. Besondere Beachtung sollen Handlungsansätze finden, die die Beteiligung möglichst vieler Bürger neu hervorrufen und die Bürgerschaftliches Engagement zum selbstverständlichen Teil des städtischen Lebens werden lassen.

„Nürnberger Modell“: Die verschiedenen Handlungsansätze und Initiative sollen sukzessive zu einem „Nürnberger Modell“ der Aktivierung, Förderung und Koordinierung Bürgerschaftlichen Engagements weiterentwickelt werden.⁸

Schon jetzt ist die Nürnberger Ehrenamtslandschaft auch im nationalen Vergleich durchaus beachtlich, erfreulicherweise wurde dies bereits in einem Beitrag der zentralen wissenschaftlichen Publikation für das Themenfeld, dem „Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen“, gewürdigt.⁹

⁸Unterlagen unter www.stadtrat.nuernberg.de, Sitzung des Sozialausschusses vom 2.10.2008.

⁹Thomas Röhke – „Zwischen Graswurzelbewegung und geordneten Strukturen: Lokale Engagementpolitik am Beispiel Nürnberg“, www.wir-fuer-uns.de/landesnetzwerk/lokale_engagementpolitik_nuernberg.pdf

Kleines Glossar zum Bürgerschaftlichen Engagement

Bürgerschaftliches Engagement ist der Sammelbegriff für die Aktivitäten von Bürgerinnen, Bürgern und juristischen Personen (**Bürgerzeit**, **Bürgerwissen**, **Bürgergeld**), die sich (ohne oder mit Sachkostenerstattungen, Aufwandsentschädigungen und Ehrungen) für gemeinnützige Zwecke in der (**Zivil-)Gesellschaft**, jenseits der Sphären von Staat und Wirtschaft sowie dem privaten und familiären Bereich, einsetzen.

Ehrenamt im engeren Sinne ist das bürgerschaftliche Engagement in definierten Strukturen (z.B. Vereinen, Verbänden, Stiftungen), das durch Wahl oder Ernennung auf bestimmte Zeit wahrgenommen wird; **Freiwilligenarbeit** ist das zeitlich undefinierte, selbstgewählte bürgerschaftliche Engagement; als **Freiwilligendienste** werden zeitlich festgeschriebene Engagementformen mit hohem Zeitaufwand bezeichnet (z.B. Freiwilliges Soziales Jahr / FSJ, im Sozial-, Kultur, Umwelt- oder Sportbereich). In diesem Bericht werden, wie häufig in der Praxis, die Begriffe „ehrenamtliches“ und „freiwilliges Engagement“ synonym verwendet.

Neues Ehrenamt – Altes Ehrenamt: Die traditionellen Formen des Ehrenamts - z.B. in Vereinen, Verbänden, Kirchen und Elternbeiräten – zeichnen sich als „**altes Ehrenamt**“ durch relativ feste, im Zeitverlauf konstante Strukturen aus, während das „**neue Ehrenamt**“ stark durch den thematischen Bezug ohne Bindung an feste Organisationsstrukturen oder weltanschaulich definierte Gruppenzugehörigkeiten und ohne zeitliche Befristung (Projekt-Bezug) definiert wird. Zugeordnet werden dem „alten Ehrenamt“ meist die Motivationen des Dienens, der Pflicht und der Aufopferung, während das „neue Ehrenamt“ mit persönlichkeitsbezogenen Merkmalen (persönliche Weiterentwicklung und Fortbildung, Spaß an der Tätigkeit, Kennenlernen von interessanten und sympathischen Menschen usw.) assoziiert wird. Im Zuge des Wandels des **Bürgerschaftlichen Engagements** verschwimmen die Unterschiede zunehmend, weil auch traditionelle Träger von ehrenamtlicher Arbeit neue Formen aufgreifen.

Die Trennlinien zur **Selbsthilfe** sind fließend: In Selbsthilfegruppen organisieren sich Einzelne aus persönlichen (oft gesundheitlichen) Motiven selbst; bürgerschaftliches Engagement entwickeln sie, wenn sie aus der Betroffenheit selbst Gruppen organisieren, Fortbildungen anbieten sowie die Rechte ihrer Gruppe gegenüber Dritten vertreten. Und auch aus dem **Hobby** wird schnell bürgerschaftliches Engagement: Die Sängerin im Chor, der Fußballer im Verein geht seinem Hobby nach, als Vorstandsmitglied, Jugend- oder Übungsleiter entwickelt er genauso bürgerschaftliches Engagement (für andere) wie als Chorleiterin oder Ausbilder.

Beim gesellschaftlichen Engagement von Unternehmen („**Corporate Citizenship**“ – Unternehmen als Bürger) dominiert das englischsprachige Vokabular. Als „**Corporate (Social) Responsibility**“ (CSR) wird das bewusste Programm von Unternehmen verstanden, sich als Teil gesellschaftlicher Bezüge zu verstehen; CSR wird zwischenzeitlich weltweit angewandt und – vor allem bei börsennotierten Unternehmen – zertifiziert. Mit „**Corporate Giving**“ sind die Geld- und Sachaufwendungen der Unternehmen für gemeinnützige Zwecke umschrieben (Geld- und Sachspenden, Stiftungen und Sponsoring), „**Corporate Volunteering**“ bezeichnet die Bemühungen von Unternehmen, ihre Mitarbeiter (innerhalb und außerhalb der Arbeitszeit) zu bürgerschaftlichem Engagement zu bewegen: Durch Ermutigung und Würdigung des Engagements der Mitarbeiter in Strukturen außerhalb des Unternehmens und vor allem durch eigene Projekte, bei denen Mitarbeiter kontinuierlich oder an speziellen Einsatztagen (z.B. „Caring Days“) gemeinnützige Tätigkeiten ausüben.

In der Theorie der Zivil- und Bürgergesellschaft spielt der anglo-amerikanische Begriff „**Empowerment**“ als Zielvorgabe eine besondere Rolle: Dieser an der Selbstbestimmung und Selbstbefähigung orientierte Ansatz verbindet das bürgerschaftliche Engagement von Bürgerinnen und Bürgern auch mit ihrer Teilhabe an Entscheidungsprozessen. Dem Empowerment-Leitgedanken fühlen sich z.B. (meist kleinere) Städte verpflichtet, die bürgerschaftliche Teilhabe zum Grundprinzip kommunalen Handelns machen und sich **Bürgerkommune** nennen und vielfältige Maßnahmen der Beteiligung (**Partizipation**) ergreifen.

Zum Bürgerschaftlichen Engagement wird auch das Stiftungswesen gezählt. Seit 1996 gründen sich zahlreiche örtliche **Bürgerstiftungen**, bei denen nicht eine Stifterpersönlichkeit oder -familie das Kapital aufbringt, sondern viele Stifter einen kleinen Beitrag leisten. Die Bürgerstiftungen verwalten sich in der Regel ehrenamtlich selbst; ihre US-amerikanischen Vorbilder nennen sich „**Community Foundations**“.

Bürgerwissen
Bürgerzeit
Bürgergeld



8. Soziale Nahräume entwickeln: Stadtteile als Erfahrungs- und Bildungsräume gestalten

In Nürnberg gibt es Stadtteile, in denen über 80 Prozent der Kinder nach dem Besuch der Grundschule auf eine höher qualifizierende Schule wechseln und Stadtteile, in denen kaum 20 Prozent der Grundschüler diesen Wechsel vollziehen. Entwicklungschancen und Entfaltungsmöglichkeiten sind in Nürnberger Stadtteilen ungleich verteilt. Kinder, die weniger Bildungschancen haben, eher geringere Abschlüsse machen und später auf dem Arbeitsmarkt oft chancenlos bleiben, sind meist in den hochverdichteten Stadtgebieten mit wenig Frei- und Bewegungsräumen zu Hause. In diesen Stadtgebieten ist die Arbeitslosigkeit allgemein sehr hoch, vor allem unter der vergleichsweise stark vertretenen ausländischen Bevölkerung. Hier leben viele Menschen in Bedarfsgemeinschaften von Sozialtransfers, und es gibt überdurchschnittlich viele Alleinerziehenden-Haushalte. Menschen in diesen Stadtteilen sind stärker auf Unterstützungssysteme angewiesen als anderswo.

In diesen Stadtteilen müssen Angebote und Maßnahmen aus den Handlungsfeldern „gelingendes Aufwachsen ermöglichen“, „Alter unterstützen“ und „Armut verhindern“ ankommen und zu einem gesamtstrategischen Vorgehen verbunden werden. Ziel gemeinsamer Anstrengung muss es sein, bestehende Strukturen sozialer Benachteiligung aufzubrechen: Kinder sollen in einem förderlichen und anregungsreichen Umfeld aufwachsen, alte, oft alleinlebende Menschen in unterstützenden Netzen aufgefangen werden, von Armut bedrohte Menschen Möglichkeiten ergreifen können, der Schuldenfalle zu entkommen.

Formen der Netzwerkarbeit im Sozialraum

Soziale Netzwerkarbeit muss kleinräumig – im Idealfall im fußläufigen Wohnumfeld – organisiert sein. Am besten gelingt dies im kooperativen Zusammenspiel der Stadtteileinrichtungen. Kindertageseinrichtungen und Schulen sind wichtige Kristallisationsorte sozialen Lebens vor Ort. Im Folgenden werden Formen der Netzwerkarbeit im Referat für Jugend, Familie und Soziales beschrieben, die je unterschiedliche räumliche Umgriffe haben und verschiedene Alterszielgruppen erreichen.

- **Stadtteilkoordination:** Sie hat den Auftrag, soziale, schulische und kulturelle Einrichtungen vor Ort zielgerichtet zu vernetzen, Kooperationsverbünde zu schaffen und zu stärken sowie Angebote und Fördermittel bedarfsbezogen in die Stadtteile und zu den Einrichtungen zu lenken, wo sie am dringendsten gebraucht werden.
- **Seniorennetzwerke:** Diese haben die Funktion, lokal präventive und unterstützende Einrichtungen und deren Angebote für ältere Menschen in trägerübergreifender Zusammenarbeit zu verbinden sowie fehlende Angebote bedarfsbezogen zu entwickeln.¹⁰
- **Familienzentren und „Kitas als Orte für Familien“:** Hauptaufgabe ist die Bildung, Betreuung und Erziehung von Kindern. Darüber hinaus sind Familienzentren offen für die Anliegen der gesamten Familie, indem sie generationenübergreifende Angebote zu familienrelevanten Themen machen und Eltern intensiv einbinden. Hierzu arbeiten sie kooperativ



¹⁰ vgl. auch Leitlinie 6

und vernetzt im jeweiligen sozialen Nahraum. Eine „Kita als Ort für Familien“ stellt die Vorstufe eines Familienzentrums dar. Sie ist dem selben offenen Ansatz verpflichtet, aber räumlich, personell und finanziell geringer ausgestattet und kann daher nur ein projektspezifisches Angebot machen.¹¹

- **Lokales Freiwilligenmanagement:** Es bringt ehrenamtliche Unterstützung zur Förderung von Kindern und zur Unterstützung von Familien in benachteiligte Stadtteile mit Stadtteilkoordination.¹²
- **L.O.S. Lokales Kapital für soziale Zwecke (2003 bis 2008):** Das Programm „Lokales Kapital für soziale Zwecke“ zielt darauf ab, am Arbeitsmarkt benachteiligte Menschen zu stützen und ihre Beschäftigungsfähigkeit zu erhöhen. Durch Mikroprojekte werden Kompetenzen vermittelt, Menschen aktiviert und integriert sowie örtliche Netzwerke zur Beschäftigungsförderung geschaffen. Das Bundesmodellprogramm wurde über die lokale Koordinierungsstelle beim Jugendamt gesteuert und nach fünf erfolgreichen Jahren 2008 abgeschlossen.

Stadtteilkoordination als innovatives Instrument der Sozialraumentwicklung



Durch die langfristige Beobachtung von Nahräumen soll der besondere soziale Entwicklungsbedarf möglichst frühzeitig erkannt werden, um Stadtteilkoordination dort einzusetzen, wo die Indikatoren am deutlichsten auf einen Unterstützungsbedarf hinweisen. Anhand von fünf ausgewählten, bewusst sehr einfachen Indikatoren werden regelmäßig bevölkerungsstatistische Veränderungen in allen statistischen Bezirken im Stadtgebiet Nürnberg beobachtet. Weisen diese Kennzahlen hohe Abweichungen vom gesamtstädtischen Durchschnitt auf,

werden weitere Sozialdaten betrachtet sowie die Erfahrungen der Kolleginnen und Kollegen aus den örtlichen Sozialeinrichtungen eingeholt. Für einen weiteren Einsatz von Stadtteilkoordination wurden dem Jugendhilfeausschuss 2008 die Stadtteile Gostenhof, Galgenhof und (perspektivisch) Glockenhof vorgeschlagen und so beschlossen.¹³

¹¹ vgl. auch Leitlinie 1/2

¹² vgl. auch Leitlinie 7

¹³ Für die Entscheidung waren die Daten des Amtes für Stadtforschung und Statistik vom 31.12.2006 herangezogen worden (siehe Tabelle S. 66).

Stadtteil	Anteil der unter 18 J.	Anteil der über 65 J.	Ausländeranteil	Migrantenanteil	Anteil der Arbeitslosen	Stadtteilkoordination (StaKo)
Gesamtstadt	15,2%	20,6%	17,9%	13,1%	8,2%	
Muggenhof	18,6%	10,7%	41,4%	17,4%	14,7%	StaKo seit 12/07
Eberhardshof	14,6%	17,3%	32,9%	15,2%	12,6%	StaKo seit 12/07
Schweinau	16,0%	17,2%	30,0%	29,9%	12,7%	StaKo seit 06/04
St. Leonhard	18,8%	16,9%	33,1%	19,8%	12,8%	StaKo seit 06/04
Gostenhof	17,6%	9,0%	42,2%	12,6%	14,5%	StaKo seit 10/08
Bärenschanze	17,5%	12,1%	44,9%	13,0%	12,5%	StaKo seit 10/08
Gibitzenhof	19,9%	19,7%	27,9%	23,9%	13,9%	StaKo seit 12/07
Gugelstraße	15,3%	14,9%	36,5%	14,1%	14,4%	StaKo seit 12/07
Steinbühl	15,6%	16,1%	34,4%	16,2%	13,5%	StaKo seit 10/08
Galgenhof	15,8%	14,3%	33,4%	13,0%	11,9%	StaKo seit 10/08
Glockenhof	15,2%	15,0%	27,0%	13,2%	9,8%	StaKo beschl.
Langwasser NW	14,7%	28,7%	10,7%	22,9%	7,7%	StaKo seit 06/04
Langwasser NO	19,2%	20,1%	8,6%	24,2%	6,2%	StaKo seit 06/04
Langwasser SO	16,2%	27,2%	11,5%	25,5%	9,5%	StaKo seit 06/04
Langwasser SW	13,2%	31,7%	9,1%	20,2%	8,4%	StaKo seit 06/04

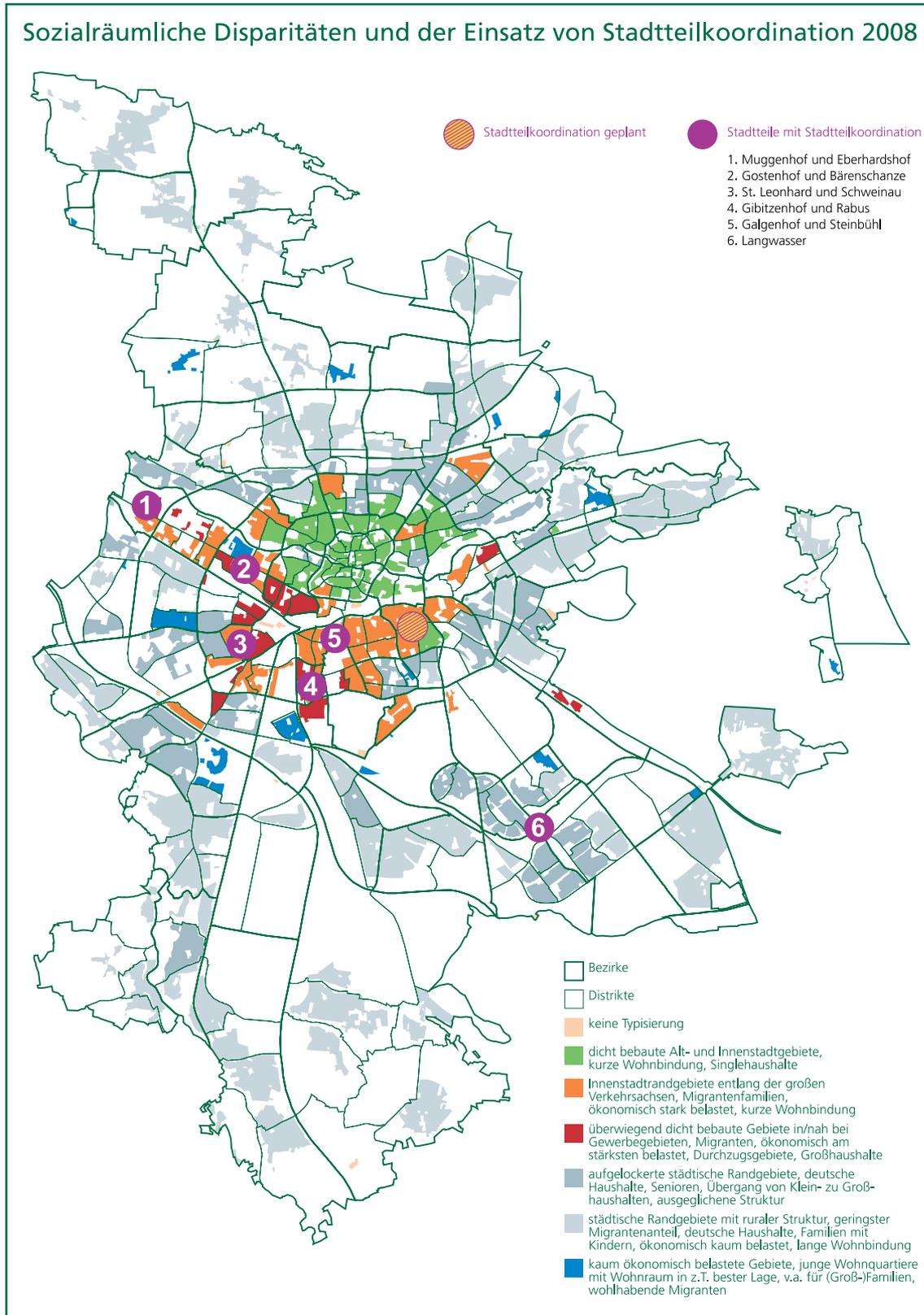
Quelle: Stadt Nürnberg

Regiestelle Sozialraumentwicklung: Konzept von Stadtteilkoordination fort-schreiben und Unterstützung einwerben

Der befristete Einsatz von Stadtteilkoordination in einem Sozialraum gliedert sich in fünf Prozessphasen – Vorbereitung und Analyse, Aushandlung von Stadtteilzielen, Umsetzung von Maßnahmen, Überprüfung der Wirkungen und Verstetigung des Gesamtprozesses. Zu all diesen Prozessphasen wird Methoden- und Praxis-Material für künftige Stadtteilkoordinationen zusammengestellt und weiterentwickelt. So wurde 2008 der Handwerkskoffer zu den Phasen „Vorbereitung“ und „Aushandlung“ erstellt und im Intranet verfügbar gemacht.

Bedarfsbezogen wurden Fortbildungsmodule für Stadtteilkoordination und ihre Partner angeboten. In 2008 waren vor allem die Angebote „Sitzungs- und Zeitmanagement“ und „Erstellen einer Stadtteilhomepage“ nachgefragt sowie interkulturelle Trainings. Die einrichtungsübergreifende Fortbildung von Haupt- und Ehrenamtlichen aus einem Stadtteil wirkt nachweislich stärkend auf die Kooperation vor Ort.

Sozialräumliche Disparitäten und der Einsatz von Stadtteilkoordination 2008



Quelle: Stadt Nürnberg, Amt für Stadtforschung und Statistik.

Ziele von Stadtteilkoordination

1. Zielgerichtet Vernetzung und Kooperation im Stadtteil intensivieren

Stadtteilkoordination in Langwasser (seit 06/2004)

In dem vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge geförderten Projekt „Spielend lernen in Familie und Stadtteil“ (06/04 bis 05/07) war Langwasser als Modellstadtteil ausgesucht worden, als ein großer Stadtteil mit guter sozialer Infrastruktur, in dem überproportional viele Aussiedler leben. Nach Ablauf der geförderten Modellphase wird die Stadtteilkoordination – befristet bis Ende 2009 – von der Stadt Nürnberg fortgeführt. Der Stadtteilprozess befindet sich in der Phase der Verstetigung. So bildete in 2008 die Stabilisierung neu eingeführter Kommunikationsstrukturen und Stadtteilveranstaltungen den Arbeitsschwerpunkt. Der im Projekt etablierte „AK Kooperation Kita und Schule“ wurde mit dem „AK ASD und Kita“ zu einem starken Arbeitskreis zusammengeführt, in dem alle Kindertageseinrichtungen und Schulen in Langwasser und der ASD vertreten sind. Der AK sorgt für einen regelmäßigen fachlichen Austausch und veranstaltet jährlich einen stadtteilweiten Fachtag für Erzieherinnen und Lehrkräfte. Dieser fand 2008 zum Thema „Achtung – Fertig – Los: Frühwarnsystem in der Praxis“ statt. Das Stadtteilforum konnte als Plattform zu stadtteilrelevanten Planungen und Absprache von Stadtteilveranstaltungen etabliert werden.



Stadtteilkoordination in St. Leonhard/Schweinau (seit 06/2004)

St. Leonhard/Schweinau war ebenfalls für das Projekt „Spielend lernen“ ausgewählt als ein Stadtteil mittlerer Größe, mit mittlerer Ausstattung an sozialer Infrastruktur, in dem überproportional viele Aussiedler und Ausländer leben. Nicht zuletzt durch dieses Modellprojekt war die prekäre Situation vieler Familien in unmittelbarer Armutsnähe ins öffentliche Bewusstsein gerückt. Das Referat V beteiligte sich an der Erstellung der Vorbereitenden Untersuchungen zur Aufnahme von St. Leonhard/Schweinau als Fördergebiet im Bund-Länderprogramm „Soziale Stadt“. Der Stadtteilarbeitskreis STARK fungiert seit der förmlichen Festlegung Ende 2008 auch als Meinungsträgerkreis für die Soziale Stadt. Die Geschäftsführung hat die Stadtteilkoordinatorin inne. Der soziale Entwicklungsprozess befindet sich in der Umsetzungsphase. Durch das neue Programm werden vor allem finanzielle und städtebauliche Impulse erwartet. In der Stadtteilarbeitsgruppe „Bildung in Vielfalt“ arbeiten alle Kindertageseinrichtungen im Gebiet mit der Grundschule St. Leonhard zusammen. 2008 haben über 60 Lehrkräfte, Erzieherinnen und Eltern erlebnispädagogische Fortbildungen besucht. Höhlen- und Naturexpeditionen mit Kindern gehören seither zum festen Angebotsrepertoire all dieser Einrichtungen.

Stadtteilkoordination in Muggenhof/Eberhardshof (seit 12/2007)

Im ersten Jahr hat die Stadtteilkoordination ausführliche Interviews mit allen sozialen, schulischen und kulturellen Einrichtungen und Diensten im Stadtteil geführt sowie die Ergebnisse aus Bestandsaufnahme und Bedarfsanalyse in lokalen Netzwerken rückgekoppelt. Der Stadtteilarbeitskreis (STARK) „Ferner Westen“ hat sich in der Phase der Vorbereitung und Aushandlung von Stadtteilzielen als das örtliche Netzwerk für den sozialen Entwicklungsprozess gezeigt. In guter Abstimmung mit



Peter Bielmeier, dem bislang geschäftsführend Tätigen, führt die Stadtteilkoordinatorin nunmehr die Geschäfte des STARK Ferner Westen.

Stadtteilkoordination in Gibitzenhof/ Rabus (seit 12/2007)

In Gibitzenhof wurden in der Vorbereitungsphase Kontakte zu allen sozialen, schulischen und kulturellen Einrichtungen geknüpft. Die Ergebnisse aus Bestandsaufnahme und Bedarfsanalyse wurden in dem „wiederbelebten“ ehemaligen „AK Herschelplatz“ diskutiert. Der Arbeitskreis hat sich inzwischen als „AK GibiRa“ neu aufgestellt und fungiert als Stadtteilarbeitskreis mit mehreren Arbeitsgruppen.

Stadtteilkoordination in Gostenhof sowie Galgenhof (seit 10/2008)

Beide Stadtteilentwicklungsprozesse haben 2008 begonnen und sind in der Vorbereitungsphase. Die Kolleginnen haben mit einer aktivierenden Befragung sowie Informationen in lokalen Netzwerken begonnen.

Gostenhof ist ein bundesweit beachtetes Gebiet erfolgreicher Stadterneuerung. Bürgerschaft und Stadtteileinrichtungen sind heute noch stolz auf das gemeinsam Erreichte, weisen aber auch selbstbewusst auf strukturelle Defizite hin und machen ihren Bedarf nach Koordination deutlich.

Galgenhof/Steinbühl war in den letzten zwölf Jahren Programmgebiet der Sozialen Stadt. Es gab viele städtebauliche Verbesserungen, Ergänzungen zur Infrastruktur wie das Südstadtforum Service & Soziales wurden umgesetzt, soziale Projekte erprobt. Soziales Miteinander in eher benachteiligten Stadtteilen braucht vor allem verlässliche Kommunikations- und Förderstrukturen sowie auf Dauer und Nachhaltigkeit angelegte Angebote. Stadtteilkoordination kann dabei auf den Ergebnissen aus der Sozialen Stadt aufbauen.



2. Schaffung und Optimierung bedarfsgerechter Infrastruktur

Wichtige Voraussetzung für Stadtteilkoordination ist die Schaffung einer personellen und räumlichen Anlaufstelle. 2008 wurden zwei neue Teilzeitstellen geschaffen. Die Stadtteilkoordinatorin in Gostenhof hat ihr Büro im Nachbarschaftshaus bezogen, für Galgenhof wurde ein Büro im Südstadtforum Service & Soziales eingerichtet.

Die Stadtteilkoordinatorinnen sind intensiv in Planungen eingebunden, bestehende Einrichtungen entsprechend den Stadtteilbedarfen weiterzuentwickeln. In Langwasser wurde die Standortentwicklung Salzbrunnerstraße mit Kindergarten, Kinderhort sowie Förderzentrum und der Astrid-Lindgren-Schule mit gemeinsamen Projekten begleitet. In St. Leonhard wurde die Konzipierung eines Stadtteilcafés in den Räumen des Integrativen Kinder- und Jugendhauses OBA vorangebracht, das künftig Projekte zur Stärkung von Selbsthilfepotenzialen für sozial Benachteiligte gestaltet. Die Antragstellung an die Soziale Stadt wurde zwischenzeitlich positiv beschieden. Die Stadtteilkoordinatorin ist auch in die Weiterentwicklung der Grundschule St. Leonhard zur Stadtteilschule eingebunden. Mit dem Umbau des Kinder- und Jugendhauses Stapf wird ein zweites Familienzentrum – neben dem AWO-Familienzentrum – in St. Leonhard entstehen. In Muggenhof arbeitet die Stadtteilkoordinatorin sehr eng mit der Kollegin vom KUF-Kulturbüro zusammen. Beide haben ihre Büros auf dem ehemaligen AEG-Areal in unmittelbarer räumlicher Nähe zueinander. Über den moderierten Stadtteilprozess wird mit vielfältigen Kooperationen örtlicher Einrichtungen untereinander eine „ideelle Hausgemeinschaft“ gefestigt, die künftig auch Kooperationspartner und Nutzer im entstehenden Zentrum sozialer und kultureller Einrichtungen sein wird.

3. Wahrnehmung von Angeboten im Stadtteil verbessern

In Langwasser und in St. Leonhard/ Schweinau initiierte Stadtteilveranstaltungen konnten bereits eine kleine Tradition begründen. So fand das Nachbarschaftsfest vor der Villa Leon bereits zum dritten Mal und der Weihnachtsmarkt in Langwasser bereits zum fünften Mal statt – jeweils mit wachsender Zahl aktiv Beteiligter sowie mit steigendem Besucherzuspruch. In Langwasser wurde auf Wunsch des Stadtteilforums und mit Unterstützung des Vereins innovativer Kulturarbeit eine Internetplattform www.stadtteilforum.org mit aktuellen Informationen rund um Langwasser geschaffen. Diese wurde so konzipiert, dass sie mit geringem Aufwand auch für andere Stadtteile reproduziert werden kann.

4. Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen ermöglichen – ausgewählte Leitprojekte

Familienzentren: Familienzentren und „KiTas als Orte für Familien“ sind wichtige und engagierte Partner in einem koordinierten Stadtteilprozess. Sechs von sieben Familienzentren liegen in Stadtteilen mit Koordination (St. Leonhard, Gostenhof und Langwasser) sowie in Glockenhof, für das ein zeitnaher Einsatz von Stadtteilkoordination beschlossen ist.

ESP Energieschuldenprävention: Mit Fördermitteln aus der Sozialen Stadt konnte die Maßnahme ESP Energieschuldenprävention auch in St. Leonhard und Schweinau angesiedelt werden. Energieberater ermitteln bei Hausbesuchen Energiesparmöglichkeiten und geben konkrete Tipps.¹⁴ Über die Stadtteilkoordination konnten vor Ort wichtige Kontakte zu Türöffnern vermittelt werden.

Seniorennetzwerke: Die Seniorennetzwerke in der Südstadt, Gartenstadt und in St. Leonhard/ Schweinau wurden ausgebaut und stabilisiert. Die Vorbereitungen in St. Leonhard/ Schweinau wurden abgeschlossen. In Langwasser konnten über die Stadtteilkoordinatorin die Voraussetzungen zur Gründung eines Seniorennetzwerkes geschaffen werden.

Lokales Freiwilligenmanagement: Das ZAB lokal fungiert als örtliche Anlaufstelle in Langwasser für Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren möchten. Über ZAB lokal konnten mehr als 100 Personen – vorwiegend aus Langwasser – gewonnen werden, die über 600 Wochenstunden meist in Langwasser Einrichtungen oder Familien unterstützen. In der Pilotphase 2008 wurden Erfahrungen gesammelt, wie ehrenamtliche Unterstützung vor allem in diejenigen Stadtteile vermittelt werden kann, die diese am dringendsten benötigen, und wie dabei ein ideales Zusammenspiel von Stadtteilkoordination, ZAB-Zentral und dem lokalen Freiwilligenmanagement aussehen muss. Auf Basis dieser Erfahrungen wird derzeit ein Gesamtkonzept für möglichst alle Stadtteile mit Stadtteilkoordination entwickelt.



¹⁴ vgl. auch Leitlinie 4



9. Integration leben

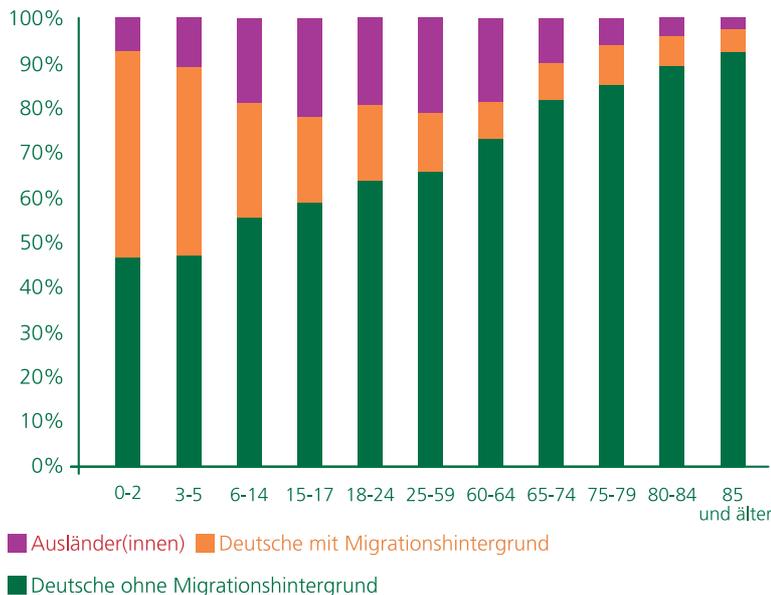
Vielfalt als Chance wahrnehmen, Teilhabe ermöglichen für Migrantinnen und Migranten

Gut ein Drittel der Nürnbergerinnen und Nürnberger haben einen Migrationshintergrund, etwa 18 Prozent besitzen nicht die deutsche Staatsangehörigkeit. Dabei unterscheidet sich die Zusammensetzung der Bevölkerung in den einzelnen Altersgruppen erheblich.

Migrationshintergrund darf nicht, wie es manchmal geschieht, gleichgesetzt werden mit Benachteiligung und Armut. Diese Annahme übersieht die große Chance, die in der kulturellen Vielfalt liegt und die zahlreichen Potenziale, die Menschen mit Migrationshintergrund haben, und birgt dadurch die Gefahr einer Diskriminierung. Zutreffend ist andererseits aber, dass Menschen mit Migrationshintergrund auch in unserer Stadt überproportional häufig in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf leben und dass sie

häufiger in einer schwierigen sozialen Lage sind, also zum Beispiel schlechtere Chancen auf einen erfolgreichen Bildungsabschluss haben, häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen und auf Transferleistungen angewiesen sind. Die Arbeit in allen Leitlinien und Handlungsfeldern des Orientierungsrahmens richtet sich deshalb auch auf besondere Bedürfnisse und Betroffenheiten von Menschen mit Migrationshintergrund aus, die sich aus der jeweiligen Lebenslage ergeben (z.B. Arbeit und Ausbildung, Armutsprävention, Bedürfnisse von Kindern, Jugendlichen und Familien und Senioren).

Zusammensetzung der Nürnberger Bevölkerung nach Altersgruppen



Aufgaben und Ziele des Referats für Jugend, Familie und Soziales

In den Aufgabenbereichen des Referats für Jugend, Familie und Soziales machen insbesondere Kinder, Jugendliche und Familien, aber auch erwachsene Männer und Frauen und zunehmend mehr Seniorinnen und Senioren mit Migrationshintergrund einen wachsenden Teil der Zielgruppen aus. Bei den unter 15-Jährigen hat bereits fast jede(r) zweite keine rein deutschen Wurzeln. Unterstützung bei der Integration wird deshalb längst nicht mehr als Zusatzaufgabe neben bestehenden Strukturen und Handlungsbereichen betrachtet, sondern ist selbstverständlicher Bestandteil der



täglichen Arbeit in allen Einrichtungen und Diensten der Kinder- und Jugendhilfe und der Sozialverwaltung, den Bildungs- und Beratungsangeboten für alle Altersgruppen und Lebenslagen sowie den weiteren Arbeitsfeldern. Ziel

der Nürnberger Jugend-, Familien-, Bildungs- und Sozialpolitik ist die gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe der Menschen mit Migrationshintergrund und der ungehinderte Zugang zu Leistungen und Systemen. Dennoch gibt es verschiedentlich Barrieren, sei es durch fehlende Sprachkenntnisse oder durch Unkenntnis hiesiger Verwaltungsverfahren oder des Bildungssystems. Die weitere interkulturelle Öffnung der kommunalen Regeldienste ist, in Kooperation mit den stärker spezialisierten Diensten der Migrationsberatung, deshalb erklärtes Ziel der Dienststellen im Referat für Jugend, Familie und Soziales. Mit dieser Zielrichtung wurde 2008 ein Projektantrag beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge vorbereitet.

Früher als andere Großstädte hat sich Nürnberg bereits 1972 mit der Zuwanderungsthematik befasst. 1973 wurde der Ausländerbeirat gegründet, für den die Geschäftsführung bis 1978 beim Sozialreferat lag. 1984 folgte die Einrichtung eines Aussiedlerbeirats, damit auch die Spätaussiedler ihre Anliegen auf kommunaler Ebene einbringen konnten. Die Geschäftsführung lag zunächst beim städtischen Ausgleichsamt, seit 1995 beim Sozialreferat. 1992 wurde die Funktion des Aussiedlerbeauftragten eingeführt und ebenfalls dem Sozialreferat zugeordnet.¹⁵ 2002 wurde die Stadtratskommission für Ausländerfragen neu konzipiert und befasst sich als „Kommission für Integration“ mit gemeinsamen Angelegenheiten von Aussiedlern und Ausländern. Die gesamtstädtische Koordinierungsgruppe Integration erarbeitet ein Integrationsprogramm und führt die Anliegen der Aussiedler und Ausländer zusammen: Gemeinsamer Bezugspunkt sind Zuwanderungserfahrungen und bestimmte Lebenslagen, denen gegenüber die Fragen der Staatsangehörigkeit und der Gruppenzugehörigkeit zunehmend in den Hintergrund treten. 2008 wurden deshalb gesamtstädtische Überlegungen zur Neuorganisation angestellt, die 2009 und 2010 umgesetzt werden sollen. Mit dem Ruhestand des langjährigen Aussiedlerbeauftragten Wolfgang Lang (Sozialreferat) Ende Dezember 2008 gehen die Aufgaben, die sich auf die Betreuung und Information der Landsmannschaften bezogen haben, auf das Haus der Heimat als selbstverwaltete Einrichtung der Landsmannschaften und Vertriebenenorganisationen über. Vorübergehend, bis zur 2010 geplanten Wahl des „Nürnberger Rats für Integration und Zuwanderung“, übernimmt das Haus der Heimat auch die Geschäftsführung des Aussiedlerbeirats.

Ehrenamtliche mit Migrationshintergrund



Angesichts der Nürnberger Bevölkerungsstruktur mit rund einem Drittel an Bürgerinnen und Bürgern mit Migrationshintergrund ist es eine wichtige Aufgabenstellung, Menschen mit guten Fremdsprachenkenntnissen

und interkulturellem Wissen für Ehrenamtsprojekte gerade im Sozialbereich zu finden. Die vorhandenen Ansätze bei der Gewinnung von Ehrenamtlichen mit eigenem Migrationshintergrund, z.B. bei den „Lesefreunden“ für Kindertagesstätten und beim Zentrum Aktiver Bürger, finden zunehmend mehr Aktive und werden weiter ausgebaut. Gleichzeitig sollen auch die so genannten Migrantenselbstorganisationen in ihrer Arbeit unterstützt werden, denn ehrenamtliches Engagement verstärkt, wie viele Untersuchungen zeigen, die eigene gesellschaftliche Integration und hilft zugleich auch anderen, sich besser aufgehoben und integriert zu fühlen.

¹⁵ Integrationsprogramm der Stadt Nürnberg, Teil I: Rahmenbedingungen und Leitlinien, 2004; siehe unter www.integration.nuernberg.de

Tag des Ehrenamts 2008: Engagement in Vereinen

Bewusst stand deshalb die Vielfalt ehrenamtlichen Engagements der Nürnbergerinnen und Nürnberger mit Migrationshintergrund im Dezember 2008 im Mittelpunkt des alljährlichen „Tags des Ehrenamts“. Unter dem Titel „Chancen nutzen – Engagement für Nürnberg: Zuwanderinnen und Zuwanderer engagieren sich in Vereinen“ hatten Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly und der Referent für Jugend, Familie und Soziales Reiner Pröbß die Aktiven aus den Organisationen der Migrantenselbstorganisation zum Empfang in den Historischen Rathaussaal eingeladen. In Nürnberg gibt es etwa 270 solche Organisationen und Vereine mit Tausenden von Engagierten zum Beispiel in Kultur- und Sportvereinen, Aussiedler- und Vertriebenenverbänden, Familien-, Partnerschafts- und Freundschaftsverbände, Vereinigungen mit speziellen Anliegen oder Zielgruppen wie die griechischen Schulvereine oder der Türkisch-Deutsche Verein zur Integration behinderter Menschen e.V. (TIM) und viele andere. Der Einladung waren rund 200 engagierte Vertreterinnen und Vertreter gefolgt. Oberbürgermeister Maly und Sozialreferent Pröbß verbanden den Dank für das bisherige Engagement mit der Bitte, auch weiterhin aktiv zu bleiben und so zur Integration der Nürnbergerinnen und Nürnberger mit Migrationshintergrund beizutragen. Oberbürgermeister Dr. Maly würdigte bei dieser Gelegenheit auch den großen Einsatz des langjährigen Aussiedlerbeauftragten Wolfgang Lang, der den Tag des Ehrenamts seit über zehn Jahren organisiert hat und für den der Empfang 2008 der letzte berufliche Termin vor dem Eintritt in den Ruhestand war.



Ort der Begegnung vieler Kulturen: Das Nachbarschaftshaus Gostenhof



Mit einer offenen und dem aktuellen Bedarf angepassten Angebotsstruktur ermöglicht das Nachbarschaftshaus Gostenhof vielen Bürgerinnen und Bürgern die Teilhabe an kulturellen Veranstaltungen und Bildungsangeboten. Viele der Migrantenselbstorganisationen haben ihre Heimat im Nachbarschaftshaus Gostenhof gefunden. Als Beitrag zur Erhöhung der Chancengleichheit für die Kinder in Gostenhof konnte z.B. kurzfristig in Kooperation mit dem Internationalen Frauen- und Mädchenzentrum und mit Unterstützung des Ausländerbeirates ein Schulförderkurs für Grund- und Hauptschüler angeboten werden. Außerdem finden mehrere Alphabetisierungskurse verschiedener Anbieter statt.

Im Rahmen der Interkulturellen Wochen wurde in Kooperation mit dem Ausländerbeirat und dem Verein Degrin Begegnung und Bildung in Vielfalt e.V. das aktuelle Thema „Der neue Einbürgerungstest – Chance oder Hürde?“ aufgegriffen und vielen betroffenen Bürgerinnen und Bürgern drängende Fragen beantwortet. Ausstellungen, Ausflüge, Gruppentreffen und Veranstaltungen wie etwa zum Internationalen Frauentag sind Gelegenheiten zur Begegnung von Nürnbergerinnen und Nürnbergern unterschiedlicher Kulturen und Herkunft.

Ein Höhepunkt 2008 war die Plakataktion „Gostenhof ist bunt – Nürnberg auch!“ Unter diesem Motto haben der Beirat und das Nachbarschaftshaus Gostenhof aufgerufen, „Gesicht zu zeigen“ im Sinne eines deutlichen Zeichens für ein friedliches Miteinander. Das bei dem Fototermin im April entstandene Bild schmückte zwei Wochen die Plakatwand Ecke Adam-Klein-Straße/Kernstraße. Inzwischen hängt das Plakat auch in vielen Einrichtungen, Büros, Läden in Gostenhof und darüber hinaus.

10. Gender-Perspektiven entwickeln, Geschlechtergerechtigkeit anstreben

Schwerpunkthema im Jugendamt: Männliche Fachkräfte in der Bildung und Erziehung von Kindern

Beim Thema Gender Mainstreaming in der Sozialen Arbeit stand 2008 der Stellenwert männlicher Fachkräfte in der Bildung und Erziehung von Kindern im Vordergrund.

Ausgangspunkt war das pädagogische Personal in den städtischen Kindertageseinrichtungen: Davon sind 95 Prozent weiblich beschäftigt sind 700 Frauen und 37 Männer. Damit stellt Nürnberg aber keineswegs eine Ausnahme dar. Zum Vergleich: Im Frühjahr 2006 waren in Bayerns Kindertageseinrichtungen 44.547 Personen in den Gruppen tätig, 727 davon waren Männer. Das sind nur 1,6 Prozent. Nur knapp 4 Prozent der Beschäftigten in den deutschen Kindertageseinrichtungen insgesamt sind männlich – ein seit Jahren unveränderter Wert. Zieht man den Anteil des wirtschaftlich-haus-technischen Personals ab, bleiben 2,5 Prozent übrig.



Dass das öffentliche Betreuungs-, Erziehungs- und Bildungssystem in hohem Maße weiblich geprägt ist, ist auf aus heutiger Sicht überholte Vorstellungen und Entwicklungen bezüglich der gesellschaftlichen Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern zurückzuführen. Als eine Folge davon treffen viele Kinder erst im Alter von 10 Jahren – nach dem Verlassen der Grundschule – zum ersten Male in ihrem Erziehungsprozess außerhalb des häuslichen Umfelds auf männliche Bezugspersonen.

Dieser Umstand wird sowohl in der öffentlichen als auch der Fachdiskussion als problematisch angesehen. Dabei wird als Argument am häufigsten angeführt: Jungen benötigen eine Orientierung an männlichen Rollenvorbildern, mit denen sie sich identifizieren und an denen sie sich abarbeiten könnten, um eine Idee von positiver Männlichkeit entwickeln zu können.

Insbesondere für vaterlos oder in gewaltgeprägten Geschlechterbeziehungen aufwachsende Jungen wie Mädchen sollen Erzieher Vaterersatz, Spielkamerad, Autoritätsfigur und Vorbild für alternative Männlichkeit zugleich sein. Die Heterogenität und der hohe Anspruch der Erwartungen an Männer im Erzieherberuf sind, neben der vergleichsweise niedrigen Entlohnung, wohl ein Grund dafür, dass in den vergangenen zehn Jahren der Anteil der Männer in den erzieherischen Bereichen auf allen Ebenen und in allen Bundesländern nicht nur nicht gestiegen, sondern sogar gesunken ist. Dies ist ein echtes Dilemma, zumal nachgewiesen wurde, dass Jungen derzeit in dem weiblich dominierten Erziehungs- und Bildungsumfeld mit ihren Bedürfnissen nicht ausreichend berücksichtigt oder gar benachteiligt werden.

Diese Erkenntnis führt jedoch nicht unmittelbar zu einer Verbesserung der Situation, denn nichts deutet darauf hin, dass zeitnah eine Erhöhung des Anteils männlicher Erzieher erreichbar ist: Zum einen gibt es für pädagogische Berufe kaum ausgebildete, geeignete Männer auf dem Stellenmarkt. Dies wurde deutlich, als der Bereich Kindertageseinrichtungen des Nürnberger Jugendamtes im Sommer 2006 im Rahmen der Umsetzung des neuen Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes über 90 Stellen zu besetzen hatte und trotz massiver Werbung nur vier männliche Fachkräfte eingestellt werden konnten.

Zum anderen sind Männer auch kaum unter den Studierenden: An den Nürnberger Fachhochschulen für Sozialpädagogik und Fachakademien für den Erzieher(innen)beruf ist der ohnehin schon bei 80 Prozent liegende Frauenanteil weiter im Steigen begriffen.

Was also als Kommune tun, wenn eine Erhöhung des Anteils geeigneter und befähigter Männer nicht absehbar?

Es reicht nicht alleine aus, die Öffentlichkeitsarbeit zu intensivieren,

- wie zuletzt beim 6. Nürnberger Familienbildungstag am 19. April 2008, der zum Inhalt hatte das Genderthema „Gefühle zeigen – stark sein! Typisch männlich – typisch weiblich! Gibt es das noch?“
- ... oder den Boys' Day weiter auszubauen sowie sich an den Berufs- und Studienbasaren der Stadt – übrigens die größten ihrer Art in Nordbayern – zu beteiligen, um für die Berufe Erzieher und Sozialpädagoge zu werben.

Durch Qualifizierung und Personalentwicklung müssen die wenigen in den Kindertageseinrichtungen arbeitenden Männer in die Lage versetzt werden, ihr eigenes Handeln unter dem Gender-Aspekt zu reflektieren und den Jungen Formen von Männlichkeit vorzuleben, die dem gängigen Rollenklischee ausweichen, und die mehrheitlich dort arbeitenden Frauen müssen noch stärker für die Bedeutung der Geschlechtszugehörigkeit von Kindern sensibilisiert werden und darauf eingehen.

Es geht also um Genderkompetenz, um Kenntnisse über Genderprozesse und um Werte und Einstellungen und nicht um die Geschlechtszugehörigkeit. Dies erfordert eine Sensibilisierung für die Geschlechterfrage sowie für die eigene Geschlechtsrolle und die Bedürfnisse und Probleme der Jungen und Mädchen von allen Fachkräften, also von Erzieherinnen und Erziehern in Kindertageseinrichtungen.

Deshalb wurde die Fort- und Weiterbildung im Bereich Kindertageseinrichtungen des Jugendamtes verbessert. Bei Gender-Fortbildungen steht im Vordergrund:

- Der Ausbau trägerübergreifender Weiterbildungsangebote.
- Aufbau eines Netzes von „Train the trainer“ mit Experten und Expertinnen zur Verstärkung der Fortbildungsangebote.
- Geschlechterspezifische Angebote zur Weiterbildung getrennt für Frauen und Männer.
- Eine konzeptionelle Verankerung geschlechtsspezifischer Aspekte in Teamsitzungen, Konzeptionstagen und Supervision.
- Leistungsanreize in der fachlichen Qualifikation: z.B. Ausbildung zum Experten/zur Expertin (Medienkompetenz, Sport, Umwelt etc.), der/die auch von anderen Einrichtungen angefragt werden kann.



Es wurden Maßnahmen zur Verbesserung der Personalentwicklung eingeleitet:

- Stärkere Profilierung und Imagebildung bei Stellenausschreibungen.
- Direkte und indirekte Ansprache von Männern bei Stellenausschreibungen (intern und extern).
- Formulierung eines Arbeitgeberprofils im Tätigkeitsfeld Erzieher. (Welche Ideen, Wünsche und Ziele haben wir in der Arbeit mit Kindern? Welche Bedeutung haben für uns – als Arbeitgeber im pädagogischen Tätigkeitsfeld – unsere Mitarbeiter, und zwar Frauen und Männer? Was erwarten wir von ihnen? Wodurch bietet der Erzieherinnenberuf einen attraktiven Arbeitsplatz für Frauen? und: Wodurch bietet der Erzieherberuf einen attraktiven Arbeitsplatz für Männer?)
- Gezielte Ansprache von männlichen Jugendlichen durch die Kooperation mit Vereinen zur Gewinnung von Praktikanten, Zivildienstleistenden und Teilnehmern des Freiwilligen Sozialen Jahres.
- Gezielte Personalentwicklung in Hinblick auf die Schaffung von „Gemischten Teams“; gemeint ist die Zusammensetzung eines Teams, das der Vielfalt und den Bedürfnissen der Kinder Rechnung trägt (unterschiedliche Altersgruppen, Nationalitäten, Geschlechter, Temperamente) aber auch inhaltliche Bedürfnisse berücksichtigt, d.h. Fachkräfte mit eigenen Arbeitsschwerpunkten wie z.B. Musik, Sport, Kunst, Sprache.

Auf Initiative des Jugendamtes hat der Jugendhilfeausschuss im Mai 2008 einstimmig beschlossen, Vertretungen Nürnberger Ausbildungseinrichtungen, freier Träger und städtischer Dienststellen zu beauftragen, Vorschläge zu entwickeln, wie dem Mangel an männlichen Fachkräften in der Jugendhilfe entgegengewirkt werden kann – dies unter den verschärften Rahmenbedingungen einer geschlechtsunabhängig sehr großen Herausforderung, denn bei den Kindertageseinrichtungen ist ein Personalmangel größeren Umfangs absehbar, da in den nächsten Jahren eine größere Verrentungswelle ansteht und allein der beschlossene Ausbau von Kindertageseinrichtungen bis 2013 einen Mehrbedarf von rund 800 Fachkräften mit sich bringt.

Ziele und Schwerpunktsetzung im Sozialamt



Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Amt für Existenzsicherung und soziale Integration – Sozialamt haben sich im Jahr 2008 intensiv mit Fragen geschlechtergerechter Arbeit befasst und als Leitmotive formuliert:

„Gender Mainstreaming ist uns wichtig,.....“

...weil unser Anspruch nicht nur auf die soziale Integration von Menschen gerichtet ist, sondern auch auf Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit bei unseren Leistungen, Angeboten und in der Arbeitswelt unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,

...weil Armut und soziale Ausgrenzung bei Frauen und Männern unterschiedlich sind und unsere Hilfen und

Leistungen von Frauen und Männern unterschiedlich wahrgenommen werden – und weil wir das wissen und berücksichtigen möchten...“

In diesem Kontext stehen auch die Aktivitäten einer sozialamtsinternen Arbeitsgruppe (AG-GM-SHA), die im Jahr 2008 neu die Arbeit aufnahm und sich unter anderem mit den folgenden Themen befasste:

Gendergerechte Sprache und Öffentlichkeitsarbeit sollen für alle Arten der Information und Kommunikation angewandt werden. Bisher wurden in fast allen Abteilungen Dokumente, Vorlagen, Veröffentlichungen überprüft und wenn nötig gendergerecht verändert.

Gender Mainstreaming ist insbesondere auch ein Thema der Personalentwicklung. Die Förderung von Gender-Kompetenz beinhaltet auch die Reflexion der eigenen Geschlechterrolle und die Sensibilisierung für subjektive Einflussfaktoren wie persönliche Werte, beruflicher Erfahrungshintergrund etc., die in der täglichen Arbeit Auswirkungen haben, beispielsweise auf Entscheidungen und auf die Qualität einer Beratung. Der Erwerb von Gender-Kompetenz ist für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wichtig, die auf verschiedenen Ebenen Dienstleistungen erbringen. Die Geschlechtszugehörigkeit prägt das Alltagshandeln und die fachliche Arbeit, daher ist die Reflexion darüber Grundlage für zielgruppengerechte, qualitativ hochwertige (Beratungs-) Leistungen und Angebote. Das Sozialamt entwickelt und geht daher neue Wege zur Förderung von GM-Kompetenz. Damit verbunden ist eine Qualitätssteigerung der Dienstleistungen im Sozialamt. Die Personalentwicklung schließt auch die Gewinnung von Frauen für Leitungsaufgaben ein. So konnte 2008 im „Haus für Frauen“ (Heime der Sozialhilfe) eine neue Leiterin eingesetzt werden.

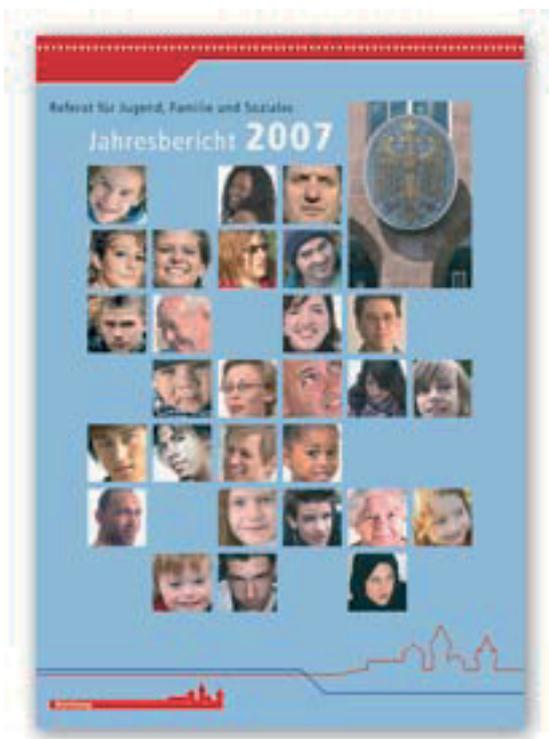
Die gendergerechte Weiterentwicklung der Leistungen des Sozialamts resultiert konkret beispielsweise in der geschlechterspezifischen Belegung von Obdachlosenpensionen. Um dem Schutz- und Abgrenzungsbedürfnis von Frauen Rechnung zu tragen, wurde in der Ottostraße 4 eine Pension ausschließlich für Frauen eingerichtet. Insgesamt stehen dort 15 Einzelzimmer zur Verfügung. In der Pension Pirckheimerstraße wurde eine Frauenetage installiert.



11. Kommunikation und Partizipation intensivieren, Kooperation als Prinzip

Der Grundgedanke der Sozialen Arbeit als Ko-Produktion – im konkreten Einzelfall zwischen Leistungsempfänger und Hilfebringer, ohne deren Zusammenwirken die Ziele nicht erreicht werden können – lässt sich erweitern auf das Zusammenspiel der Akteure in der Sozialen Arbeit insgesamt. Auf allen Feldern der kommunalen Sozialpolitik und ganz besonders bei allen sozialräumlichen Handlungsansätzen sind Kommunikation, Kooperation und Partizipation entscheidende Qualitätskriterien und wesentliche Erfolgsfaktoren.

Die Betroffenen sind Expertinnen und Experten in eigener Sache bei den Fragen: „Was ist konkret nötig?“, „Wie erreichen wir das am besten?“ und „Was können die Beteiligten dazu beitragen?“, und es ist deshalb unser Anspruch, sie überall einzubeziehen, wo es um ihre Belange geht. Das gilt ohnehin für die gesetzlich festgelegte Beteiligung an der Erstellung des Hilfeplans (SGB VIII) oder der Eingliederungsvereinbarung (SGB II), gleichermaßen aber bei der Bedarfsanalyse im Sozialraum durch die Stadtteilkoordination oder beim Aufbau eines Seniorennetzes, bei der Nutzer/-innenbeteiligung vor dem Bau eines Spielplatzes oder einer Einrichtung, bei der Kooperation mit dem Stadtseniorenrat ebenso wie bei der Gründungsunterstützung für einen Behindertenbeirat, den die Betroffenen in Eigeninitiative ins Leben rufen. Ebenso findet auch eine zielorientierte, kollegiale Kommunikation und Kooperation mit den übrigen Ämtern und Geschäftsbereichen der Stadtverwaltung, ebenso wie mit freien Trägern, Vereinen und Organisationen der Zivilgesellschaft statt. Denn nur im Zusammenspiel ist es möglich, den enormen Herausforderungen der Jugend-, Familien-, Bildungs- und Sozialpolitik zu begegnen und Nürnberg solidarisch und zukunftsfähig zu gestalten.



Öffentlichkeitsarbeit

Zur Information der Bürgerinnen und Bürger über die Angebote und Leistungen des Referats für Jugend, Familie und Soziales werden alle zur Verfügung stehenden Medien genutzt. Auch im Jahr 2008 wurden wieder etwa 300 Pressemitteilungen und Einladungen an die Medien über das städtische Presseamt versandt. Dokumentationen, Broschüren, Flyer und Internetangebote werden in großer Zahl bereitgestellt und regelmäßig aktualisiert. Konzepte und Planungen werden in den Fachausschüssen ausführlich öffentlich vorgestellt und stehen im elektronischen Ratsinformationssystem (www.stadtrat.nuernberg.de) jederzeit zur Verfügung.

Ein Höhepunkt in der Öffentlichkeitsarbeit war im Jahr 2008 der erstmals erschienene Jahresbericht 2007, der dem Stadtrat am 23. Juli 2008 vorgestellt wurde. Der Bericht stieß auf sehr positive Resonanz und wurde in so großer Zahl nachgefragt, dass die Auflage von 750 Stück schnell vergriffen war.



Kooperationsstrukturen und Netzwerke

Neben der laufenden fachlichen und themen- und sozialraumbezogenen Kommunikation und Kooperation werden gezielt Kooperationsstrukturen aufgebaut und weiterentwickelt. Eine Form der intensivierten Zusammenarbeit sind vertragliche Vereinbarungen mit einzelnen Trägern. Damit erfolgt eine Selbstverpflichtung des Leistungserbringers auf konkrete Ziele, die mit finanziellen Mitteln verbunden sind. So gelingt es, die strategische Orientierung der kommunalen Sozialpolitik in Nürnberg im Konsens mit den Akteuren umzusetzen, ohne dass die Aufgaben durch die Stadtverwaltung wahrgenommen werden – ein Beitrag zur zeitgemäßen Weiterentwicklung der Trägerpluralität.

Beispielhaft für die kontinuierliche Abstimmung zwischen Trägern zur Sicherung eines gemeinsamen Qualitätsstandards ist die im Jahr 2008 vorbereitete Arbeitsgemeinschaft der Träger von Kindertageseinrichtungen nach § 78 SGB VIII, die durch Beschluss des Jugendhilfeausschusses im Dezember 2008 eingerichtet wurde. In der partnerschaftlichen Zusammenarbeit von freien und öffentlichen Trägern der Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern wird die Umsetzung der fachlichen Qualitätsziele im Vordergrund stehen.

Beispiele für die sozialräumliche Zusammenarbeit auf der Grundlage fachlicher Konzeptionen sind die Seniorennetze in den Stadtteilen. Hier finden sich – je nach Bedarf und der vorhandenen Träger- und Infrastruktur im Stadtteil – sehr unterschiedliche Partner zusammen: neben dem Seniorenamt sind Wohlfahrtsverbände (AWO, BRK, Caritas, Diakonie), Kirchengemeinden, Wohnungsgesellschaften (wbg, Gartenstadt eG, Joseph-Stiftung), das Mehrgenerationenhaus Schweinau, die Beschäftigungsgesellschaft NOA und weitere vertreten. Diese Vielfalt macht die besondere Qualität aus, die über eine reine Kooperation der sozialpädagogischen Fachkräfte hinaus verschiedenste Fähigkeiten und Ressourcen im Sinne der alten Menschen nutzbar macht.

Die Kooperation bei der Ausbildung haben sich Klinikum Nürnberg und NürnbergStift erfolgreich auf die Fahnen geschrieben. Mit der generalistischen Pflegeausbildung (Kranken- und Gesundheits-, Alten-, Kinderkrankenpflege) werden vielseitig einsetzbare Nachwuchskräfte qualifiziert und ein Beitrag gegen den sich abzeichnenden Fachkräftemangel in der Pflege geleistet.

Als exemplarische Netzwerkstruktur erwies sich auch im achten Jahr das Nürnberger Bündnis für Familie. Unter der eingeführten „Marke“ des Bündnisses gelang es auch 2008, unterschiedlichste Kooperationspartner zu gewinnen, etwa im Rahmen der Kampagne Kinderstadt Nürnberg – Polizei und Schulen für mehr Sicherheit im Straßenverkehr, Wohnungsgesellschaften für ein besseres Miteinander in der Nachbarschaft – oder als Sponsoren für die öffentlichkeitswirksame Werbung zugunsten von Familien in Nürnberg, beispielsweise mit dem Familienmagazin famos (unterstützt durch Sparkasse Nürnberg und N-ERGIE AG). Das erfolgreiche Netzwerk der „Initiative familienbewusste Personalpolitik in der Metropolregion“ lebte auch 2008 von der aktiven Mitwirkung der mehr als 200 engagierten Unternehmen und vom organisatorischen Einsatz der Arbeitsagentur Nürnberg, der IHK Nürnberg für Mittelfranken, der Koordinatorin Susanne Bohn und des Stabs Familie.



Als nicht formalisierte, aber wichtige Form der Kooperation sind auch die gemeinsamen Aktivitäten zwischen Unternehmen und Sozialeinrichtungen unter dem Stichwort Corporate Social Responsibility¹⁶ zu nennen – vom Arbeitseinsatz bis zur Spendenübergabe – wie auch die große Bereitschaft privater Geldgeber, die mit ihren Mitteln die strategischen Ziele der kommunalen Jugend-, Familien-, Bildungs- und Sozialpolitik unterstützen.

Finanzbeziehungen und Zuschüsse

Aus der Sicht vieler Träger und Organisationen die vielleicht wichtigste Form der Kooperation mit der Stadt Nürnberg lässt sich in Finanzströmen abbilden: die städtische (Mit-)Finanzierung ihrer Arbeit durch Zuschüsse. Diese werden in unterschiedlichsten Förderbereichen und in verschiedenen Formen gewährt: als pauschale Zuwendung für die Erbringung vereinbarter Leistungen, als einmaliger Projektzuschuss aus dem Fonds für Initiativgruppen, dem Fonds für familienpolitische Aktivitäten im Bündnis für Familie oder anderen Zuschussfonds, als regelmäßiger Gruppenzuschuss wie z.B. für die Mitgliedsorganisationen des Kreisjugendrings oder als jährlicher, vorab im Haushalt verankerter Zuschuss. Über die Vergabe entscheiden in der Regel die Fachausschüsse und der Stadtrat auf Vorschlag der Verwaltung. So trägt die Stadt Nürnberg, Geschäftsbereich Jugend, Familie und Soziales, zum vielfältigen Angebotsspektrum in der Stadt bei. Die folgende Liste von über 190 Zuschussempfängern – die keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt – soll dies verdeutlichen. Dabei wurden für einige wichtige Zuschussbereiche die Empfänger wegen ihrer großen Anzahl nicht namentlich aufgelistet: Dies betrifft zum Beispiel die anerkannten Seniorenclubs in Nürnberg (ca. 270), die Kindertageseinrichtungen und Einrichtungen der Ganztagesbetreuung, Projekte der freien Jugendhilfe, Internationale Jugendbegegnungen, die offene Behindertenarbeit, den Notfonds Familienhilfe, das Netzwerk Pflege, Netz für Kinder und die Weiterentwicklung gruppenpädagogischer Angebote.

- | | |
|--|---|
| A. S. V. Solidarität | Bayerischer Bauernverband |
| Abenteuerspielplatz Goldbachwiese e. V. | Bayerischer Blinden- und Sehbehindertenbund e. V. |
| Abenteuerspielplatz Röthenbach e. V. | Bayerisches Rotes Kreuz - Kindergarten Werderau |
| Adventjugend | Bayerisches Rotes Kreuz Kreisverband Nürnberg-Stadt |
| AFS Komitee Nürnberg e. V. | Bayerisches Rotes Kreuz Seniorenbegegnungsstätte |
| Aktivspielplatz Gostenhof e. V. | Gartenstadt |
| Aktivspielplatz Wöhrder See e. V. | Bayerisches Rotes Kreuz Seniorenbegegnungsstätte St. Johannes |
| Alevitische Jugend Nürnberg | Bernhard Wicki Gedächtnisfond e. V. |
| Alevitisches Kulturzentrum Nürnberg e. V. Alevi Kultür | BiNK e. V. Beratung + Begleitung in Krankheit + Krise in Nürnberg |
| Alternative Kultur Nürnberg e. V. | Blaukreuzverein Nürnberg - Steinbühl e. V. |
| Angehörigenberatung e. V. Nürnberg | Bund der Katholischen Jugend e. V. |
| Arbeiter-Samariter-Jugend | Bund der Kaufmannsjugend im DHV |
| Arbeiterwohlfahrt Kreisjugendwerk | Bund der Pfadfinderinnen und Pfadfinder (BdP) Gruppe Stamm Faber |
| Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Nürnberg e. V. | Bund der Schwerhörigen und Ertaubten Nürnberg e. V. |
| Arbeitsgemeinschaft AIDS Nürnberg | Bund der Vertriebenen Vereinigte Landsmannschaften Landesverband Bayern e. V. |
| Astrid-Lindgren-Grundschule | Bürgerstiftung Nürnberg |
| Bauspielplatz Langwasser e. V. | Caritasverband für die Diözese Eichstätt e. V. |
| Bayerische Sportjugend BSJ Kreis Nürnberg | Caritasverband Nürnberg e. V. |
| Zerzabelshofstraße | |
| Bayerische Stenografenjugend | |
| Bayerische Trachtenjugend | |

¹⁶Vgl. Leitlinie 7.

- Christliche Jugendgemeinschaft Langwasser
 Computerclub CCN50plus e. V.
 Degrin Ausländer und Deutsche gemeinsam e. V.
 Detuscher Gewerkschaftsbund Jugend Mittelfranken
 Deutsche Beamtenbundjugend
 Deutsche Pfadfinderschaft St. Georg
 Deutsche Wanderjugend im FAV
 Deutscher Familienverband e. V.
 Deutscher Gewerkschaftsbund
 Deutscher Guttempler Orden e. V.
 Deutscher Kinderschutzbund e. V.
 Deutscher Pfadfinderbund
 Deutsch-Türkisches Jugendwerk in Bayern e. V.
 Diakonisches Werk Hersbruck
 Die Falken - Sozialistische Jugend Nürnberg
 Die Heilsarmee Nürnberg
 DJK Berufsfeuerwehr Franken Concordia e.V.
 djo-Deutsche Jugend in Europa
 DLRG-Jugend Nürnberg
 Don Bosco Jugendwerk Nürnberg
 Evangelische Familien-Bildungsstätte Nürnberg
 Evangelische Jugend (Dachverband z. B. auch für CVJM)
 Evangelische SinN-Stiftung
 Evangelischer Kindergarten Herpersdorf
 Evangelisches Jugendwerk Nürnberg
 Evangelisch-reformierte Jugend
 Familienbund der Katholiken
 Fliederlich e. V.
 Förderverein der Grundschule Paniersplatz
 Förderverein d. Kinder- und Jugendhaus Reutersbrunnenstr.
 Förderverein Werkstatt Nürnberg e. V.
 Fränkische Fastnachtjugend
 Frauenhaus Nürnberg Hilfe für Frauen in Not e. V.
 Frauennotruf Nürnberg e. V.
 FrauenWerk Stein e. V.
 Freundeskreis Suchtkrankenhilfe e. V.
 Gehörlosenseelsorge (der Evang.-Luth. Kirche in Bayern)
 Gemeinnützige Paritätische Kindertagesbetr. GmbH Nord
 Gemeinsame Initiative von und für SchülerInnen und StudentInnen in Nürnberg - GSN
 Georg-Simon-Ohm-Hochschule in Nürnberg
 Gesamtelternbeirat Kindertagesstätten e. V.
 Gesellschaft für sozialverträgliche Innovation und Technologie e. V.
 Global Elternverein e. V.
 Gründlacher Kinderchor
 Hängematte e. V.
 Haus der Heimat e. V.
 Hengaw Jugend Initiative
 IMEDANA e. V.
 Initiative familienbewusste Personalpolitik
 Institut für sozialwissenschaftliche Forschung, Bildung und Beratung Nürnberg e. V.
 Internationaler Bund Franken (iB) e. V.
 Internationales Frauen- und Mädchenzentrum e. V.
 Internationales Frauencafe e. V.
 ISKA - Institut für soziale und kulturelle Arbeit in Nürnberg
 Israelitische Kultusgemeinde Nürnberg
 Johanniter-Jugend
 Jüdische Jugendorganisation NOAR
 Jugend Bund Naturschutz
 Jugend der Freien evangelischen Gemeinde
 Jugend des Deutschen Alpenvereins
 Jugend im Deutschen Familienverband
 Jugend im Deutschen Harmonikaverband
 Jugend in der Baptistengemeinde
 Jugend in der Freien Christengemeinde Nürnberg im Bund Freikirchlicher Pfingstgemeinden (BFP)
 Jugendgemeinschaft Eisbrecher
 Jugendgemeinschaft Eyüp Sultan
 Jugendgemeinschaft Lajkonik
 Jugendgruppe Özgür Genclik - Freie Jugend
 Jugendgruppen der Freiwilligen Feuerwehren Nürnberg
 Jugendgruppen des EAV Gleißhammer /
 Bayerische Fischerjugend
 Jugendinitiative Junge Lesben und Schwule im Verein Fliederlich e. V.
 Jugendrotkreuz Nürnberg
 Jugendtreff International - Begegnungsstube Medina
 Junge Europäer Bayern
 Junge HumanistInnen Nürnberg - JuHus und Jugendfeier
 Junge Liberale Nürnberg e. V.
 Junge Presse Bayern e. V.
 Junge Stimme e. V.
 Junge Union Stadtverband Nürnberg
 Junkie-Bund Nürnberg e. V.
 Jusos Nürnberg
 Cassandra e.V.
 Katholische Kirchenstiftung St. Georg
 Kath. Stadtkirche Familienbildungsstätte Zoff + Harmonie
 Katholischer Kindergarten St. Anton
 Kinder- und Jugendtreff Süd e. V.

- Kinder- und Jugendwerk der evang.-meth. Kirche
Kinderhaus e. V.
Kirchengemeinde Mögeldorf
Kirchengemeinde Philippuskirche
KOFIZA (In Via Katholische Mädchensozialarbeit e. V.)
Kolpinghaus Nürnberg e. V.
Kreisjugendring Nürnberg-Stadt
Landesbund für Vogelschutz
Leben in Verantwortung e. V.
Lebenshilfe e. V.
Lilith e. V.
Mädchentreff e. V.
Malteser Jugend
Männer gegen Männergewalt e. V.
Medienzentrum Parabol e. V.
Melanchthonkirche Nürnberg
Mesale e. V.
Mudra e. V.
Musikzentrale Nürnberg e. V.
Mütterzentrum Nürnberg e. V.
Nachbarschaftshaus Gostenhof
Naturfreundejugend
Naturhistorische Gesellschaft Nürnberg e. V.
Nürnberger Forum Altenhilfe
Nürnberger Freundeskreis für Suchtkranke
ÖAZ Ökumenisches Arbeitslosenzentrum
Pandora e.V.
Panne e. V.
Paritätischer Wohlfahrtsverband Bezirksverband Nürnberg
Pestalozzi-Fröbel-Verband e. V.
Pfadfinderbund Weltenbummler
Pflege/Adoptiveltern/Tagesmütter Nürnberg, Fürth und Umgebung e.V.
Pro Familia Nürnberg e. V.
Rapid El Movement (REM)
Regionalzentrum für Selbsthilfegruppen Mittelfranken e. V.
Royal Rangers - Landeswerk Freikirchlicher Pfingstgemein-
de in Bayern
Rummelsberger Anstalten e. V.
Schlupfwinkel e. V.
Schöpfrad e. V.
Schützenjugend Nürnberg
Selbsthilfe Körperbehinderter e. V.
SOKE - Selbstorganisierte Kindertageseinrichtungen in
Nürnberg e. V.
Sozialdienst katholischer Frauen e. V.
Sozialverband VdK Deutschland e. V.
Sportjugend im BLSV
Stadtmission e. V.
Stadtseniorenrat Nürnberg
Stadtverband der Gehörlosen Nürnberg e. V.
Stiftung Der Schülercoach
Stiftung Mittelfränkisches Blindenheim
Suchthilfe Neues Leben Nürnberg
Südstadt Spielstadt e. V.
SV Eyüp Sultan
Technisches Hilfswerk - THW Jugend Nürnberg
Theater Pfütze e. V.
TIM e. V.
Treffpunkt e. V.
Union der Eritreischen Jugend
Verband christlicher Pfadfinderinnen und Pfadfinder (VCP)
Verband Deutscher Sinti und Roma
Landesverband Bayern e.V.
Verein für Kinderpädagogik e. V.
Verein für sozialpädagogische Jugendbetreuung vsj e.V.
Vietnamesisch Buddhistischer Kinder- und Jugendtreff
Werkstatt für Behinderte e. V.
Wildwasser Nürnberg e. V.
Wohngemeinschaft für Flüchtlingskinder Nürnberg e. V.
ZAPf e. V.
Zentrum Aktiver Bürger (ZAB) e. V.
Zentrum Kobergerstraße e. V.

12. Planung und Steuerung ausbauen

Grundlagen und Instrumente der strategischen Steuerung

Die Leitlinien des „Orientierungsrahmens für eine nachhaltige kommunale Jugend-, Familien-, Bildungs- und Sozialpolitik“¹⁷ bilden nicht nur die wesentliche Gliederungsstruktur des vorliegenden Jahresberichts 2008. Vielmehr ist die Berichterstattung erst der letzte Schritt in der strategischen Steuerungslogik für den Geschäftsbereich Jugend, Familie und Soziales in der Nürnberger Stadtverwaltung. Die Leitlinien wurden 2005 im Kreis der Führungskräfte im Referat (Ämter, Eigenbetrieb NÜSt, NOA, ARGE, wfb) erarbeitet und sind seither Grundlage der Jahresplanung entlang der Themen und Handlungsfelder. Die Überprüfung der gesteckten Ziele zum Jahresende gibt einen Überblick über das Erreichte – auch als Informationsgrundlage der Berichterstattung – und ermöglicht so die Planung für das Folgejahr. Die kooperative Leitlinienplanung aus dem Kreis der Führungskräfte heraus bezieht die operativen Zuständigkeiten und Planungen ein, bietet zugleich aber die große Chance, über Hierarchie- und Verwaltungsgrenzen hinweg strategische Themenfelder der kommunalen Sozialpolitik zu bündeln und voranzubringen, auch wenn die konkreten Einzelbausteine und Arbeitspakete in sehr unterschiedlicher organisatorischer Verantwortung liegen.

Die Leitlinien sind zugleich auch kommunikative Klammer für Ausschussvorlagen, Publikationen und sonstige Aktivitäten der Öffentlichkeitsarbeit und damit Steuerungsinstrument für die Außen- und Darstellung. Die thematische Zuordnung der Zuschüsse, die der Geschäftsbereich Soziales an Akteure in der Stadt vergibt, zu den Leitlinien ist ebenfalls Grundlage dafür, dass die Prioritätensetzung beim Einsatz von Ressourcen und Engagement in Einklang mit der strategischen Ausrichtung steht.

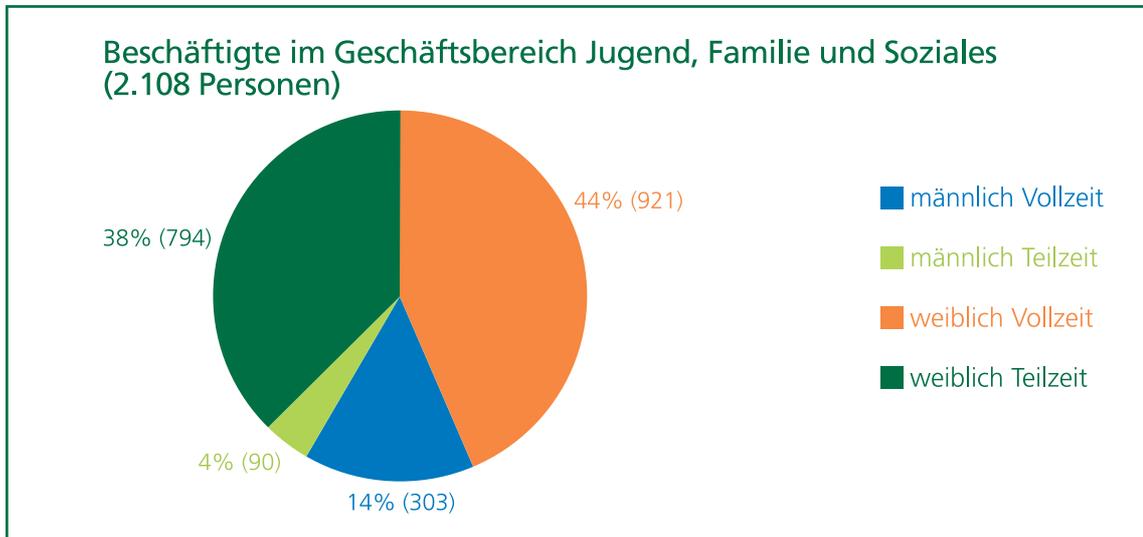
Haushalts- und Personalplanung müssen – unter angemessener Berücksichtigung der gesamtstädtischen Interessen – ebenfalls den großen sozialpolitischen Herausforderungen Rechnung tragen. Der Geschäftsbereich Jugend, Familie und Soziales bemüht sich, im partnerschaftlichen, transparenten Miteinander (unter Akzeptanz der jeweils unterschiedlichen Rollen) mit den Geschäftsbereichen Finanzen bzw. Personal und Organisation die nötigen Finanz- und Personalressourcen zu erreichen. Dementsprechend konnte dem Stadtrat eine Reihe zusätzlicher Stellen insbesondere beim ASD, der seit Jahren deutliche Fallzahlensteigerungen verzeichnet, sowie beim Ausbau der Kindertageseinrichtungen zum Beschluss vorgeschlagen werden und diese fanden für 2009 Aufnahme in den Stellenplan.

Der Auftrag der Finanz- und Organisationsverwaltung, durch einen ausgeglichenen Haushalt und schlanke Verwaltungsstrukturen die gesunde Entwicklung und die Zukunftsfähigkeit der Stadt sicherzustellen, und die Aufgaben des Geschäftsbereichs Jugend, Familie und Soziales für Chancengerechtigkeit im Aufwachen, Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung und ein solidarisches Miteinander in der alternden Stadtgesellschaft sind nicht immer einfach zu vereinbaren. Das gemeinsame Ziel des lebenswerten und zukunftsorientierten Nürnberg ist die Anstrengung aller Beteiligten aber allemal wert.

Personalentwicklung und Fortbildungskoordination

Im Geschäftsbereich Referat V mit den Dienststellen J, SHA und SenA sowie dem Eigenbetrieb NÜSt waren Ende 2008 2.108 Personen beschäftigt.

¹⁷Vgl. Schaubild S. 2, Text unter www.soziales.nuernberg.de



Quelle: Personalamt der Stadt Nürnberg, Beschäftigte Ref. V, J, SHA, SenA, NüSt, ohne Freistellungsphase der Altersteilzeit, ohne ARGE; Stand 31.12.2008.

Entscheidender Faktor für die Qualität der Sozialen Arbeit sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Im Kreis der Führungskräfte nahm daher das Thema Personalentwicklung 2008 eine wichtige Rolle ein. In Vorträgen und Gesprächen mit externer Beratung, mit Personalverantwortlichen großer Sozialunternehmen und der Leitung des städtischen Personalamts wurden konkrete Ansätze diskutiert, Vorschläge ausgearbeitet und einzelne Bausteine in Umsetzung gebracht. So wurde beispielsweise der Vorschlag des Geschäftsbereichs Referat V, eine gesamtstädtische Mitarbeiter(innen)befragung durchzuführen, mittlerweile durch das Personal- und Organisationsreferat aufgegriffen. Manche tarifliche Regelung macht ein flexibles Eingehen auf Wünsche und Bedürfnisse von Beschäftigten schwierig und die Stellensituation hemmt in vielen Bereichen vorhandene Weiterentwicklungswünsche. Die Verhandlungen zu den leistungsbezogenen Entgeltbestandteilen nach TVöD konnten 2008 zwischen Personalvertretung und Arbeitgeber Stadt Nürnberg nicht abgeschlossen werden. Dennoch sind Führungskräfte auf allen Ebenen aufgefordert, die vorhandenen Instrumente der Personalentwicklung in Zusammenarbeit mit dem städtischen Personalamt aktiv einzusetzen und Vorschläge für deren Verbesserung zu machen.



Ein wichtiger, wenn nicht der wichtigste Baustein der Personalentwicklung ist die Qualifizierung und Fortbildung. Qualifizierungen und Fortbildungen werden in den Dienststellen in unterschiedlichen Zusammenhängen angeboten und von den Fachkräften genutzt. Zentral verwaltet das Personalamt – Personalentwicklung – einen Teil der zur Verfügung stehenden Fortbildungsmittel und bietet Veranstaltungen an, die insbesondere im gesamtstädtischen Interesse sind. Hier arbeitet das Personalamt der Stadt Nürnberg im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit mit den Nachbarkommunen in der „Städteakademie“ zusammen, punktuell auch mit den einzelnen Dienststellen.

Im wesentlichen lag in den vergangenen Jahren die Planung und Steuerung der Fort- und Weiterbildung im Referat, in der Verantwortung der Fachdienststellen. Entsprechend waren insbesondere die Inhouseveranstaltungen schwerpunktmäßig ausgerichtet auf die jeweiligen internen Ziele der Dienststelle oder des Bereiches. In unterschiedlichem Umfang wurden von den einzelnen Fachkräften Fortbildungsangebote von externen, in der Regel fachspezifischen Trägern genutzt.

Mit der Fortbildungscoordination Soziale Arbeit im Referat wurde ein Forum geschaffen, in dem alle Dienststellen und Bereiche des Referates vertreten sind. Folgende Grundannahmen und Erwartungen sind mit der Fortbildungscoordination verbunden:

- Laufende und systematische Fortbildung von Fachkräften ist unabdingbar für fachlich qualifizierte Arbeit.
- Fortbildung dient der Personalentwicklung, indem sie Fachkräfte qualifiziert, ihnen „Handwerkszeug“ vermittelt, sie motiviert und ihnen Perspektiven für neue Aufgaben öffnet.
- Fortbildung dient der Weiter- und Neuentwicklung fachlicher Konzepte und ihrer Umsetzung.
- Fortbildung dient der Organisationsentwicklung, indem sie Impulse gibt, Organisationsentwicklungsprozesse begleitet, den Erfahrungsaustausch fördert, neue Perspektiven eröffnet und Wissen aus Theorie und Praxis vermittelt.
- (Gemeinsame) Fortbildung fördert die Kooperation mit wichtigen Akteuren aus anderen Handlungsfeldern oder anderen Institutionen.
- (Interne) Fortbildung fördert die Corporate Identity (innerhalb einer Organisationseinheit, innerhalb eines Nahraums, innerhalb eines Handlungsfeldes).
- Im Geschäftsbereich gibt es vielfältige qualifizierte fachliche Ressourcen, die bei der Entwicklung und Gestaltung von Fortbildung genutzt werden können und müssen.

Qualifizierungen und Fortbildungen werden mehr und mehr dienststellen- und bereichsübergreifend konzipiert und noch gezielter als Steuerungsinstrument für die Personalentwicklung und Unterstützung der strategischen Ziele im gesamten Geschäftsbereich eingesetzt.

Im Jahr 2008 wurde deutlich, dass mit den zur Verfügung stehenden Mitteln und wegen der vielfältigen unterschiedlichen Zugänge zu Qualifikation und Fortbildung nicht ohne weiteres eine aussagekräftige und vollständige Übersicht der Fortbildungsaktivitäten im gesamten Geschäftsbereich erstellt werden kann. So wurde Ende 2008 eine erste Version einer Info-Plattform im Internet entwickelt, auf der zunächst alle selbst konzipierten Qualifikationen und Fortbildungen eingestellt und veröffentlicht werden. Im nächsten Schritt ist geplant, für die Fortbildungscoordination eine Software einzuführen, über die sowohl interne als auch externe Qualifizierungen und Fortbildungen verwaltet werden. Damit werden auch systematischere Auswertungen möglich, die für die Personalplanung und -entwicklung von großer Bedeutung sind.





Organisationsreform im Referat V

Mit den „Bausteinen für eine Organisationsreform im Geschäftsbereich Referat V“ wurden im Sommer 2006 die Grundlagen für die Neuorganisation des Referats, der Ämter und Aufgabengelegt. Ziel war es, die Voraussetzungen für modernes Verwaltungshandeln zu schaffen, die Organisation fit zu machen für die sozialen Herausforderungen und die Strukturen in Richtung „good governance“¹⁸ weiterzuentwickeln. Als Zeitraum für den Umbau waren rund drei Jahre – Herbst 2006 bis Ende 2009 vorgesehen. Die größten sichtbaren Veränderungen (zum Beispiel neue Bereichsstruktur im Jugendamt, Umbenennung des Sozialamts, Verlagerung des Allgemeinen Sozialdiensts in das Jugendamt und des Sozialpädagogischen Fachdiensts zum Amt für Existenzsicherung und Soziale Integration – Sozialamt) fanden bereits 2007 statt.

Im Jahr 2008 kamen weitere organisatorische und personelle Weiterentwicklungen hinzu. Zum Beispiel konnten erste Weichen für die engere Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule, insbesondere bezüglich der Jugendsozialarbeit an Schulen, gestellt und die Zusammenarbeit mit dem Geschäftsbereich Schule intensiviert werden. Der weitere Ausbau der Stadtteilkoordination, die Initiierung neuer Seniorennetzwerke, die Stärkung der Stabsfunktion Bürgerschaftliches Engagement, die Neuordnung der fachlichen Planung im Bereich 1 (Kindertageseinrichtungen) des Jugendamts, die Einrichtung erster Familienzentren oder die Installierung des Dienstleistungszentrums Kita 2013 sind weitere organisatorische Folgen fachlich-inhaltlicher Weichenstellungen, die 2008 erfolgen konnten.

Im Zusammenhang mit der Organisationsreform wurde ein Beitrag zur Haushaltskonsolidierung in Höhe von rund 2,88 Mio. Euro zugesagt. Die Realisierung dieser Vorgabe wurde 2008 weiter erfolgreich vorangebracht.

Parallel davon mussten auch organisatorische Veränderungen umgesetzt werden, die nicht aufgrund eigener Ziele, sondern durch gesetzliche Rahmenbedingungen erforderlich waren. Beispielsweise waren nach der Zuständigkeitsverlagerung der ambulanten Eingliederungshilfe zum Bezirk Mittelfranken die Fallübergabe in die Wege zu leiten und die entsprechenden Abteilungen im Sozialamt umzuorganisieren. Die Entscheidung, ob im Gegenzug die stationäre Hilfe zur Pflege in die Zuständigkeit der Kommune übergeht, wurde entgegen der Ankündigungen auf Landesebene bislang nicht getroffen, sodass ein sinnvoller Übergang der in die gesetzliche Materie eingearbeiteten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von einem Leistungsbereich in den anderen nicht möglich war. Die entsprechenden Abteilungen und das Fachwissen müssen dann gegebenenfalls zu einem späteren Zeitpunkt neu aufgebaut werden.

¹⁸Vgl. Einleitung.



Strukturen und Organisationseinheiten im Geschäftsbereich des Referats für Jugend, Familie und Soziales

1. Das Referat für Jugend, Familie und Soziales (Referat V)



Der Referent für Jugend, Familie und Soziales ist verantwortlich für die **strategischen Leitlinien** und die Gesamtplanung der kommunalen Jugend-, Familien-, Bildungs- (vor und neben der Schule) und Sozialpolitik. Er leitet den Geschäftsbereich Referat V mit den zugeordneten Dienststellen und dem Eigenbetrieb NürnbergStift. Hinzu kommt das fachliche Monitoring der Tochtergesellschaften Noris-Arbeit gGmbH und Werkstatt für Behinderte WfB gGmbH sowie die fachliche Begleitung der ARGE Nürnberg. Das Referat bildet die Schnittstelle zum Stadtrat und zur Öffentlichkeit. Sitz des Referates ist das Rathaus, Hauptmarkt 18. Weitere Büros befinden sich im Heilig-Geist-Spital, Spitalgasse 22.

Im Referat werden grundsätzliche und geschäftsbereichsübergreifende Fragestellungen bearbeitet und die Kommunikation und Außerdarstellung des Geschäftsbereichs abgestimmt. Im Auftrag des Referenten bearbeitet die Persönliche Mitarbeiterin ausgewählte Projekte, z.B. Mitarbeit am gesamtstädtischen Bildungsbericht, übernimmt Koordinierungsaufgaben und die Öffentlichkeitsarbeit. Die

Aufgaben der **Zentralen Steuerung** umfassen ämterübergreifende Planung, Steuerung und Controlling, die Regiestelle Sozialraumentwicklung, kommunale Beschäftigungspolitik, Fortbildungskoordination Soziale Arbeit, Integration und Migration einschließlich des Aussiedlerbeauftragten (bis Ende 2008) und bürgerschaftliches Engagement „Corporate Citizenship“.

Die **Regiestelle Sozialraumentwicklung** bündelt die stadtteilbezogenen Aktivitäten im Geschäftsbereich, steuert insbesondere den Einsatz der Stadtteilkoordination in Stadtteilen mit besonderem sozialen Entwicklungsbedarf, ist für andere Geschäftsbereiche und externe Partner Ansprechpartnerin in Fragen der sozialen Stadtentwicklung und vertritt den Geschäftsbereich bei Themen der Stadtentwicklung, z.B. im Programm „Soziale Stadt“ und im Projekt koop.stadt2010+.

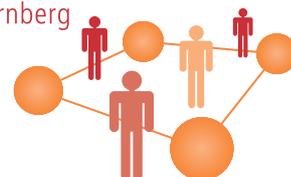
Die **Koordinationsstelle soziale Integration durch Beschäftigung (KosIB)** koordiniert und steuert die Aktivitäten in Bezug auf die städtische Trägerschaft in der ARGE Nürnberg für die Grundsicherung und soziale Integration Langzeitarbeitsloser und ihrer Familien nach SGB II. Operative Aufgaben werden in Abstimmung mit KosIB in unterschiedlichen Organisationseinheiten wahrgenommen, z.B. Jugendberufshilfen im Jugendamt, Maßnahmen zur sozialen und beruflichen Integration durch die Noris-Arbeit und die rechtliche und finanzielle Abwicklung der Grundsicherungsleistungen für Arbeitsuchende im Sozialamt.

Die **Fortbildungskoordination Soziale Arbeit** stellt ein gemeinsames Fortbildungsprogramm zusammen, analysiert die weitergehenden spezifischen Fortbildungsbedarfe in der Sozialen Arbeit und entwickelt gemeinsam mit den Fachleuten der Dienststellen weitere Angebote für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Nürnberg, aber auch freier Träger.

Angebote zur **Integration** für Menschen mit Migrationshintergrund machen alle Ämter und Einheiten des Referats für Jugend, Familie und Soziales für ihre jeweiligen Zielgruppen. Die ämterübergreifende Koordination und Vertretung in gesamtstädtischen Gremien, zum Beispiel Koordinierungsgruppe Integration und Integrationskommission, wird im Referat wahrgenommen. Bis Dezember 2008 war auch die Funktion des Aussiedlerbeauftragten hier angesiedelt. 2009 werden die Integrationsaufgaben in der Stadtverwaltung neu organisiert.

Bürgerschaftliches Engagement – vom Ehrenamt in Jugend- und Wohlfahrtsverbänden, im Sport oder der Kultur über neue, spontane Formen des Engagements bis hin zu Stiftungen, Sponsoring und zum „Unternehmen als Bürger“ (Corporate Citizenship) – ist für die Stadtgesellschaft unentbehrlich. Es braucht aber auch Strukturen und Unterstützung. Im Referat werden konzeptionelle Grundlagen für das Engagement im Sozialbereich erarbeitet, die Zusammenarbeit mit dem Zentrum Aktiver Bürger moderiert, Impulse für die Weiterentwicklung gegeben, neue Gruppen von Ehrenamtlichen angesprochen und die Öffentlichkeitsarbeit gebündelt.

Bürgerschaftliches Engagement
in Nürnberg



Das **Nürnberger Bündnis für Familie** besteht seit Juni 2000. Der **Stab Familie** im Referat für Jugend, Familie und Soziales initiiert, koordiniert und führt in Zusammenarbeit mit städtischen Dienststellen und anderen Akteuren die Aktivitäten im Bündnis für Familie durch. Das Nürnberger Bündnis war Vorbild für die bundesweite Initiative „Lokale Bündnisse für Familie“, der mittlerweile über 540 Kommunen und Landkreise angehören. Seit 2007 sind Stabsmitarbeiterinnen anteilig in den Dienststellen Jugendamt, Sozialamt und Seniorenamt tätig und übernehmen dort Aufgaben, die mit den Projekten im Stab Familie in Zusammenhang stehen. Konzeptionelle, strategische und kommunikative Aufgaben werden weiterhin zentral im personell deutlich reduzierten Stab Familie wahrgenommen. So ist es gelungen, die Innovationen des Bündnisses für Familie mit den operativen Tätigkeiten eng zu verzahnen und modellhafte Ansätze, wie etwa die „Kindertagesstätten als Orte für Familien“, in die Fläche zu bringen.

Der Referent für Jugend, Familie und Soziales ist qua Amt Vorsitzender der **Jugendhilfekommission Franken**. Die Geschäftsstelle ist beim Jugendamt verortet. Aufgabe der Kommission ist der Abschluss von Vereinbarungen zur Finanzierung von stationären und teilstationären Jugendhilfeleistungen (z.B. Kinder- und Jugendheime, heilpädagogische Tagesstätten, betreute Wohngruppen und Einrichtungen für Mutter und Kind) für Ober-, Mittel- und Unterfranken. Die Kommission handelt im Auftrag der Kommunalen Spitzenverbände, der Verbände der Träger der freien Jugendhilfe sowie der Vereinigungen sonstiger Leistungserbringer.

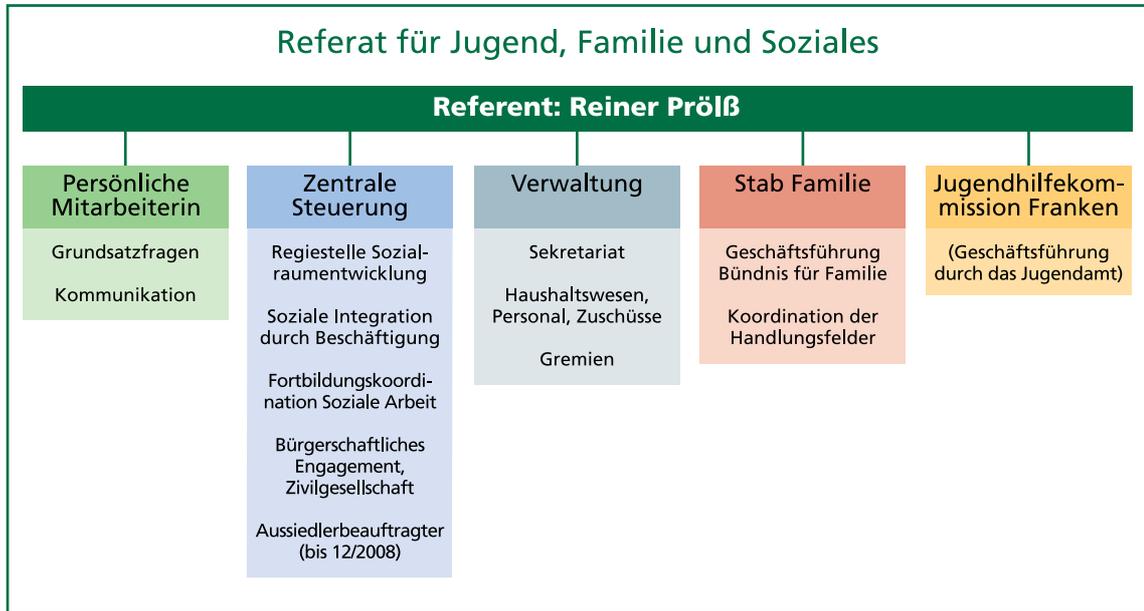
Referat für Jugend, Familie und Soziales
Rathaus
Hauptmarkt 18
90403 Nürnberg
Telefon: (0911) 231 - 23 80
Telefax: (0911) 231 - 55 10
ref.V@stadt.nuernberg.de
www.soziales.nuernberg.de

Stab Familie / Bündnis für
Familie
Spitalgasse 22
90403 Nürnberg
Telefon: (0911) 231 - 73 56
Telefax: (0911) 231 - 73 55
bff@stadt.nuernberg.de
www.bff-nbg.de



BÜNDNIS für FAMILIE

Nürnberg
REFERAT FÜR JUGEND, FAMILIE UND SOZIALES



2. Die Fachausschüsse: Jugendhilfe-, Sozialausschuss und Werkausschuss NürnbergStift

Dem Referat fachlich zugeordnete Ausschüsse des Stadtrats sind der Jugendhilfeausschuss, der Sozialausschuss und der Werkausschuss NürnbergStift. Die Ausschussunterlagen werden in den Dienststellen vorbereitet und vom Referenten eingebracht. Nach den Kommunalwahlen im März 2008 und der Neukonstituierung des Stadtrats traten die Ausschüsse ab Mai 2008 in neuer Besetzung zusammen.

Der Jugendhilfeausschuss, der nach § 71 SGB VIII eine Sonderstellung einnimmt und dem zu zwei Fünfteln Vertreterinnen und Vertreter von Trägern der freien Jugendhilfe angehören, tagte im Jahr 2008 fünf Mal sowie zwei Mal gemeinsam mit dem Schul-, einmal gemeinsam mit dem Kultur- und einmal mit dem Gesundheitsausschuss. Behandelt wurden insgesamt 83 Tagesordnungspunkte. Beispiele für besonders umfangreiche Beratungsgegenstände sind der „Jugendarbeitsmarkt- und Berufsausbildungsbericht“ (10.4.2008), das Konzept „Soziales Frühwarnsystem und frühe Hilfen für Kinder und Eltern“ (Jugendhilfe- und Gesundheitsausschuss, 23.10.2008) und das „Arbeitsprogramm gegen Kinderarmut in Nürnberg“ (11.12.2008).

Der Sozialausschuss trat fünfmal zusammen, zusätzlich einmal gemeinsam mit dem Gesundheitsausschuss, und beriet über 48 Tagesordnungspunkte, darunter zum Beispiel die Zukunft der ARGE (6.3.2008), die Umsetzung des Konzepts zur Obdach- und Wohnungslosenhilfe (6.3.2008), die Weiterentwicklung der Pflege (mehrfach), der Bericht der Heimaufsicht (mit dem Gesundheitsausschuss, 26.6.2008), das Bürgerschaftliche Engagement in Nürnberg (2.10.2008) sowie das Profil der kommunalen Behindertenarbeit (11.12.2008). Ein Hintergrundgespräch mit Vertretern von Nürnberger Pflegeeinrichtungen am 9.7.2008 gab Einblicke in die Arbeit in den Heimen.

Der Werkausschuss NüSt behandelte in vier Sitzungen 22 Tagesordnungspunkte.



Themen aus dem Geschäftsbereich Referat V wurden auch in anderen Gremien des Stadtrats behandelt, vor allem in der Kommission für Integration, aber auch im Ausschuss für Recht, Wirtschaft und Arbeit sowie im Stadtrat, etwa bei der Beschlussfassung zum Rahmenplan Spielen am 27. Februar 2008 und der Vorlage des ersten Jahresberichts des Referats für Jugend, Familie und Soziales am 23. Juli 2008.

Zugriff auf alle Tagesordnungen und Vorlagen des Stadtrats und seiner Ausschüsse, die in öffentlicher Sitzung behandelt wurden, bietet das elektronische Ratsinformationssystem unter www.stadtrat.nuernberg.de.

3. Amt für Kinder, Jugendliche und Familien – Jugendamt (J)



Das Jugendamt ist die größte Dienststelle der Stadtverwaltung mit 1.380 Beschäftigten, von denen ca. 560 in Teilzeit arbeiten. Der geringe Anteil von 210 Männern erklärt sich durch den Umstand, dass in den Kindertageseinrichtungen fast ausschließlich Frauen beschäftigt sind. Das Jugendamt wird von Rudolf Reimüller geleitet.

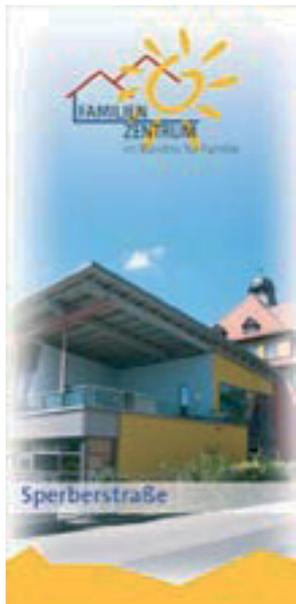
Die größte organisatorische Veränderung des Jahres 2008 im Jugendamt ist Folge einer Vereinbarung der Stadtratsfraktionen von SPD und CSU, die sich auf die engere Verzahnung der sozialpädagogischen Kompetenzen an Schulen und die Zusammenführung der bisher auf zwei Geschäftsbereiche verteilten Ressourcen unter dem Dach des Jugendamts verständigt haben. Die Vereinbarung geht davon aus, dass Schule und Jugendhilfe noch stärker gemeinsam und auf gleicher Augenhöhe agieren müssen, um das Beste für die jungen Menschen in Nürnberg zu erreichen. Die zuständigen Geschäftsbereiche Schule sowie Jugend, Familie und Soziales haben den Prozess der fachlichen Weiterentwicklung und organisatorischen Zusammenführung eingeleitet, damit zum Schuljahr 2009/2010 die neuen Festlegungen in die Praxis umgesetzt werden können. Im Schuljahr 2008/2009 arbeiten die Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen noch an ihren bisherigen Einsatzschulen weiter: 27 Fachkräfte des Schulsozialpädagogischen Dienstes (SDN) – vormals Schulreferat – an 23 Schulen (alle Schularten außer Förderzentrum) und 23 Fachkräfte der Jugendsozialarbeit an Schulen (JaS) des Jugendamtes an 22 Schulen (Hauptschulen und Förderzentrum).

Das Amt ist in vier Bereiche gegliedert:

Im Bereich 1 Kindertageseinrichtungen, Häuser für Familien und Tagespflege (Leitung: Ingeborg Brandl-Herrmann) sind Kindertagesbetreuung, frühkindliche Bildung und Erziehung als Kernelement kommunaler Familienpolitik in folgenden Einrichtungsformen organisiert:

- Krippen und Tagespflege für Kinder von 2 Monaten bis zu 3 Jahren,
- Kindergärten für Kinder von 3 bis 6 Jahren,
- Horte für Grundschul Kinder (einschließlich Sonderhorte) und
- Horte als Schülertreffs für Hauptschüler vorrangig der 5. bis 7. Klasse,
- Orte für Kinder, Orte für Familien und Familienzentren.





In 124 Einrichtungen in eigener Trägerschaft stellt die Stadt mit rund 6.300 Plätzen ein Drittel des Platzangebotes für Kinder in Nürnberg. Als öffentlicher Träger der Jugendhilfe übt das Jugendamt zugleich auch eine gesetzlich geregelte Aufsichtsfunktion über die rund 260 Einrichtungen in freier Trägerschaft aus. Pädagogische Fachkräfte beraten die freien Träger in pädagogischen und konzeptionellen Fragen und unterstützen beim Aufbau neuer Einrichtungen. Bis zum Jahr 2013 sollen insgesamt rund 25.000 Plätze zur Verfügung stehen. Dafür sind enorme Investitionen erforderlich. Für die qualitative Weiterentwicklung der Kindertageseinrichtungen hin zu mehr integrierter Familienarbeit als Orte für Kinder, Orte für Familien und Familienzentren wurde ein gesondertes Förderprogramm beschlossen.

Der Bereich 2 Kinder- und Jugendarbeit, Erziehungsberatung und Familienbildung (Leitung: Bernd Kammerer) gliedert sich in fünf Abteilungen sowie den Stab Familienbildung und Kampagne Erziehung bei der Bereichsleitung.

Die Präventive Kinder- und Jugendhilfe (Abteilung 1) umfasst die Arbeitsschwerpunkte Kinder, Spiel und Stadt, Kinder- und Jugendschutz, Suchtprävention, Musisch-kulturelle Programme/Kinderkultur (kulturelle Bildung), Ferienprogramme und Schul- und berufsbezogene Jugendhilfe. Abteilung 2 bilden die drei städtischen Erziehungsberatungsstellen.

Den Abteilungen 3 bis 5 sind die sozialraumorientierten Einrichtungen und Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit in neun Sozialregionen zugeordnet (Kinder- und Jugendhäuser, Jugendtreffs, stadtteilorientierte Streetworkprojekte, City-Streetwork für junge Punks und Jugendliche in schwierigen sozialen Lebenslagen, Jugendsozialarbeit an Schulen, das Team Mobile Jugendarbeit, Spielmobile und „Äktschnbus“).

Der Bereich 3 Soziale Dienste und Erzieherische Hilfen (Leitung: Frank Schmidt) umfasst fünf Abteilungen sowie als Stab beim Bereichsleiter die Themen Fachberatung freier Träger und Controlling erzieherischer Hilfen, Vollzeitpflege, Grundsatzfragen, Adoptionsvermittlung, Projekte „Zukunft für Kinder, Frühe Hilfen für Eltern und Kinder/Frühwarnsystem“, Stütz- und Förderklassen und Wirkungsorientierte Jugendhilfe.

Der Allgemeine Sozialdienst (ASD) (Abteilungen 1 und 2) leistet als Basisdienst in neun Sozialregionen Hilfen für Kinder, Jugendliche und ihre Familien und für junge Volljährige in aufsuchender Arbeit. Der ASD unterstützt Familien durch die Einleitung von ambulanten und teilstationären Hilfen zur Erziehung und initiiert, wo Familien mit der Erziehung überfordert sind oder das Kindeswohl gefährdet ist, Erziehung außerhalb der Familie (Pflegefamilie, Heimunterbringung). Der Kinder- und Jugendnotdienst (KJND) (Abteilung 3) nimmt Kinder und Jugendliche in Krisensituationen in Obhut und agiert bei Kindeswohlgefährdung außerhalb der Geschäftszeiten des ASD als mobiler Dienst. Der KJND betreibt auch das Sleep In als niedrigschwellige Not-schlafstelle für Jugendliche und junge Erwachsene.

Im Kinder- und Jugendhilfzentrum Reutersbrunnenstraße (KJHZ) (Abteilung 4) ist das Jugendamt selbst Leistungserbringer erzieherischer Hilfen. In fünf Gruppen werden jeweils acht Kinder und Jugendliche durchgängig betreut, außerdem werden eine Außengruppe mit innovativen Ansätzen der Eltern- und Familienarbeit und ambulante Hilfen (Erziehungsbeistandschaften, betreutes Einzelwohnen, Ambulante Intensive Begleitung) angeboten.





Die Abteilung 5 Beistands- und Amtsvormundschaft stellt u.a. Vaterschaften fest und macht Unterhaltsansprüche für Kinder geltend, einschließlich der damit verbundenen gerichtlichen Verfahren (Beistandschaften), oder vertritt Kinder in Teilbereichen oder dem gesamten Umfang der elterlichen Sorge (Pflegschaften oder Vormundschaften).

Im Bereich 4 sind Allgemeine Verwaltung und Wirtschaftliche Hilfen zusammengefasst (Leitung: Claudia Ehrensberger).

Die Abteilung 1 übernimmt Personalarbeit, Datenverarbeitung und allgemeine Organisationsaufgaben als Querschnittsabteilung für das Jugendamt. Die Abteilung 2 befasst sich mit Rechtsaufsicht, Zuschusswesen, Bedarfs- und räumlicher Planung. Sie plant die bedarfsgerechten Versorgung mit Kindertageseinrichtungen, beaufsichtigt Betriebsträger und bewilligt Zuschüsse für Kindertageseinrichtungen freier Träger (nach BayKiBiG) sowie Zuschüsse für Jugendhilfeaufgaben außerhalb des Kindertagesstättenbereiches. Die Abteilung 3: Finanzwesen, MIP, Gebäudemanagement vollzieht die Betriebsführung inklusive Budget, Haushaltsplanung und –überwachung und übernimmt Gebäudemanagement und Beschaffungswesen.

Abteilung 4: Hilfe zur Erziehung finanziert Einzelfallmaßnahmen der Jugendhilfe nach dem SGB VIII. Die Abteilung prüft und bewilligt einmalige Leistungen und zahlt Hilfe zum Lebensunterhalt für junge Menschen aus, die bei Pflegeeltern oder in Einrichtungen der Jugendhilfe untergebracht sind. In Abteilung 5: Unterhaltsvorschussgesetz, Hilfen in Tageseinrichtungen wird Unterhaltsvorschuss gewährt und die Gebühren für Kindertageseinrichtungen oder Tagespflege übernommen, wenn Eltern diese Kosten nicht oder nicht in voller Höhe tragen können. Das Amt für Ausbildungsförderung (Abteilung 6) fördert auf gesetzlicher Grundlage Ausbildungen an schulischen Einrichtungen und berufliche Aufstiegsfortbildung.

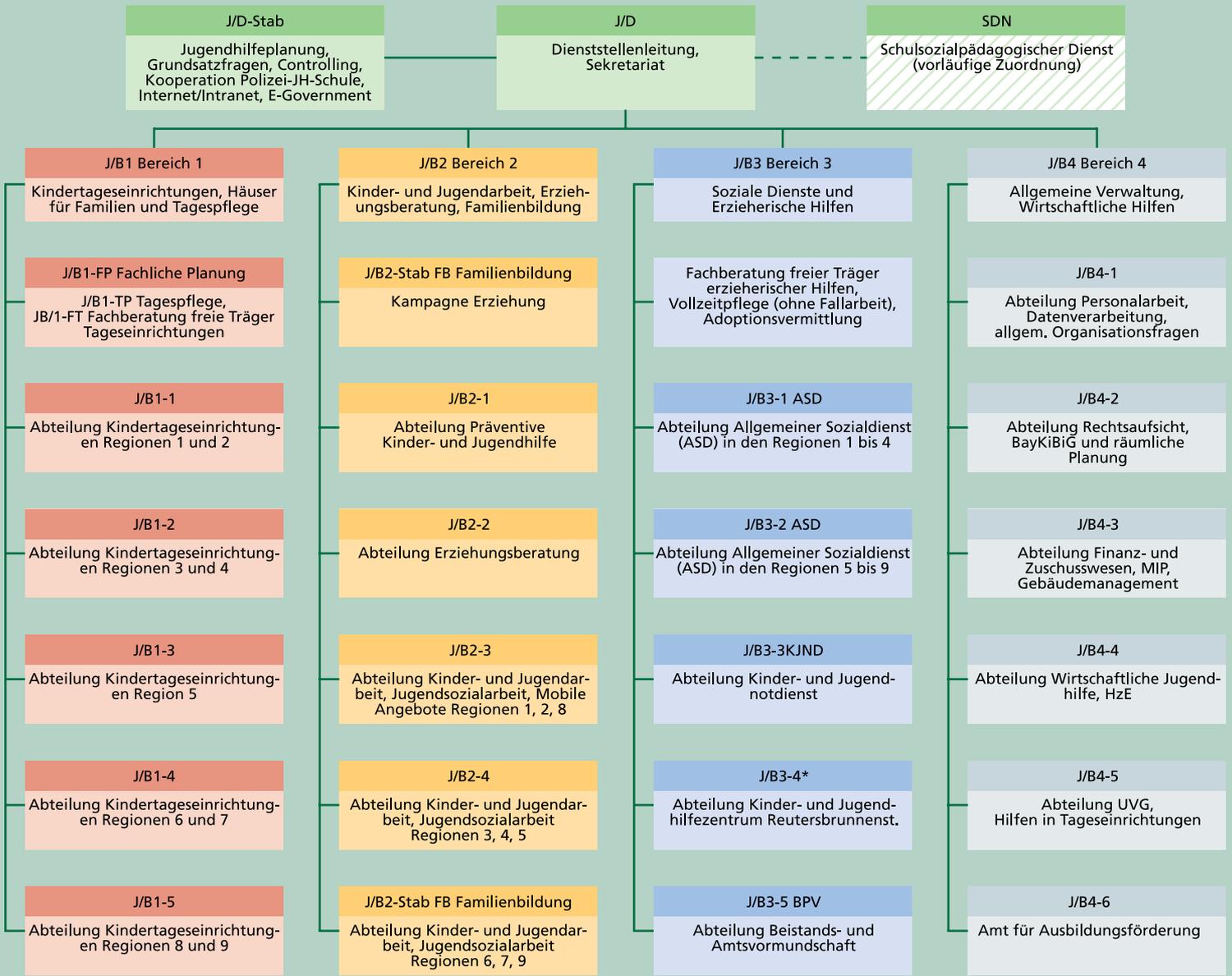
Den Bereichen 1 und 4 zugeordnet ist das Projekt „Dienstleistungszentrum KiTa 2013“, das in Kooperation mit weiteren städtischen Dienststellen den quantitativen Ausbau der Kindertagesbetreuung in Nürnberg vorantreibt.



Amt für Kinder, Jugendliche und Familien – Jugendamt
Dietzstraße 4
90443 Nürnberg
Telefon: (0911) 231 - 32 05 (Dienststellenleitung)
Telefax: (0911) 231 - 84 77
jugendamt@stadt.nuernberg.de
www.jugendamt.nuernberg.de

Amt für Kinder, Jugendliche und Familien – Jugendamt

Stand: Dezember 2008



Die neun Regionen:

1 = Gostenhof, Muggenhof, Doos; 2 = Altstadt, St. Johannis, Wetzendorf, Knoblauchsland; 3 = Großreuth, Ziegelstein; 4 = Wöhrd, Zabo, Erlentegen; 5 = Langwasser, Altenfurt, Fischbach; 6 = Gleißhammer, Gibitzenhof, Südfriedhof; 7 = Galgenhof; 8 = St. Leonhard, Schweinau; 9 = Eibach, südliche Vororte

*Zunächst bestehend aus dem Kinder- und Jugendheim und den Ambulanten Hilfen.



4. Amt für Existenzsicherung und soziale Integration – Sozialamt (SHA)

Aufgabenprofil

Das Amt für Existenzsicherung und soziale Integration – Sozialamt war mit Beginn des Jahres 2007 – als Folge der Arbeitsmarktreform und der Reform im Referat für Jugend, Familie und Soziales – neu organisiert und inhaltlich ausgerichtet worden. Das Jahr 2008 war noch weitgehend geprägt davon, das neue Aufgabenprofil umzusetzen und mit Leben zu füllen.

Das Profil hat zwei tragende Säulen: Erstens die sichernden Leistungen nach dem SGB XII, für die die Kommune zuständig ist. Das ist vor allem die Grundsicherung für über 65-jährige und dauerhaft nicht erwerbsfähige Menschen, die Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem dritten Kapitel des SGB XII und die Hilfe zur Pflege im ambulanten Bereich; dazu kommen Hilfen zur Gesundheit, Unterhaltssicherung für Wehrpflichtige, (immer noch) Kriegsopferfürsorge, Übernahme von Bestattungskosten u.a.m. Neben der Antragsbearbeitung, Gewährung und Auszahlung der genannten Leistungen gehört dazu auch die Beratung von Bürgerinnen und Bürgern über Ansprüche und alternative Leistungen.



Die zweite Säule ist die soziale Integration von Menschen und Gruppen, die von Ausgrenzung bedroht sind. Sachverhalte, die die Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft erschweren können, sind z.B. Armut, Behinderung(en), Obdachlosigkeit, der Status als Migrant/in oder die Tatsache, dass man seine Angelegenheiten nicht mehr selbst regeln kann und einer gesetzlichen Betreuung bedarf. Für das Sozialamt stellen sich in Erfüllung des sozialen Integrationsauftrags die Aufgaben der Armutsprävention und -bekämpfung, der Förderung der Integration von Menschen mit Behinderung, der Wohnungslosen- und Obdachlosenhilfe, der sozialpädagogischen Basisberatung (für Haushalte ohne Kinder – in Arbeitsteilung mit dem Jugendamt, das für Haushalte mit Kindern zuständig ist), der Betreuungsbehörde und der Integration von Migrantinnen und Migranten.

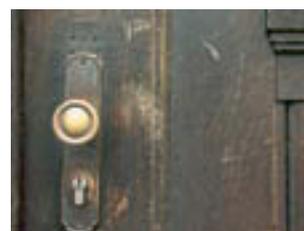


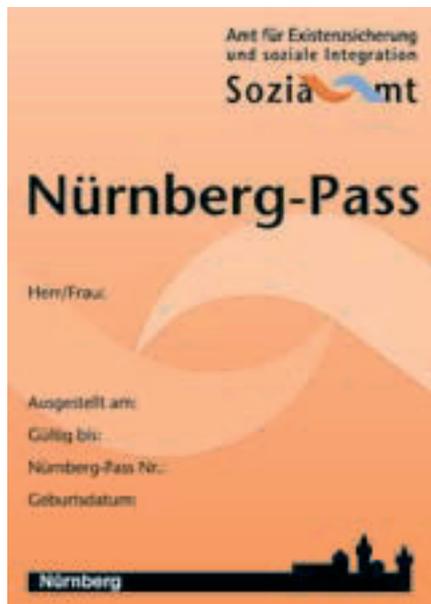
Themen des Jahres 2008

Einige Schwerpunkte innerhalb dieses Aufgabenprofils und in organisatorischen Belangen haben das Sozialamt und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Berichtsjahr 2008 besonders beschäftigt.



Bei den sichernden Leistungen war dies die Abgabe der Zuständigkeit als Kostenträger für die Leistungen der Eingliederungshilfe für Behinderte an den Bezirk Mittelfranken aufgrund der Änderung des Bay. AGSGB. Nicht nur mussten mehrere tausend Akten abgeschlossen und übergeben, sondern auch die zuständige Abteilung aufgelöst und für die Verwendung der betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gesorgt werden. Die Hoffnung, zeitgleich im Gegenzug vom Bezirk die





Zuständigkeit für die stationäre Pflege zu übernehmen (und dafür die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einsetzen zu können), erfüllte sich leider nicht. Die Entscheidung der Bayerischen Staatsregierung darüber steht immer noch aus.

Aufwändig war auch die Suche nach einem neuen Standort für die Leistungsabteilungen des Sozialamtes, da der Standort Glockenhofstraße 24–26 im Laufe des Jahres 2009 aufgegeben wird. Nach langer Suche und zähen Verhandlungen wurde im Dezember 2008 der Mietvertrag für das Gebäude Frauentorgraben 17 unterschrieben – nach Auffassung der Dienststellenleitung eine deutliche Verbesserung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und für die Kundinnen und Kunden des Amtes.

Im Aufgabenbereich soziale Integration zog sich die Weiterentwicklung des Nürnberg-Passes als Instrument der Armutsprävention und –bekämpfung wie ein roter Faden durch das Berichtsjahr 2008. Es wurde sowohl der Kreis der Berechtigten erweitert (um Wohngeldempfänger und Empfänger von Kinderzuschlag) als auch kontinuierlich die Leistungen für Nürnberg-Pass-Inhaber ausgebaut. Als „Erfolgsmodell“ der Armutsprävention erweist sich das Projekt zur Energieschulden-Prävention, das im Berichtsjahr 320 Haushalte erreicht hat. In der Obdachlosenhilfe ist der „Startschuss“ zur Auflassung der Obdachlosen-

wohnanlage Regensburger Straße besonders erwähnenswert. Die ersten (Groß-)Familien konnten noch 2008 in Wohnungen im Stadtgebiet umziehen.

Für das ganze Amt wurde im Laufe des Jahres 2008 ein Leitbild erarbeitet, das sich mit den Aufgaben, dem Selbstverständnis, dem Anspruch und dem Orientierungsrahmen des Amtes für Existenzsicherung und soziale Integration auseinandersetzt.

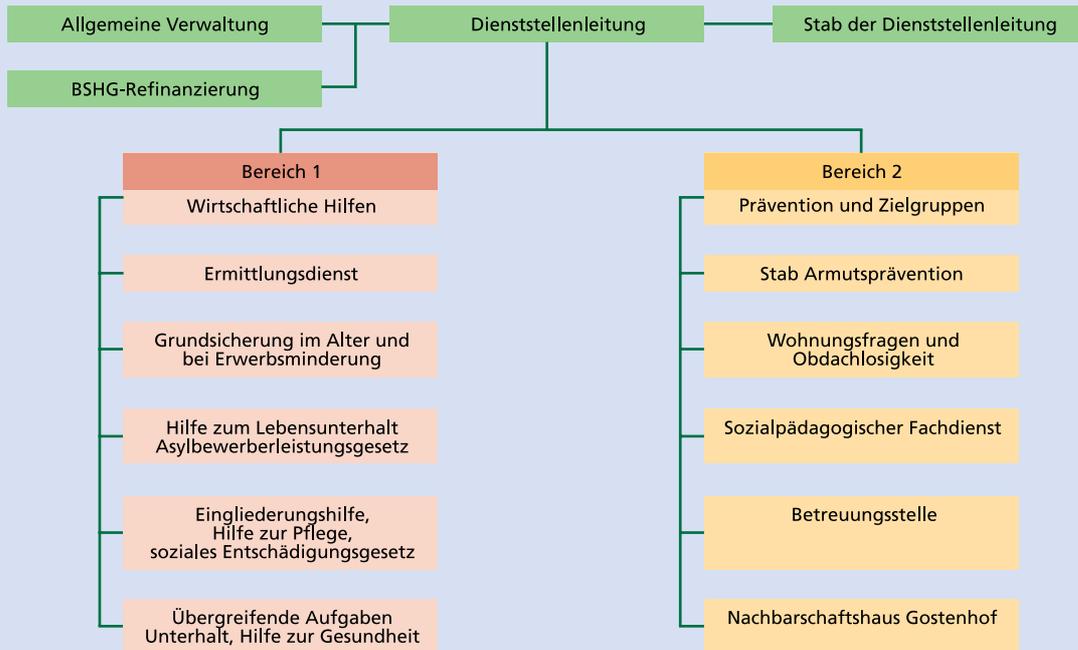
Organisation

Die Organisation des Amtes für Existenzsicherung und soziale Integration, geleitet von Dieter Maly, folgt dem Aufgabenprofil: Es gliedert sich in zwei Bereiche: SHA/1 Wirtschaftliche Hilfen (Bereichsleitung Armin Seyschab) und SHA/2 Prävention und Zielgruppen (Bereichsleitung Georg Hopfengärtner). Unterhalb dieser Bereichsstruktur sind die einzelnen Aufgaben jeweils fachlich zuständigen Abteilungen zugeordnet. Insgesamt waren Ende Dezember 2008 223 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (143 Frauen und 80 Männer) beschäftigt; davon 88 im Bereich 1 und 89 im Bereich 2, die weiteren in den Abteilungen bei der Dienststellenleitung.



Amt für Existenzsicherung und soziale Integration – Sozialamt

Stand: Dezember 2008



Amt für Existenzsicherung
und soziale Integration

Sozialamt

Amt für Existenzsicherung und soziale Integration – Sozialamt

Dietzstraße 4

90443 Nürnberg

Telefon: (0911) 231 - 23 35 (Dienststellenleitung)

Telefon: (0911) 231 - 23 15 (Auskünfte, Beratung und Beschwerden)

Telefax: (0911) 231 - 58 80

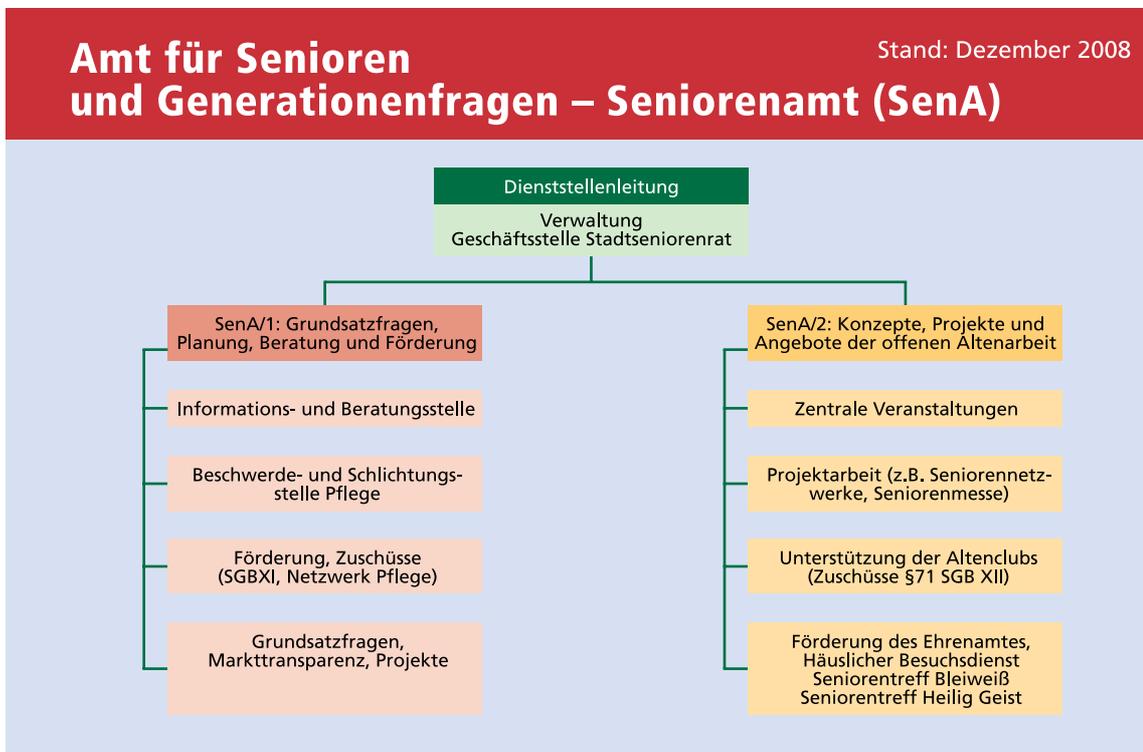
sha@stadt.nuernberg.de

5. Amt für Senioren und Generationenfragen – Seniorenamt (SenA)

Mit 24 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf rund 20 Vollzeitstellen gehört das Seniorenamt zu den kleineren städtischen Dienststellen, es hat aber mit 26,1 Prozent der Bevölkerung, die älter als 60 Jahre sind, eine sehr große Zielgruppe – und hier sind jüngere Angehörige, Freunde, Nachbarn und Ehrenamtliche, die sich um ältere Menschen kümmern, noch nicht eingerechnet.

Auch von den Aufgaben her bewältigt das Amt eine beträchtliche Spannweite: Vom Betrieb zweier Seniorentreffs, der Durchführung kleinerer Studien, der Organisation zentraler Veranstaltungen über die Beratung von Nürnberger Bürgern, die Verantwortung für eine bedarfsgerechte pflegerische Infrastruktur, der Entwicklung von Seniorennetzwerken bis hin zu Koordinierungs- und Moderationsaufgaben. Daneben werden Seniorenclubs und Pflegeeinrichtungen gefördert, Ehrenamtliche geschult und betreut und Großveranstaltungen wie die iN VIVA (gemeinsam mit der NürnbergMesse) ausgerichtet.

2008 hatte das Seniorenamt zwei größere Veränderungen zu verkraften: Zum einen den Umzug von der „Peripherie“ in der Veilhofstraße ins Zwischenquartier am Königstorgraben 11, ehe es – voraussichtlich Ende 2010 – zurück zu den Wurzeln der Nürnberger Altenhilfe, ins Heilig-Geist-Spital, geht, wo das Seniorenamt dauerhaft seinen Sitz finden wird – ein schönes Sinnbild dafür, dass die Belange der älteren Bürgerinnen und Bürger stärker ins Zentrum rücken. Zum zweiten ging der langjährige Leiter des Seniorenamtes, Friedrich Strauch, in die Freistellungsphase der Altersteilzeit; ihm nachgefolgt ist nach öffentlicher Ausschreibung und einem Assessment-Center die Sozialwissenschaftlerin und Gerontologin Sabrina Dellith.



Der Stadt seniorenrat hat 2008 im zweiten Jahr seiner vierten Amtsperiode gearbeitet. Seine Geschäftsstelle ist direkt bei der Dienststellenleitung und Verwaltung des Seniorenamtes angesiedelt und wurde 2008 mit einer zweiten Mitarbeiterin verstärkt.

Arbeitsschwerpunkte der Abteilung 1 (Leitung: Sabrina Dellith) sind die zentrale Informations- und Beratungsstelle sowie die Beschwerde- und Schlichtungsstelle Pflege, die Zuschüsse für die Versorgungs- und Pflegeinfrastruktur und die Bearbeitung von Planungs- und Grundsatzfragen als Voraussetzung für eine bedarfsgerechte Infrastruktur für ältere hilfs- und pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen. Hier ist auch die Geschäftsführung der lokalen Pflegekonferenz angesiedelt.

Die Abteilung 2 (Leitung: Ilona Porsch) bündelt alle kommunalen Angebote der präventiven offenen Seniorenarbeit. Dies reicht von eigenen kulturellen und Bildungsveranstaltungen über die Unterstützung der rd. 270 Altenclubs und Seniorentreffs und deren finanzielle Bezuschussung, der Organisation eines 80-köpfigen ehrenamtlichen Besuchsdienstes bis zum Betrieb der beiden großen städtischen Seniorentreffs Heilig-Geist und Bleiweiß. Das zwanzigjährige Bestehen der Seniorenbegegnungsstätte Heilig-Geist wurde im Sommer 2008 mit einem großen Jubiläumsfest gefeiert. Die Entwicklung von Seniorennetzwerken wurde im Jahr 2008 mit der Initiierung und dem Aufbau weiterer Netzwerke fortgesetzt.

Zwei Aufgaben, die Senioren betreffen, sind nicht im Seniorenamt, sondern im Sozialamt angesiedelt: der Sozialpädagogische Fachdienst, der – anders als die Mitarbeiterin der Beratungsstelle des Seniorenamtes – im Einzelfall auch Hausbesuche übernimmt, und die finanzielle Unterstützung im Einzelfall wie die Grundversicherung oder die Hilfe zur Pflege.



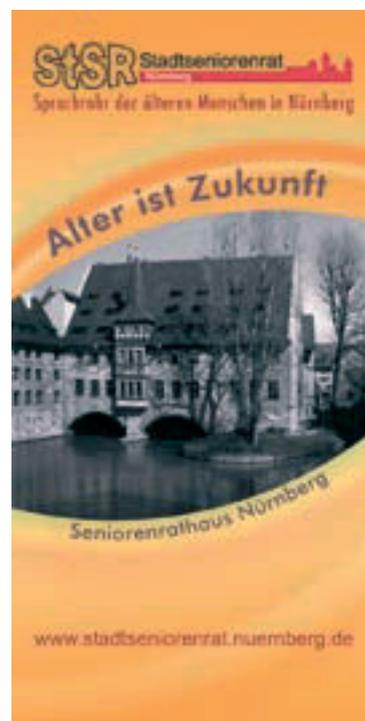
Amt für Senioren und Generationenfragen – Seniorenamt
Königstorgraben 11
90402 Nürnberg
Telefon: (0911) 231 - 67 01 (Dienststellenleitung)
Telefax: (0911) 231 - 6712
Sena@stadt.nuernberg.de



Geschäftsstelle Stadt seniorenrat
Telefon: (0911) 231 - 231 66 29 oder
(0911) 231 - 65 01

Informations- und Beratungsstelle
Telefon: (0911) 231 - 66 57

Beschwerde- und Schlichtungsstelle Pflege
Telefon: (0911) 231 - 65 55
www.senioren.nuernberg.de

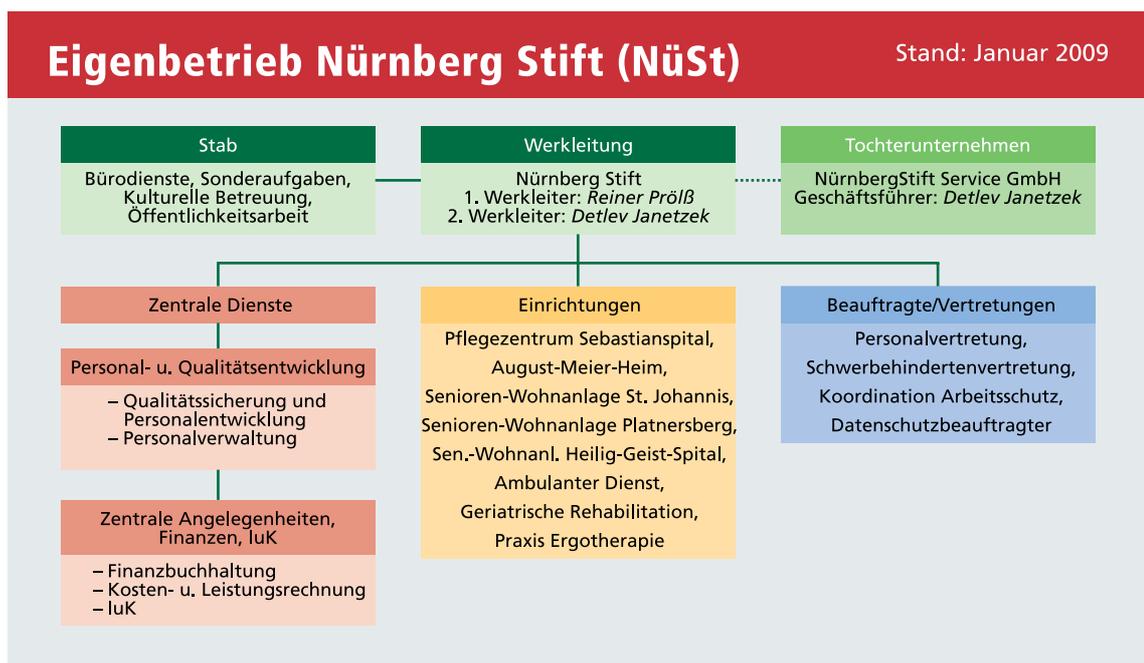




6. Der Eigenbetrieb NürnbergStift (NüSt)

Aufgabe des NürnbergStift ist es, zur Gewährleistung einer bedarfsgerechten Versorgung der älteren Bevölkerung und zur Aufrechterhaltung der Trägervielfalt ambulante, teilstationäre und vollstationäre Angebote und Einrichtungen nach dem Heimgesetz, dem SGB V und dem SGB XI zu betreiben. Die im NürnbergStift zusammengefassten Einrichtungen einschließlich der Nebenbetriebe sind öffentliche Einrichtungen der Stadt Nürnberg. Das NürnbergStift ist als Eigenbetrieb organisiert und wird als Sondervermögen verwaltet.

Zuständige Organe sind der Oberbürgermeister, der Stadtrat, der Werkausschuss und die Werkleitung (§ 4 der Betriebsatzung). Die Werkleitung setzt sich zusammen aus dem Referenten für Jugend, Familie und Soziales als 1. Werkleiter (Reiner Pröbß) und dem 2. Werkleiter mit der gleichzeitigen Funktion als Dienststellenleiter (Detlev Janetzek).



Zur Unterstützung des NürnbergStift wurde im Jahr 2003 die NürnbergStift Service GmbH gegründet. Die NürnbergStift Service GmbH, eine 100-prozentige Tochter der Stadt Nürnberg, erbringt Dienst- und Werkleistungen für das NürnbergStift im Facility-Bereich und Unterstützungsleistungen für die Pflege. Hierzu zählen insbesondere Reinigungsdienste, hauswirtschaftliche Leistungen, Aufgaben des allgemeinen Betriebsdienstes sowie Hauswirtschafts- und Serviceleistungen zur Unterstützung der Pflege. Zuständige Organe für die Gesellschaft sind der Geschäftsführer (Detlev Janetzek) und die Gesellschafterversammlung. Sitz der Werkleitung und Zentralverwaltung des NürnbergStift war bis März 2008 das Pflegezentrum Sebastianspital in der Veilhofstraße. Gesamtstädtischen Über-

legungen folgend war das Hauptgebäude, in dem u.a. die Werkleitung und die Zentralverwaltung untergebracht waren, für eine langfristige Nutzung durch die Hochschule für Musik frei zu machen. Daher zog die Werkleitung und Zentralverwaltung im April 2008 in das August-Meier-Heim, Regensburger Straße 388, um.

In der nachfolgenden Tabelle werden die wichtigsten Daten und Fakten des NürnbergStift und der NürnbergStift Service GmbH dargestellt. Zum Redaktionsschluss lagen die endgültigen, geprüften Zahlen der Jahresabschlüsse 2008 noch nicht vor. Die Vorjahreszahlen bieten jedoch einen guten Überblick über das Finanzgeschehen des NürnbergStift und der NürnbergStift Service GmbH.



NürnbergStift		2008	Vorjahr
1. Kennzahlen			
a) Plätze/Wohneinheiten	Anzahl	968,0	975,0
b) Belegungs-/Berechnungstage	Tage	326432,0	332804,0
c) Durchschnittliche tägliche Belegung	Bewohner/Patienten	892,0	912,0
d) Auslastungsgrad	Prozent	92,1	93,5
e) Mitarbeiter/innen	Vollzeitkräfte	335,9	340,6
2. Bilanz und GuV-Zahlen			
a) Bilanzsumme zum 31.12.	T €	o.A.*	47685,0
b) Anlagevermögen zum 31.12.	T €	o.A.*	29983,0
c) Eigenkapital zum 31.12.	T €	o.A.*	19797,0
d) Erträge insgesamt	T €	o.A.*	29048,0
e) Aufwendungen insgesamt	T €	o.A.*	29645,0
davon Personalaufwand	T €	o.A.*	17142,0
f) Jahresüberschuss	T €	o.A.*	67,0
NürnbergStift Service GmbH		2008	Vorjahr
1. Kennzahlen			
(MitarbeiterInnen ohne Gestellung)	Vollzeitkräfte	38,7	38,3
2. Bilanz und GuV-Zahlen			
a) Bilanzsumme zum 31.12.	T €	o.A.*	303,0
b) Anlagevermögen zum 31.12.	T €	o.A.*	15,0
c) Eigenkapital zum 31.12.	T €	o.A.*	30,0
d) Erträge insgesamt	T €	o.A.*	3955,0
e) Aufwendungen insgesamt	T €	o.A.*	3955,0
davon Personalaufwand	T €	o.A.*	958,0
f) Jahresüberschuss	T €	o.A.*	0,0



Mit der Inbetriebnahme des Neubaus im Pflegezentrum Sebastianspital und der damit einhergehenden Erhöhung des Angebotes an Einbettzimmern hat sich das Platzangebot des NürnbergStift gegenüber dem Vorjahr verringert. Der leichte Rückgang der Auslastung ist zum einen auf die mit Lärm verbundenen Umbauten und Neubauten im Pflegezentrum Sebastianspital und zum anderen auf eine sich verschärfende Marktlage bei der stationären Pflege – am 01.07.2008 trat das Pflege-Weiterentwicklungsgesetz (PFWG) in Kraft mit der Zielrichtung: ambulant vor stationär – zurückzuführen. Da der Personaleinsatz entsprechend der Auslastung gesteuert wird, ist die Zahl der Mitarbeiter/innen im Vergleich zum Vorjahr rückläufig.

Neben der Qualitätssicherung und Weiterentwicklung der Pflege war einer der Schwerpunkte 2008 die Modernisierung der zum Teil veralteten Gebäudesubstanz. Erfolgreich abgeschlossen wurde unter der Bauleitung des früheren 2. Werkleiters Günter Faust der Neubau eines Pflege- und Therapiezentrum im Pflegezentrum Sebastianspital: Das nach neuesten Erkenntnissen der Pflegewissenschaften konzipierte Zentrum wurde im Februar 2008 seiner Bestimmung übergeben. Im Juni 2008 konnte mit der Modernisierung und Sanierung des sogenannten Sparkassenhauses begonnen werden, zudem wurden im Jahr 2008 erste Überlegungen für die zukunftsorientierte Ausrichtung des August-Meier-Heims angestellt.



NürnbergStift, Zentrale Verwaltung,
Regensburger Straße 388
90480 Nürnberg

Telefon: (0911) 231 - 66 45

Telefax: (0911) 231 - 66 63

nuest@stadt.nuernberg.de

www.nuernbergstift.nuernberg.de





7. Noris-Arbeit gGmbH (NOA)

Die Beschäftigungsgesellschaft Noris-Arbeit (NOA) wurde 1991 gegründet. Sie ist ein Tochterunternehmen der Stadt Nürnberg und hat die Rechtsform einer GmbH mit der Anerkennung der Gemeinnützigkeit.

Aufgabe der NOA ist es, arbeitslosen Bürgerinnen und Bürgern zu einer beruflichen und sozialen Integration zu verhelfen. Hierfür bietet die NOA individuelle Lösungen in Form von öffentlich geförderter Beschäftigung, befristeter Beschäftigung, beruflicher Qualifikation, Beratungsgesprächen und Vermittlungsangeboten. Damit erfüllt die NOA einen wichtigen sozial-, beschäftigungs- und arbeitsmarktpolitischen Auftrag.

Für Betriebe und Unternehmen ist die Noris-Arbeit ein kompetenter Partner im Bereich der Personaldienstleistung. Individuell vorqualifizierte Arbeitskräfte werden in Beschäftigungen vermittelt.

Die NOA bietet wichtige Serviceleistungen in den Bereichen soziale Dienstleistungen, Sicherheit, Ordnung und Umweltschutz für Nürnberger Bürgerinnen und Bürger.

Sie arbeitet eng mit der Agentur für Arbeit Nürnberg, der Arbeitsgemeinschaft zur Arbeitsmarktintegration (ARGE) Nürnberg, dem Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen, dem Europäischen Sozialfonds und der Nürnberger Wirtschaft zusammen.

In der NOA waren, zum Stichtag 31.12.2008, 237 Personen Stammpersonal beschäftigt.

Die Noris-Arbeit (NOA) gGmbH gliedert sich in neun Geschäftsfelder

1. Öffentlich finanzierte Beschäftigung
2. Übergang Schule – Beruf
3. Arbeit und Qualifizierung
4. Berufsausbildung im dualen System
5. Vermittlung in Arbeit
6. Senioren
7. Betriebsträgerschaft Südstadtforum Service und Soziales
8. Qualifizierung (NOA-Akademie)
9. Vermögensverwaltung



Zahlen und Daten 2008

Bei der NOA gGmbH arbeiteten mit Stichtag 31.12.2008 folgende Beschäftigte in öffentlich geförderten Beschäftigungsprojekten:

Beschäftigungsart	Beschäftigungsstand
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM)	217
Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (AGH-M)	1.463
Arbeitsgelegenheiten mit Entgeltvariante (AGH-E)	2
Jugendwerkstatt, Hilfen zur Eingliederung von erwerbsfähigen Hilfebedürftigen in das Erwerbsleben – sonstige weitere Leistungen (swL) bzw. AGH-E	64
Jobperspektive, Beschäftigung mit Beschäftigungszuschuss (BEZ)	55
Personalserviceagentur (PSA), Personalleasing (PSL)	83
Auszubildende (integrativ, kooperativ und Verbundausbildung)	86

Zusätzlich befanden sich zum gleichen Zeitpunkt rund 850 Jugendliche und ca. 550 Erwachsene in Qualifizierungs-, Coaching- und Vermittlungsmaßnahmen.



NOA-Geschäftsführer Dr. Ulrich Scherfenberg stellt Staatsministerin Christa Stewens (4. v. l.) das Südstadtforum vor.

Damit waren am 31.12.2008 in der NOA rund 3.600 Personen beschäftigt, in Ausbildung oder in Qualifizierungs-, Coaching- bzw. Vermittlungsmaßnahmen.

Bei den Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (AGH-M), Beschäftigte nach § 16 Abs. 3 Satz 2 SGB II (alt), wurden 2008 von der ARGE Nürnberg 5.279 Personen der NOA zugewiesen. In AGH-M wurden 3.454 Personen im Jahr 2008 vermittelt, davon waren 43 % Frauen und 57 % Männer, das Durchschnittsalter lag bei 45,4 Jahren.

Qualitätsmanagement

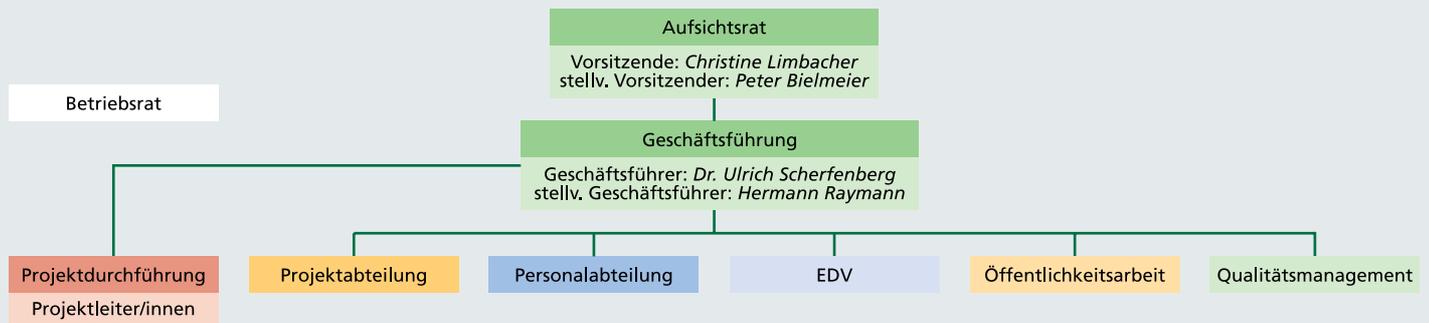
Fortschritte verzeichnete die NOA im Jahr 2008 bei der Einführung eines Qualitätsmanagementsystems nach DIN EN ISO 9001. Für 2009 ist die Zertifizierung durch die CERTQUA vorgesehen. Das Qualitätsmanagementsystem (QM-System) wird künftig durch jährliche Überwachungsaudits geprüft. Das QM-System wird durch die Mitwirkung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aktuell gehalten. Verbesserungen werden permanent eingearbeitet.

Aufsichtsrat

Im Jahr 2008 formierte sich, bedingt durch die Stadtratswahlen, ein neuer NOA-Aufsichtsrat. Zur neuen Aufsichtsratsvorsitzenden wurde Stadträtin Christine Limbacher (SPD-Stadtratsfraktion) und als stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender Stadtrat Peter Bielmeier (CSU-Stadtratsfraktion) gewählt. Auch sechs Arbeitnehmervertreterinnen und -vertreter sind seit 2008 im NOA-Aufsichtsrat.

Noris-Arbeit gGmbH (NOA)

Stand: Januar 2009



NOA als Betriebsträger des Südstadtforums

Für die Bewohnerinnen und Bewohner der Südstadt hat sich das Südstadtforum Service und Soziales in der Siebenkeesstraße 4 zur zentralen Anlaufstelle entwickelt. Die Angebote und Dienstleistungen unterschiedlicher Träger für Kinder und Jugendliche, Familien, Migrantinnen und Migranten, Arbeitslose und Jobsuchende, Seniorinnen und Senioren finden einen regen Zuspruch. Seit Oktober 2008 ist im Südstadtforum, neben elf weiteren Trägern, auch das städtische Büro der Stadtteilkoordination zur Förderung der Stadtteilentwicklung vertreten.

Jubiläums-Jobstar 2008

Die NOA erhielt 2008 den Jobstar, eine Auszeichnung des Marketingvereins der Metropolregion Nürnberg. Dieser zeichnet Unternehmen aus, die in der Region Arbeitsplätze oder Ausbildungsplätze geschaffen haben. Der Jubiläums-Jobstar ging am 1. August 2008 an 21 Qualifizierungsgesellschaften und -initiativen, die Erwachsene und Jugendliche erfolgreich fit machen für den ersten Arbeitsmarkt. Der Verein wollte damit dieser wichtigen Arbeit die verdiente öffentliche Anerkennung zukommen lassen. Überreicht wurden die Preise in Nürnberg von Dr. Markus Söder, zu der Zeit Staatsminister für Bundes- und Europaangelegenheiten, und Dr. Jörg Hahn, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Marketingvereins der Metropolregion. Für die NOA nahmen Bürgermeister Horst Förther und Geschäftsführer Dr. Ulrich Scherfenberg die Auszeichnung entgegen.

Noris-Arbeit (NOA) gGmbH
Fichtestraße 45
90489 Nürnberg



Telefon: (0911) 58 63 - 0
Fax: (0911) 58 63 - 238
noris.arbeit@NOA.nuernberg.de
www.NOA.nuernberg.de



8. ARGE Nürnberg

Die Arbeitsgemeinschaft zur Arbeitsmarktintegration (ARGE) wird getragen von der Stadt Nürnberg und der Agentur für Arbeit Nürnberg, die diese mit den erforderlichen Ressourcen ausstatten für die Bewältigung ihrer Aufgabe, der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II.

Diese Aufgabe besteht einerseits in der Sicherung des Lebensunterhaltes von erwerbsfähigen Hilfebedürftigen und ihren Angehörigen (Leistung), andererseits in der beruflichen und sozialen Integration der Arbeitsuchenden (Vermittlung).

In der ARGE Nürnberg sind ca. 550 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt. Sie arbeiten in etwa je zur Hälfte in den Bereichen Vermittlung und Leistung.

An vier Standorten stellten im Jahr 2008 60 Sachbearbeiter und 120 Fachassistenten die passiven Leistungen für ca. 50.000 Menschen in ca. 26.100 Bedarfsgemeinschaften sicher. Somit ist jeder achte Bewohner Nürnbergs unter 65 Jahre auf die Grundsicherung angewiesen. Unterstützt werden sie dabei von weiteren Spezialisten, 18 im Bearbeitungsbüro und 13 in der Rechtsstelle. Sie gewährten im Jahr 2008 ohne die Sozialversicherungsbeiträge fast 220 Millionen Euro, je zur Hälfte Arbeitslosengeld II mit Sozialgeld (Kostenträger: Bund) und Kosten der Unterkunft (Kostenträger: Stadt Nürnberg).

Von den Grundsicherungsempfängern sind etwa 36.000 Menschen erwerbsfähig. Da fast 5.000 von ihnen bereits erwerbstätig sind und über 9.000 dem Arbeitsmarkt berechtigt nicht zur Verfügung stehen, berieten und betreuten die 196 Integrationsfachkräfte ca. 22.000 aktivierbare Kunden.

Im Dienstleistungszentrum DLZ U 25 kümmerten sich 34 spezialisierte Integrationsfachkräfte um fast 3.000 aktivierbare junge Menschen bis 25 Jahre, begleiteten aber auch Schüler auf ihrem Weg in den Beruf. Die übrigen 19.000 Kunden werden an den drei regionalen Standorten (Nord, Süd und West) oder als Rehabilitanden bzw. schwer behinderte Menschen zentral (Mitte) unterstützt von 144 Integrationsfachkräften. Drei Viertel der Integrationsfachkräfte sind als persönliche Ansprechpartner eher für die Beratung sowie Vermittlung und ein Viertel als Fallmanager eher für die Betreuung von Personen mit vielschichtigen Problemlagen zuständig. Unterstützt werden sie von 18 Direktvermittlern des ARGE-Vermittlungsservices, der bewerberorientiert die Arbeitgeberkunden betreut.

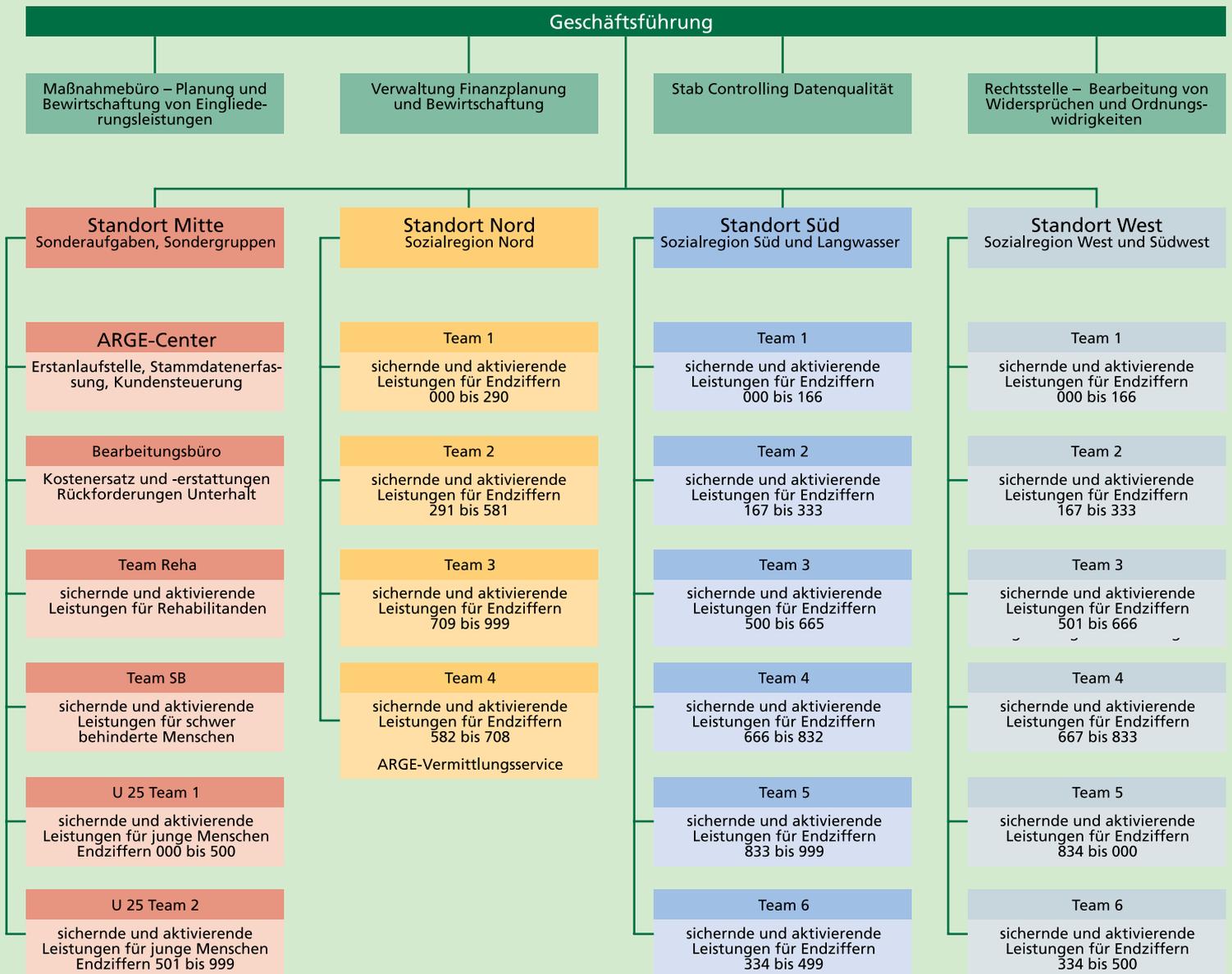
21 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Maßnahmebüro bearbeiteten aktivierende Arbeitnehmer-, Arbeitgeber- und Trägerleistungen im Umfang von etwa 42 Millionen Euro im Jahr 2008.

In der Erstanlaufstelle ARGE-Center und den Eingangsbereichen der Standorte sind 31 Assistenzkräfte zuständig für Kundensteuerung, Stammdaten und Terminvereinbarung.

Leitungsfunktionen nehmen 23 Teamleitungen, vier Standortleitungen (Mitte: Lothar Schreinert; Süd: Barbara Barthel; West: Egon Nebert und Nord: Heidi Füller) und die Geschäftsführung mit zwei Personen wahr. Geschäftsführer ist Claus-Dieter Rückel, Mitarbeiter der Stadt Nürnberg, Stellvertreter seit 01.06.2008 Markus Kytka, Mitarbeiter der Agentur für Arbeit Nürnberg, auch zuständig für Personal und Finanzen. Die Geschäftsführung wird unterstützt durch eine Controllerin, einen Beauftragten für Datenqualität und Mitarbeiter zur Finanzplanung und Bewirtschaftung des Verwaltungsbudgets von 30 Millionen Euro im Jahr 2008.

Stand: Januar 2009

Arbeitsgemeinschaft zur Arbeitsmarktintegration (ARGE) Nürnberg



ARGE Nürnberg
Richard-Wagner-Platz 5
90443 Nürnberg
Telefon: (0180) 100 2673 0000
Telefax: (0911) 529 - 10 47
ARGE-Nuernberg@ARGE-sgb2.de



ARGE Nürnberg

Nürnberg



9. Werkstatt für Behinderte gGmbH (WfB)

Aufgabe der Werkstatt für Behinderte (WfB) der Stadt Nürnberg gGmbH ist die Selbstbestimmung und gleichberechtigte Teilnahme von Menschen mit schweren Behinderungen am Leben, an der Gesellschaft und am Arbeitsleben. Das Unternehmen umfasst sieben Betriebsstätten in Nürnberg: Werk Süd, Werk Nord, Gartenbau, Druckerei, Töpferei, Förderwerkstatt Buch, Förderwerkstatt Nordostpark.

Die 1980 von der Stadt Nürnberg gegründete WfB – Geschäftsführer ist Werner Lindner – bietet rund 500 Menschen mit überwiegend geistiger Behinderung Arbeitsplätze, Bildungsmaßnahmen, Wohnunterkünfte und Freizeitmöglichkeiten. Sie erwirtschaftete im vergangenen Jahr einen Umsatz von rund 15,9 Millionen Euro. Die 230 nicht behinderten Mitarbeiter sind auf folgende Abteilungen verteilt: Verwaltung, Hauswirtschaft, psychologische, medizinische

sowie pädagogische Betreuung und Anleitung.

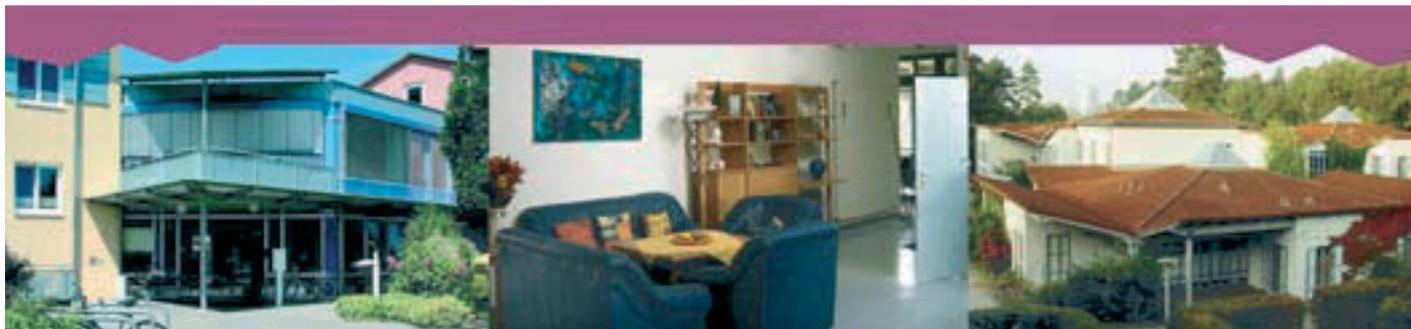
Die WfB arbeitet eng mit der Wirtschaft zusammen. Mehr als 100 Kunden aus der gewerblichen Wirtschaft lassen jährlich hier fertigen, Wiederverkäufer und Privatkunden erwerben diese Produkte. Kunden schätzen längst die Kompetenz, Erfahrung, Zuverlässigkeit und Qualität der WfB. Auch verfügt die Werkstatt für Behinderte über einen hochwertigen Maschinen- und Fuhrpark und bietet logistische Unterstützung an. WfB-Mitarbeiter betreuen, begleiten und fördern Menschen mit Behinderungen. Die Erfahrungen schlagen sich nieder in vielfältigen Arbeits- und Bildungsangeboten, qualifizierten Fachkonzepten und nach DIN ISO 9001: 2000 zertifizierten Qualitätsstandards.

Von den Auswirkungen der Wirtschaftskrise Ende 2008 blieb auch die WfB nicht verschont. Betroffen waren in erster Linie die Montagebereiche in den Werken Süd und Nord, in welchen u. a. für die Automobilindustrie gearbeitet wird.

Zur sozialen Aufgabe der WfB gehört es auch, Menschen mit Behinderungen ein Zuhause anzubieten. Dies geschieht in zwei Wohnheimen, Montessori- und Kilianstraße. Im Heim Montessoristraße in Langwasser, 1993 bezogen, leben 40 Personen, verteilt auf fünf Wohngruppen. Es stehen acht rollstuhlgerechte Plätze zur Verfügung. Nachdem ein hoher Anteil der Bewohner bereits im Rentenalter ist, konnte 2007 neben dem Wohnheim eine Tagesstätte für Senioren eröffnet werden. Bis zu zwölf Behinderte werden hier von 9 bis 15 Uhr betreut. Der neue Pavillon mit Küchen, Aufenthalts- und Ruheraum sowie Terrasse gestattet individuelle Eigenaktivität und gemeinschaftliches Miteinander. So wird beispielsweise das tägliche Mittagessen von den Senioren unter Mithilfe der Betreuer selbst zubereitet. Seit dem Jahr 2000 leben im Wohnheim Kilianstraße 50 Behinderte in fünf Gruppen. In beiden Heimen sorgen Terrassen und Freiflächen sowie ein freundlich gestalteter Eingangsbereich für eine entspannte und naturnahe Wohnatmosphäre.

Darüber hinaus betreuen sozialpädagogische Fachkräfte der WfB 80 behinderte Menschen in Wohngemeinschaften und Einzelwohnungen.

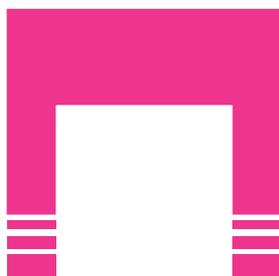
Die WfB bietet eine breite Palette an Freizeitangeboten an: Kultur- und Freizeittreff BUNI; Freizeit- und Studienfahrten; Sport und Fußball; Künstlergruppe Chroma Omada mit eigenem Atelier, Theatergruppe Dreamteam in Kooperation mit dem Bildungszentrum der Stadt Nürnberg.



Wesentlich in 2008 war die Neustrukturierung der Öffentlichkeitsarbeit. Dazu gehören die Fertigstellung des Internetauftritts, die Publikationen „Aktuell“ (eine Zeitschrift des Elternbeirats) und der Werkstattbericht. In einem nächsten Schritt soll ein Intranet installiert werden.

Herausragend für die WfB waren 2008 folgende Ereignisse:

- Beteiligung an der Werkstätten:Messe
- das Jubiläum 3 x 20 – die Betriebsteile Gartenbau, Werk Nord und Förderwerkstatt Buch feierten 20-jähriges Bestehen
- der Verkauf von Brennholz an Privatkunden: der Gartenbau eröffnete erfolgreich ein neues Geschäftsfeld
- Ginkgobaum-Pflanzaktion im Luitpoldhain mit dem Forum Nürnberger Werkstätten



Werkstatt für Behinderte der Stadt Nürnberg gGmbH
Bertolt-Brecht-Straße 6
90471 Nürnberg

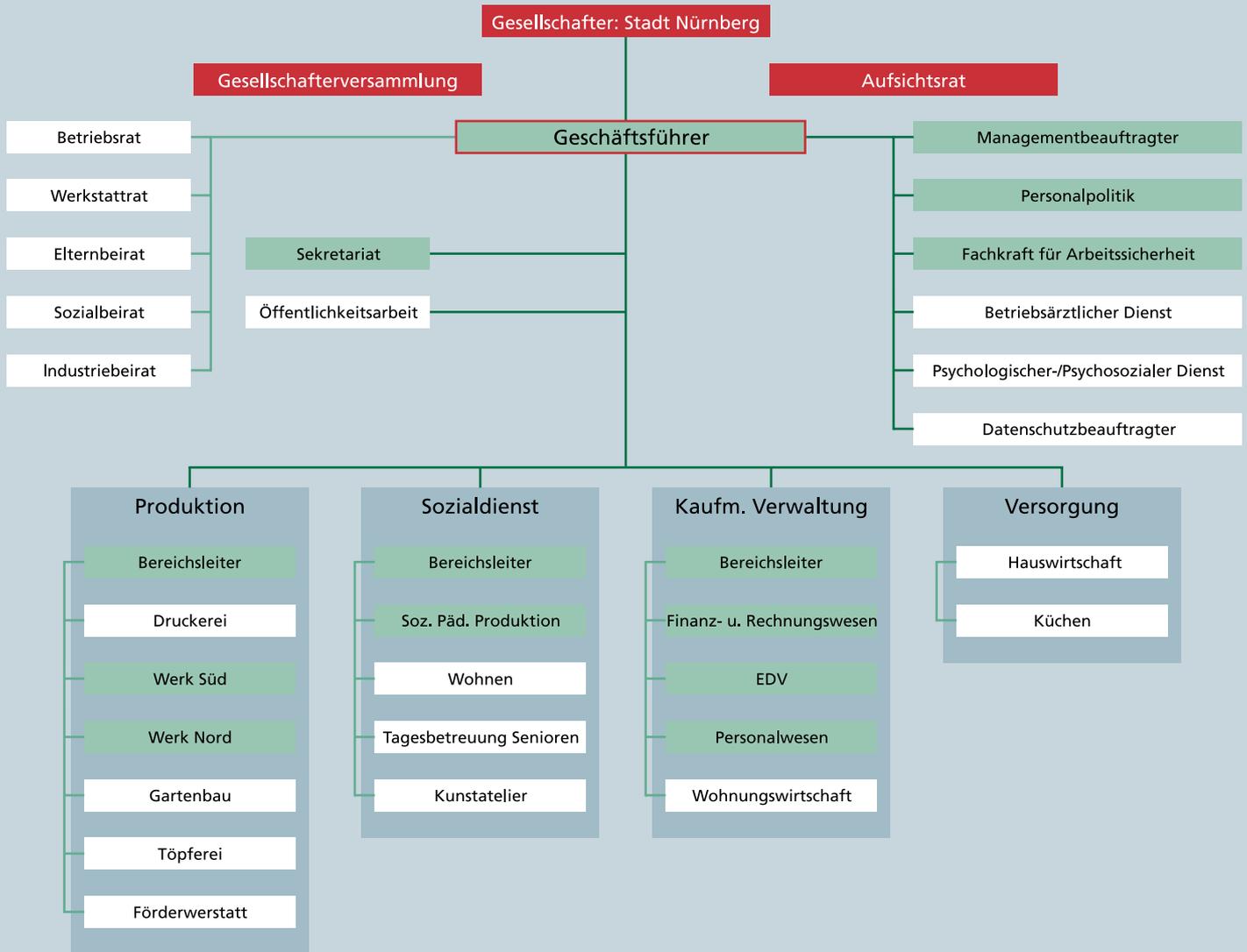
Tel: (0911) 98 18 51 01
Fax: (0911) 98 18 51 09
info@wfb-nuernberg.de
www.wfb-nuernberg.de

WERKSTATT



Werkstatt für Behinderte der Stadt Nürnberg gGmbH (WfB)

Stand: Januar 2009



■ Nach DIN EN ISO 9001:2000 zertifizierte Unternehmensbereiche
 Geschäftsbereiche ohne zertifiziertes QM
 Fachorgane des Unternehmens
 ■ Gesellschaft und ihre Organe

Ausschuss	Datum	Nr. TOP	Thema TOP	Zielvorgabe
JHA	14.02.2008	1	„Unterstützung des Übergangs an weiterführende Schulen für Kinder mit Migrationshintergrund - Sprachförderung (Antrag SPD-Stadtratsfraktion vom 16.04.2007; Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 03.09.2007)“	Bericht
		2	Strukturelle Grundlagen und Leitbild der Offenen Kinder- und Jugendarbeit des Jugendamtes	Bericht + Beschluss
		3	Soziale Integration jugendlicher Intensivtäter (Antrag CSU-Stadtratsfraktion vom 19.11.2007)	Bericht
		4	Frühe Hilfen - Frühwarnsystem (Antrag CSU-Stadtratsfraktion vom 08.01.2008)	Bericht
		5	„Kinderschutzprojekt“ „Notinsel“ (Antrag CSU-Stadtratsfraktion vom 12.09.2007)	Bericht
		6	Ausgaben für die Qualitative Weiterentwicklung der Angebote der Tagesbetreuung in Nürnberg 2008 - 2013	Beschluss
		7	Spielplatz- und Spielhofmaßnahmen für den MIP-Zeitraum 2008 bis 2011	Bericht
		8	Jugendhilferelevante Ergebnisse der Haushaltsberatungen 2008	Bericht
		9	Verwendung der IZBB-Mittel für Kindertageseinrichtungen (Antrag CSU-Stadtratsfraktion vom 05.12.2007)	Bericht
		10	„Spielplatz Hadermühle“ an der Wöhrder Wiese (Antrag SPD-Stadtratsfraktion vom 6.11.2007)	Beschluss
JHA + SchuLA	10.04.2008	10a	Kündigung von drei Kinderläden in der Rilkestraße (Antrag Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 06.02.2008)	Bericht
		1	Bericht über die Entwicklung des Ausbildungsstellenmarktes und der beruflichen Bildung benachteiligter junger Menschen in Nürnberg (Jugendarbeitsmarkt- und Berufsausbildungsbericht 2007)	Bericht
		2	Jugendarbeitslosigkeit - Förderprojekte Kommunal-Kombi und JobPerspektive (Antrag CSU-Stadtratsfraktion vom 15.01.2008)	Bericht
		3	Europäischer Sozialfonds: Modellprogramm „Schulverweigerung – Die 2. Chance“ – Die Nürnberger Koordinierungsstelle	Beschluss
		4	Übergang Kindergarten - Schule: Wie machen es andere? (Bildungsreise nach Halmstadt in Südschweden)	Bericht
		4a	Umsetzung der Haushaltsbeschlüsse Finanzielle Gleichbehandlung der Mittagsbetreuung an Schulen und Horten sowie Zuschüsse für Kosten des Mittagessens in Tageseinrichtungen (Antrag Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18.03.2008)	Beschluss
		4b	Mittagsbetreuung in der Grundschule Thoner Espan (Antrag Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 18.03.2008)	Bericht
		5	„Eltern lernen Deutsch an Schulen“ (Angebot im Rahmen der bundesweiten Integrationskurse)	Bericht
		6	Projekt „Mehr Schulerfolg an den Realschulen und Gymnasien der Stadt Nürnberg (MSRG)“ (Antrag SPD-Stadtratsfraktion vom 08.04.2008)	Beschluss
		6a	Einrichtung zusätzlicher Klassen an der Städtischen Fach- und Berufsoberschule Nürnberg	Beschluss
		7	Lärminderung an Schulen und Kindertageseinrichtungen (Antrag CSU-Stadtratsfraktion vom 22.05.2007)	Beschluss
JHA	29.05.2008	8	Gesamtkonzept Kinder- und Jugendarbeit in Fischbach und Altenfurt (Antrag SPD-Stadtratsfraktion vom 24.10.2007)	Beschluss
		9	Straffälligkeit und Abschiebemöglichkeiten ausländischer jugendlicher Intensivtäter (Antrag CSU-Stadtratsfraktion vom 3.01.2008)	vertagt
		10	Unterstand Skater-Anlage Münchener Straße (Antrag SPD-Stadtratsfraktion vom 3.12.2007)	Bericht
		11	Vorschlagliste zur Benennung von Jugendschöffn für die Jahre 2009 - 2013	Beschluss
		1	Vereidigung der stimmberechtigten und stellvertretenden stimmberechtigten Mitglieder des Jugendhilfeausschusses, die nicht dem Stadtrat angehören	Vereidigung
		2	Konstituierung des Jugendhilfeausschusses	Beschluss
		3	Erlass einer neuen Jugendamtssatzung	vertagt
		4	Kinder- und Jugendkriminalität in Nürnberg	Bericht
		5	Männliche Fachkräfte in der Bildung und Erziehung von Kindern (Antrag CSU-Stadtratsfraktion vom 15.01.2008)	Beschluss
		6	Sozialräume mit einem besonderen sozialen Entwicklungsbedarf/Einsatz von Stadtteilkoordination – Weiteres Vorgehen	Beschluss
		7	Weiterentwicklung Kindertageseinrichtungen	Beschluss
8	Offene Kinder- und Jugendarbeit, Spielangebote, Tagesbetreuung und Erziehungsberatung in Schoppershof/Rennweg (Mammutgelände) (Antrag Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 05.06.2007)	Beschluss		

Jugendhilfe-
ausschuss

Anhang: Liste der Ausschussthemen

Jugendhilfe- ausschuss

Ausschuss	Datum	Nr. TOP	Thema TOP	Zielvorgabe
JHA + KulturA	03.07.2008	9	Trägerschaft für die Spiel- und Lernstube Lobsingerstraße	Beschluss
		10	Projekt des integrativen Kinder- und Jugendhauses - OBA für ein niederschwelliges Unterstützungsangebot im Stadtteil St. Leonhard (Antrag SPD-Stadtratsfraktion vom 29. 01.2008)	Bericht
		11	Neuorganisation Schulsozialpädagogischer Dienst Nürnberg - SDN (Antrag Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20.05.2008)	Bericht
		1	KinderKulturForum UFO im Netzwerk Nürnberger Kinderkultur (Abschlussbericht)	Beschluss
		2	Weiterentwicklung des ehemaligen AEG-Areals (Nutzung für kulturelle und soziale Zwecke)	Beschluss
JHA	03.07.2008	3	Betreuung, Bildung und Erziehung für Kinder von Kursteilnehmerinnen und Kursteilnehmern im Bildungszentrum (hier: Standorte Gewerbemu-seumsplatz 2 und südpunkt)	Beschluss
		1	Erlass einer neuen Jugendamtsatzung	Gutachten
		2	Der Allgemeine Sozialdienst	Beschluss
		3	Soziale Trainingskurse in Nürnberg (Bericht des Treffpunkt e.V. über 1 ½ Jahre Durchführung)	Bericht
		4	Präventive Jugendarbeit im Umfeld des Bundesligafußballs (Bericht des Fanprojekts Nürnberg)	Bericht
JHA	18.09.2008	5	Arbeitsprogramm Alkoholprävention (Antrag SPD-Stadtratsfraktion vom 12.12.2007)	Bericht
		6	Projekte des Übergangsmagements Schule – Beruf	Beschluss
		1	Kinder- und Jugendnotdienst (KJND)	Bericht
		2	Soziale Gruppenarbeit für Kinder und Jugendliche mit dem Asperger Syndrom (Autismus)	Beschluss
		3	Angebote der Tagesbetreuung in Nürnberg (Jahresbericht und Antrag der Freien Wähler vom 11.02.2008 zum kostenlosen Kindergartenjahr)	Beschluss
		4	Förderprogramm Betrieblich unterstützte Kinderbetreuung aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (Antrag CSU-Stadtratsfraktion vom 09.04.2008)	Beschluss
		5	Konzept für Förderung freier Träger von Kindertageseinrichtungen in der Stadt Nürnberg (Fortschreibung des Förderkonzeptes vom 26.10.2006)	Beschluss
		6	25 Jahre Medienzentrum PARABOL	Bericht
		7	„Jugendhaus der Technik – E-Race“ (Antrag SPD-Stadtratsfraktion vom 19.02.2008)	Beschluss
		8	Kinder- und Jugendhaus Gartenstadt/Siedlungen Süd	Beschluss
		9	Kinder- und Jugendhaus Pastoriussiedlung (Antrag SPD-Stadtratsfraktion vom 25.01.2008)	Beschluss
JHA + Ge- sundhA	23.10.2008	10	Kinderversammlungen der Stadt Nürnberg (Bericht der Kinderkommission über die Kinderversammlungen 2005 bis 2007)	Bericht
		11	Bundesmodellprogramm „Lokales Kapital für soziale Zwecke - LOS“ (Abschlussbericht)“	Bericht
JHA (Etat)	23.10.2008	1	Soziales Frühwarnsystem und frühe Hilfen für Eltern und Kinder in Nürnberg	Beschluss
JHA + SchuLA	13.11.2008	1	Einführung eines kommunalen Betreuungsgeldes (Antrag CSU-Stadtratsfraktion vom 21.02.2008)	Bericht
		2	Projektvorschlag Internationaler Bund Franken - Freiwilliges Soziales Jahr und Mittlere Reife (Antrag SPD-Stadtratsfraktion vom 15.11.2007)	Gutachten
		3	Neufassung der Satzung über die offene Kinder- und Jugendarbeit des Jugendamtes der Stadt Nürnberg	Gutachten
		4	Angebote für Kinder und Jugendliche in den Ortsteilen Fischbach, Brunn und Birnthon (Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 18.08.2008 und Antrag der Ausschussgemeinschaft FDP/FW/ÖDP vom 28.08.2008)	Bericht
		5	EDV-gestützte Anmeldung in Kindertageseinrichtungen (Antrag CSU-Stadtratsfraktion vom 05.06.2008)	Bericht
		6	Aktuelle Entwicklungen in der Tagespflege	vertagt
		7	Anhörung des Jugendhilfeausschusses zum Entwurf des Haushaltsplanes der Stadt Nürnberg für das Jahr 2009 gemäß § 71 SGB VIII	Gutachten
JHA + SchuLA	13.11.2008	7a	Mammutgelände im MIP und Personalkostenzuschuss für den Vorläuferbetrieb der Evang. Jugend in der Welscherstrasse (Antrag Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10.10.2008)	Bericht
		1	Kooperation Polizei - Jugendhilfe - Schule (Entwicklungen in der Kooperation seit Beendigung der Modellphase)	Bericht
		2	Umsetzung des Jugendmedienschutzes in Nürnberg (Antrag CSU-Stadtratsfraktion vom 03.06.2008)	Bericht

Ausschuss	Datum	Nr. TOP	Thema TOP	Zielvorgabe
JHA	11.12.2008	3	Personalgewinnung für die Kindertagesbetreuung - Erweiterung der Kapazitäten an der Fachakademie für Sozialpädagogik (Anträge der Ausschussgemeinschaft FDP/FW/ÖDP vom 18.06. Und 09.09.2009)	Beschluss
		4	Bezuschussung der Mittagessenskosten in Tageseinrichtungen und Schulen - Finanzielle Gleichbehandlung der Mittagsbetreuung an Schulen mit Horten - Gesunde Ernährung und Bioanteil (Antrag SPD-Stadtratsfraktion vom 01.02.2008, Anträge Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 14.03.2007 und 12.06.2008)	Bericht
		5	Aktion Schultüte (Antrag CSU-Stadtratsfraktion vom 03.06.2008)	Bericht
		6	Sozialarbeit an Schulen, „Eckpunkte zum Einsatz von SozialpädagogInnen an Schulen“	Bericht
		7	Übergangmanagement allgemeinbildende Schule - berufliche Ausbildung (Initiative SCHLAU und Projekt BALL)	Beschluss
		8	Spielgeräte auf Schulhöfen (Antrag CSU-Stadtratsfraktion vom 18.08.2008)	Bericht
		1	SOS-Berufsbildungszentrum Nürnberg	Bericht
		2	Finanzierung von Leistungen der Jugendhilfe - Vollzug SGB VIII, Anpassung der Fachleistungsfinanzierung für ambulante Hilfen zur Erziehung	Beschluss
		3	Bildung einer Arbeitsgemeinschaft Kindertageseinrichtungen in Nürnberg gem. § 78 SGB VIII	Beschluss
		4	Armen Kindern Zukunft geben! Arbeitsprogramm gegen Kinderarmut in Nürnberg	Bericht
		5	Entfällt!	
SozA	06.03.2008	6	Versorgung mit Kindertageseinrichtungen in Herpersdorf, Gaulnhofen, Pillenreuth, Weiherhaus, Worzeldorf und Kornburg (Antrag CSU-Stadtratsfraktion vom 09.09.2008)	Bericht
		7	Aktuelle Entwicklungen in der Tagespflege	Bericht
		8	Angebote für Kinder und Jugendliche in den Ortsteilen Altenfurt, Birnthon, Brunn, Fischbach, Moorenbrunn, Netzstall (Antrag CSU-Stadtratsfraktion vom 18.08.2008, Antrag der Ausschussgemeinschaft FDP/ÖDP vom 28.08.2008)	Bericht
		9	Dirt-Bike-Parcours in Reichelsdorf (Antrag Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26.09.2008)	Bericht
		10	Skateanlagen in Nürnberg (Antrag SPD-Stadtratsfraktion vom 24.07.2007)	Bericht
		11	Kleinkinderspielplatz Falkenheim (Antrag Ausschussgemeinschaft FDP/FW/ÖDP vom 09.09.2008)	Bericht
		1	Umsetzung der Konzeption ObDach (Auflösung der Obdachlosenwohnanlage Regensburger Straße)	Beschluss
		2	Umsetzung der Konzeption ObDach (Einbindung freier Träger in die Betreuung von Obdachlosenpensionen)	Beschluss
		3	Es gibt viel zu tun in Nürnberg! 350 Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose schaffen! (Antrag SPD-Stadtratsfraktion vom 16.01.2008)	Beschluss
		4	Zukunft der ARGE Nürnberg (Antrag SPD-Stadtratsfraktion vom 29.01.2008)	Bericht
		5	Konsequenzen der demographischen Entwicklung in Nürnberg, Broschüre: „Einfach älter werden - Nürnberg auf dem Weg in eine Stadt für alle Lebensalter“	Bericht
SozA + GesundheitsA	26.06.2008	6	Nürnberger Netzwerk Pflege, Förderung ambulanter Pflegedienste (Förderjahr 2006)	Bericht
		7	ARD-Themenwoche: „Demographischer Wandel“ (Antrag SPD-Stadtratsfraktion vom 15.11.2007)“	Bericht
		8	Studiengebühren durch soziale Arbeit ersetzen (Antrag Nürnberger Bürger Liste - Freie Wähler e. V. vom 29.10.2007)	Bericht
		9	Förderungen aus dem Unterstützungsfonds für Initiativgruppen	Beschluss
		1	Abgabe der Zuständigkeit für die ambulante Eingliederungshilfe an den Bezirk Mittelfranken	Bericht
		2	Beschwerde- und Schlichtungsstelle Pflege (Tätigkeitsbericht 2007)	Bericht
		3	Heimaufsicht (Jahresbericht 2007)	Bericht
		3a	Nachhaltigkeit bei dem Projekt „Migranten für Migranten“ (Antrag Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17.06.08)	Beschluss
		3b	Intensivierung der Heimaufsicht (Antrag CSU-Stadtratsfraktion vom 23.06.08)	Bericht
SozA	09.07.2008	1	Leben und Wohnen im Heim – Spagat zwischen Anspruch und Wirklichkeit: Hintergrundgespräch mit Vertretern von Trägern Nürnberger Pflegeheime	Bericht

Jugendhilfe-
ausschuss

Sozialausschuss

Anhang: Liste der Ausschussthemen

Sozialausschuss

Ausschuss	Datum	Nr. TOP	Thema TOP	Zielvorgabe
SozA	02.10.2008	2	Anrechnung von Rentenzahlungen, die in der Russischen Föderation an Leistungsbezieher nach dem SGB XII gewährt werden - Erfahrungsbericht	Bericht
		3	Finanz- und Personalsituation in der Migrationserstberatung	Bericht
		4	Erhöhung der Regelsätze nach dem SGB XII und der Pflegeleistungen ab dem 01.07.2008	Bericht
		5	Zuschussgewährung für die soziale Betreuung von Asylbewerbern (Betreuung erfolgt durch Arbeiterwohlfahrt, Bayerisches Rote Kreuz, Diakonisches Werk Altdorf-Hersbruck-Neumarkt, Stadtmission und Caritasverband)	Beschluss
		6	Ambulante Wohn- und Betreuungshilfen für Behinderte und Nichtbehinderte im Jahre 2008	Beschluss
		7	Pflege-Weiterentwicklungsgesetz - Konzeption zur Umsetzung der Pflegestützpunkte in Nürnberg	Bericht
		8	Förderungen aus dem Unterstützungsfonds für Initiativgruppen	Beschluss
		10	Anpassung der vertraglichen Grundlagen für das Leihhaus Nürnberg; Neuorganisation der Nürnberger Nothilfe e.V. und Ausgliederung des Leihhausbetriebes als gewerbliches Leihhaus (nicht-öffentliche Sitzung)	Beschluss
		1	Bürgerschaftliches Engagement in Nürnberg (Antrag CSU-Stadtratsfraktion vom 26.05.2008)	Bericht
		2	Unterbringung von Obdachlosen in Nürnberg (Antrag CSU-Stadtratsfraktion zur Pensionsunterbringung vom 20.06.2008)	Bericht
SozA	13.11.2008	3	Nürnberger Konzept „JobPerspektive 2008“, Umsetzung § 16a SGB II: Bezuschussung freier Träger	Beschluss
		4	Wege aus der Arbeitslosigkeit – Teilzeitausbildung für junge Mütter (Antrag SPD-Stadtratsfraktion vom 01.07.2008)	Bericht
		5	Auswertung der Veranstaltungsreihe „ENDlich Leben“ vom 06.07. - 27.07.2008	Bericht
		6	Überblick über die Zuschüsse des Sozialamtes an die Träger der freien Wohlfahrtspflege im Jahr 2009 und über Neu- und Erhöhungsanträge	Beschluss
		7	Förderungen aus dem Unterstützungsfonds für Initiativgruppen	Beschluss
		8	Einsatz von Pflegeassistenten in der Betreuung von Demenzkranken (Antrag SPD-Stadtratsfraktion vom 01.09.2008)	Bericht
		1	Sozialhilfe 2007 – Nürnberg im Städtevergleich	Bericht
		2	Kommunale Leistungen nach dem SGB II - Benchmarking 2007 der 16 großen Großstädte Deutschlands	Bericht
SozA	11.12.2008	3	Serviceleistungen der Deutsche Bahn AG für Menschen mit Behinderungen (Antrag CSU-Stadtratsfraktion vom 15.05.2008)	Bericht
		4	Leistungen des Nürnberg-Passes (Antrag Linke Liste vom 23.09.2008)	Bericht
		5	Zukunft der Nürnberger Seniorentage: Seniorenmesse in VIVA 2009 im Messezentrum	Bericht
		6	Menschen mit Demenz in der Kommune/Förderprogramm der Robert Bosch Stiftung (Antrag SPD-Stadtratsfraktion vom 13.10.2008)	Bericht
		7	Förderungen aus dem Unterstützungsfonds für Initiativgruppen	Beschluss
		1	Festlegung der Richtwerte für die angemessenen Kosten der Unterkunft und Heizung nach dem SGB II und SGB XII	Bericht
		2	Bericht über Entwicklung und Leistungen des Nürnberg-Passes	Bericht
WerKA NüSt	06.03.2008	3	Kommunales Aufgabenprofil in der Behindertenarbeit	Bericht
		4	Interkulturelle Öffnung der kommunalen Regeldienste in der Stadt Nürnberg	Bericht
		5	Zwischenbericht zum Aufbau präventiver und sozialraumorientierter Seniorenarbeit (Stand: Herbst 2008)	Bericht
		6	Zentrale Anlaufstelle Pflege (ZAPF) - Evaluationsprojekt 2005 - 2008 – Endbericht der wissenschaftlichen Begleitforschung	Bericht
		7	Förderungen aus dem Unterstützungsfonds für Initiativgruppen	Beschluss
		1	Weiterentwicklung der Betreuung dementiell erkrankter Bewohnerinnen und Bewohner in den Pflegebereichen des NürnbergStift	Bericht
		2	Räumung des Sparkassenhauses und Belegung des Neubaus im Pflegezentrum Sebastianspital	Bericht
WerKA NüSt	09.07.2008	4	Modernisierung/Sanierung des Sparkassenhauses (nicht-öffentliche Sitzung)	Beschluss
		1	Satzung zur Änderung der Betriebssatzung für das NürnbergStift	Gutachten
		2	Qualitätssicherung und Personalentwicklung beim NürnbergStift, Weiterentwicklung der Schaffung von Transparenz	

Werkausschuss NürnbergStift

Ausschuss	Datum	Nr. TOP	Thema TOP	Zielvorgabe
WerkA NüSt	02.10.2008	4	Umstrukturierung der Küchen im NürnbergStift (nicht-öffentliche Sitzung)	Bericht
		5	Modernisierung/Sanierung des Sparkassenhauses; hier: Vergaben (nicht-öffentliche Sitzung)	Beschluss
		6	Dringliche Anordnung des Oberbürgermeisters gemäß § 8 Abs. 2 der Betriebssatzung für das NürnbergStift Modernisierung/Sanierung des Sparkassenhauses (nicht-öffentliche Sitzung)	
		1	Generalistische Pflegeausbildung – Kooperation Klinikum und NürnbergStift – Ergebnisse der Evaluation des Modellprojektes (Antrag SPD-Stadtratsfraktion vom 21.05.2008)	Bericht
		3	Geschäftsbericht 2007 für das NürnbergStift (nicht-öffentliche Sitzung)	Gutachten
		4	Modernisierung/Sanierung des Sparkassenhauses (nicht-öffentliche Sitzung)	Beschluss
WerkA NüSt	13.11.2008	5	Besetzung der Stelle der Einrichtungsleitung im Pflegezentrum Sebastianspital (nicht-öffentliche Sitzung)	vertagt
		6	Dringliche Anordnung des Oberbürgermeisters gemäß § 8 Abs. 2 der Betriebssatzung für das NürnbergStift Modernisierung/Sanierung des Sparkassenhauses (nicht-öffentliche Sitzung)	
		2	Wirtschaftsplan 2009 für das Nürnberg Stift 13.11.2008 (nicht-öffentliche Sitzung)	Gutachten
		3	entfällt!	
		4	Besetzung der Stelle in der Einrichtungsleitung im Pflegezentrum Sebastianspital (nicht-öffentliche Sitzung)	Beschluss
		5	Brandschutz in Alten- und Pflegeheimen (Antrag CSU-Stadtratsfraktion vom 07.10.2008) (nicht-öffentliche Sitzung)	Mündlicher Bericht
		6	Dringliche Anordnung der Oberbürgermeisters gemäß § 8 Abs. 2 der Betriebssatzung für das NürnbergStift: Modernisierung/Sanierung des Sparkassenhauses, hier: Aufhebung Ausschreibung Gewerk „Aufzugsneuanlagen“ (nicht-öffentliche Sitzung)	Auflage
7	Prüfbericht Rechnungsprüfungsamt Jahresabschluss 2007 (nicht-öffentliche Sitzung)	Auflage		

**Werkausschuss
NürnbergStift**

